



Vertical text on the left edge of the page, likely a list of contents or a sidebar, partially obscured by the image.



**Alexander
Solschenizyn im
Gespräch mit
Rudolf Augstein:**

**„So kann
Rußland gerettet
werden“**

Es waren Treffen in verschiedenen Welten, und zur Debatte stand jedesmal eine andere Zeit: Damals, 1987, empfing der aus seiner Heimat verstoßene Literatur-Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn den SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein samt Redakteuren im amerikanischen Vermont, auf einem stattlichen Anwesen, einsam in den Wäldern und sorgfältig bewacht. Die Gespräche waren rückwärts gewandt, in die russische Vergangenheit. Diesmal ging es um die ungewisse Zukunft des Landes - das erste Interview, das der nun heimgekehrte Solschenizyn einer ausländischen Zeitung gab, führten Augstein und seine Mitarbeiter in der Moskauer Stadtwohnung des Schriftstellers, gelegen in der "Ersten Gasse der Werktätigen" und von einfacher Art. Die Widersprüche der russischen Gegenwart hat der Denker, der 20 Jahre lang den Lebenszuschnitt des Westens erfuhr, jetzt gleich vor der Haustür. Beständigkeit trug Ehefrau Natalja in die Zusammenkünfte



Solschenizyn, SPIEGEL-Redakteure Meyer, Augstein, Mettke in Moskau

Solschenizyns mit dem SPIEGEL. Selbstgekochtes oder Selbstgebackenes kam stets auf den Tisch, in Vermont wie in Moskau, und nach russischem Brauch natürlich in der Küche (Seite 139).

Der Fall ist einzigartig, und von besonderer Natur ist offenbar auch sein Hauptdarsteller: Deutschlands Verfassungsschutz sieht sich von einem Spitzenagenten übers Ohr gehauen und klagt nun in Florenz öffentlich gegen Volker Weingraber Edler von Grodek auf Rückzahlung von 450 000 Mark Spitzellohn. Der Mann, 1974 eine der Schlüsselfiguren im Fememord an dem Berliner Studenten Ulrich Schmücker, hatte das Geld kassiert - aber die Auflage, sich damit eine neue Existenz aufzubauen, nicht erfüllt. Und vom Habitus des Agenten mag Weingraber noch immer nicht lassen. SPIEGEL-Redakteur Carsten Holm, der ihn konspirativ in der Toskana traf, mußte 40 Kilometer in der Dunkelheit und auf Nebenwegen zu einer Trattoria kutschieren, und während des Gesprächs im Hinterzimmer dudelte dann nervtötend ein Radio - falls Holm "versteckte Mikrofone tragen" sollte (Seite 84).

TITEL

Prophet Solschenizyn	136
SPIEGEL-Gespräch mit Alexander Solschenizyn über Rußlands Weg aus der Krise	139

KOMMENTAR

Rudolf Augstein: Riese Möller	27
-------------------------------------	----

DEUTSCHLAND

Panorama	16
SPD: Ost-West-Machtprobe wegen der PDS	18
Freiwillig in die Zwangsvereinigung?	19
Der Mecklenburger Parteichef Ringstorff	20
CDU: Kohls schwacher Start	21
Interview mit Heiner Geißler über die Chancen der neuen Kohl-Regierung	22
FDP: Ein rechtes Manifest	25
Hartmut Palmer über den Machtkampf zwischen Kinkel und Möller	26
Bonn: Rot-Grüne im Rathaus gegen das Kanzleramt	28
Immigranten: Erster Türke im Bundestag	29
Prozesse: Anklage gegen Ex-DDR- Unterhändler Vogel bröckelt	32
Luftfahrt: Nörgeleien am Frankfurter Flughafen-Neubau	33
Bundestag: Grüne sollen nicht ins Präsidium	37
Rechenricks gegen die Gysi-Partei	38
Grüne: Untergang im Osten	40
Zeitgeschichte: Wie Moskau den Fall der Mauer hinnahm	43
Entwicklungshilfe: Bonner Millionen für ruinöses Staudammprojekt in Nepal	50
Forum	58
Drogen: Rauschgift-Hochburg Sylt	61
Ausländer: Warum ein Schrotthändler eine Griechin verbrannte	65
Kassenärzte: Praktiker jammern über die Seehofer-Reform	72
Hans Halter lernt die Abrechnungstricks	77
Geheimdienste: Verfassungsschutz verklagt ehemaligen Top-Agenten	84
Fahndung: Polizisten verzweifeln an chinesischer Schrift	92

GESELLSCHAFT

Sexualität: SPIEGEL-Gespräch mit den TV-Moderatoren Matthias Frings und Ernie Reinhardt über Aufklärung und Pornographie	94
Kommunikation: Zeitschriften-Subkultur im globalen Datennetz	101
Ernährung: Die Erfindung des fettfreien Kartoffelchips	104
Zeichentrick: Akif Pirinçis Katzenkrimi „Felidae“ als Film	109
Medien	112

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Bonner Sparkurs gefährdet den Aufschwung	114
Manager: Anklage gegen den ehemaligen Mannesmann-Chef Dieter?	116
Industrie: Zeiss-West gegen Zeiss-Ost	120
Unternehmen: Dem Rothenberger-Konzern droht das Aus	121

Richtige und falsche Linke

Seite 18



Stolpe, Bisky

SPD-Chef Scharping hat es verboten – doch viele Ost-Genossen wollen mit der PDS kooperieren. Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe traf den PDS-Vorsitzenden Bisky, der Schweriner Sozialdemokrat Ringstorff verhandelte mit den SED-Erben über eine Regierungsbildung. Die Partei ist gespalten im Streit über richtige oder falsche Linke.

Verdrängter Fremdenhaß

Seite 65

„Ich zünde euch alle an“, schrie ein Paderborner Schrotthändler seinen griechischen Nachbarn zu, die er jahrelang mit seinem Fremdenhaß tyrannisiert hatte. Dann goß er Benzin aus und zog die Streichhölzer, in den Flammen verbrannte eine Griechin. Behörden spielen den Fall herunter, weil sie um den Ruf der Stadt fürchten.

Kassenärzte in Panik

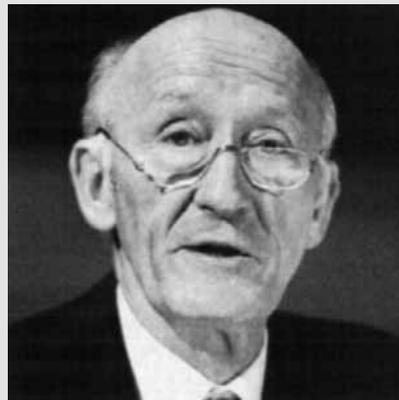
Seiten 72, 77

Seehofer's Reform macht die Kassenärzte panisch: Ihre einst üppigen Honorare schrumpfen. Auf Schulungskursen lernen sie nun, wie mit Abrechnungstricks der Praxisgewinn zu retten ist.



Die Welt

Mannesmann: Klage gegen Dieter? Seite 116



Dieter

Der ehemalige Mannesmann-Chef Werner Dieter muß mit einer Anklage wegen Untreue rechnen. Nach einer ersten Sichtung beschlagnahmter Dokumente erhärtet sich der Verdacht der Staatsanwälte, daß der Manager den Konzern jahrelang zugunsten seiner eigenen Firmengruppe übervorteilt hat. Über ein Konto in Offenbach wurden dubiose Zahlungen in die Schweiz geleitet, zu denen sich Dieter bisher nicht äußern wollte.

Syrien bereit zum Frieden

Seite 166

Nach Clintons Besuch in Damaskus werden die Umrisse einer Friedensregelung sichtbar: Zug um Zug sollen die Israelis den Golan, die Syrer den Libanon räumen.

Platzverweis für Profilneurotiker

Seite 204



Kremers

Nach den Führungskrisen in Gelsenkirchen, München und Nürnberg will der Deutsche Fußball-Bund nun die Profiklubs zu modernen Unternehmensstrukturen zwingen: Die Bundesliga kann sich keine Profilneurotiker mehr leisten. Schalke hat seinem Präsidenten Helmut Kremers nach nur sechs Wochen Amtszeit das Mißtrauen ausgesprochen.

Amerika sieht schwarz

Seite 216

Farbige Künstler und Entertainer aller Sparten wollen die von Weißen beherrschte US-Kultur einschwärzen – und sie haben großen Erfolg. Sie zeigen ein aufregenderes, vielfältigeres Bild von Amerika, auch eine neue Frechheit nach dem Rap-Motto: „Straße ist sexy, Anzug nicht“.



Rap-Gruppe „Public Enemy“

Malaria-Erreger überlistet

Seite 263



Patarroyo, Impfling

Geradezu räumlich sieht er die Eiweißmoleküle vor sich, vielgestaltig „wie Wolken am Himmel“: Auf unkonventionellen Wegen, von den Kollegen anfangs geringgeschätzt, entwickelte der kolumbianische Immunforscher Manuel Elkin Patarroyo den ersten wirksamen Impfstoff gegen die Malaria. Sein Motto: „Man muß schlauer sein als die Mikroben.“

Computer: Compaq-Chef Pfeiffer fackelt nicht lange 122
Konzerne: Es wird eng für AEG-Chef Stöckl ... 124
Trends 126
Arbeitslose: Diskussion zwischen Unternehmern und Jobsuchenden 129
Verbände: PDS-Unternehmer verbünden sich .. 132

AUSLAND

Panorama Ausland 164
Nahost: Clintons fast totaler Triumph 166
Katastrophen: Ölpest am Polarkreis in Rußland 168
USA: Bush-Söhne drängen in die Politik 169
Italien: Der Aufstieg des Neofaschisten Fini 171
Europa: Wie die Skandinavien die Union verändern 173
Schweiz: Ende der Landsgemeinde 175
Ruanda: Herrschaft der Sieger 178
Nicaragua: Interview mit dem Dichter Ernesto Cardenal über die Spaltung der Sandinisten 180
Polen: Hader in Galizien 182
Frankreich: Kulturkampf um Kopftücher 186

SERIE

Die deutschen Juden in Israel (II) / Von Rafael Seligmann 188

SPORT

Fußball: Neue Führungsstrukturen für die Bundesligavereine 204
Schach: Interview mit Großmeister Wiktor Kortschnoi über die neue Profigeneration 207

KULTUR

Szene 214
US-Trend: Schwarze erobern Kulturszene 216
Polemik: Gerhard Henschel über den Parlamentarier und Porno-Poeten Gerhard Zwerenz 230
Bestseller 234
Literaturgeschichte: US-Autor Harold Bloom fordert „westlichen“ Lektürekanon 235
Film: „Pulp Fiction“ von Quentin Tarantino 237
Pop: Interview mit Yoko Ono über Plakatkunst, Geld und die Beatles 244
Fotografie: Karl Lagerfelds Bildergeschichten .. 252
Comics: Werner blödeln ohne Holgi 254
Fernseh-Vorausschau 282

WISSENSCHAFT

Prisma 257
Kosmologie: Neue Hubble-Konstante erschüttert das Urknall-Modell 260
Seuchen: Jürgen Neffe über den Entdecker des ersten wirksamen Malaria-Impfstoffs 263
Medizin: Die Gasdynamik des Darms 271

TECHNIK

Jagd: Mit Leuchtspur-Schrot zur Meisterschaft? 274
Briefe 7
Impressum 14
Personalien 278
Register 280
Hohlspiegel/Rückspiegel 286

Billige Moral

(Nr. 42/1994, Gesundheitspolitik: Interview mit Minister Horst Seehofer über die Zahnärzte und ihren Streik)

Was sich Seehofer in diesem Interview an böswilligen Unterstellungen, Verdrehung der Tatsachen und Unwahrheiten leistet, bringt selbst einen Nichtmediziner auf die Palme.

Mainz FRED BECKER

Ich rackere mich jeden Tag für meine Patienten ab, um ihnen eine moderne Zahnheilkunde zukommen zu lassen (für die in anderen Ländern mehr bezahlt wird) und muß mir von solchen Leuten ans Bein pinkeln lassen.

Augsburg DR. JOACHIM ZIMMERMANN

Angeblich soll sich doch Leistung wieder lohnen. Wer hätte in früherer Zeit

hofer kann von uns Zahnärzten dafür dann jedoch nicht jeden beliebigen Leistungsumfang verlangen.

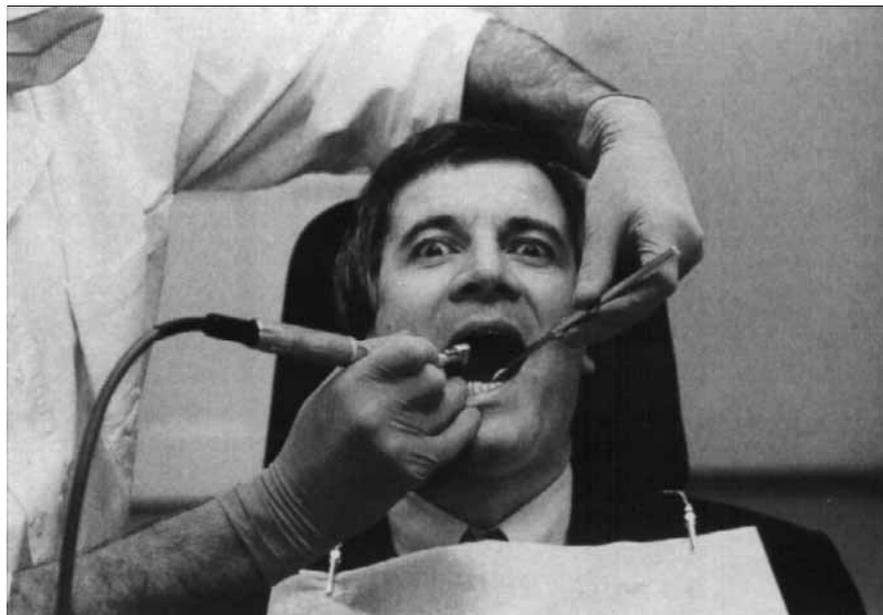
Dieckholzen (Nieders.)
FRIEDRICH KARL SCHÜRMAN

Wenn Politikern die Sachargumente fehlen, appellieren sie, wie auch Seehofer, an die ärztliche Ethik. Dies ist nicht neu. Schon Rudolf Virchow erkannte: Immer wenn ich andere von Moral reden höre, weiß ich, daß sie nicht bezahlen wollen.

Mülheim/Ruhr DR. ULRICH NOVER

Weiter wäre zu diesem unflätigen Interview eigentlich gar nichts sagen, außer daß wenn die Budgetierung bestehen bleibt, wir uns alle bald von Badern, Zahnreißern und Kräuterfrauen behandeln lassen müssen.

Cottbus JÜRGEN HERBERT



Seehofer beim Zahnarzt: Appell an die ärztliche Ethik

gedacht, daß sich einmal CSU-Politiker so gut mit planwirtschaftlich linken Hohlköpfen verstehen würden.

Stuttgart DR. ERNST-PETER DRESCHER

Die 22 Milliarden Mark pro Jahr erhalten Zahnmediziner nicht, um sich teure Karossen und Villen zu kaufen, wie uns der Gesundheitskasper Seehofer weismachen will, sondern um die 32 faulen Zähne der Patienten zu sanieren. Wollt Ihr sparen, dann putzt Euch doch einfach die Zähne!

Homburg/Saar FRIDLIEF BACHNER
Student der Zahnmedizin

Kein Zahnarzt-Funktionär hat mehr Geld von den Krankenkassen gefordert, sondern mehr Therapiefreiheit. Die Politik soll ruhig festlegen, wieviel Geld das Krankenversicherungssystem für die Zahnbehandlung aufwenden will. See-

Wie Rumpelstilzchen

(Nr. 41/1994, Archäologie: Die Wikinger – raffgierige Kaufleute mit weltweitem Handelsnetz)

Den archäologisch gut belegten Handelsaktivitäten der Wikinger stehen bloße Vermutungen über ihr Piratendasein gegenüber. Die Nordmänner haben bei ihren „Blitzkriegen“ nirgendwo auch nur eine Zahnbürste oder einen eigenen Knochen hinterlassen: Läßt man sie jetzt so blitzschnell siegen und verlieren, um keine Scherbe, kein Schwert oder Grab eines Wikingers oder auch nur eine einzige Sachbeschädigung auf dem Festland nachweisen zu müssen? Es sieht ganz so aus, als existierten die Bösewichter – wie Rumpelstilzchen – nur auf dem Papier.

Andernach (Rhld.-Pf.) GÜNTER LELARGE



Dresdner Studentenwohnheim: Naiv-dümmliches Staunen

Überleben in Greifswald

(Nr. 42/1994, Universitäten: Die Hochschulen im deutschen Osten werden attraktiver)

Ich bin im Oktober 1991 von Köln nach Leipzig gezogen, um hier Jura zu studieren. Das naiv-dümmliche Staunen darüber, daß der Osten „gar nicht so schlimm ist“ und man auch ohne Telefon überleben kann, empfinde ich fünf Jahre nach der Wende als unerträglich borniert.

Leipzig

CARL PFEIFFER

Auch West-Studenten haben's nicht leicht: Erst nach 20 Minuten ein Parkplatz für meine Porsche da, Putzfrau für meine Penthouse-Wohnung krank, nur 10 000 Mark von den Alten in diesem Monat, keine passende Designer-Jeans vorhanden, Buchung für den Bahamas-Urlaub schiefgegangen – das kann einem doch den ganzen Tag verderben. Zum Glück habe ich wenigstens immer eine Meinung, kann Aufmerksamkeit auf mich lenken und muß mich nicht mit Ost-Kommilitonen herum-schlagen.

Münster

SABINE LATZEL

Wer in Greifswald überleben will, sollte sich das Radfahren abgewöhnen. Und zum Sommersemester sollte man einen Campingplatz den Wohnheimen vorziehen.

Cuxhaven

ANTJE RIEMER
Ex-Greifswalder Studentin

Wir Studenten aus den alten Bundesländern, die nun im „Osten“ studieren und leben, kommen nicht selten in eine Identitätskrise. Was sind wir nun: „Ossis“, „Wessis“ oder „Wossis“? Interessant ist vor allem, daß alle „Ossis“, die

ich kenne, schon einmal im Westen waren, umgekehrt herrscht hier, leider vor allem bei jungen Westdeutschen, ein Defizit.

Heidenau (Sachsen)

MIRKO ROSS

Die zweifellos vorhandenen Unterschiede zwischen Ost und West sollten nicht glattgebügelt, sondern einfach richtig eingeschätzt und tolerant behandelt werden. Das einzige, was vielen Leuten in Ost und West fehlt, ist die Fähigkeit, aufeinander zuzugehen. Und das ist zumindest schon eine Eigenschaft, in der man sich nun mehr voneinander unterscheidet, sei allen Skeptikern gesagt.

Mellenbach (Thüringen)

TORSTEN HEINZE

Notorisch verdrängt

(Nr. 42/1994, Report: Familien im sozialen Abseits; Ariane Barth über die Kindheit zweier armer Geschwister in Europas reichster Stadt)

Wir brauchen Arme. Wir haben den Wandel von einer Leistungsgesellschaft zu einer Erfolgsgesellschaft fast vollzogen. Kann es nicht sein, daß wir Arme und Obdachlose, also scheinbar untüchtige Menschen, geradezu benötigen, damit uns vor Augen gehalten werden kann, was mit uns passiert, wenn wir nicht nach den Marktlogikgesetzen funktionieren?

Hamburg

THOMAS HEHNKE

Besäßen die bundesdeutschen Unternehmer noch einen Funken Anstand und Verstand, sie würden auf die von der Koalition geplante Unternehmenssteuerreform zugunsten einer besseren Versorgung von Kindern und kinderreichen Familien verzichten. Denn keine Investition dürfte lohnender sein als je-

ne, Kindern eine würdevolle Kindheit zu ermöglichen.

Villingen

JENS POTTHARST

Soll der soziale Friede nicht weiter gefährdet werden, müssen Verarmung und Entsolidarisierung verhindert werden. Wie Ihre Reporterin zeigt, vermindert die Umverteilung zuungunsten von Familien mit Kindern und sozial schwachen Personengruppen nicht nur das Haushaltsbudget; durch die Vererbung und Infantilisierung von Armut bröckelt das Fundament unserer Zukunft.

Hannover

MARTIN HEINEN
HANNES KREPELA

Zur Zeit des fernsehwirksamen Katastrophentourismus nach Afrika und der haarsträubenden Diskussionen darüber, ob die Bundesrepublik nicht am besten gleich alle Einwohner der Dritten Welt als politische Flüchtlinge aufnehmen sollte, scheint die zunehmende Verarmung vieler unserer eigenen deutschen Landsleute offenbar nur eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Santiago (Chile)

DR. DANIEL MÜLLER

Meine Güte, bin ich diese ewige Diskussion um die Abzüge der Kinderlosen leid. Macht doch gleich einen Einheitsstaat auf, in dem jeder sein Gehalt an den Staat abführt und im Gegenzug ein paar Essensmarken erhält.

Bremen

JÖRG BÖSE

Eine Politik, welche mittels negativer finanzieller Reize die Geburtenrate senkt, ist angesichts des wohl dringendsten und wichtigsten Problems der Menschheit, der Überbevölkerung, vorurteilslos betrachtet die einzig richtige und moralisch gesehen die einzig verantwortungsbewußte Strategie.

Bern

CHRISTOPH BRAND

Gleichzeitig mit der Armut wächst auch das nach außen gerichtete Potential an Aggressionen. Hier tickt eine Zeitbombe. Es ist an der Zeit, diese Entwicklung nicht länger herunterzuspielen.

Bad Kreuznach

BERNHARD THORN

Als Alleinverdiener mit meinen drei Kindern müßte ich weit unter der von Ihnen beschriebenen Armutsgrenze leben, könnte dem Sozialamt auf der Tasche liegen und würde bedauert. Da ich aber mein ganzes Leben gearbeitet habe, immer noch nicht geschieden bin und mein braver tüchtiger Mann auch arbeitet, muß ich mich als Doppel- und/oder Besserverdiener von vielen Neidhammeln beschimpfen lassen.

Veitshöchheim (Bayern)

BRIGITTE KIMMEL-KÜSTENMANN

Schaf im Schafspelz

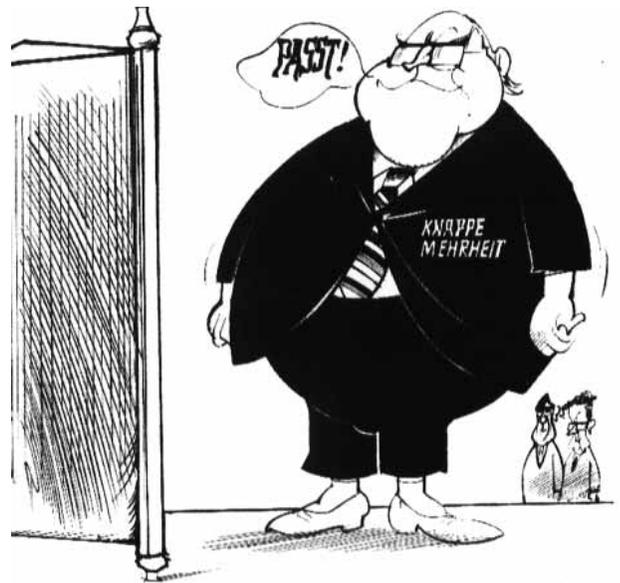
(Nr. 42/1994, SPIEGEL-Titel: Kohl – Kanzler auf Abruf)

Deutschland hatte die Wahl zwischen Regen und Traufe und hat sich für das kleinere Übel entschieden: Bei den Christdemokraten gehen wir langsamer pleite.

Mühlthal (Hessen)

ALFRED ZEPFEL

Zugegeben, Herr Scharping hat mehr Prozente erreicht, als ich geglaubt habe.



Frankfurter Allgemeine

Für mich bleibt er trotzdem ein Schaf im Schafspelz.

Berenbostel (Nieders.)

UWE CICHOS

Der Kinkelsche Zweitstimmen-Bettorden hat es dank massiver Wahlhilfe seitens unserer Kapital- und Medienherren wiederum erreicht, sich die Bundestagspfünden zu sichern und im Schnorr- und Huckepackverfahren erneut in das bundesdeutsche Parlament einzuziehen. Es ist anzunehmen, daß dies mit Hilfe der Klientel und Lobby auch noch über das Jahr 2020 hinaus so bleiben wird.

Ludwigsburg

G. A. MUTH

Warum hat Scharping nicht den Mut, die Chance einer wirklich sozialen Politik mit der Unterstützung der PDS an den Tag zu legen? Das böte ihm die Chance, auch der SPD wieder ein echtes Profil zu geben und dem Wähler klar zu zeigen, daß er „Rechte Machtpolitik“ oder „Linke Sozialpolitik“ wählen kann.

Hasbergen (Nieders.)

GÜNTER TÖNJES

Die SPD-Führung irrt, wenn sie glaubt, daß der Stimmenzuwachs auf gestiegenem Sympathiewert basiert. Viele wählen zähneknirschend die SPD nur deshalb, weil ein Machtwechsel in Bonn das Gebot der Stunde ist und sie meinen, daß mit der SPD zumindest Ansätze einer Reformpolitik möglich seien.

Naumburg (Sachsen-Anhalt)

MANFRED WILHELM

Nicht gewarnt

(Nr. 41/1994, Bluterskandal: Bonner Untersuchungsausschuß belastet Politiker)

Obwohl der Bericht des Untersuchungsausschusses noch gar nicht fertiggestellt, geschweige denn den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses vorgelegt



C. KELLER / GRÖNINGER

Familie in Hamburg-Wilhelmsburg: Die Armut wird vererbt

worden ist, wird in dem SPIEGEL-Bericht unterstellt, der Untersuchungsausschuß habe uns schuldig gesprochen. Dies steht im übrigen im eindeutigen Gegensatz zu der offiziellen Erklärung des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Gerhard Scheu, in der gesagt wird, daß das vom Bundestag eingesetzte Untersuchungsgremium keine persönliche Verantwortung der früheren Gesundheitsminister Geißler und Süßmuth für das Unterlassen von Schutzmaßnahmen gegen Virusinfektionen durch Blut und Blutprodukte festgestellt habe. Dies ist vom gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Paul Hoffacker, noch einmal bestätigt worden.

Bonn PROF. DR. RITA SÜSSMUTH
DR. HEINER GEISLER

Aus dem Jammertal

(Nr. 42/1994, Afrika: Wie die Menschen überleben)

Ein überfälliger Artikel über Afrika nach einer Serie von Schreckensberichten anderer Blätter. Er unterstreicht das Potential Afrikas in einer ihm angepaßten Wirtschaftsform. Sie wird in Zukunft traditionelle Bruttosozialprodukt-Ökonomen im tropischen Regen stehenlassen.

Berlin DR. HANS-ACHIM KREBS

Endlich ein SPIEGEL-Artikel über Afrika, der aus dem Jammertal herausweist. Herzlichen Glückwunsch.

Frankfurt am Main KONRAD MELCHERS

Steht wie eine Eins

(Nr. 42/1994, Hochschulen: Studiengebühren sollen die Privat-Uni Witten/Herdecke vor der Pleite retten)

Anke Brunn steht wie eine Eins zu ihrer Aussage, daß Studiengebühren mit ihr nicht in Frage kommen. Dies hat sie im Februar dieses Jahres allen Studierenden der staatlichen Hochschulen Nordrhein-Westfalens in einem offenen Brief persönlich zugesichert – und dabei bleibt es. Grund: Die staatlichen Hochschulen haben einen Bildungsauftrag, den das Grundgesetz garantiert. Der Zugang zu ihnen ist an Qualifikationen gebunden – und nicht an Vermögen. Für Anke Brunn sind Studiengebühren ein sozialer Numerus clausus und tabu. Die Gebührenfreiheit sagt sie als Wissenschaftsministerin – also als Vertreterin des Staates – den Studierenden an staatlichen Hochschulen zu. Für private Hochschulen können andere Regeln gelten.

Düsseldorf MONIKA LENGAUER
Ministerium für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Auf die Schnauze

(Nr. 42/1994, Stars: SPIEGEL-Gespräch mit Madonna über Geld, Sex und wahre Liebe)

Mit Interesse habe ich das „Madonna“-Gespräch gelesen. Was ich darin vermisst habe, war die Frage nach dem „Morbus Dali“, einer Krankheit, die Eure Medizinalräte vor gut einem Jahr bei der Entertainerin diagnostiziert hatten. Es handelt sich um eine Seuche, die nur Persönlichkeiten befällt, die im Scheinwerferlicht stehen und sich noch darin sonnen, wenn es längst ausgegangen ist. Mir ist diese Definition deswegen in Erinnerung, weil auch ich zu den Befallenen gezählt wurde. Daß nun Ma-



Entertainer Gottschalk

Da geht es rauf

donna auf vier Seiten in einem Magazin zu Wort kommt, das ihr schon die Totenglocken geläutet hatte, mag mit der Tatsache zusammenhängen, daß sie wirklich eine vernünftige CD auf den Markt gebracht hat, oder auch damit, daß sie sich ganz einfach zu einem Gespräch bequemt hat, das buntere Fotos verspricht als ein Gespräch mit der Bundesbauministerin. Mich tröstet die Tatsache, daß Morbus Dali offensichtlich heilbar ist. Wer auf den Zuspruch der Öffentlichkeit angewiesen ist, unterliegt Schwankungen. Da geht es rauf, und dann liegt man wieder auf der Schnauze. Der Totenschein darf nicht zu früh ausgestellt werden. Nichts zu danken – man hilft ja, wo man kann.

München THOMAS GOTTSCHALK

Einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe sind eine Postkarte der Firma Topdec, Pfungstadt, sowie ein Prospekt der Firma Tiptel, Ratingen, beige-geklebt.

Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der Lotterie Günther, Bamberg, sowie des SPIEGEL-Verlages / Abo., Hamburg.

20457 Hamburg, Brandstviere 19, Untertage (040) 3007-0, Telefax (040) 3007 2247, Telex 2 162 477
CompuServe: 74431,736 · Internet: <http://spiegel.nda.net/nda/spiegel>

HERAUSGEBER: Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR: Hans Werner Kilz

STELLV. CHEFREDAKTEUR: Joachim Preuß, Dr. Dieter Wild

REDAKTION: Karen Andresen, Ariane Barth, Dieter Bednarz, Wilhelm Bittorf, Peter Bülke, Dr. Hermann Bott, Klaus Brinkbäumer, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Dieter Degler, Dr. Martin Doerny, Adel S. Elias, Nikolaus von Festenberg, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Angela Gatterburg, Henry Glass, Rudolf Gilsman, Johann Grolle, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Hans Hielscher, Wolfgang Höbel, Heinz Höfl, Clemens Höges, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoyng, Thomas Hüetlin, Rainer Hupe, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Hans-Jürgen Jakobs, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Sabine Kartte-Pfähler, Klaus-Peter Kerbusch, Ralf Klassen, Petra Kleinau, Sebastian Knauer, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Bernd Kühnl, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Klaus Madzia, Armin Mahler, Dr. Hans-Peter Martin, Georg Mascolo, Gerhard Mauz, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Werner Meyer-Larsen, Michael Mönninger, Joachim Mohr, Mathias Müller von Blumencron, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweg, Dr. Jürgen Neffe, Dr. Renate Nimitz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Claudia Pai, Rainer Paul, Christoph Pauly, Jürgen Petermann, Norbert F. Pötzl, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Fritz Rumler, Dr. Johannes Saltzwedel, Karl-H. Schaper, Marie-Luise Scherer, Heiner Schimmöller, Roland Schleicher, Michael Schmidt-Klingenberg, Cordt Schinbren, Hans Joachim Schöps, Dr. Mathias Schreiber, Bruno Schrep, Helmut Schümam, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Birgit Schwarz, Ulrich Schwarz, Dr. Stefan Simons, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Olaf Stampf, Hans-Ulrich Stoldt, Peter Stolle, Barbara Supp, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Vehlewald, Dr. Manfred Weber, Susanne Weingarten, Alfred Weinzierl, Marianne Wellershoff, Peter Wierski, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Christian Wüst, Peter Zobel, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND: Berlin: Wolfgang Bayer, Petra Bornhöft, Jan Fleischhauer, Dieter Kampe, Uwe Klusmann, Jürgen Leinemann, Claus Christian Malzahn, Walter Mayr, Harald Schumann, Gabor Steingart, Kurfürstenstraße 72 – 74, 10787 Berlin, Tel. (030) 25 40 91-0, Telefax 25 40 91 10 · Bonn: Winfried Dizdoleit, Manfred Ertel, Dirk Koch, Ursula Kosser, Dr. Paul Lersch, Elisabeth Niejahr, Hartmut Palmer, Olaf Petersen, Rainer Pöthner, Hans-Jürgen Schlamp, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26 70 3-0, Telefax 21 51 10 · Dresden: Sebastian Berger, Christian Habbe, Dietmar Pieper, Detlef Pypke, Königsbrücker Str. 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 567 0271, Telefax 567 0275 · Düsseldorf: Ulrich Bieger, Georg Bönsich, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Oststraße 10, 40211 Düsseldorf, Tel. (0211) 93 601-01, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Felix Kurz, Dalbergsweg 6, 99084 Erfurt, Tel. (0361) 642 2696, Telefax 566 7459 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Annette Großgordt, Ulrich Manz, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Ansbert Kneip, Rathenaustraße 16, 30159 Hannover, Tel. (0511) 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Dr. Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 225 14, Telefax 276 12 · Mainz: Birgit Loffe, Wilfried Voigt, Weißenliengasse 10, 55116 Mainz, Tel. (06313) 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Annette Ramelsberger, Dr. Joachim Reimann, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Schwerin: Bert Gamerschlag, Spieldordamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 557 44 42, Telefax 56 99 19 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Kriegsbergstraße 11, 70174 Stuttgart, Tel. (0711) 22 15 31, Telefax 29 77 65

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND: Basel: Jürg Bürgi, Spleninger 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 283 0474, Telefax 283 0475 · Belgrad: Renate Flottau, Teodora Dražera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 66 99 87, Telefax 66 01 60 · Brüssel: Heiko Martens, Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1040 Brüssel, Tel. (00322) 230 61 08, Telefax 231 1436 · Jerusalem: Jürgen Hofgrete, 29, Hatikva Street, Yemin Moshe, Jerusalem 94103, Tel. (009722) 24 57 55, Telefax 24 05 70 · Johannesburg: Almut Hielscher, Royal St. Mary's, 4th Floor, 85 Eloff Street, Johannesburg 2000, Tel. (002711) 333 1864, Telefax 336 4057 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 360 4944, Telefax 360 7655 · Kiew: Martina Helmerich, ul. Kostjonojha 8, kw. 24, 252001 Kiew, Tel. (007044) 228 63 87 · London: Bernd Dörler, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (004471) 379 8550, Telefax 379 8599 · Moskau: Jörg R. Mettke, Dr. Christian Neef, Krutizki Wal 3, Korp. 2, kw. 36, 109 044 Moskau, Tel. (007502) 220 4624, Telefax 220 4818 · Neu-Delhi: Dr. Tiziano Terzani, 6A Sujan Singh Park, New Delhi 110003, Tel. (009111) 469 7273, Telefax 460 2775 · New York: Matthias Matussek, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. (001212) 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Lutz Krusche, Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. (00331) 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Jürgen Kremb, Qijiyuan 7, 2, 31, Peking, Tel. (00861) 532 3541, Telefax 532 5453 · Prag: Jilská 8, 11 000 Prag, Tel. (00422) 24 22 0138, Telefax 24 22 0138 · Rio de Janeiro: Jens Glüsing, Ave-

nida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (00396) 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheeleggatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. (00468) 650 82 41, Telefax 652 99 97 · Warschau: Andreas Lorenz, Ul. Polna 44/24, 00-635 Warschau, Tel. (004822) 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Karl-Heinz Büschemann, Siegesmund von Isemann, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. (001202) 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Schönbrunner Straße 26/2, 1050 Wien, Tel. (00431) 587 4141, Telefax 587 4242

ILLUSTRATION: Werner Bartels, Renata Biendarra, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Martin Brinker, Manuela Cramer, Josef Csallós, Volker Fensky, Ralf Geilhufer, Rüdiger Heinrich, Tiina Hurme, Claudia Jeczawitz, Antje Klein, Ursula Morschhäuser, Cornelia Pfauter, Monika Rick, Chris Riewerts, Julia Saur, Detlev Scheerbarth, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Rainer Sennewald, Dietmar Suchalla, Karin Weiberg, Matthias Welker, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION: Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhausen, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Bianca Huneke, Rolf Jochum, Martin Köber, Inga Lembocke, Christa Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Andreas M. Peets, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, SPD, CDU, FDP, Bundestag, Grüne, Zeitgeschichte, Entwicklungshilfe: Dr. Thomas Darnstädt; für SPD (S. 20), Bonn, Migranten, Prozesse, Luftfahrt, Forum, Geheimdienste, Forderung: Clemens Höges; für Drogen, Sexualität, Ernährung, Zeichentrick, Pop, Fotografie, Comics, Fernseh-Voranschau: Hans-Dieter Degler; für Kommunikation, Medien, Kiosk: Uly Foerster; für Konjunktur, Manager, Industrie, Unternehmen, Computer, Konzerne, Trends, Arbeitslose, Verbände: Peter Bülke; für Titelseite: Fritjof Meyer; für Panorama Ausland, Nahost, Katastrophen, USA, Italien, Europa, Schweiz, Ruanda, Nicaragua, Polen, Frankreich: Dr. Romain Leick; für Serie: Dr. Rolf Rietzler; für Fußball, Schach: Heiner Schimmöller; für Szene, US-Trend, Polemik, Bestseller, Literaturgeschichte: Dr. Mathias Schreiber; für Kasernen, Prisma, Kosmologie, Medizin, Jagd: Klaus Franke; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hellspeigel, Rückspiele: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Matthias Welker; für Gestaltung: Dietmar Suchalla; für Hausmitteilung: Hans Joachim Schöps; Chef vom Dienst: Norbert F. Pötzl (sämtlich Brandstviere 19, 20457 Hamburg)

DOKUMENTATION: Jörg-Hinrich Ahrens, Sigrid Behrend, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egler, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Dr. Karen Erksen, Ilse von Gerstenberg-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heider, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzappel, Joachim Immsich, Hauke Janssen, Günter Johannes, Angela Köllisch, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Peter Ludwig, Sigrid Lütich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Dr. Mechtild Ripke, Constanze Sanders, Petra Santos, Christof Schepers, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Andrea Schumann, Claudia Siewert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Stefan Ströf, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Horst Wachholz, Ursula Wamser, Dieter Wessendorf, Andrea Wilkens, Karl-Henning Windelbandt

BÜRO DES HERAUSGEBERS: Irma Nelles

NACHRICHTENDIENSTE: ADN, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Abonnenten-Service: Tel. 0130-863006, Telefax (040) 30072898 Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg

Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 130,00, zwölf Monate DM 260,00, für Studenten (nur Inland) DM 182,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 184,60, zwölf Monate DM 369,20; Seepost Übersee: sechs Monate DM 189,80, zwölf Monate DM 379,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Verlagsgeschäftsstellen: Berlin: Kurfürstenstraße 72 – 74, 10787 Berlin, Tel. (030) 25 40 91 25/26, Telefax 25 40 91 30; Düsseldorf: Oststraße 10, 40211 Düsseldorf, Tel. (0211) 936 01 02, Telefax 36 42 95; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstviere 19, 20457 Hamburg, Tel. (040) 3007 2545, Telefax 3007 2797; München: Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 70174 Stuttgart, Tel. (0711) 226 30 35, Telefax 29 77 65

Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 1. Januar 1994

Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20

Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG: Fried von Bismarck, Burkhard Voges

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is \$280.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., P.O. Box 9868, Englewood, NJ 07631-1123.

Terrorismus

Entführerin packt aus

Die in Norwegen festgenommene Palästinenserin Soraya Ansari hat Beamten von Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft zahlreiche Informationen über die Terrorszene der siebziger Jahre geliefert. Außerdem erklärte die einzige Überlebende des arabischen Terroristenkommandos, das im Oktober 1977 die Lufthansa-Maschine „Landshut“ entführt hatte, sie kenne die in Frankfurt lebende Deutsche Monika Haas; sie identifizierte die Frau anhand von Fotos. Monika Haas, frühere Ehefrau eines Palästinenserführers, wird verdächtigt, an der Vorbereitung der Flugzeugentführung beteiligt gewesen zu sein und die Waffen für das Kommando transportiert zu haben, was sie selbst bestreitet. Ob Norwegen dem Ersuchen



Ansari

der Bundesregierung entspricht, die Ex-Terroristin Ansari auszuliefern, ist ungewiß.

Bundesrat

Schröder zieht zurück

Der niedersächsische SPD-Ministerpräsident Gerhard Schröder zog seine Bewerbung für den Vorsitz im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat zu-



Haas

rück. Er teilte SPD-Chef Rudolf Scharping mit, er lasse dem Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau den Vortritt. Er habe nicht gewußt, daß der bisherige Vorsitzende Johannes Rau den Hamburger favorisiere. Tatsächlich wollte Schröder nicht gleich wieder als innerparteilicher Störenfried auftreten. Erst kurz vor der Bundestagswahl hatte er Parteifreunde mit seinem Werben für eine Große Koalition verärgert.

Rüstungsexport

Israel will deutsche Waren

Israel drängt die Bundesregierung, ihre strengen Vorschriften für den Rüstungsexport zu lockern. Nach den Abkommen mit Ägypten, Jordanien und den Palästinensern sei es nicht mehr angemessen, das Land wie Iran und Irak zu behandeln. Israel will von der sogenannten H-Liste gestrichen werden. Auf dieser Liste der Außenwirtschaftsverordnung stehen insgesamt 32 Staaten, in die zivil wie militärisch nutzbare Produkte (Dual-use-Güter) nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Bundesausfuhramtes verkauft werden dürfen. Verteidigungs- und Wirtschaftsministerium unterstützen die Israelis. Die Hardthöhe verspricht sich noch bessere Rüstungszusammenarbeit, das Wirtschaftsressort wird von deutschen Fir-

Parteien

„Mafiaboß auf Knien“

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Heinz Eggert, 48, über seine Erwartungen an Helmut Kohls Regierung

SPIEGEL: Herr Eggert, Sie kandidieren erneut als stellvertretender CDU-Parteivorsitzender. Dabei haben Sie sich doch mit mancher öffentlichen Äußerung Feinde gemacht, etwa mit dem Vorschlag, Ämter nur auf Zeit zu besetzen.

Eggert: Der amerikanische Präsident kann nur acht Jahre amtierend, unser Bundespräsident allenfalls zehn Jahre – ein Limit könnte auch bei anderen Ämtern Gutes bewirken.

SPIEGEL: Als Sie dies zum erstenmal vortrugen, hieß es aus der Umgebung des inzwischen zwölf Jahre regierenden Kanzlers: „Der Eggert redet zuviel.“

Eggert: Es wurde ja auch erzählt, ich sei beim Kanzler in Ungnade gefallen. Was bedeutet das schon in einem Staat, der nicht von einem absolutistischen Fürsten geführt wird? Helmut Kohl und ich haben viel sachlicher miteinander geredet, als man das wahrnehmen wollte.

SPIEGEL: Staats- und Parteiamt wollten Sie auch schon mal trennen. War das etwa nicht gegen Helmut Kohl gerichtet?

Eggert: Quatsch, das ist genau die Bonner Denkweise. Dabei habe ich das

immer als Diskussionsanregung unabhängig von Personen verstanden.

SPIEGEL: Welche Punkte haben Sie Ihrem Ministerpräsidenten Biedenkopf für die Bonner Koalitionsverhandlungen aufgeschrieben?

Eggert: Dem muß ich nichts aufschreiben, der hat das im Kopf. Ich nenne mal vier Reformpunkte: Wir müssen die Verwaltung entbürokratisieren, das Beamtenrecht entrumpleln. Der soziale Wohnungsbau hat sich totgefördert und ein Wahnsinnsgeld verschlungen. Davon müssen wir uns verabschieden. Und zuletzt: Bin ich noch in einem Rechtsstaat, wenn ich einen Spezialisten brauche, um meine Steuererklärung auszufüllen?

SPIEGEL: Und was will der Innenminister Eggert durchsetzen?

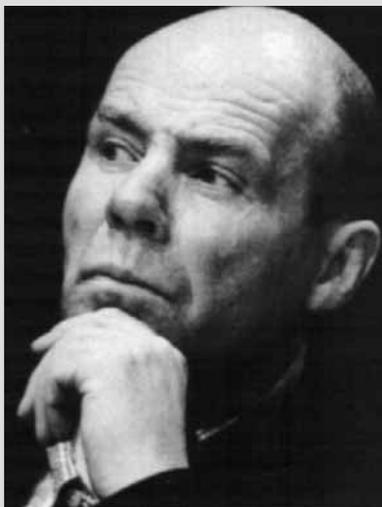
Eggert: Momentan muß in Deutschland jeder Mafiaboß dem Herrgott auf Knien danken für die liberalistische Gesetzgebung. Und für die FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

SPIEGEL: Weil sie sich gegen die Einführung des Großen Lauschangriffs wehrt?

Eggert: Das Abhören von Gangsterwohnungen muß in den nächsten vier Jahren möglich werden, das ist für mich unabdingbar.

SPIEGEL: Soll das heißen, ohne Großen Lauschangriff keine Koalition?

Eggert: Wenn wir bei der Inneren Sicherheit stillstehen, werden die rechten Parteien wieder Zulauf bekommen. Das kann keiner wollen, am wenigsten die CDU.



Eggert

men bedrängt. Das Auswärtige Amt sperrt sich jedoch. Dort gilt der gesamte Nahe Osten weiterhin als Spannungsgebiet.

Brandanschlag

Rechnung an die Opfer

Der südhessische Landkreis Bergstraße fordert die Sozialhilfe und die Beerdigungskosten für eine Asylbewerberfamilie aus Sri Lanka zurück, die 1992 bei einem Brandanschlag in Lampertheim ums Leben kam. In Schreiben an



DPA

Bergung der Opfer in Lampertheim

die Botschaft von Sri Lanka rechnete der stellvertretende Landrat Heinz Fraas (SPD) vor: Der Kreis habe der dreiköpfigen Familie insgesamt 22 194,40 Mark Hilfe zum Lebensunterhalt gezahlt, „hinzu kommen Kosten in Höhe von 1822,86 DM, die für die Bestattung aufgewendet wurden“. Das Geld soll jetzt aus dem Nachlaß eingetrieben werden, nachdem ein Sparkonto der Familie entdeckt wurde. „Wir sind nicht dafür verantwortlich, wenn Kriminelle ein Haus anzünden“, verteidigt sich Fraas. Die Brandstifter wurden vorvergangene Woche zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten das Asylbewerberheim nach einer Geburtstagsfeier angezündet.

SPD

„EINE NEUE LINKE“

Glaubenskrieg in der SPD: Der Abgrenzungskurs des Vorsitzenden Scharping gegenüber der PDS stößt bei den Ost-Genossen auf Widerstand. Sie wollen mit den SED-Nachfolgern zusammenarbeiten. Viele rechnen auch im Westen mit Mehrheiten links von der Mitte. Schon schwärmt Lafontaine von einer Renaissance der Linken.

Seit er die Wahl verloren hat, fühlt sich Rudolf Scharping besser. „Rundum gut“, prahlt er vor Freunden, gehe es ihm jetzt. Einem Vertrauten gestand der Bonner Oppositionsführer, er finde seine Rolle im Wartestand ganz angenehm. „Ihr werdet euch alle angewöhnen müssen: Da ist jetzt ein Vorsitzender, der führt den Laden.“

So energisch regiert der Chef, daß ihm die Sozialdemokraten nun aus dem Ruder laufen könnten.

Mit harten Worten und der Androhung eines „Riesenkrachs“ hat Scharping versucht, die Debatte der Genossen um das Verhältnis zur PDS zu ersticken. Doch statt dessen hat er seine Partei unversehens in einen Glaubenskrieg gestürzt.

Wird die Traditionsparterie ihrem in Zeiten des Kalten Krieges von Kurt Schumacher verkündeten anti-kommunistischen Dogma treu bleiben und Gregor Gysis Partei bannen? Oder will die SPD fünf Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus im Osten eine neue linke Gegenmacht zur Regierung Kohl/Kinkel aufbauen? Und wenn – mit welchen Linken sollen die Erben Willy Brandts die Mehrheit links von der Mitte suchen?

Der Kernfrage sozialdemokratischen Selbstverständnisses kann die SPD nicht mehr ausweichen. Geschickt haben die Erben des real nicht mehr existierenden Sozialismus der SPD die Debatte aufgezwungen: mit Angeboten zur Zusammenarbeit in Ostdeutschland.

Die Sozialdemokraten sind hin- und hergerissen. Einerseits steckt ihnen noch der Schreck über die „Rote Socken“-Kampagne der christliberalen Koaliti-

on in den Knochen – das Aufheulen der Rechten, als Sozialdemokrat Reinhard Höppner in Magdeburg seine rot-grüne Minderheitsregierung von der PDS tolerieren ließ.

Andererseits steigt die Ungeduld bei den Genossen, die sich trotz Wahlerfolge abermals in der Opposition sehen und nun untätig auf den Verschleiß der Regierung Helmut Kohls warten müssen.

Im Osten rechnet sich ein linkes Bündnis besonders gut: Die dortigen Sozialdemokraten, durch Machtworte aus der Bonner Baracke nur mühsam gebremst, suchen ihr eigenes Verhältnis zur PDS. Der stattliche Zuwachs um 7,7 Prozentpunkte in den fünf neuen Provinzen hat das Selbstbewußtsein der

Ost-Sozis gegenüber der Bundespartei gestärkt.

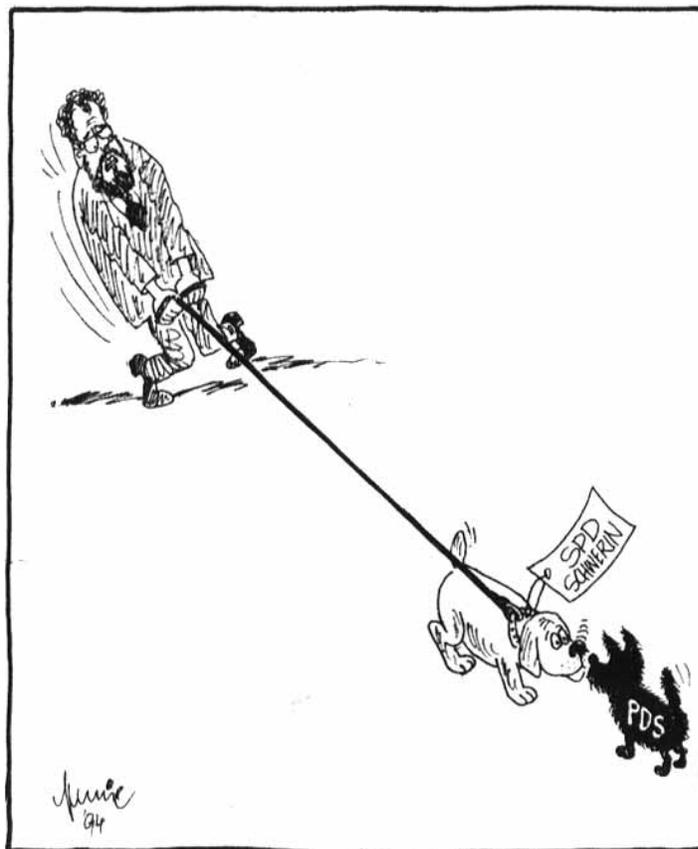
Seit der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern herrscht offener Konflikt zwischen Schweriner und Bonner Sozialdemokraten. Der Landesvorsitzende Harald Ringstorff nahm, allen Warnungen und Drohungen des Vorsitzenden und der Bonner SPD-Zentrale zum Trotz, Kontakte zur PDS auf.

Ringstorff wollte vorführen, daß er sich nicht par ordre du chef in eine Große Koalition mit der CDU einweisen läßt, nur weil die in Mecklenburg-Vorpommern stärkste Partei geblieben ist. Er hielt sich demonstrativ die Option offen, mit Hilfe der PDS Ministerpräsident einer Koalitions- oder einer geduldeten Minderheitsregierung zu werden.

„Ungewöhnlich dämlich“ nannte Scharping solche Überlegungen. SPD-Geschäftsführer Günter Verheugen sprach von einer „eindeutigen Verletzung der Absprachen“.

Solche Reaktionen bemänteln nur knapp, daß der Bonner SPD-Zentrale jedes Konzept für den Umgang mit den SED-Nachfolgern fehlt. In Partei- und Bundestagsfraktion häufen sich die Stimmen, die vor allem eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Postkommunisten verlangen.

Der Versuch des Vorsitzenden („Ich werde jede Zusammenarbeit mit der PDS verhindern“), das Problem per Bannstrahl zu lösen, stößt auf Widerwillen. Eine Zusammenarbeit mit der Partei, die so trefflich das Unwohlsein der Ostdeutschen aufnehme, so argumentieren viele, werde sich auf Dauer gar nicht vermeiden lassen.



Frankfurter Rundschau



KPD-Chef Pieck, SPD-Chef Grotewohl 1946*: „Nie wieder Spaltung“

„Kräfte sammeln“

Wie PDS-Politiker die Geschichte verbiegen

Tröstende Worte findet der PDS-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, für die SPD. Gewiß, bedauert er treuherzig, hätten Sozialdemokraten in Ostdeutschland bei der Verschmelzung von SPD und KPD zur SED im Jahr 1946 unter „erheblichem und ungerechtfertigtem Druck“ gestanden.

Aber von einer „Zwangsvereinigung“, schränkte der PDS-Mann gleich wieder ein, könne nicht die Rede sein. Schließlich, sekundierte PDS-Chef Lothar Bisky, sei doch der Wunsch nach einem Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien auch in der SPD 1945/46 weit verbreitet gewesen.

Das ist nur die halbe Wahrheit.

Einheitsstimmung beflügelte in der sowjetischen Besatzungszone nach Kriegsende zwar etliche Sozialdemokraten, die für Hitlers Aufstieg vor allem den Zwist zwischen SPD und KPD in der Weimarer Republik verantwortlich machten. Motto: „Nie wieder Spaltung.“

Doch bei den Kommunisten stießen die einheitsbegeisterten SPD-Genossen zunächst auf taube Ohren. Die KPD unter Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck wollte erst einmal „ihre Kräfte sammeln“ (Ulbricht). Worauf das hinauslief, bekamen die Sozialdemokraten in Ostdeutschland bald zu spüren.

Während KP-Kader gezielt Schlüsselpositionen in den neuen Verwaltungen übernahmen, wurden SPD-

Funktionäre, die sich dem engen Zusammenspiel zwischen der Besatzungsmacht und ihren deutschen Handlangern widersetzen, drangsaliert und verschleppt. Rund 400 Opfer sollen in sowjetischer Lagerhaft umgekommen sein.

Illusionslos lehnte der Vorsitzende der Westzonen-SPD, Kurt Schumacher, alle Einheitsbestrebungen ab. Für die „rotlackierten Faschisten“, so Schumacher, werde die SPD auf keinen Fall den „Blutspender“ spielen. Schumachers SPD-Kontrahent im Osten Otto Grotewohl hingegen wollte Zeit gewinnen. Er lavierte, als die KPD-Spitze, durch Wahlniederlagen der Kommunisten in Ungarn und Österreich alarmiert, im Herbst 1945 auf Fusion zu drängen begann.

Obwohl Grotewohl gegen die Zunahme des „undemokratischen Drucks“ protestierte, gab er schließlich nach. Anfang 1946 hatte ihn der Chef der sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Marschall Georgij Schukow, zu sich zitiert und den Parteizusammenschluß verlangt. Grotewohl: „Ist das ein Befehl?“ Schukow: „Ich befehle Armeen, aber ich wünsche die Vereinigung.“

Am 21. April 1946 besiegelten KPD und SPD auf einem gemeinsamen Parteitag in Berlin die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – für die Sozialdemokraten im Osten der Beginn einer Epoche von Verfolgung und Unterdrückung.

Im Osten sei die PDS „keine Splitterpartei“, maulte Ringstorffs Verhandlungshelfer Dieter Schröder, Oberbürgermeister in Rostock, früher Chef der Berliner Senatskanzlei, ein eher rechter Sozialdemokrat. Er erhalte vor Ort viel Unterstützung von PDS-Wählern.

Im offenen Dissens zum Vorsitzenden Scharping formulierte Schröder: Die Sozialdemokraten müßten erreichen, daß sich die PDS von der „Kommunistischen Plattform“ trenne, einem parteiinternen Zirkel bekennender Marxisten. Dann sei sie, so Schröder, „eine durchaus koalitionsfähige Partei“.

Ringstorff versuchte, die West-Genossen ruhigzustellen, indem er vor der kooperationsbereiten PDS-Spitze Hürden aufbaute: Sie sollte sich entschuldigen für die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED in Ostdeutschland und sich zu Demokratie und Landesverfassung bekennen.

PDS-Chef Lothar Bisky reagierte flexibel: An Demut und Reue solle es nicht mangeln. Doch zu erinnern sei auch daran, daß die SPD 1945/46 die Einheit durchaus gewollt habe (siehe Kasten).

Die alte SED-Unsitte, an der Geschichte so lange zu drehen, bis sie paßt, gibt Scharping in seiner Abneigung gegen die tricky Gysi-Bisky-Truppe recht. Doch nicht nur in Schwerin setzen sich Sozis von dem Glaubenskrieg über die Vergangenheit ab.

Der Magdeburger Ministerpräsident Höppner terminierte seine ersten Gespräche mit der sachsen-anhaltinischen PDS mitten hinein in den Schweriner Konflikt. Nach Tisch verhielt er „gute Zusammenarbeit“ mit den SED-Nachfolgern.

Der Brandenburger Regierungschef Manfred Stolpe empfing in Potsdam demonstrativ den PDS-Chef Bisky. Stolpes starke Position in Brandenburg, wo er mit absoluter Mehrheit regiert, erlaubt es ihm, sich über die Vorgabe der Zentrale hinwegzusetzen. Er fühlt sich nicht gebunden an die „Dresdner Erklärung“ der SPD vom August.

Damals, nach der spektakulären Regierungsbildung von SPD und Grünen in Sachsen-Anhalt, legte Zuchtmeister Scharping die Parteilinie unmißverständlich fest: „Die PDS ist ein politischer Konkurrent und Gegner der SPD. Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage.“

Stolpe pocht jetzt auf mehr Eigenständigkeit der Ostländer von der SPD-

* Beim symbolischen Händedruck zur Vereinigung beider Parteien im Berliner „Admiralspalast“.

„Den Haufen zusammenhalten“

Der mecklenburg-vorpommersche SPD-Chef Harald Ringstorff kontert Bonner Rüffel mit Sturheit

Das Wappentier des Mecklenburgers ist der Ochse, der ist demütig, aber stur. Harald Ringstorff, 55, nennt sich einen „typischen Mäkelbörger“.

Sein Gang ist schwer, sein Händedruck schmerzhaft. Der SPD-Landesvorsitzende hat das Temperament einer Wanderdüne und das Stehvermögen eines Ochsen. „Je größer der Druck auf ihn wird“, sagt der Schweriner SPD-Fraktionssprecher Thomas Freund, „desto ruhiger wird er.“ Dann sieht Ringstorff aus wie ein trotziges Riesenkind.

Seit er gegen alle Drohungen aus der Bonner SPD-Zentrale darauf beharrte, neben einer Großen Koalition mit der CDU in Schwerin auch die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der PDS auszuloten, ist Ringstorff ein bundesweit bekannter und umstrittener Sozialdemokrat.

Im Oktober 1989 war der promovierte Chemiker aus Rostock zu fünf Sozialdemokraten gestoßen, die in der Küche einer Rostocker Wohnung die Partei im Norden der DDR wiedergegründet hatten. Während andere im Osten lieber dem durchreisenden Willy Brandt die Hand schüttelten, blieb der Mecklenburger im Hintergrund und begann, Akten zu wälzen.

Zäh und systematisch lernte er, wie eine Landesverwaltung funktioniert. Ringstorff sei „ein Wühler“, sagt ein ehemaliger Mitarbeiter, „sein Fleiß ist ungeheuerlich, und er vergißt nichts“.

Ein Jahr nach der Wende waren Ringstorffs Küchen-Genossen aus Rostock teils in den Beruf zurückgekehrt, teils als Hinterbänkler im Bundestag untergegangen. Ringstorff wurde SPD-Landesvorsitzender.

„Mehrfach“ hatte der bullig aussehende Mann vor der Bonner SPD-Spitze erklärt, daß seine Truppe auch mit der PDS verhandeln werde, sollten nur noch drei Parteien ins Schweriner Parlament einziehen. Flinke Volten sind des Mecklenburgers Sache nicht. In der SPD, so hielt er schon in der Wahlnacht gegen Rudolf Scharping, gelte „das Föderalstaats-, nicht das Führerprinzip“. Damit entschwand er in sein Haus, einsam im Wald an einem See gelegen.

Die SPD in Meck-Pomm, beschloß der Landesparteirat in seinem Sinne, „weist Versuche der massiven Einflußnahme“ von außen zurück: „Man sollte zur Kenntnis nehmen, daß wir erfahren und verantwortungsbewußt genug sind, um . . . die richtigen Entscheidungen zu treffen.“ Zwar weiß Ringstorff, daß er sich gegen den Willen der Bundes-

higer Überlegung nicht anders geht als so, wie es schließlich kommt.“

Viel schwieriger als die Gespräche mit der PDS werden die anstehenden Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Da schadet es Ringstorff, daß er nicht vergessen mag und, wie sein Stellvertreter Peter Kauffold urteilt, „mehr Analytiker als Synthetiker ist“.

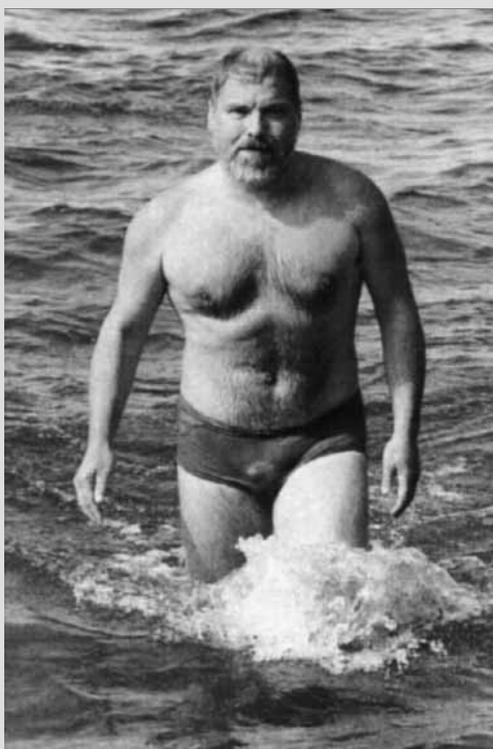
Statt nach vorn zu blicken, entfuhr es dem Schweriner CDU-Generalsekretär Klaus Preschle genervt, habe Ringstorff in den Sondierungen mit dem künftigen Koalitionspartner „in beleidigtem Ton“ das Sündenregister der CDU heruntergebetet. In der vergangenen Legislaturperiode hatten CDU und SPD immer wieder rüde aufeinander eingedroschen, meist verlor der sensible Ringstorff.

Als Redner ist er selbst dann nicht packend, wenn er recht hat. Ringstorff spricht schleppend, sein Ton ist klagend. Er nimmt diesen Nachteil hin und hofft, „daß sich die ehrliche Wahrheit gegen die glatte Lüge durchsetzen wird“.

Fast trotzig erzählt er die Geschichte, wie er als Kommunalwahlkämpfer im Trebeltal bei Demmin im Juni gescheitert ist.

Beim Besuch arbeitsloser Landfrauen, die von einer Beschäftigungs-Gesellschaft mit Bastelarbeit ruhiggestellt wurden, erklärte Ringstorff, er werde dafür kämpfen, daß „die Frauen bald wieder im ersten Arbeitsmarkt einen Platz“ bekämen.

Der Sozialdemokrat erhielt im Trebeltal kaum eine Stimme. Denn kurz zuvor war CDU-Ministerpräsident Berndt Seite bei den Frauen gewesen. Der hatte die Mal- und Strickarbeiten gelobt und den Frauen erklärt, wie schön sie es hätten; auch der Aufschwung sei schon überall zu sehen. Dankbar wählten die Landfrauen CDU.



C. HELLER/GRÖNINGER

Sozialdemokrat Ringstorff

„Es geht nur so, wie es kommt“

SPD kaum durchsetzen kann. Doch er mag auch nicht prompt kuschen, schon aus taktischen Gründen nicht.

Denn seine Parteibasis ist gespalten in Befürworter einer Großen Koalition und Anhänger einer Minderheitsregierung, die von der PDS toleriert werden müßte. „Bei nicht mal 4000 Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern“ könne er es sich nicht erlauben, aus Protest auch nur 100 Mitglieder zu verlieren. „Ich muß den Haufen zusammenhalten“, sagt der Parteichef: „Wir müssen jeder Seite glaubhaft machen, daß es nach ru-



Gesprächspartner Bisky, Stolpe: „Wir müssen da mitmischen“

Führung: „Wir können nicht auf unseren Höfen bleiben, wir müssen da mitmischen.“ Und zwar kräftig.

Über den richtigen Umgang mit der PDS müsse vor Ort, nicht in Bonn entschieden werden. Zwar befürworte auch er derzeit noch keine Koalitionsregierung mit der PDS, betonte Stolpe vor Vertrauten, aber auf Dauer erwachse der SPD im Umgang mit der PDS „eine sozial-sanitäre Aufgabe“.

Im Klartext: Im Osten, wo die FDP aus allen Landtagen geflogen ist und die Grünen nur noch in Sachsen-Anhalt vertreten sind, ist die PDS als Mehrheitsbeschaffer akzeptabel.

Deswegen, so die Konsequenz aus Stolpes interner Analyse, müsse der SPD sogar daran gelegen sein, den aus dem sogenannten Reformflügel der SED hervorgegangenen Teil der PDS um Bisky zu erhalten. Diese Gruppe könne die in der PDS versammelte „Solidargemeinschaft der Verlierer“ mitziehen, darunter viele ausgemusterte DDR-Bedienstete.

„Bis zur Stunde“, so berichtete Stolpe über Erkenntnisse des Potsdamer Verfassungsschutzes, habe sich sogar der radikale, DDR-nostalgische Teil der PDS, die „Kommunistische Plattform“, keinerlei Vergehens gegen die brandenburgische Verfassung schuldig gemacht.

Auch im Westen rührt sich Widerstand gegen die SPD-Zentrale. Im SPIEGEL (43/1994) empfahl der pensionierte Ost-Stratege Egon Bahr Zusammenarbeit in den Ländern. Die SED-Nachfolger könnten der SPD so „das Blut zurückgeben“, das die Sozialdemokratie im Jahre 1946 bei der zwangsweisen Vereinigung mit der KPD gespendet habe. Scharpings starke zwei, Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder,

haben ihren Unwillen über den Kurs des Vormanns nur mühsam verborgen.

Die beiden Länderchefs waren schon nicht damit einverstanden gewesen, daß Scharping nach der Koalitionsbildung in Magdeburg für Bonn jegliche Perspektive, Helmut Kohl vielleicht mit Hilfe der PDS abzulösen, verstellt hatte. Beide hatten im Sommer Höppner dringend zur rot-grünen Minderheitsregierung geraten.

Und beiden paßte es auch nicht, daß Scharping auf Große Koalitionen in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern zusteuer. Schröder beschränkte sich in der Öffentlichkeit darauf, vor „Bonner Weisungen“ zum Schaden des Schweriners Ringstorff zu warnen.

Lafontaine will der CDU in Schwerin nicht kampflos das Amt des Regierungschefs in einer Großen Koalition überlassen. „Um die Hegemonie der CDU zu brechen“, schreckt der Saarländer vor exotischen Modellen nicht zurück.

Zunächst könnten beide großen Parteien versuchen, sich auf einen „angesehenen neutralen Kandidaten“ zu einigen, der einer Großen Koalition vorstehe. Mehr Sympathie zeigt Lafontaine für „ein Kabinett der Versöhnung“ mit einem vom Parlament gewählten neutralen Ministerpräsidenten („So jemand wie Jens Reich wäre richtig“), der seine Minister dann aus Vertretern aller Parteien einschließlich PDS und den im Wahlkampf ausgeschiedenen Liberalen und Grünen berufen könne.

Wichtiger jedoch als die Regierungsbildung in Schwerin ist für Lafontaine das strategische Signal für die Linken in Deutschland: „Das ist die Kernfrage überhaupt.“

Der Saarländer sieht angesichts des zunehmenden sozialen Gefälles und der auffallend hohen Arbeitslosigkeit über die Grenzen der Republik hinaus Bedarf für ein Kontrastprogramm zur konservativen Politik. Mag der Sozialismus nach dem Scheitern der roten Ostdiktaturen noch so oft und abschließend totgesagt worden sein: Lafontaine zweifelt nicht an dessen Wiedererweckung. „Es wird wieder etwas kommen wie eine neue Linke, und ohne die deutsche Sozialdemokratie geht das nicht.“

Fragt sich nur, wer zur Linken zu zählen ist. Lafontaine: „Das Spektrum reicht von der SPD über die Grünen bis zur PDS.“

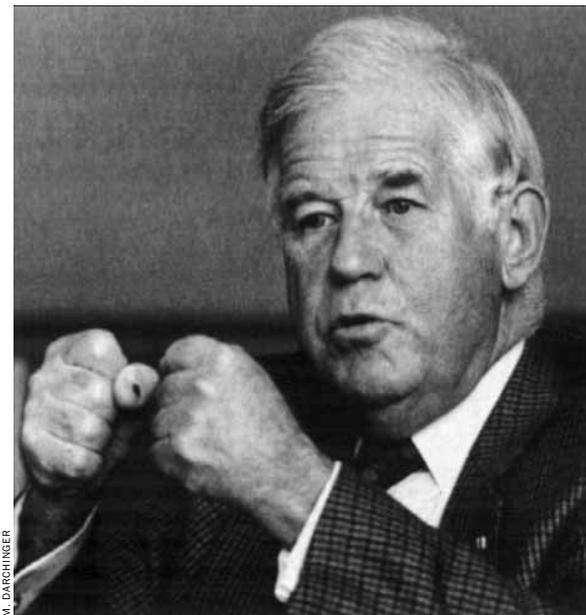
CDU

Letztes Dogma

Schlechter Start für Helmut Kohl: Die Kanzlerwahl mußte er verschieben, Biedenkopf sorgt für Konflikte in den Koalitionsverhandlungen.

Die Schuldfrage klärt sich. Es war Helmut Kohl, der sich und seiner Union am 16. Oktober mit 41,5 Prozent das zweitschlechteste Wahlergebnis seit 1949 eingebrockt hat.

Denn seine unverhoffte Ankündigung gut eine Woche vor der Wahl, er werde „definitiv“ beim nächsten Mal 1998 als Kanzler nicht mehr zur Verfügung ste-



Christdemokrat Biedenkopf
Feind von Formelkompromissen

hen, fügte der Union erheblichen Schaden zu.

Um zwei bis zweieinhalb Prozentpunkte besser hätte die Union abgeschnitten, so der Befund einer von der Parteiführung unter strengem Verschluss gehaltenen Analyse, wenn sich Kohl nicht festgelegt hätte: Vornehmlich Wechselwähler seien zu Hause geblieben, die der Union ansonsten allein aus

Sympathie für den Dauerkanzler ihre Stimme gegeben hätten.

Gleich nach Kohls „strategischem Riesenfehler“, so ein Mitglied der CDU/CSU-Fraktionsführung, habe die SPD in der Wählergunst sogar kurzfristig wieder vor der Union gelegen. Aus der Enthaltung der enttäuschten Kohlfans erkläre sich auch die relativ niedrige Wahlbeteiligung.

Das große Rätselraten hält an: Warum hat Kohl die Rücktritts- und Nachfragedebatte ohne Not ausgelöst? Aus Hochmut, weil er sogar seinen Abschied aus eigener Machtvollkommenheit inszenieren wollte? Oder leistete er sich mal wieder einen Blackout?

Kohl fürchtet nun, ihm könnten verärgerte Abgeordnete bei der Kanzlerwahl einen Denkkzettel verpassen, so

„Gefährliche Hoffnung“

Interview mit Heiner Geißler über die neue Kohl-Regierung

SPIEGEL: Herr Geißler, es wird knapp bei der Kanzlerwahl im Bundestag. Ihre Prognose?

Geißler: Ich nehme an, die Wahl wird gelingen. Man muß den Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP die dramatischen Konsequenzen vor Augen halten, wenn die Wahl scheiterte. Dann liefe es auf Neuwahlen hinaus. Das wäre das Ende der FDP und eine Union unter 40 Prozent.

SPIEGEL: Neuwahlen? Kohl könnte sich – dazu erklärte er sich intern bereit – im dritten Wahlgang mit relativer Mehrheit wählen lassen.

Geißler: Ich glaube nicht, daß so etwas Sinn macht. Eine Regierung mit einem solchen Start kann nichts mehr zustande bringen. Das hätte ungefähr denselben Effekt, den eine gescheiterte Bundespräsidentenwahl gehabt hätte.

SPIEGEL: Welchen?

Geißler: Die psychologischen Verheerungen wären enorm. Hätten wir die Bundespräsidentenwahl mit einem falschen Kandidaten verloren, hätten wir auch die Bundestagswahl verloren.

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich das Regieren vor bei nur zehn Stimmen Mehrheit im Bundestag? Oder bauen Sie jetzt schon auf Ihre heimlichen Verbündeten, die Sozialdemokraten, die ohnehin den Bundesrat beherrschen?

Geißler: Die Bundesratsmehrheit kann schon 1995 in Hessen und Nordrhein-Westfalen kippen. Doch ich will nicht ausschließen, daß es bestimmte Reformvorhaben gibt, für die wir sinnvollerweise auch mit der Opposition zusammenarbeiten. Das Kernproblem aber ist, wie halte ich den eigenen Laden zusammen?

SPIEGEL: Der Kanzler hat die CDU/CSU-Abgeordneten schon zu „Diszi-



Unions-Abgeordneter Geißler
„Man muß flexibel sein“

plin und Geschlossenheit“ aufgerufen. Wird das reichen?

Geißler: Die Hoffnung auf Gehorsam wäre gefährlich. Wir brauchen Integration, und die ist nicht das Ergebnis von Pression und Bestrafung, sondern von Argumentation und Debatte. Par ordre du mufti geht das nicht.

SPIEGEL: Die beiden Fraktionen sind die Machtzentren dieser Legislaturperiode – nicht mehr so sehr die Regierung?

Geißler: Ja, davon bin ich überzeugt.

SPIEGEL: Ist für Sie die FDP noch zu retten?

Geißler: Die FDP gleicht zur Zeit dem griechischen Philosophen Straton. Der war so abgezehrt, daß er starb, ohne es zu merken. Die Wiederauferstehung der FDP ist keine personelle, sondern eine inhaltliche Frage. Wenn wir auch nach 1998 regieren wollen, dann können wir nicht unbedingt darauf bauen, daß uns dieser Koalitionspartner wieder zur Verfügung steht.

SPIEGEL: Soll die Union sich zu den Grünen hin als Koalitionspartner der Zukunft öffnen?

Geißler: Eine Koalition auf der Bundesebene ist derzeit so gut wie unmöglich. Die Grünen sind in der Außen- und Sicherheitspolitik gespalten. Den Ausgang der Auseinandersetzung zwischen Bellizisten und Pazifisten muß man abwarten. Im Prinzip aber wäre es dumm, wenn die Union als einzige Partei eine Koalitionsoption ausschließen würde, wenn alle anderen miteinander auf das freudigste koalieren wollen.

SPIEGEL: Also womöglich 1998 Schwarz-Grün im Bund?

Geißler: Vielleicht reicht es in vier Jahren wieder zu einer Regeneration der jetzigen Koalitionsmehrheit. Auch die CDU muß sich entwickeln. Die Union ist immer dann strukturell mehrheitsfähig gewesen, wenn sie sich als die modernere Partei erwiesen hat. Sie hatte zum Beispiel ihre Regierungsfähigkeit verloren, als sie Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre den Anschluß an den gesellschaftlichen Wandel und an eine neue Politik verpaßt hatte.

SPIEGEL: Personell muß sich die Union vorher noch in der Regierungsspitze erneuern. Kohl hat vor der Wahl erklärt, er stehe 1998 nicht mehr als Kanzler zur Verfügung.

Geißler: Die Koalition funktioniert, wenn sie auch die Wahl eines neuen Kanzlers schafft – falls Kohl aufhört. Jeder in der Union und auch in der FDP muß sich dann überlegen, ob er zwei oder anderthalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl den Laden sprengen will.

SPIEGEL: Sie halten es für möglich, daß Kohl sagt, er wolle doch über 1998 hinaus weitermachen?

Geißler: Ich weiß nicht, ob Helmut Kohls Aussage, daß dies seine letzte Legislaturperiode sei, das letzte Dogma sein muß. Wenn die Lage schwieriger ist und wenn möglicherweise die Regierungsverantwortung es verlangt, muß man flexibel sein.

daß er im ersten Wahlgang nicht die erforderliche absolute Mehrheit erhält. Er sei dann zum zweiten Wahlgang bereit, so sorgte er im kleinen Kreis für den Notfall vor. Dann werde er eben mit Verzögerung im Amt bestätigt.

Der verunsicherte Regierungschef wagte es nicht, vor der Kanzlerwahl seine voreilige Abschiedsabsicht einzuschränken oder ganz zurückzunehmen. Er mißtraut Parteifreunden, die bereits auf eine Karriere unter einem Nachfolger hoffen. Wenn Kohl nun erkläre, so die Überlegung, er wolle doch über 1998 hinaus Kanzler bleiben, würden einige Unionschristen womöglich in Versuchung geraten, bei der Kanzlerwahl wiederholt mit Nein zu stimmen und so das Ende der Ära Kohl vorzuziehen. Eine Große Koalition mit einem Kanzler Wolfgang Schäuble wäre eventuell die Folge.

Sobald Kohl aber zum fünften Mal zum Kanzler gewählt ist, dazu drängen ihn seine Berater, müsse er sein Rücktrittsversprechen revidieren. Denn jetzt schon leide seine Autorität.

Amüsiert verfolgten in der vorigen Woche Kohls Gegner in der Unionsführung, wie sich der Kanzler seinem Gegner Kurt Biedenkopf beugen mußte. Der wollte in die CDU-Kommission für die Koalitionsverhandlungen mit der FDP und der CSU aufgenommen werden.

Kohl war für eine kleine gefügte Besetzung. Neben ihm sollten Fraktionschef Schäuble, Generalsekretär Peter Hintze, Kanzleramtsminister Friedrich Bohl und Arbeitsminister Norbert Blüm die CDU vertreten und möglichst rasch einen Katalog allgemeiner Absichtserklärungen für die kommende Legislaturperiode formulieren.

Biedenkopf, in Sachsen mit einer absoluten Mehrheit von satten 58,1 Prozent ausgestattet, mißfielen Vorhaben und Prozedur. Vorletzten Donnerstag setzte er sich im Zwiegespräch mit dem Kanzler durch. Prompt mußten Mitarbeiter des Kanzleramts streuen, Biedenkopfs Teilnahme sei schon Wochen zuvor verabredet worden.

Um seine Niederlage zu kaschieren, berief Kohl zusätzlich den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel in die CDU-Delegation. Generalsekretär Hintze gab am vorigen Donnerstag die gewundene Erklärung



Parteifreunde Kohl, Schäuble: Den Kanzler beim Wort nehmen

BONNENSEQUENZ

konnte, strategische Bedeutung.

Die angeblich faulen Deutschen sollen sich ein anderes Bewußtsein zulegen; den „Blaumachern“ will Schäuble die Arbeitsunlust durch Lohnabzüge vergällen. In die gleiche Richtung zielen alle Vorstöße, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu kürzen, falls jemand Job-Angebote als unzumutbar ausschlägt.

Gegen diesen Rigorismus leistet der Arbeitnehmer-Flügel in der CDU erbitterten Widerstand. Arbeitsminister Blüm sperrt sich auch gegen Schäubles Idee, Kinder im Rentenrecht zu berücksichtigen: entweder durch niedrigere Beiträge für Eltern mit großer Kinderschar oder durch knappere Renten für kinderlose Ruheständler. Blüm hält das für einen unverantwortlichen Angriff auf die Leistungsbezoogenheit der Rente.

Grundsätzlicher noch stellt Biedenkopf die Sozialpolitik Blüms in Frage.

ab, es sei vereinbart gewesen, daß jeder Koalitionspartner fünf Vertreter für die Kernkommission benennen dürfe. Die Union habe darum „gebeten, bei der CDU sechs Teilnehmer zu akzeptieren“. Kanzleramtsminister Bohl mußte für Teufel weichen.

Biedenkopf will Formelkompromisse verhindern, mit denen Konflikte zwischen der Union und den Liberalen, aber auch innerhalb der C-Parteien, etwa über den Umbau des Sozialstaats

Umsichtig stellt sich Schäuble eine Mannschaft zusammen

oder eine Korrektur des Steuersystems, verkleistert werden sollen. Der Ministerpräsident aus Sachsen möchte seinen Beitrag dazu leisten, daß es nicht zu einer „Stagnation“ der Bonner Politik kommt. Für einen hastigen Verlauf der Verhandlungen à la Kohl ist er nicht zu haben.

Die Konflikte ranken sich um das Kennwort vom „schlanken Staat“, das die ersten Tage der Koalitionsverhandlungen beherrschte. Was der Fraktionsvorsitzende Schäuble darunter versteht, war zuvor im CDU-Präsidium klageworden. Für ihn hat die Kürzung der Lohnfortzahlung, die er bei der Pflegeversicherung nicht durchsetzen

Er will Alterssicherung und Krankenversicherung vom Arbeitsentgelt abkoppeln, mit unabsehbaren Folgen für das ganze Sozialsystem. Den sächsischen Ministerpräsidenten treibt die Sorge um, daß die Sozialpolitik alten Stils, zumal schon bald zu viele Rentner zu wenigen Beitragszahlern gegenüberstehen, nicht mehr zu bezahlen ist. Auf Blüms Seite stehen Rainer Eppelmann, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, und CSU-Gesundheitsminister Horst Seehofer. Sie vertreten die Ansicht, ein Ausschöpfen der Wirtschaftlichkeitsreserven könne das bestehende System sozialverträglich gegen die Folgen der Überalterung der deutschen Gesellschaft absichern.

Je schärfer die Konflikte ausgetragen werden, desto geringer sind Kohls Chancen, vor der Kanzlerwahl für alle wesentlichen Probleme unverbindliche Formulierungen ins Regierungsprogramm zu schreiben. Schon ist der Termin der Kanzlerwahl – ursprünglich am 11. November, dann auf den 15. oder 17. November verschoben – wieder fraglich. Es könne noch später werden, hieß es vorigen Freitag im Kanzleramt.

Dennoch gab sich Kohl in der Präsidiumssitzung seiner Partei dynamisch und führungsstark. Den Deutschen werde er in seiner Regierungserklärung ein „Aha-Erlebnis“ bescheren, kündigte er an. Erfahrene Sitzungsteilnehmer wie Rita Süßmuth oder Heiner Geißler

bezweifeln, Kohl könne vergessen machen, daß er mit seiner schwachen Mehrheit ein Kanzler auf Abruf ist.

Der ehemalige Generalsekretär rät aus Angst um das Abschneiden der CDU bei den nächsten Wahlen in Hessen und Nordrhein-Westfalen zur Umkehr: „Ich weiß nicht, ob Helmut Kohls Aussage, daß dies seine letzte Legislaturperiode sei, das letzte Dogma sein muß. Wenn die Lage schwierig ist und wenn die Regierungsverantwortung es verlangt, muß man flexibel sein“ (siehe Interview Seite 22).

Auf den Weggefährten Schäuble hingegen kann der in Bedrängnis geratene Kanzler nur noch bedingt bauen. Anders als Geißler hält es Schäuble für besser, wenn Kohl zu seinem Wort steht und einem Nachfolger – nach derzeitigen Bonner Machtverhältnissen führt kein Weg am Fraktionschef vorbei – rechtzeitig Platz macht.

Im Jahr 1998 werde es sonst mit Sicherheit heißen, davon ist Schäuble überzeugt, die Zeit sei reif für den Wechsel. Eine personell und programmatisch erneuerte Union aber könne sich auch nach 16jähriger Bonner Herrschaft noch an der Regierung halten. Die nötige Innovation werde von der Fraktion ausgehen, dem „neuen Kraftfeld“.

Dazu soll auch die Erneuerung der Fraktionsspitze beitragen. Als stellvertretende Vorsitzende will Schäuble eine Reihe von alten und jüngeren Talenten an sich binden, die ihre Zukunft in der Zeit nach Kohl sehen.

Der frühere Kanzleramtsminister Rudolf Seiters, als Bundesinnenminister zurückgetreten und von Kohl nicht wieder berufen, soll sich um die Außenpolitik kümmern. Schäubles Landsmann Hans-Peter Repnik gibt seinen Job als Parlamentarischer Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium mangels Aussichten auf Beförderung im Kohl-Kabinett auf und will sich in der Fraktion der Umweltpolitik widmen.

Der Rechtsprofessor Rupert Scholz, von Kohl als Verteidigungsminister geschäft, soll dem Fraktionschef in der Rechts- und Innenpolitik zur Seite stehen. Der ostdeutsche CDA-Vorsitzende Eppelmann dürfte den enttäuschten Ossi Johannes Nitsch als Fraktionsvize ablösen. Zum neuen Justitiar will Schäuble den 41jährigen Reinhard Göhner befördern, der nicht länger als Parlamentarischer Staatssekretär dem Kohl-Kabinett angehören möchte.

Umsichtig stellt sich Schäuble eine eigene Mannschaft seines Vertrauens zusammen. Er glaubt, daß 1998 eine erneuerte Union 45 plus x Prozent holen kann. Er werde zeigen, so sagt er mit leiser Drohung, daß die CDU mehr sei als Helmut Kohl.

FDP

Linker Firlefan

Rechte Freidemokraten um Alexander von Stahl wollen ihre Partei auf nationalliberalen Kurs bringen.

Alexander von Stahl weiß, wo er hin will – nach rechts. „Links“, sagt der Ex-Generalbundesanwalt, „ist für die FDP kein Platz.“

Zusammen mit dem Rechtsintellektuellen Rainer Zitelmann und drei weiteren Mitgliedern der Berliner FDP wirbt Stahl seit verganginem Mittwoch für eine radikale Kurskorrektur. In den „Berliner Positionen einer liberalen Erneuerung“, einem vielseitigen Papier, das in FDP-Kreisen derzeit herumgereicht wird, möchten die nationalliberalen Sektierer alle Positionen abräumen, die den Linksliberalen heilig sind.

Vor allem in der Innenpolitik wünscht sich der nach dem mißglückten Polizeieinsatz in Bad Kleinen von der liberalen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger entlassene Generalbundesanwalt eine schärfere Gangart. „Erkennbar“ müsse die Kurskorrektur ausfallen, eine „sofortige Kraftanstrengung“ sei nötig, um das Organisierte Verbrechen zu bekämpfen.

Als Sofortmaßnahme schlägt das Papier „die akustische Raumüberwachung und den wirksamen Einsatz verdeckter Ermittler“ vor. Straffreiheit für Drogensüchtige und kleine Ladendiebe lehnt Stahl ab: „Wer Massenkriminalität dadurch bekämpfen will, daß er sie entkriminalisiert, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden.“

Der Vorstoß aus Berlin paßt zu Vorstellungen, die sich auch andernorts in der Partei breitmachen. Dem FDP-Fraktionschef aus Baden-Württemberg, Walter Döring, geht das Stahl-Papier gar „zum Teil nicht weit genug“.

Dabei widersprechen die Berliner Autoren einstmals gesicherten FDP-Positionen, wie sie heute noch die Stahl-Widersacherin Leutheusser-Schnarrenberger hochhält. So raten sie der Partei, sich der Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft „zu widersetzen“. Gerade eben erst hat FDP-Chef Klaus Kinkel dies zu einem Thema der Bonner Koalitionsgespräche gemacht.

Die „Kapitulation des Staates im Bereich der Kernenergie“ wird in dem



Widersacher Leutheusser-Schnarrenberger, Stahl: „Schärfere Gangart“

Papier gezeißelt – als linkes Übel gilt den Berlinern der Feminismus. Der bringe „nicht Gleichberechtigung, sondern eine neue Apartheid“.

Auch mit einer neuen Ökologiepolitik, wie sie dem Linksliberalen Gerhart Baum vorschwebt, haben die Autoren vom rechten Rand nichts im Sinn. „Ökohysterie“ dürfe nicht zum Leitfaden der FDP werden, warnen sie.

Die bisherige Europapolitik der FDP ist den Verfassern gleichfalls nicht genehm. Unter der Überschrift „Europa der Vaterländer“ warnen sie vor der Einführung des Ecu als multinationaler Währung, denn das hätte „für die deutsche Wirtschaft unabsehbare Folgen“.

Wie die Partei auf den Vorstoß aus Berlin reagieren wird, kann Stahl „noch nicht richtig abschätzen“. Doch an einer Trendwende komme die FDP auf Dauer nicht vorbei, glaubt der rechte Jurist: „Der ganze linke Firlefan führt in den Abgrund. Wir müssen uns auf die FDP der fünfziger und sechziger Jahre besinnen.“

Hilfe erhalten die Autoren von konservativen Professoren. „Die FDP war nur zweimal erfolgreich“, argumentiert der rechte Sozialphilosoph Günter Rohrmoser, „mit Genscher und als nationalliberale Partei.“ Nur eine Besinnung der Freidemokraten auf ihr „nationalliberales Erbe“ weise einen Weg aus

der Krise, meint der einstige Eiferer gegen die linke Frankfurter Schule.

Zur gefälligen Beachtung empfiehlt der Professor die Erfolgsstory des rechten FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider in Österreich. Im Handstreich übernahm der Populist aus Kärnten 1986 die kriselnde Partei. „Heute“, schwärmt Rohrmoser, „geht in der österreichischen Politik an Haider nichts mehr vorbei.“

Auch die FDP, so glaubt Rohrmoser, brauche nun einen „deutschen Haider“. Sein Besetzungsvorschlag: Jürgen W. Möllemann. „Skrupellos genug ist der ja“, meint der rechte Publizist anerkennend.



Rechter Rohrmoser: „Skrupellos genug“

Der verwundete Elefant

SPIEGEL-Redakteur Hartmut Palmer über den Machtkampf zwischen Klaus Kinkel und Jürgen Möllemann

Nichts scheut Klaus Kinkel mehr als das Eingeständnis, er freue sich seines Sieges. „Triumph“, sagt der FDP-Vorsitzende laut und oft, „empfinde ich nicht.“

Großmut kommt nach dem Fall. Seit der Erzfeind Jürgen W. Möllemann schwer angezählt am Boden liegt, ist Kinkel bemüht, die Walstatt so unauffällig und so erhaben wie möglich zu verlassen.

Wem wäre denn auch damit gedient, wenn er jetzt die gleichen Mittel anwenden würde, die er dem Rivalen immer vorgeworfen hat? Bestimmt nicht dem FDP-Vorsitzenden Kinkel.

Der bringt den Unterlegenen schon zur Weißglut, indem er sich als Kontrastprogramm in Szene setzt. Der redliche Schwabe quält den umtriebigen Mann aus Münster mit auftrumpfender Biederkeit.

Nein, er möchte jetzt nichts mehr zu Möllemann sagen, teilt er am vergangenen Mittwoch beim Rückflug von der israelisch-jordanischen Friedenszeremonie mit. Er will den Blick nach vorn richten, in Verantwortung für das Land und die Liberalen.

Kinkel hat gut schweigen. Gnadenlos hat er, der sich auf seinen Anstand so viel zugute hält, ausgeteilt.

Kurz und bündig hat er dem Verblüfften ins Gesicht gesagt, daß im Bonner Kabinett „kein Platz für uns zwei“ ist.

Was kann er, Kinkel, dafür, daß seine Warnungen, man möge ihn „bitte nicht unterschätzen“, wenig gefruchtet haben? Wie oft hat er darum gebeten, daß er als Politiker endlich ernst genommen wird? Ist es etwa Kinkels Schuld, wenn einer wie Möllemann die Stimmung im eigenen Laden katastrophal falsch einschätzt?

Daß er, Kinkel, das Komplott geschmiedet oder aus der Ferne die Fäden gezogen haben soll, wie Möllemann verbreitet, weist Kinkel als Legende zurück – zuviel der Ehre.

Er mußte tatsächlich niemanden aufhetzen. Die Meuterer sind von allein zu ihm gekommen, weil sie es leid waren – wie es hinterher in vielen Interviews hieß –, vor den Karren des machtgerigen Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen gespannt zu werden.

Wahr ist jedoch auch, daß niemand auf die Idee gekommen wäre, sich schützend vor den FDP-Chef zu werfen, wenn der am 16. Oktober ganz verloren hätte. Der Putsch, dem Möllemann zum Opfer fiel, ist die Konsequenz aus Kinkels halbem Sieg.

Die Anti-Möllemann-Front steht nicht zum höheren Ruhme des Parteivorsitzenden Kinkel. Sie folgt der simplen Einsicht, daß eine Demontage des Chefs für die angeschlagene Partei selbstmörderisch gewesen wäre. Und: daß unter den obwaltenden Umständen in der FDP-Führung nur einer die Posten vergeben, die Karrieren befördern und beenden kann – Kinkel und nicht Möllemann.

Natürlich erklärt sich der unterlegene Rivale aus Münster seine Schmach allein aus dieser Posten-Logik. Einer wie er kann sich nicht vorstellen, daß die Liberalen einfach genug von der Methode Möllemann haben.

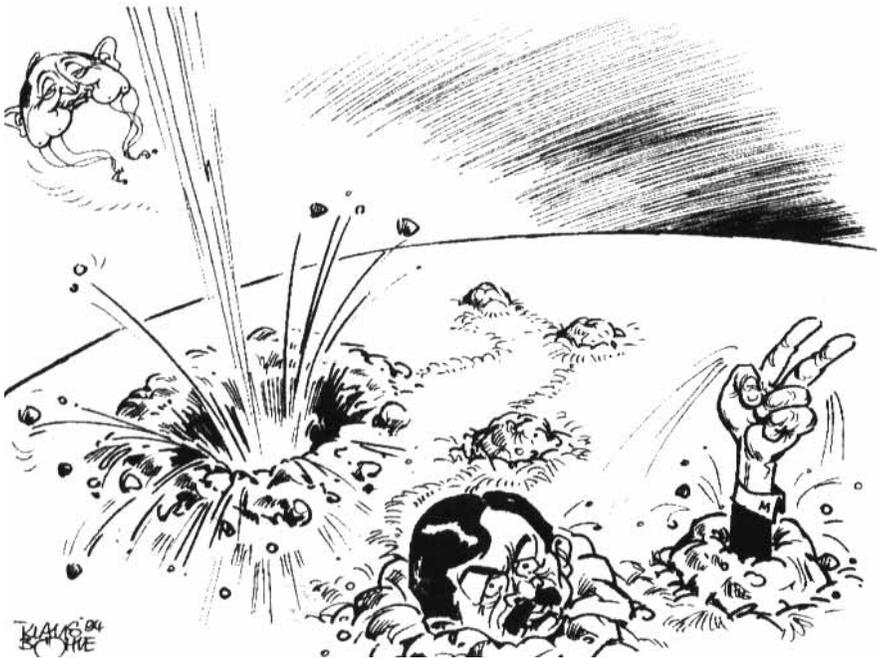
Seine besten Freunde – oder diejenigen, die er dafür gehalten hat – haben ihn in Nordrhein-Westfalen fallenlassen. Fritz Schaumann, einst ein enger Vertrauter des Ex-Ministers, jetzt Staatssekretär im Bildungsressort, gehörte dazu. Er war es, der Möllemann eröffnete: „Jürgen, ich bitte dich zurückzutreten.“

Guido Westerwelle, von Möllemann früher einmal als möglicher FDP-Generalsekretär unterstützt, gehörte ebenfalls zu den unverhofften Gegnern. Irmgard Schwaetzer und Werner Hoyer, der FDP-Generalsekretär, stellten sich gegen ihn. Das immerhin paßte in sein Freund-Feind-Raster.

Auch der Rechtspolitiker Jörg van Essen mischte mit – was der Gestrauchelte als ein sicheres Indiz wertet, daß die amtierende Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Union wegen ihrer konsequenten Haltung in Sachen „Lauschangriff“ ohnehin ein Ärgernis, wenn nicht gleich, so doch später abgelöst werden soll. So übersichtlich ist Möllemanns Welt.

„Ich schätze Frau Leutheusser-Schnarrenberger sehr. Die Personalentscheidungen sind aber noch alle offen“, kommentiert der Vorsitzende knapp. Augenzwinkernde Rochaden, wie Möllemann sie jetzt vermutet, weist er empört zurück. „Solche Spielchen gibt es mit mir nicht.“

Kinkel ist der Ärger anzumerken, daß es dem Quertreiber aus Münster immer noch gelingt, mit spektakulären Auftritten Unfrieden in den eigenen Reihen zu stiften und sich in den Vordergrund zu drängen. Selbst seinen Gegnern nötigt die Chuzpe professionellen Respekt ab,



Die Welt

mit der Möllemann einen Tag nach dem kollektiven Rücktritt seines Landesvorstands die Flucht an die Basis angetreten hat.

Wie er da am vorigen Dienstag im Plenarsaal des Düsseldorfer Landtags, vom erhöhten Platz des Präsidenten, den Aufmarsch von etwa 300 Kommunalpolitikern zu einer Sympathiekundgebung für Jürgen W. Möllemann umfunktionierte, das macht ihm so schnell keiner nach.

Möllemann ist zwar angeschlagen, aber noch nicht ausgezählt. Sein Störpotential bleibt beachtlich.

Er wird Kinkel nie verzeihen, daß der an ihm vorbei zum Parteichef und Vizekanzler aufgestiegen ist. Und Kinkel hat sich über Möllemanns dauernde Besserwisserei, über seine Sticheleien und Stänkereien geärgert: Das sei „17 Monate lang pausenlos“ so gegangen. Wie sehr er sich gedemütigt und gequält fühlte, hat er Möllemann beim denkwürdigen Vier-Augen-Gespräch offen ins Gesicht gesagt.

Ewig wird sich Kinkel erinnern, daß ihn der Landesvorsitzende Möllemann in Nordrhein-Westfalen von den Plakawänden vertrieb. Über Nacht wurde direkt vor seinem Haus in St. Augustin das dort an einem Lichtmast montierte

Das Störpotential des Quertreibers bleibt beachtlich

Kinkel-Porträt gegen das des Übervaters Genscher ausgetauscht – ein gewollter Affront.

Umgekehrt erwies sich freilich auch Kinkel keineswegs als so harmlos und unbedarft, wie Möllemann ihn gern hinstellt. Schnell hat er gemerkt, wie er dem vorlauten Widersacher beikommen kann: frontal.

Möllemann war schockiert, mit welcher brutaler Offenheit Kinkel ihm erst unter vier Augen und später auch öffentlich mitteilte, daß es weder im nächsten Kabinett noch in der FDP-Verhandlungskommission einen Platz für ihn geben könne – solange der Parteichef Kinkel heißt.

Von seinem Vater, einem eckigen und manchmal auch unbequemen Westfalen, hat der Vorsitzende das Elefantenhirn geerbt – und das Elefantengedächtnis.

Und so bleibt das Verhältnis zwischen Möllemann und Kinkel zerrüttet. Nicht einmal Hans-Dietrich Genscher weiß, ob er da noch helfen kann. Der Altvordere, Ziehvater beider Streithähne, ist nicht sicher, ob Versöhnungsgespräche überhaupt sinnvoll sind.

„Da muß Zeit vergehen“, meint der Ehrenvorsitzende. „Beide sind sehr verwundet.“

Riese Möllemann

RUDOLF AUGSTEIN

Es ist nun leider niemand anderer als der von mir so sehr geschätzte Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung*, der Jürgen W. Möllemann bescheinigt, er sei eine „tragische Figur“. Das ist denn doch für diesen aufgelaufenen Politiker des Guten zuviel.

Nein, ein Schurke ist er auch nicht, selbst das wäre des Schlimmen zuviel. Er ist nichts weiter als ein Luftikus und Windikus, wie ihn die Welt seit undenklichen Zeiten immer wieder zu sehen bekommen hat. Mich interessiert an diesem Menschen nur das eine: wieso sein Förderer Hans-Dietrich Genscher, dieser Menschenkenner und Menschenbeobachter, das gelackte Gefäß überhaupt füllen und sich zu Diensten machen wollte. Das wird er niemandem erklären können, und vielleicht weiß er es selbst nicht.

Seit langem war zu sehen, daß man mit Möllemann weder zusätzliche Stimmen holen noch irgendeine Struktur aufbauen konnte. Er war genau der Typ des Karrieristen, der, wie auch *Die Welt* richtig erkannt hat, in der Bevölkerung keinen Respekt genießt, weil er geradezu die „Personifizierung des schlechten Politiker-Image“ vorführt, „interessiert und orientiert in erster Linie an der eigenen Karriere“.

Daß solch ein Mensch sich eine „Denkpause“ verordnet, mag nur als ein weiterer schlechter Scherz erscheinen. Aber da kennt man die nordrhein-westfälische FDP schlecht. Sie ist arm geworden an respektablen Personen, und darum wird ein Pfiffikus wie Möllemann immer mal wieder auf dem Seil umhertanzen, irgendein Ehrenvorsitzender wird ihm schon das Netz spannen.

Bei diesem hier ging das nicht mehr. Sogar der populärste deutsche Politiker, Genscher eben, mußte zum Schluß passen und konnte seinem Schützling nur noch von ferne ein „Kopf hoch!“ zuraunen.

Unbegabt ist so ein Mann ja nicht, und pfiffiger als so mancher Kollege ist er auch. Nur gehörte immer schon eine beträchtliche Menschenunkenntnis dazu, diesen Schlurfen für einen entwicklungsfähigen politischen Charakter zu halten. Das liegt

nicht in seinem Wesen, dafür eignet er sich eben nicht. Wo Ego Trumpf ist, bleibt Ego das Ziel.

Da Möllemann zum Schurken tatsächlich jedes Format und sicherlich auch der Wille fehlt, muß er sich, 49 Jahre alt, in der Politik mit Kleinklein begnügen. Mag sein, er taucht wieder mal auf, aber ebenso schnell wird er auch wieder untertauchen. Denn, wie Friedrich Karl Fromme in der *FAZ* kühl urteilte: „Mölleränner sind nicht das, was die Partei jetzt braucht.“

Probleme gibt es ja, und Möllemann hat an seinem eigenen Untergang nicht allein „schuld“. Die anderen, vor allem Genscher, haben ihm den Größenwahn der nordrhein-westfälischen FDP eingepflanzt, dem sie selbst nicht erlegen waren. Nur so konnte es passieren, daß die Gesamtpartei zur Verfügungsmasse zweitrangiger Figuren wurde, der bisherigen Bauministerin Irmgard Schwaetzer und des NRW-Landesvorsitzenden Möllemann eben. So viel Größenwahn wie der hat Frau Schwaetzer (Sie: „Intrigantes Schwein“) nicht gezeigt, aber ein wenig übergeschnappt war auch sie.

Das wird ihr nachhängen, obwohl sie so wenig „schuldig“ ist wie alle anderen auch. Alle zusammen werden sich jetzt einen Kurs überlegen müssen, von dem niemand sieht, wie er gleichzeitig liberal und erfolgversprechend aussehen könnte. Möllemann und Schwaetzer haben dazu ohnehin nichts beizutragen.

Es ist ja nicht so, daß die FDP-Fraktion im Bundestag allein ein Stück nach rechts gewandert ist. Das gesamte Spektrum spiegelt nur wider, daß die Bevölkerung im Zweifelsfall ihre Sicherheit dem Rechtsstaat vorzieht. Wenn denn die Altvorderen kein Patent wußten, wie sollte es der mit Arbeit überfrachtete Parteivorsitzende Klaus Kinkel in der Tasche haben?

Es geht für die FDP nicht so sehr darum, daß Kohl im ersten oder zweiten Wahlgang Kanzler wird, und auch nicht darum, ob er es im dritten Wahlgang schafft: Es geht vielmehr um die Existenz und Existenzberechtigung einer ehemals bewährten, sich heute noch liberal nennenden Partei.

Bonn

Beinhart verhandeln

Zum erstenmal gibt es im Bonner Rathaus eine rot-grüne Mehrheit – das Verhältnis zum Kanzleramt wird schwierig.

Schlecht über Bonn zu sprechen gehörte stets zum guten Ton. Die Stadt mit ihren 300 000 Einwohnern sei zwar nur halb so groß wie der Zentralfriedhof von Chicago, aber doppelt so tot, fand der Bestseller-Autor John le Carré. In seinem Spionage-Thriller „Eine kleine Stadt in Deutschland“ merkte er über die ehemalige Bundeshauptstadt an: „Entweder es regnet, oder die Bahnschranken sind runter.“

Nun kommt Bewegung in die beschauliche Stadt am Rhein: Seit den Kommunalwahlen vor zwei Wochen gibt es im Stadtparlament erstmals eine rot-grüne Mehrheit. Auf dem Stuhl des Oberbürgermeisters nimmt in dieser Woche eine Frau Platz, die Lehrerin und Sozialdemokratin Bärbel Dieckmann, 45.

Auch in anderen nordrhein-westfälischen Städten büßten CDU-Männer Mitte Oktober ihre Mehrheiten zugunsten von SPD-Frauen ein. In Münster und Bielefeld rücken ebenfalls Genossinnen an die Spitze vor. Doch Bonn ist ein Sonderfall.

Seit 1946 wurde die Stadt von Christdemokraten regiert. 33 Jahre davon herrschte das Geschlecht der Daniels, deren farbloser Abkömmling, Noch-Oberbürgermeister Hans Daniels, allein 19 Jahre amtiert; sein Vater Wilhelm war, von 1956 bis 1969, zuvor 14 Jahre lang OB. Der Machtwechsel kommt für Daniels junior einer Beerdigung gleich: „Beileidsbezeugungen“, verkündet er, „sind nicht an mich, sondern an die Stadt Bonn wegen ihrer rot-grünen Mehrheit zu richten.“

Was die Daniels-Nachfolgerin sich vorgenommen hat, klingt zunächst bescheiden: „Ich will Bonn zu einer ganz normalen Stadt machen“, sagt Dieckmann.

Das freilich ist eine gewaltige Aufgabe. Mit einem Defizit von rund 1,6 Milliarden Mark gehört Bonn zu den am höchsten verschuldeten Städten in NRW

– und dies, obgleich der einstigen Bundeshauptstadt jährlich 100 Millionen Mark an Subventionen zufließen.

Allzu sorglos hatte die bislang herrschende CDU/FDP-Mehrheit die Stadtkasse geleert, vor allem, um den Repräsentationswünschen der im Kanzleramt regierenden Parteifreunde entgegenzukommen. Da wurde eine protzige Kunsthalle gebaut und ein überdimensioniertes U-Bahn-Netz installiert. Dieckmann will nun überflüssige Bauvorhaben stoppen, beispielsweise sechs Tunnelprojekte in der Innenstadt. Statt neuer Autotrassen sollen mehr Radwege gebaut werden.

„Beinharte Verhandlungen“ kündigt die Mutter von vier Kindern auch mit

„Neue politische Mehrheiten müssen auch Signale setzen“

den Residenten im Kanzleramt an. Kein Zweifel: Die einst innigen Beziehungen zwischen der Regierungszentrale an der vierspürigen Adenauerallee und dem barocken Rathaus auf dem schmucken Marktplatz kühlen ab.

Wenn Helmut Kohl mit Hans Daniels über die Gelder verhandelte, die Bonn als Ausgleich für den Umzug der Regierung nach Berlin erhalten sollte, piff der Kanzler den Parteifreund zurück: „Jetzt muß aber Schluß sein.“ So bleiben von den in Aussicht gestellten 5 Milliarden Mark an Zuschüssen schließlich nur 2,8 Milliarden übrig.

Nun möchte der Bund die Kommune sogar an den Investitionskosten für die Ansiedlung des Uno-Hilfsprogramms United Nations Volunteers in Bonn be-

teiligen. Dieckmann jedoch will „keine Mark“ zu der Investitionssumme von 26,5 Millionen Mark beisteuern.

Resolut versucht die Geschichtslehrerin auch schon, ihren Machtspielraum im Rathaus zu erweitern. Nach der neuen NRW-Kommunalverfassung sollen die Oberbürgermeister künftig auch als Verwaltungschefs fungieren und so die bislang amtierenden Oberstadtdirektoren überflüssig machen*.

Das hat laut Gesetz Zeit bis zum Jahr 1999. Doch der christdemokratische Bonner Verwaltungschef Dieter Dieckmann wird schon Mitte nächsten Jahres seinen Schreibtisch räumen müssen. „Neue politische Mehrheiten“, sagt Bärbel Dieckmann, „müssen auch politische Signale setzen.“

Ihr erstes Signal freilich ist nur eins auf dem Papier. Dieckmann will den Briefkopf der Amtspost ändern: Statt „Der Oberbürgermeister“ soll es „Die Oberbürgermeisterin“ heißen.

Auch auf diplomatischem Parkett, traditionell eine zweite Heimat der Bonner Bürgermeister, gehören nach Meinung der Politikerin einige „alte Zöpfe abgeschnitten“. Welche, will sie jedoch noch nicht sagen.

Dieckmanns künftige Koalitionspartnerin, die Grüne Dorothee Paß-Weingartz, 43, wird konkreter. Die Kleiderordnung bei Staatsempfangen – Abendkleid und Smoking – etwa findet die Frauenrechtlerin überholt. Sie will bei Jeans und Pullover bleiben: „Ich habe nicht vor, mich umzuziehen.“

Klar ist für sie auch, daß „Besucher aus autoritär geführten oder diktatorischen Staaten“ nicht einfach wie normale Gäste behandelt werden sollten. Paß-Weingartz: „Denen werde ich mit Sicherheit nicht die Hand schütteln.“



OB-Anwärterin Dieckmann auf dem Bonner Marktplatz: „Ganz normale Stadt“

* Die kommunale Doppelspitze von ehrenamtlichen Oberbürgermeistern und hauptamtlichen Oberstadtdirektoren in NRW geht noch auf die Verordnung Nr. 21 der britischen Militärregierung vom 1. April 1946 zurück.

Fluchen ist wichtig

Der Grüne Cem Özdemir ist der erste gebürtige Türke im Bundestag – er will nicht der einzige bleiben.

Immer im Urlaub brach der Kulturkonflikt los, im Opel, auf der Fahrt nach Istanbul. Der Vater wollte türkische Volksweisen hören, der Sohn die Bay City Rollers.

Die türkischen Gastarbeiter-Eltern hatten es nicht leicht mit ihrem Buben, der allerlei abendländische Marotten entwickelte: Er trug lange Haare, geflickte Jeans und einen Ohrring. Dann agitierte er auch noch für die Grünen, samstags auf dem Marktplatz.

Jetzt aber sind die Eltern stolz auf ihn: Cem Özdemir, 28, ist der erste gebürtige Türke im Deutschen Bundestag. Er selbst sieht sich eher als „Spätzles-Türke“, denn geboren ist er in Bad Urach am Fuß der Schwäbischen Alb, den deutschen Paß besitzt er seit 1984.

Hoffnungsträger ist er gleichwohl geworden für die Einwanderer aus Istanbul, Izmir oder Ankara. Bei einer Telefonaktion der Zeitung *Hürriyet* mit dem neuen MdB am Sonntag nach der Wahl riefen Hunderte von Landsleuten an; letzte Woche hat er schon „bergeweise Briefe“ abgearbeitet, adressiert etwa an die „Gürünen“ im Bundestag.

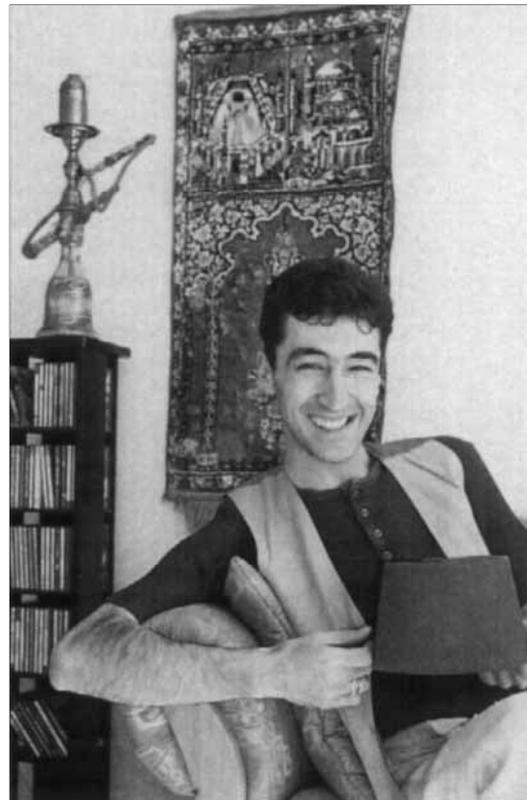
Wohnungsprobleme, Einbürgerungsleid, Abschiebeängste – alles, was Ausländer bedrückt, laden sie jetzt auf dem studierten Sozialpädagogen ab. Glücklicherweise hat der, im Gegensatz zu anderen Parlamentsnovizen, schon ein Büro. Das hatte er als sicherer Kandidat (Landeslistenplatz 6) vorausblickend bereits vor der Bundestagswahl am 16. Oktober reservieren lassen.

Trotzdem hockt der schlaksige Parlamentarier – 65 Kilo schwer, 1,81 Meter groß – jetzt an einem Katzentisch in seinem Vorzimmer. Den Abgeordneten-Schreibtisch hat schwergewichtig der Fraktionsvorsitzende Joschka Fischer besetzt. Tapfer nennt der Türke das Arrangement seine „Bürogemeinschaft“.

Özdemir nahm auch nicht übel, daß er seinen Platz im Innenausschuß wieder räumen mußte – für den Vertreter der Kritischen Polizisten in der Grünen-Fraktion. Der Randgruppen-Realo ist gleichwohl hoffnungsfroh, sein Spezialgebiet effektiv vertreten zu können: die Ausländerpolitik.

Dabei hat sich Özdemir erst im Laufe seines deutschen Lebens zum Türken gewandelt, der die Sprache seiner Ahnen nun immerhin fast fließend beherrscht. Als Kind konnte er kaum Türkisch. Er lernte als Schulsprecher und Grünen-Stadtrat eher Honoratioren-Schwäbisch: „Mei Vadder schafft bei Minimax, Feuerlöscher produzierend. Mei Mudder isch selbständig, die hat a Änderungsschneiderei.“

Das Land seiner Väter lernte Özdemir im Urlaub kennen: „Ich weiß noch, wie schwer ich mich getan hab“, als ich zum erstenmal fluchen wollte. Fluchen ist in der Türkei unheimlich wichtig.“ Auch bei anderen Bräuchen habe er „regelrecht Neuland betreten“. Bei Tisch beispielsweise aß er seinen Teller



Parlamentsneuling Özdemir*
„Mei Vadder schafft bei Minimax“

stets leer: „Das kommt vom Schwabenländle“ – signalisiert aber in Anatolien fortgesetzten Appetit, was der junge Özdemir „erst nach dem fünften Teller“ merkte, als Onkel Hüseyin der Köchin Einhalt gebot.

Politisch trieben Özdemir anfangs die typisch grünen Sorgen um. Er organisierte Friedensdemos und Anti-Atom-Aktionen. Zum Türken-Thema kam er erst nach seiner Wahl in den Landesvorstand der baden-württembergischen Grünen, weil Journalisten ihn nur darauf ansprachen.

* Mit einem türkischen Fes in seiner Tübinger Wohnung.

Seine Tübinger Wohnung zeugt von erfolgreicher Annäherung beider Kulturen: Zwischen Bildbänden von Otto Dix und Paul Klee reihen sich Türkei-Reiseführer, Literatur über die türkische Frauenbewegung und ein türkisches Sprichwörterbuch. Auf dem CD-Ständer mit Scheiben von den Doors und U2 steht eine Wasserpfeife, neben einem Plakat aus dem New Yorker Metropolitan Museum hängt ein Gebetsteppich.

Der Spagat ist für Özdemir alltägliche Übung. Regierungstreue Türken halten ihn für einen Sympathisanten der Kurden-Partei PKK, Kurden unterstellen ihm geheime Dienste für die Regierung in Ankara.

Selbst die Tübinger Grünen mochten ihn nicht als Bundestagskandidaten nominieren, weil er dem Klischee vom entrechteten Türken nicht entspricht. Da holte ihn der Ludwigsburger Kreisverband.

Doch auch Özdemir kennt die alltägliche Diskriminierung, etwa bei der Autoversicherung, die ihm keine unbegrenzte Haftpflicht-Deckung geben wollte. Oder bei der Wohnungssuche, wenn er am Telefon, nach längerem schwäbischen Dialog, auf die Frage „Wie war noch mal der Name?“ den seinen nannte. Da war die Wohnung plötzlich vergeben.

Mit der fundamentalistischen Ausländerprogrammatische vieler Parteifreunde wollte er sich dennoch nicht anfreunden: Statt offener Grenzen fordert Özdemir ein Einwanderungsgesetz, statt eines Wahlrechts für alle Ausländer („Das gibt es in keinem Land der Welt“) will er erleichterte Einbürgerung und die doppelte Staatsbürgerschaft.

Angesichts der steigenden Zahlen eingebürgerter Ausländer hält er einen neuen Umgang der Politik mit den Einwanderern für unausweichlich, schon weil Immigranten auf Dauer Wähler werden. Die FDP hat, von Inländern unbemerkt, vor der Bundestagswahl trendbewußt bereits Annoncen in türkischen Zeitungen geschaltet. Und für die SPD sitzt jetzt Leyla Unur im Bundestag, deren Vater 1937 aus der Türkei zum Studium nach Braunschweig kam und eine Deutsche heiratete.

So sieht sich der Uracher Türke als Vorhut der Einwanderer im Parlament, nach dem Beispiel früher eingedeutschter Immigranten: „Es gibt ja auch Namen wie Lafontaine, Wischnewski, de Maizière. Da wird man sich auch an einen so schönen Namen wie Cem Özdemir gewöhnen können.“

Weg zur Freiheit

Der ehemalige DDR-Unterhändler Wolfgang Vogel steht wegen Erpressung vor Gericht. Doch die Anklage wackelt.

Genau 205 Tage lang saß der frühere Ost-Berliner Anwalt Wolfgang Vogel, 69, in Untersuchungshaft. Allzu einsam war er jedoch nicht in diesen „schmerzlichen, aber auch lehrreichen Monaten“.

Ex-Kanzler Helmut Schmidt kam zu Besuch, Ex-Justizminister Jürgen Schmude, Ex-SPD-Chef Hans-Jochen Vogel sowie zahlreiche Ex-Klienten fanden den Weg in die Zelle. Einige Gäste, erzählt der einstige deutsch-deutsche Unterhändler, seien „sogar aus den USA“ angereist.

Etliche andere Mandanten, die ihn spätestens seit der Wende ins Gefängnis gewünscht hatten, wird Vogel auch bald wiedersehen – als Zeugen, wenn er, der Ex-Anwalt, auf der Anklagebank sitzt.

Am Mittwoch dieser Woche beginnt vor der 6. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin ein Mammutprozeß gegen Vogel wegen Untreue, Falschaussage und Erpressung ausreisewilliger DDR-Bürger; bis ins nächste Frühjahr hinein reihen sich bereits die Termine.

Bevor aber Vogel den Sitzungssaal 500 im Moabiter Kriminalgericht betritt, hat er bereits einen Sieg über die Staatsanwaltschaft errungen. Denn die Richter akzeptierten die Anklagepunkte nur teilweise. Mehr als die Hälfte der Vorwürfe wurden abgeschmettert – die Ermittler, kritisierte das Gericht, gingen von „unzutreffenden tatsächlichen Voraussetzungen“ aus.

Jahrelang hatten Staatsanwälte der Berliner Arbeitsgruppe Regierungskriminalität Stasi-Akten gewälzt und frühere DDR-Bürger vernommen, immer ging es um dasselbe Thema: Wer zu Honecker-Zeiten das Land verlassen wollte, mußte Häuser und Grundstücke abtreten – meist weit unter dem tatsächlichen Wert. Auch um Bargeld, harte West-Mark, erleichterten DDR-Behörden die Abtrünnigen.

Nach der Wende behaupteten viele Alt-Besitzer, Anwalt Vogel habe sie zum Verzicht genötigt; anschließend seien die Immobilien Stasi-Mitarbeitern und anderen Regimetreuen zugeschanzt worden.

Vogel, so sehen es auch die Staatsanwälte, habe die „menschenrechtswidrige Beschränkung der Freizügigkeit“ der DDR-Bürger „gezielt zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile für sich oder Dritte ausgenutzt“. Schlichter nennt sich das Erpressung – mindestens in 53 Fällen, so die Ankläger.

Das Konstrukt der Ermittler, Vogel sei aufgrund seiner „Position im Machtapparat der DDR für das Eingesperrtsein der Bürger“ und damit für „diese Gewaltsituation“ mitverantwortlich gewesen, ging dem Gericht aber zu weit. Wer dies so sehe, tadelt die Kammer, verkenne „die historischen Gegebenheiten“.



Ex-Rechtsanwalt Vogel: Die Hälfte der Vorwürfe abgeschmettert

DARCHINGER

Luftfahrt

Vogel, so die Richter, sei möglicherweise „hochrangiges Werkzeug“ der Staatsicherheit gewesen, „nicht jedoch ein Entscheidungsträger“.

Die „Macht“, das Gefängnis DDR zu öffnen, habe der Jurist nicht besessen. „Dafür, daß Personen von Dritten eingesperrt“ worden seien und Vogel einen Weg „zur Freiheit“ gekannt habe, könne er „nicht strafrechtlich“ zur Verantwortung gezogen werden.

Auch aus der Tatsache, daß manche Käufer dem „Umkreis des Angeklagten Vogel“ angehörten, habe die Staatsanwaltschaft den falschen Schluß gezogen. Allein die „Person des Erwerbers“, so das Gericht, beweise „nicht automatisch... eine Unfreiwilligkeit der Veräußerung“. Manchmal sei es den Verkäufern „völlig gleichgültig“ gewesen, wer ihr Haus bekam – Hauptsache sie selbst durften raus.

Gegen das Eindampfen ihrer voluminösen Anklageschrift (738 Seiten) von 53 auf 21 Fälle hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Kammergericht eingelegt; doch möglicherweise bricht ihr noch ein weiterer Anklagepunkt weg – Meineid.

Letztes Jahr verloren der Stukkateur Peter Neitzke und seine Frau Karin einen Prozeß, den sie angestrengt hatten, um ihr Haus in Berlin-Hellersdorf wiederzubekommen. Wenige Monate vor der Wende hatten sie es für 107 100 DDR-Mark verkauft, um in den Westen ausreisen zu dürfen.

Der Kaufvertrag wurde am 31. Mai 1989 in Vogels Kanzlei besiegelt. „Träfe die Behauptung des Klägers zu“, so das Gericht in seinem Urteil, „daß der beurkundende Notar bei der Verlesung... nicht anwesend gewesen sei“, hätten die Neitzkes ihr Haus zurückerhalten. Der Vertrag wäre durch diesen Formfehler nach DDR-Recht ungültig gewesen.

Vogel hatte aber als Zeuge geschworen, dabeigewesen zu sein. Laut Flugticket traf er jedoch erst einen Tag später, am 1. Juni, nach Geheimverhandlungen in Israel, via Wien in Ost-Berlin ein. Für die Staatsanwaltschaft der schlagende Beweis, daß Vogel unter Eid falsch ausgesagt hat.

Nach Recherchen seiner Anwälte scheint nun aber möglich, daß wegen seines Trips der Termin auf den Nachmittag des 1. Juni verlegt worden ist, mithin nur das Siegeldatum nicht stimmt. „Wir sind“, sagt Vogels Verteidigerin Friederike Schulenburg, „ganz optimistisch.“

Spitze der Nörgler

Der neue Kolossal-Terminal des Frankfurter Flughafens wird heftig kritisiert – zu Unrecht.

Der neue Flughafen von Denver im US-Bundesstaat Colorado gilt in- sidern als einer der schönsten der Welt. Der Airport, dessen zeltartige Dachkonstruktion sich der Kulisse der nahen Rocky Mountains anpaßt, hat nur einen entscheidenden Fehler. Obwohl er seit über einem Jahr fix und fertig ist, steht er leer, weil der auto-

„Dann“, so der enttäuschte Amerikaner, „muß ich ja nicht kommen.“

Hohn und Spott kamen jedoch von anderen, als vergangenen Montag um 5.20 Uhr der erste Jumbo-Jet, aus Hongkong kommend, am neuen Terminal 2 des Rhein-Main-Flughafens andockte und der Bau, 2,5 Milliarden Mark teuer, in Betrieb ging.

Von *Bild* bis *Süddeutsche Zeitung*, von *Stern* bis *Frankfurter Rundschau* kübelten Blätter Kritik über den Terminal, ganz so, als sei der 600 Meter lange und 100 Meter breite Glaspalast ein totaler Reinfall.

Das ist nicht neu. Seit Jahren schon gehört es zur guten Übung, technisch komplexe Großprojekte erst mal als Desaster zu brandmarken.

Die Leute vom Frankfurter Flughafen haben reichlich Erfahrung mit derlei Kritik. Als vor 22 Jahren der erste Großterminal eingeweiht wurde, heute Terminal 1 genannt, setzte sich sogar



Abfertigungshalle im Frankfurter Terminal 2: Sehschwache Reporter

matische Gepäcktransport nicht funktioniert.

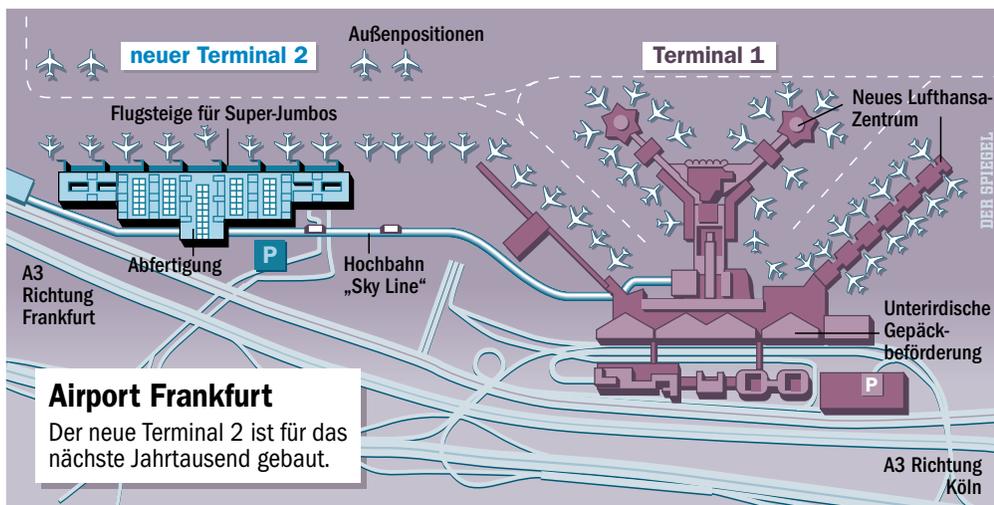
Der arbeitslose Flughafenchef Jim DeLong wollte jetzt Trost und Genugtuung für die eigenen Pannen in Übersee suchen – in Frankfurt am Main. Auch dort sollte ein riesiger Flughafen-Neubau eröffnet werden. DeLong wollte dabei sein, wenn per Knopfdruck die Gepäckbänder anfahren – und, wie er insgeheim hoffte, nicht funktionieren.

Doch der Eröffnungsgast, auf Schadenfreude gepolt, blieb zu Hause. Frankfurts Flughafenchef Wilhelm Bender hatte ihm beiläufig berichtet, der neue Koffertransport sei längst in Betrieb und funktioniere reibungslos.

der erste Mann im Staat an die Spitze der Nörgler: Der Bau sei „hoffentlich nicht gigantisiert worden“, mahnte der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann.

Der Vorwurf des Größenwahns verstumte erst, als das Abfertigungsgebäude zu klein wurde. Mit allen späteren An- und Umbauten reichte es für 24 Millionen Passagiere jährlich, zum Schluß wurden gar 33 Millionen Menschen pro Jahr durchgeschleust.

Die Einweihung des überfälligen Neubaus klappte erstaunlich reibungslos. Immerhin waren neben dem Terminal-Gebäude für 1,6 Milliarden Mark weitere 900 Millionen in Technik und



Airport Frankfurt

Der neue Terminal 2 ist für das nächste Jahrtausend gebaut.

Elektronik investiert worden, um das Zusammenspiel von altem und neuem Terminal zu sichern.

Einzig die „Sky Line“, so der Name der vollautomatischen Hochbahn, die auf 950 Metern Länge die beiden Terminals verbindet, machte den Bauherren Kopfzerbrechen. Sie hatten nicht bedacht, daß zur Einweihung Schulferien herrschten; täglich strömten Zehntausende von Besuchern in den Neubau.

Die wollten vor allem aus den Bahnfenstern den Blick aus luftiger Höhe genießen. Nur zwei der vorgesehenen acht Züge waren jedoch im Einsatz, weil der TÜV die Software für die Weichensteuerung nicht rechtzeitig freigegeben hatte. Wüstes Gedränge war die Folge.

Daß dies die Bezeichnung „Chaos-Eröffnung“ (*Bild*) dennoch nicht rechtfertigte, ahnten wohl auch die Kritiker. Intensiv suchten sie nach anderen Planungsfehlern.

Toiletten gebe es nur an den Enden der 600 Meter langen Halle, klagte ein Reporter, der, offenbar sehenschwach, die Einrichtungen in der Hallenmitte nicht gefunden hatte. Ein anderer monierte, daß die 96 Counter nicht ausreichten. Er hatte wohl übersehen, daß noch etliche Schalter leer standen.

Vor allem der Fußboden der 60 000 Quadratmeter großen Halle beflügelte die Phantasie der Kritiker: Polierter grauer Granit, der „in Norwegen aus dem Berg geschlagen“ und im italienischen Carrara bearbeitet wurde, sei, monierte die *Süddeutsche Zeitung*, ein europaweites und damit „teures Vergnügen“. Der spiegelnde Boden, fiel ein anderer ein, sei zudem „glatt wie eine Eisbahn“. Der Mann muß sich auf Rollschuhen bewegt haben.

Denn es stimmt allein, daß der Granit in Carrara zugeschnitten wurde, weil nur dort die passenden Maschinen arbeiten. Gewonnen wurden die Platten indes im nahen Südfrankreich, wo der Stein poröser ist als anderswo. Deshalb bescheinigt ihm die deutsche Berufsge-

nossenschaft, auch im polierten Zustand, einen hohen „Reibungskoeffizienten“ und mithin Rutschfestigkeit – zu Recht, wie jeder Passagier ausprobieren kann.

Daß nur acht Fluggastbrücken ins Gebäude führen und die restlichen Maschinen auf dem Vorfeld entladen werden müssen, erhitze die Kritiker besonders. „Fehleinschätzung“, tönnten sie; die Super-Jumbos mit 77 Metern Spannweite für 800 Passagiere, für die der Terminal ausgelegt ist, „werden nie gebaut“.

Aber die Mega-Maschinen, an deren Zukunft während der Rezession des Weltluftverkehrs zu Beginn der neunziger Jahre gezweifelt worden war, kom-

Neuer Glaspalast doppelt so teuer wie geplant

men nun doch. Die Flughafen-Vereinigung Airport Council International schwört ihre Mitglieder neuerdings darauf ein.

Die Gebäudeöffnungen für die Fluggastbrücken der Super-Jumbos liegen aber immerhin gut zwei Meter höher als bisher. Bis der erste Riese in Frankfurt andockt, behilft sich der Airport mit längeren Rampen für die kleineren Maschinen, um den Passagieren beim Aussteigen nicht allzu große Steigungen zuzumuten.

Wie der Kritikermarkt funktioniert, zeigte vor allem eine Zahl: 600 Millionen Mark, so der *Stern*, seien beim neuen Terminal für die Behebung der „gravierendsten Mängel“ eingeplant – und fast alle anderen Blätter übernahmen die gewaltige Ziffer.

Als Planungszahl existieren die 600 Millionen Mark tatsächlich. Aber der Betrag ist nicht für den neuen Prachtbau, sondern für den alten Terminal vorgesehen. Lufthansa und Flughafen wollen das alte Gebäude damit gemein-

sam zum Knotenpunkt der deutschen Fluglinie ausbauen.

Berechtigt ist allerdings der Vorwurf, der neue Glaskasten sei zu teuer geraten. Geplant war der Terminal einst halb so groß in den Abmessungen, als reiner Zweckbau mit Garagen auf dem Dach. Mit zwölf Millionen Passagieren jährlich sollte die nüchterne Version aber dieselbe Kapazität haben wie der jetzige Prunkbau.

Die Schuld daran, daß aus geplanten 600 Millionen Mark Baukosten gleich eine Milliarde mehr wurde, tragen hessische Landespolitiker. Die hatten 1989 dem neuen Flughafen-

chef Horstmar Stauber, einem Spezi

des damaligen CDU-Ministerpräsidenten

Walter Wallmann, gestattet, nach

Baubeginn eine Änderung der fertigen

Pläne zu verfügen – für alle Baukundigen

der sicherste Weg zur Kostenexplosion.

Das „Bauwerk von nachdrücklicher

Beiläufigkeit“, das Schöngest Stauber

wollte, entpuppte sich prompt als Geld-

vernichtungsmaschine und kostete ihn

am Ende den Job.

Einer hätte die Verschwendung recht-

zeitig verhindern können: der damalige

Flughafen-Aufsichtsratsvorsitzende und

heutige Bundesinnenminister Manfred

Kanther (CDU). Doch der, immer wieder

auf das Milliardengrab angesprochen,

mochte sich „nicht auch noch mit dem

Gemoser befassen“.

Die Mieter im Prachtbau aus Stahl,

Granit und Glas sind dennoch zufrieden:

„Wunderschön“, tönt es unisono von

Delta Airlines über Cathay Pacific bis

British Airways. Nur einer hält dagegen:

Bernd Struck, Deutschland-Direktor der

amerikanischen Gesellschaft United Air-

lines.

Die Linie ist zwar nicht einmal Mieter

im neuen Terminal. Gleichwohl tönte

Struck, er sei „heilig, daß wir da nicht

reingegangen sind“. Damit wurde er

vergangene Woche zum Lieblingszeugen

der Kritiker. Was die wohl nicht wußten:

Struck hat gute Gründe, einem anderen

Airport Pleiten und Pannen anzuhängen.

Denn daß der längst fertige Traumflug-

hafen von Denver, geplanter United-

Heimatflughafen, nicht in Betrieb gehen

kann, liegt an Strucks Unternehmen,

dem Hauptnutzer des neuen Airport:

Uniteds firmeneigener Gepäcktransport

produziert nur Chaos, läßt Koffer spurlos

verschwinden oder zerlegt sie in Einzel-

teile.

An Uniteds „Koffershredder“, wie In-

sider über den Chaos-Gepäcktransporter

in Colorado spotten, versuchen jetzt

deutsche Experten zu retten, was zu

retten ist. Die Fachleute gehören zur

Hausfirma des Frankfurter Flughafens.

Leerer Raum

Die Grünen beanspruchen einen Platz im Bundestagspräsidium – doch sie sollen ihn nicht haben.

Tagesordnung und Sitzplan für den Berliner Reichstag waren schnell besprochen. Selbst die Eröffnung der Sitzung durch einen Alterspräsidenten Stefan Heym von der PDS war kein Thema mehr, als vergangene Woche die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen mit Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) die Konstituierung des neugewählten Bundestages am 10. November vorbereiteten.

berstande, die Sache zu entscheiden. Sie erbaten Zeit „zum Nachdenken“ und vertagten die Sache auf Ende dieser Woche.

Da werden sie kaum klüger sein. Denn das Problem ist schon zwölf Jahre alt. Seit die Grünen im Bundestag sitzen, kämpfen sie vergebens um angemessene Beteiligung im Präsidium und in sensiblen Ausschüssen wie dem zur Kontrolle der Geheimdienste. Aus Angst vor den undogmatischen Alternativen blocken Christdemokraten und Liberale mit Tricks und Kniffen die Anträge beharrlich ab. Alle vier Jahre wieder signalisieren die Etablierten den Alternativen zugleich demokratische Läuterung – fürs nächste Mal, vielleicht.

Diesmal läuft's wieder wie gehabt. Bundeskanzler Helmut Kohl und FDP-Parteichef Klaus Kinkel, sonst noch um präzise Eckpunkte ihrer künftigen Zusammenarbeit verlegen, verständigten



J. H. DARCHINGER

CDU-Fraktionsmanager Rüttgers: „Staatspraxis seit 40 Jahren“

Die parlamentarische Routine in der informellen Runde, dem sogenannten Vor-Ältestenrat, geriet erst durcheinander, als sich Werner Schulz vom Bündnis 90/Die Grünen zu Wort meldete.

Der Öko-Politiker aus dem Osten verlangte im Bundestagspräsidium einen Sitz zugunsten seiner Partei. Damit künftig jede Fraktion im höchsten Gremium des Parlaments vertreten sein könne, so Schulz, sollte es notfalls sogar vergrößert und am besten gleich die Geschäftsordnung entsprechend geändert werden.

Der Anspruch der drittstärksten Fraktion im neuen Bundestag (siehe Seite 40) löste Ratlosigkeit aus. Regierungskoalition und SPD sahen sich au-

sich bislang immerhin auf eines: dem Grünen-Antrag die Unterstützung zu verwehren.

„Eine Erweiterung des Präsidiums“, sagt der CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer Jürgen Rüttgers, „paßt nicht in die Landschaft.“ Daraus könnten sich in dem Gremium schließlich andere Mehrheiten ergeben, und „das kann nicht sein“. Wenn allerdings die SPD von ihren zwei Vertretersitzen einen abgeben wolle, so Rüttgers, habe die Union damit „kein Problem“.

Zur Begründung ihrer Blockade berufen sich die Koalitionäre auf eine „Staatspraxis seit 40 Jahren“ (Rüttgers), die Ausschußsitze nach einem komplizierten Rechenschlüssel zuteile, gewich-

tet nach den Fraktionsstärken. Danach entfielen auf die Grünen nur jeder siebte Platz. Im Präsidium mit fünf Plätzen (Präsident und vier Stellvertreter) hätten sie also keine Chance.

Daß die FDP im Präsidium logiere, argumentiert Rüttgers, habe sie einzig der Union zu verdanken: Die habe den Liberalen einen „CDU/CSU-Sitz“ abgetreten.

Zwar läßt der Wortlaut der Geschäftsordnung des Bundestages Anzahl und Vergabe der Vizepräsidenten unregelt und schafft so scheinbar einen ungewöhnlich „luftleeren Raum für interfraktionelle Mauseheien“, wie Schulz klagt. Aber unparteiische Experten liefern gleichwohl eindeutige Regeln.

So erläutert das Nachschlagewerk „Der Bundestagspräsident“: Es sei „üblich, daß die stärkste Fraktion au-

ßer dem Präsidenten einen Vizepräsidenten stellt, die zweitgrößte Fraktion zwei Vizepräsidenten und die dritte Fraktion einen Vizepräsidenten“. Herausgeber und Autor des Buches ist Rupert Schick, Leiter der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages.

Ganz in seinem Sinne legten sich auch der ehemalige Bundestagsdirektor Hans Troßmann in seinem Kommentar zum „Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages“ und das „Datenhandbuch“ des Parlaments (Herausgeber: der Bundestag) fest.

Doch die plausible Regelung zu akzeptieren fällt der Koalition offenbar so schwer, daß sie nun auf Auswege sinnt. Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble etwa versuchte in vertraulicher Sondierung die Grünen-Fraktionsspitze dafür zu gewinnen, deren Kandidatin Antje Vollmer mit schwarz-grüner Stim-

menkoalition auf einen der bisher zwei SPD-Sitze zu drücken.

Fraktionsgeschäftsführer Rüttgers geht sogar so weit, den Bündnis-Grünen, vage, erstmals einen Sitz in der Parlamentarischen Kontrollkommission der Geheimdienste in Aussicht zu stellen. Rüttgers, scheinbar einsichtig: „Alle Lösungen, die zur Ausgrenzung der Grünen führen, sind nicht richtig.“

Verfangen solche Finten nicht, gerät die Koalition in die Klemme: Sollte sich die gängige Lehre über die Verteilung der Präsidiumssitze durchsetzen, ginge der Erfolg der Grünen unmittelbar zu Lasten des ohnedies schon angeschlagenen liberalen Koalitionspartners.

Die FDP würde dann ihren Vize verlieren – und zwar kurz vor der Kanzlerwahl, bei der es auf jede Stimme ankommt.

Rechnung ohne PDS

Wer darf in den Vermittlungsausschuß?

Koalition und SPD-Opposition sind sich uneins, ob die PDS in der neuen Legislaturperiode auch im Vermittlungsausschuß Platz nehmen soll.

Das Gremium, dem je 16 Vertreter von Bundestag und Bundesrat angehören, hat die Aufgabe, bei gesetzgeberischen Konflikten zwischen beiden Häusern Kompromisse zu finden. Angesichts des knappen Vorsprungs der Regierungskoalition und der SPD-Mehrheit im Bundesrat kommt auf die 32 Vermittler reichlich Arbeit zu.

Nach dem bei der Besetzung der Bundestagsausschüsse seit langem angewandten Zählverfahren (Sainte Laguë/Schepers) hätte die PDS – ebenso wie Grüne und FDP – Anspruch auf einen Sitz. Dann aber stünde es auf der Bundestagsbank des Ausschusses pari: Union und FDP hätten 8 Sitze, SPD, Grüne und PDS zusammen auch.

Auf der Bundesratsseite sind die Sozialdemokraten ohnehin klar im Vorteil. Mit den Vertretern von 5 Allein- und 2 Rot-Grün-Regierungen hat die Opposition hier knapp die Hälfte der Stimmen sicher, die Union dank Bayern und Sachsen nur 2.

Geringfügig freundlicher für die Bonner Koalition ließe sich das Verhältnis nur gestalten, wenn die PDS

nicht in den Vermittlungsausschuß dürfte.

Der Trick, mit dem die Koalition das gewünschte Ergebnis erzielen könnte: Die Sitze im Vermittlungsausschuß müßten nach einem ande-

ren Zählverfahren zugeteilt werden – etwa nach dem früher bei der Ausschußbesetzung angewandten Verfahren nach d'Hondt.

Dann hätten Union (8) und FDP (1) zwei Stimmen mehr als SPD (6) und Grüne (1), die PDS ginge leer aus.

Doch beliebige Wechsel der Rechenart sind nicht zulässig. 1991 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß auch Abgeordneten-Gruppen ohne Fraktionsstatus, wie die PDS, gemäß dem „jeweils angewendeten“ Zählverfahren an den Ausschüssen zu beteiligen seien, so auch im Vermittlungsausschuß.

Nun bestehen die Sozialdemokraten auf Zuteilung der Vermittlerposten nach dem üblichen Sainte Laguë/Schepers-Verfahren. Nicht aus Liebe zur PDS, sondern weil es die Koalition eine Stimme kostet.

Die Union hält dagegen, der Vermittlungsausschuß passe nicht in die übliche Ausschuß-Arithmetik: Auf der Bundestagsbank müßten sich die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse des Parlaments widerspiegeln.

Setzt sich die Koalition durch, ist eines gewiß: Dann hat Karlsruhe wieder das Wort.



PDS-Abgeordneter Gysi
Abzähl-Tricks um einen Sitz

FRIEDHELM SCHULZ

Grüne

Feindliche Lager

Dem Bündnis 90 droht der Untergang – die Ostdeutschen wählen lieber PDS.

Soviel geherzt und gelobt wurde bei Grüns bislang nur selten. Über „eine saugute Truppe“ freut sich der Stuttgarter Parteiveteran Rezzo Schlauch. „Dauerhafter Integrationskurs“ ohne „berstende Egos“, schwärmt der neue Fraktionssprecher Joschka Fischer, beherrsche nun die Truppe der 49 neugewählten Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen.

Doch das neue Hochgefühl beschränkt sich auf den West-Flügel der Partei. Bei den Ost-Freunden vom Bündnis 90 herrscht Untergangsstimmung.

Als die Parteiführung den Wahlausgang vor Journalisten begeistert kommentierte, hockte Vorstandssprecherin Marianne Birthler aus Brandenburg wie das personifizierte Elend neben den fröhlichen Wessis.

Spät in der Wahlnacht war mitten in die allgemeine Freude über die Rückkehr der Grünen in den Bundestag die Nachricht vom Scheitern Birthlers geplagt. In Brandenburg, wo die PDS 19,3 Prozent der Stimmen einsammelte, erreichten die Alternativen mit Marianne Birthler als Spitzenkandidatin gerade mal 2,9 Prozent.

Das Scheitern der ostdeutschen Politikerin, die auf ihrem Weg nach Bonn mit Vorschußlorbeeren bedacht und für Spitzenämter im Gespräch war, demoralisiert die Ost-Ökos. Fünf Jahre nach der Wende sind die Bürgerrechtler aus dem Bündnis 90, das 1993 mit den Grünen fusionierte, „wieder da, wo sie vor 1990 waren, in der außerparlamentarischen Opposition“, stellt der enttäuschte Parlamentarische Geschäftsführer Werner Schulz fest.

In allen fünf neuen Ländern blieben die Bündnis-Grünen unter fünf Prozent, zum Teil sogar deutlich. Gerade mal 5 der 49 Abgeordneten kommen noch aus dem Osten: Schulz und Antje Rush aus Sachsen, Vera Wollenberger aus Thü-



Grünen-Troika Schulz, Müller, Fischer: „Die Ostdeutschen nicht allein lassen“

ringen, Steffi Lemke aus Sachsen-Anhalt und Gerd Poppe aus Ost-Berlin.

Nachdem die Bündnis-Leute zuvor schon aus allen Landtagen im Osten, außer dem von Sachsen-Anhalt, abgewählt worden waren, sei „Bündnis 90 nun am Ende“, konstatiert Wollenberger, „alles andere ist Augenwischerei“. Die Ostler, die sich gern als Erben der demokratischen DDR-Opposition sehen, seien nun „wieder auf Nischengröße reduziert“, klagt ein Vorständler.

Schuld am Mißerfolg sind zum guten Teil die Bündnis-Grünen selbst. Schon

bald nach der Maueröffnung hatte sich die Rolle der Bürgerrechtsbewegung als Lautsprecher der Wende erledigt, ohne daß manche es so recht wahrhaben wollten.

Mit Neuem taten sie sich schwer. Vor Monaten schon mahnte der West-Grüne und Vorstandssprecher Ludger Volmer, im Osten definierten sich zu viele „fast ausschließlich als Partei der ehemaligen bekennenden DDR-Opposition“.

Umgekehrt mochten sich Bündnis-Politiker nur schwer mit traditionellen grünen West-Positionen anfreunden. „Nato, Fünf-Liter-Auto, Haschisch, alles, was da hochgezogen wurde“, sagt Schulz, „sind nicht unsere Themen.“

So ließen es die Bündnis-Politiker geschehen, daß die forschen Postsozialisten von der PDS viele Ost-Bürger für sich gewannen. Mit ihrem radikal oppositionellen Auftreten und einer Mixtur von „Plagiaten bündnisgrüner und sozialdemokratischer Programmatik“ (so ein Bündnis-Strategiepapier) kam Gregor Gysis bunte Truppe zunehmend auch bei unzufriedenen, auf Protest gebürsteten jungen Leuten im Osten an – der klassischen Grünen-Klientel.

Auch die Arbeit der Bundestagsgruppe vom Bündnis 90 brachte das grüne Unternehmen im Osten nicht voran. Die Abgeordneten, die aufgrund einer Wahlrechtssonderregelung nach der ersten Wahl der wiedervereinten Republik mit 1,2 Prozent in den Bundestag durften, scheiterten an der Sprachlosigkeit zwischen ihrer Gruppe und den West-Grünen im Parteivorstand.

Die Bündnis-Parlamentarierin Christina Schenk, die inzwischen bei der PDS gelandet ist, fühlte sich mehr dem Unabhängigen Frauenverband ver-



Gescheiterte Grüne Birthler
Gestörte Kommunikation

pflichtet und verweigerte den Kontakt mit den Grünen. Ihre Kollegin Ingrid Köppe erntete zwar Respekt mit ihrer Arbeit, etwa im Schalck-Untersuchungsausschuß, aber für die Politik der Grünen interessierte sie sich herzlich wenig. Der eigenwillige Filmregisseur Konrad Weiß machte, Programm hin, Parteibeschlüsse her, was er wollte.

Politische Abstimmung zwischen Abgeordneten und Parteiführung gab es kaum. Bundestagsgruppe und Vorstand tagten parallel und zumeist sorgsam getrennt, als wären sie zwei feindliche Lager. Eine „Kommunikationsstörung“ räumt inzwischen auch Schulz ein, „wir waren überfordert“.

Daran änderte auch eine ganz auf Marianne Birthler zugeschnittene zweite Bundesgeschäftsstelle in Berlin, mit eigenem Pressesprecher und extra Geschäftsführerin, nur wenig. „Reine Geldverschwendung, ohne politische

Die Ökologie soll auch in Ostdeutschland zum Thema werden

Effektivität“, mokieren sich Vorstandsmitglieder inzwischen.

Nun soll alles besser werden. „Wir werden die Ostdeutschen nicht allein lassen“, kündigten Joschka Fischer und seine Sprecherkollegin Kerstin Müller vollmundig an. Doch wie die Partei im Osten was werden will, ist immer noch offen.

Vorschläge gibt es allerlei: Die Hamburger Grüne Krista Sager möchte einen „Aufbaubeauftragten Ost“ im geschäftsführenden Bundesvorstand installieren. Schulz denkt an eine „Querschnittsarbetsgruppe Ost“. Vera Wollenberger schwört auf grüne Regionalbüros. Die Fraktion diskutiert über „Ost-Koordinatoren“.

Einigkeit herrscht bei den Spitzengrünen, daß es mehr als nur einer organisatorischen Erneuerung bedarf. Eine „Image-Innovation“ müsse her, verlangt Krista Sager, die die „Bündnis-Grünen als modernste Partei mit den besten Antworten auch auf Fragen ausweist, die die Leute im Osten haben“. Dazu müßten sie „stärker polarisieren“ und sich politisch absetzen, „auch von CDU und SPD“.

Hauptaufgabe der Alternativen wird es sein, Ökologie auch in Ostdeutschland zum Thema zu machen, ohne gleich mit kleinlichen Bedenken den Aufbau Ost zu blockieren.

Volmer warnt die Parteifreunde, im Osten auf einem „verengten Ökologiebegriff“ zu bestehen: „Für eine ökologische Verkehrs- oder Industriepolitik müssen auch schon mal ein paar Frösche oder Lurche ins Gras beißen.“

„Was ist bei euch los?“

Der russische Diplomat Igor Maximytschew über Moskaus Rolle beim Fall der Mauer

Am 7. November 1989 wurde Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow von SED-Generalsekretär Egon Krenz angerufen und danach zu Außenminister Oskar Fischer gebeten.

Fischer eröffnete ihm, daß die tschechoslowakischen Genossen ultimativ forderten, sie von Scherereien wegen der DDR-Flüchtlinge freizuhalten; ihre eigene Opposition beginne sich deswegen zu regen. Andernfalls werde Prag die Grenze zur DDR sperren. Da eine solche Sperre „die Suppe zum Überlaufen“ brächte, müsse sich die DDR schnell etwas einfallen lassen.

Das Politbüro neige zur folgenden Lösung: Das neue Ausreisegesetz sollte so formuliert werden, daß DDR-Bürger die Möglichkeit erhielten, ohne Umwege über Drittländer direkt in die Bundesrepublik zu fahren, wenn sie sich entschlossen, dort einen ständigen Wohnsitz zu nehmen.

Sofort nach seiner Rückkehr in die Botschaft rief Kotschemassow in Moskau Außenminister Eduard Schewardnadse an. Der Minister reagierte mit den Worten: „Wenn die deutschen Freunde eine solche Lösung für möglich halten, werden wir wahrscheinlich keine Einwände anmelden.“

Am 8. November rief der Botschafter seinen kleinen „brain trust“ zur Analyse der Idee von Krenz und Fischer zusammen. Die allgemeine Meinung war, wir seien überhaupt nicht berechtigt, einem souveränen Staat vorzuschreiben, was er zu tun oder zu lassen habe, besonders nicht während einer selbstverschuldeten Krise.

Einer der Botschaftsräte wies darauf hin, diese vorherige Konsultation mit uns zeuge lediglich von der Feigheit des Genossen Krenz. Der sei sich durchaus im klaren, daß die geplante Maßnahme praktisch auf eine Öffnung der Grenze hinauslaufe, was unabsehbare Folgen haben würde. Daher sein Wunsch, die Verantwortung mit uns zu teilen. Wir hätten jedoch gar keine andere Möglichkeit, als eine positive Antwort zu geben.

Es gab überhaupt keinen Anlaß anzunehmen, daß sich Michail Gorbatschow gegen die Öffnung der Berliner Mauer stemmen würde. In den Vormittagsstunden des 9. November versuchte der Botschafter verzweifelt, Schewardnadse oder Georgij Schachnasarow, Gorbatschows Berater für die sozialistischen

Länder, zu erreichen – doch vergebens. Alle Entscheidungsträger waren in wichtigen Sitzungen und durften nicht abgelenkt werden.

Gegen Mittag entschloß sich endlich der stellvertretende Außenminister Iwan Aboimow, dem der gesamte Bereich der sozialistischen Länder Europas unterstellt war, Kotschemassow grünes Licht für eine positive Antwort an

Krenz zu geben. Das war formal ein klarer Fall von Überschreitung der Kompetenzen; eine negative Antwort jedoch wäre einfach undenkbar gewesen, wenn auch hie und da Zweifel entstanden sein mögen.

Vor dem Fernseher in der Botschaft verfolgte ich die Direktübertragung der Pressekonferenz Günter Schabowskis. Die traurige Farce der Ankündigung des



Massenexodus

und Großdemonstrationen brachten die DDR-Führung im Herbst 1989 immer mehr in Bedrängnis. Während Tausende über die Bonner Botschaften in Budapest, Prag und Warschau dem realen Sozialismus den Rücken kehrten, stellte das Volk in Ostdeutschland die Machtfrage. Um zu retten, was längst verloren war, versuchten Einheitssozialisten und Stasi-Obristen die Lage durch eine neue Ausreiseregulation zu stabilisieren.

Keinesfalls war dabei zunächst an eine Liberalisierung ohne Wenn und Aber gedacht. Doch genau so wurde die lapidare Mitteilung über die Reisefreiheit für DDR-Bürger aufgefaßt, die das SED-Politbüromitglied Günter Schabowski Pressevertretern vor fünf Jahren, am Abend des 9. November, bekanntgab. Noch in dersel-

ben Nacht belagerten Tausende Ost-Berliner die Grenzübergänge und zogen – unbehelligt von der bewaffneten Staatsmacht – in den Westteil der Stadt: Die Mauer war gefallen.

Daß auch Moskau von dieser Entwicklung völlig überrumpelt wurde, geht jetzt aus den Schilderungen des russischen Diplomaten Igor Maximytschew, 62, hervor, der damals zweiter Mann an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin war. Den verwirrenden Zickzackkurs der SED-Politbürokraten, die ihre Beschlüsse nicht länger mit der Schutzmacht im Osten abstimmten, verfolgten die Statthalter des Kreml-Chefs Michail Gorbatschow in einer reinen „Beobachterrolle“ (Maximytschew). Hilflos mußten sie zusehen, wie die DDR-Herren den Ereignissen hinterherliefen und ihnen die Macht entglitt.

schicksalhaften Schrittes von einmaliger Reichweite zwischen Tür und Angel deprimierte mich zutiefst.

Nicht daß ich sofort zur Schlußfolgerung kam, nun sei alles aus. Doch die weitere Entwicklung kündigte sich nicht sehr positiv an. Die ganze Nacht hörten wir Unter den Linden das schlurfende Geräusch der Schritte von Hunderten von Menschen. Uns aber blieb nichts übrig, als die Entwicklung aufmerksam zu verfolgen.

Natürlich stellte sich für mich die Frage, ob ich nicht sofort, gleich in der Nacht, die Zentrale auf die Entwicklungen in Berlin, vor allem auf den offensichtlichen Fall der Mauer, aufmerksam machen sollte. Dem standen drei Erwägungen entgegen: Erstens hätte dafür der Botschafter geweckt werden müssen, da nur er berechtigt war, Informationen für Moskau abzusegnen. Bei seiner Umsichtigkeit im Umgang mit der Obrigkeit – er mußte immer vorher sicher sein, daß man an höchster Stelle in Moskau das, was er zu berichten hatte, auch wissen wollte – wäre die Nachricht sowieso nicht vor dem Morgen abgegangen.

Zweitens war eigentlich alles bereits passiert, und im nachhinein irgendwelche Korrekturen vornehmen zu wollen lag gänzlich außerhalb der Realität. Drittens – und das war für mich damals ausschlaggebend – wäre die Eil-Information der Botschaft schon durch ihren außerordentlichen Charakter geeignet gewesen, falsche Reaktionen bei den subalternen Instanzen in Moskau auszu-

„Wir eilten den Ereignissen nur noch nach“

lösen. Jedes Dreinreden unsererseits hätte dann als Vorwand von denjenigen in der DDR benutzt werden können, die möglicherweise den Augenblick für die „chinesische Lösung“ gekommen sahen.

So beschloß ich, mich bis auf weiteres mit der Beobachterrolle zu begnügen.

Am nächsten Morgen, dem 10. November, noch vor acht Uhr, rief mich der DDR-Abteilungsleiter des Außenministeriums aus Moskau an und fragte: „Was ist bei euch eigentlich los? Alle Presseagenturen der Welt sind wie von Sinnen. Sie behaupten, die Mauer sei weg!“

Als ich ihm die Ereignisse der Nacht kurz geschildert hatte – mit dem Unterton „Was könntet ihr nach einem solchen Verfahren noch erwarten?“ –, kam die Frage: „War das denn alles mit uns abgestimmt?“ Meine Antwort: „Anscheinend ja. Das könnt ihr in Moskau doch besser überprüfen!“



Sowjetdiplomats Maxim Myshchew
„Farce zwischen Tür und Angel“

Eine eilige Überprüfung ging negativ aus. Etwa zehn Minuten später wurde der Botschafter, der inzwischen in seinem Arbeitszimmer erschienen war, von Aboimow angerufen. Aboimow äußerte die Bitte, Kotschemassow solle von den deutschen Genossen Erläuterungen fordern. Der Botschafter meldete sich sogleich mit diesem Wunsch bei Oskar Fischer.

Eine halbe Stunde später gab der zuständige Abteilungsleiter für West-Berlin im DDR-Außenministerium, Walter Müller, im Auftrag von Fischer den Text der für Kotschemassow bestimmten Antwort telefonisch durch: „Wir bitten um Verständnis für den erzwungenen Charakter des Beschlusses über die Gewährung der visafreien Ausreise nach West-Berlin und in die Bundesrepublik in der vorigen Nacht. Sonst wären sehr gefährliche Folgen zu befürchten gewesen. Wir hatten keine Zeit mehr für Konsultationen.“

Anscheinend hatte man auch in Moskau die Bedeutung des Vorgefallenen noch nicht voll erfaßt, denn das abendliche Gespräch des Botschafters mit Schewardnadse verlief durchaus harmonisch. Kotschemassow erzählte uns unmittelbar danach, daß der Minister die Verhaltenslinie der Botschaft im Laufe des 9. und 10. November billigte.

Ich war mir damals gewiß, daß wir den Ereignissen nur nacheilten und dabei eins nach dem anderen von dem wenigen verloren, was wir noch in der Hand hatten, ohne dadurch der DDR wirklich zu helfen. Alle Aussagen meiner Gesprächspartner zeigten unmißverständlich, daß sich die Stimmung der breiten Masse der DDR-Bevölkerung – und auf die kam es an – rasch in Richtung größtmögliche Anlehnung an die Bundesrepublik entwickelte. Man konnte leicht erraten, wohin die Reise nun ging.

Wagen vor die Pferde

Minister Spranger will deutschen Unternehmen Millionen für einen umstrittenen Kraftwerkbau in Nepal zuschanzen.

Der Anblick erfüllt jeden Fremden mit Ehrfurcht. Majestätisch erheben sich die Hänge bis zur Spitze des Makalu im Westen über 8000 Höhenmeter. An die Steilwände gekrallt, wächst der weltweit letzte Bergurwald, ein einzigartiges Labor der Evolution, in dem über 3000 Blütenpflanzen gedeihen.

Reißend und gewalttätig durchschneidet hier der Arun das Himalaja-Massiv an der Grenze von Nepal und Tibet. Aus den Gletschern vom Dach der Welt bringt der mächtige Fluß bis zu 1000 Tonnen Wasser pro Sekunde in die Brunnen und auf die Äcker der Millionen, die an seinem Lauf siedeln.

„Arun“, erzählen die Bergbewohner vom Stamm der Yamphu Rai, das heiße in ihrer alten Sprache einfach „Leben“. Das gleiche Wort, so fürchtet nun eine wachsende Zahl von Nepalesen, könnte bald auch für Unglück und Strafe stehen.

Denn am Oberlauf des Flusses, 40 Kilometer südlich der Grenze zu China, soll im nächsten Frühjahr ein Unternehmen beginnen, das dem armen 20-Millionen-Volk am Fuße des Mount Everest Verschuldung und Abhängigkeit bringen könnte: der Bau des Wasserkraftwerks Arun.

Wie Invasionsmächte wollen europäische Baufirmen dann mit Tausenden Hubschrauberflügen Material und Arbeiter in das entlegene Tal schaffen. An fünf Fronten zugleich soll eine 122 Kilometer lange Straße in das Gestein gestemmt, anschließend eine 68 Meter hohe Staumauer in die Schlucht gebaut und



Entwicklungshelfer Spranger, Gastgeber*: Scheinbar großzügiges Geschenk

ein 11 Kilometer langer Stollen in den Fels getrieben werden. Von 2003 an schließlich soll das abgezweigte Wasser vom Stollenausgang 300 Meter tief auf die Turbinen fallen, um 200 Megawatt Leistung zu erzeugen.

Gleich fünf Geberländer und die Weltbank in Washington wollen die 1,5-Milliarden-Mark-Investition in der Hochgebirgswildnis finanzieren. Mit dabei ist Carl-Dieter Spranger (CSU), Chef im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ).

Mit seinem Votum steht oder fällt das gesamte Vorhaben. Anders als die anderen Finanziers will Sprangers Ministerium auf Rückzahlungen aus Nepal verzichten. Folgt der bayerische Nord-Süd-Politiker dem Vorschlag seiner Planer, dann erhält das Land 234 Millionen Mark für den Staudambau als verlorenen Zuschuß, mehr als alles, was in Bonn je für ein einzelnes Entwicklungshilfeprojekt ausgegeben wurde.

Das scheinbar großzügige Geschenk dient jedoch vor allem dazu, deutschen Unternehmen Großaufträge zu verschaffen. Schon ließ sich Lahmeyer International, die Ingenieurbau-Tochter des Stromriesen RWE, den Vertrag für Konstruktion und Bauleitung zusichern. Siemens, der Weltkonzern aus Sprangers bayerischer Heimat, wird voraussichtlich die elektrische Ausrüstung liefern.

Für Nepal dagegen birgt das Unternehmen unkalkulierbare Risiken. Die deutsche Hilfe reicht nur für einen Bruchteil der Gesamtkosten. Das Land kann das Angebot nur annehmen, wenn es sich zugleich mit über 700 Millionen Dollar, entsprechend einem ganzen Jahresbudget, verschuldet.

Die geplante Anlage ist daher weltweit umstritten. Die Förderung von technischen Großvorhaben gilt ohnehin als überholtes Entwicklungshilfekonzept.

Der Arun-Damm sei ein typisches Beispiel für „sehr große, unwirtschaftliche und zerstörerische Bauinvestitionen“ unter dem Mantel der Entwicklungshilfe, protestierten 26 amerikanische Kongreßabgeordnete in einem gemeinsamen Brief an die Weltbank. Auch Jane Piercy, Vertreterin der US-Regierung im Weltbankdirektorium, sprach sich gegen das Himalaja-Kraftwerk aus.

Das Projekt folge einer Entwicklungsstrategie, die sich „längst als falsch erwiesen“ habe, meint ebenso Herrmann Warth, ehemals sieben Jahre lang Leiter des deutschen Entwicklungsdienstes in der nepalesischen Hauptstadt Katmandu. Stimme Spranger dem zu, dann verstoße er „gegen alle Richtlinien, die sich das BMZ inzwischen selbst gegeben hat“.

Warth, der heute die Umweltorganisation „urgewald“ vertritt, verweist unter anderem auf die „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“. Darin verspricht das Ministerium, „Eigenverantwortung und Selbstverwaltung“ zu fördern und den „Energiebedarf breiter Bevölkerungsschichten insbesondere durch dezentrale Versorgung“ zu befriedigen. Warth: „Das Großvorhaben Arun ist diesen Prinzipien diametral entgegengesetzt.“

Nepals Regierung unter Premierminister Girija Prasad Koirala erhofft sich von dem Staudamm politisches Prestige. Das Staatsbudget würde dramatisch an-

* Im Februar in Dhading (Nepal).



wachsen, es käme schnell viel Geld ins Land, die Konjunkturspritze würde zunächst für gute Stimmung sorgen. Gleichzeitig versprechen die Experten der Weltbank und der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt, das Kraftwerk könne der Staatskasse dereinst viele Millionen Dollar jährlich einbringen.

Doch diese Rechnung, das geht aus dem internen Prüfbericht für das Weltbank-Direktorium hervor, beruht auf zum Teil abenteuerlichen Annahmen.

Zins und Tilgung sollen demnach vom Baubeginn an durch den Verkauf und Export von Strom erwirtschaftet werden. Noch vor Fertigstellung des Arun-Kraftwerks müßte die Nepal Electricity Authority (Nea) ihre Stromerzeugung

perten, soll sich der Preis in den nächsten fünf Jahren noch einmal fast verdoppeln – ein Ansinnen, das Nepals Politiker gleich welcher Partei gar nicht werden durchsetzen können.

Längst nicht sicher ist, wie der teure Strom aus den Bergen vom Jahr 2003 an verkauft werden soll. So spekuliert der Weltbank-Plan mit dem zukünftigen Export von bis zu 900 Millionen Kilowattstunden pro Jahr ins benachbarte Indien. Doch für das geplante Geschäft gibt es bislang keinen Vertrag. Hat aber der Bau erst einmal begonnen, wird es für die Inder keinen Grund mehr geben, auch nur kostendeckende Preise zu bezahlen.

Dem Projekt fehle die ökonomische Basis, „es wird dem Land einen großen



Nepalesen vor Plänen des Arun-Staudamms: „Ein großer Rückschlag“

fast verdreifachen. Nur weiß bisher niemand, wie das funktionieren soll.

Der Zusatzstrom, kalkulieren die Banken, soll auch aus einem weiteren neuen 100-Megawatt-Wasserkraftwerk am Fluß Kali Gandaki in West-Nepal kommen. Wer diese Anlage aber errichten und finanzieren wird, so muß KfW-Projektleiter Peter Brinkmann einräumen, ist bisher völlig offen. „Die wollen hier den Wagen vor die Pferde spannen“, spottet Bikash Pandey, Elektroingenieur und Wortführer der Anti-Arun-Opposition in Katmandu.

Nicht minder phantastisch sind die kalkulierten Tarife. Ihren ausländischen Beratern folgend, fordert die Nea schon heute mit bis zu 25 Pfennig pro Kilowattstunde Strompreise europäischen Niveaus, die selbst Regierungsangestellte kaum aufbringen können. Mit dem Bau des Arun-Damms, so der Wille der Ex-

Rückschlag bereiten“, empört sich darum Martin Karcher, bis vor kurzem als Abteilungsleiter bei der Weltbank zuständig für Nepal, Bhutan und Bangladesch. Die Stromproduktion nutze hauptsächlich der städtischen Elite und einigen Industriebetrieben.

Aber, so Karcher zornig, „das ist nicht Nepal, 90 Prozent der Bevölkerung leben auf dem Land“. Zwangsläufig könnten dort dann noch weniger Schulen unterhalten und noch weniger Krankenstationen bezahlt werden.

Dagegen stelle der jüngste Nepal-Bericht der Bank ausdrücklich fest, daß Ausgaben für Bildung und Gesundheit mehr Nutzen bringen als alle Infrastrukturverbesserung. Karcher: „Sie reden von Armutsbekämpfung, aber dies hat nichts damit zu tun.“

Über Jahre versuchte der Bankfunktionär, mit interner Kritik das Projekt

noch zu stoppen. Doch die Entscheidung sei wohl schon 1988 gefallen, „jetzt läuft die ganze Maschine nur noch, um dies zu rechtfertigen“. Aus Protest schmiß Karcher nach 29 Jahren bei der Weltbank seinen Job hin, „das wollte ich nicht unterschreiben“.

Einen ähnlichen Entschluß zwang die Arun-Lobby auch dem Ökonomen Dipak Gyawali auf, der sich bis Ende letzten Jahres im Vorstand der Nea gegen die „Fehlinvestition“ stemmte und dann aus Protest zurücktrat. Unerträglich erschien Gyawali zuletzt, wie die deutsche Firma Lahmeyer an den 40-Millionen-Dollar-Auftrag für die Bauaufsicht unter Ausschluß aller Konkurrenten gelangte.

Zwar behauptet KfW-Projektleiter Brinkmann, dabei sei alles mit rechten Dingen zugegangen. Im Jahr 1988 sei Lahmeyer unter drei deutschen Firmen ausgesucht worden, eine „Machbarkeitsstudie“ zu erstellen. Die Entscheidung habe schon damals die „Option“ für den späteren Bauauftrag enthalten, das sei auch so üblich.

Doch Gyawali hält das für eine Schutzbehauptung: Der Lahmeyer-Vertrag sei noch zu Zeiten des alten Feudalregimes unter dubiosen Umständen zustande gekommen. Nachdem das Regime gestürzt worden war, berichteten

Zeitungen des Landes unwidersprochen über die engen Verbindungen des deutschen Unternehmens zu der Königsfamilie.

„Ein Vertrag über solch große Summe erfordert eine öffentliche Ausschreibung“, insistierte der Ökonom. Die Nea-Führung verschloß sich jedoch allen Einwänden. Der Vorstandschef, so Gyawali, habe erklärt, daß die Auftragsvergabe an Lahmeyer „von den

Zwei Drittel der Mittel landen in den Kassen internationaler Konzerne

Deutschen gefordert wurde, und dann wurde das eben so gemacht“.

Die Bevormundung stiftet wachsende Unruhe in Katmandu. Weil mindestens zwei Drittel der Ausgaben am Ende in den Kassen internationaler Konzerne landeten, „können wir uns diese Kredite nicht mehr leisten“, meint Ingenieur Pandey. „Wir brauchen Hilfe, und wir brauchen Kraftwerke, aber wir müssen es selbst verantworten und kleiner anfangen.“

Doch alle Einwände blieben folgenlos. Weltbankpräsident Lewis Preston

und Minister Spranger wollen das Arun-Kraftwerk in dieser Woche endgültig beschließen lassen.

Auch die Tatsache, daß Mitte November Wahlen in Nepal anstehen und die sozialdemokratisch gewendeten Kommunisten alle Chancen haben, die bisherige Regierung abzulösen, verhindert das Arun-Projekt nicht. „Die Wahlen sind da gar kein Problem“, behauptet Stephan Kinneman, verantwortlicher Direktor bei Sprangers KfW. Schließlich, so Kinneman, „sind auch die Kommunisten dafür“.

Das ist, bestenfalls, ein Irrtum. In Eilbriefen nach Washington und Frankfurt forderte der Generalsekretär der Partei, Madhav Kumar, letzte Woche dringend den Aufschub der Entscheidung. Dem Parlament seien bisher die notwendigen Dokumente und Informationen vorenthalten worden. Im Fall der Regierungsübernahme, verspricht Kumar, seien neue Ermittlungen unvermeidlich.

Ob der Dammbau damit aufgehalten wird, ist gleichwohl fraglich. Nepals Politiker gleich welcher Richtung seien von dem vielen Geld der Geberländer allzu fasziniert, fürchtet Arun-Kritiker Gyawali. Das wirke „wie ein großes Lutschbonbon für Kinder, dafür tun sie alles“.

Bundsgrenzschutz

Beißschutz für Asylbewerber

Die Knebelung des Nigerianers Kola Bankole, der am 30. August bei der Abschiebung auf dem Frankfurter Flughafen an Bord einer Lufthansa-Maschine starb, war offenbar kein Einzelfall. Zur Bändigung von Asylbewerbern, die sich gegen ihre Ausweisung wehren, verpaßt ihnen der Bundsgrenzschutz mitunter Klebeband als sogenannten Beißschutz über den Mund. Ein Lufthansa-Besatzungsmitglied beobachtete Wochen vor dem Tod Bankoles auf dem Rhein-Main-Flughafen, in welchem Zustand ein Nigerianer an Bord der Maschine nach Lagos gebracht werden sollte: „Der Mund des Mannes war völlig zugeklebt, er konnte gerade noch durch die Nasenlöcher atmen.“ Auch Hände und Beine des Afrikaners seien von Beamten gefesselt, die Beine sogar teilweise mit Klebeband umwickelt



Abschiebung auf dem Frankfurter Flughafen

worden. „Der lag auf der Treppe wie eine Rolle Teppichboden.“ Trotzdem habe ein Grenzschützer noch mehr Klebeband um den Mann gewickelt. Daraufhin habe der Pilot abgelehnt, den Asylbewerber auszufliegen. Das Knebeln ist in Holland verboten, seit ein rumänischer Asylbewerber durch solche Behandlung gelähmt wurde.

Kirche

Theologen gegen Rom

In der katholischen Kirche regt sich Widerstand gegen den konservativen Kurs des deutschen Klerus. „Immer größere Teile des gläubigen Volkes“ würden an ihrer Kirche „irre werden“, behaupten führende katholische Pastoraltheologen wie Ottmar Fuchs (Bamberg), Norbert Mette (Münster) und Norbert Greinacher (Tübingen). In einer Erklärung kritisieren die Theologen „autoritäre Entscheidungen und Diskussionsverbote“. Durch „unbarmherzige Prinzipientreue“ gegenüber dem Papst verpelle die Amtskirche selbst gläubige Eltern und Kinder, treibe Religionslehrer, Ehrenamtliche, Priester und Laien in die Resignation. Die Theologen hoffen auf wachsenden „Widerstand gegen den Machtmißbrauch und göttlichen Wahrheitsanspruch der katholischen Amtskirche“. Wenn es bei der Entscheidung bleibe, Wiederverheiratete von der Kommunion auszuschließen, müßten solche Katholiken am Abendmahl in protestantischen Kirchen teilnehmen.

Lebensmittel

Schadstoffe im Fleisch



K. HOLZNER / ZEITENSPIEGEL

Fleischprüfung

den, bevor feststehe, ob das Fleisch einwandfrei sei oder nicht. Doch selbst wenn die Kontrolleure sofort fündig würden, etwa in der Niere eines Rindes, müsse nur dieser Körperteil vernichtet werden. Der Rest, Filet, Haxen oder Hirn, werde verkauft und verzehrt, obwohl auch in diesen Stücken nach neuesten Erkenntnissen mit Schadstoffen zu rechnen sei.

Sozialengagement

Besserverdiener helfen mehr

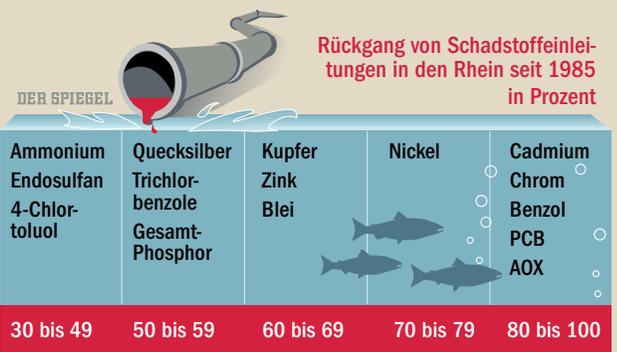
Knapp ein Viertel der Einwohner Schleswig-Holsteins zwischen 18 und 65 Jahren leisten nach einer Studie des Kieler Frauenministeriums ehrenamtliche Arbeit – rund 27 Prozent der Männer und 20 Prozent der Frauen. Dabei gibt es laut Studie deutliche Unterschiede: Männer betätigen sich vor allem in Sportvereinen, in der Politik und im Rettungswesen, Frauen engagieren sich hauptsächlich in sozialen, kulturellen und kirchlichen Einrichtungen. Als Motiv nannten rund 59 Prozent der Frauen und 41 Prozent der Männer, sie wollten anderen helfen. Überraschend: Je höher der

Schulabschluß, desto größer das freiwillige Engagement. Mit dem Einkommen steigt ebenfalls die Hilfsbereitschaft: Am eifrigsten engagieren sich Bürger, die zwischen 4000 und 5000 Mark im Monat verdienen. Die Empfänger kleinerer Einkommen machen sich dagegen deutlich weniger ehrenamtlich nützlich.

Junglachse im Rhein

Der Zustand des größten deutschen Flusses hat sich weiter verbessert. Nach neuen Zahlen der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins sind die wesentlichen Schadstoffeinträge von Kommunen, Industrie und Landwirtschaft deutlich zurückgegangen.

In den fünf Anliegerstaaten des Flusses wurden im Rahmen des europäischen Programms „Lachs 2000“ Jungfische im Rhein ausgesetzt. Im Februar 1994 konnte in den nordrhein-westfälischen Nebenflüssen des Rheins die erste dort geschlüpfte Generation Lachse nachgewiesen werden.



Drogen

Paradies im Rausch

**Die Insel der Schönen und Reichen hat einen häßlichen Fleck:
Auf Sylt leben überproportional viele Opiatabhängige. Drogenexperten
vermuten einen Zusammenhang zwischen Luxus und Elend.**

Norman baut erst mal einen Joint. „Westerländer Shit“, sagter, „beste Ware.“ Der bleiche Junge streicht sich die blonden Locken aus dem Engels-gesicht. Ein tätowierter Althippie wankt schwerfüßig an zwei abgerissenen Gestalten vorbei. „Idiot“, rufen sie. Der Bekiff-te hat ein Papiertütchen entfaltet und den Wind vergessen. Weg war das Pulver.

Paul träumt von Italien. Jetztt lebt er im Obdachlosenasyll am Sjiipwai, am Stadtrand von Westerland. Fünf Quadratmeter ganz unten, mitten auf der Insel der Schönen und Reichen, da, wo Deutschland ganz oben ist.

Herbst an der Wilhelmine auf Sylt. Die dralle Brunnenfigur, der die Bildhauerin Ursula Hensel-Krüger die Aufgabe zugedacht hat, den Menschen Lebensfreude zu schenken, ist Treffpunkt einer Szene, die das Fremdenverkehrsamt gern verschweigt. Auf dem Platz in der Westerland Fußgängerzone wird gebettelt und gedealt, gekiff't und gesoffen. Die „Bronx von Sylt“ nennen einige ihr Revier. Wo alle von „Klasse statt Masse“ sprechen, macht eben jeder gern was her.

Die „Königin der Nordsee“, das „Paris des Nordens“ oder schlicht „die Insel“ – solch hübsche Attribute prägen das Image von Sylt. Was in Lifestyle-Magazinen nicht zu lesen ist: Sylt hat es auch in

weniger glamouröser Hinsicht auf Spitzenniveau gebracht. Die Lieblingsinsel von Fernsehmoderatoren und Schlagersternchen hat ein handfestes Drogenproblem. 20 000 Einwohner leben zwischen Hörnum und List, weniger als ein Prozent der schleswig-holsteinischen

Bevölkerung – aber fünf Prozent der Drogenabhängigen, die im nördlichsten Bundesland registriert sind.

„Der Konsum von Suchtstoffen ist auf Sylt überproportional“, sagt Peter Iden, Leiter der Westerland Kriminalpolizei. Damit meint er nicht die Kurgäste, die sich in Straßencafés und Edelbistros mit gut gekühltem Chardonnay volllaufen lassen. Auch von der Kampen-Schickeria, der man einen beträchtlichen Kokainverbrauch nachsagt, ist nicht die Rede. „An die“, sagt Iden, „kommen wir sowieso nicht ran.“

Das Problem, das Kriminalpolizei, Kurverwaltung und Unternehmerverband gleichermaßen beschäftigt, sind die Süchtigen, die kaputten Existenzen, die so gar nicht ins Heile-Welt-



R. LEBECK/STERN

Luxus auf Sylt: Zusammenhang zwischen Elend und Dolce vita?



R. JANKE/AROUS

Fixer am Westerland Strand: Um Unauffälligkeit bemüht

Bild der Insel passen. Rund 150 bis 200 Konsumenten harter Drogen sind den Behörden bekannt, darunter zahlreiche sogenannte Polytoxikomane, die sich neben Pillen, Heroin und Haschisch so ziemlich alles reinziehen, was zu haben ist.

Bei der örtlichen Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke werden im Monat durchschnittlich 1000 Spritzen getauscht. 1990 wurde auf der Insel der erste Drogentote gefunden, im Mai dieses Jahres starb das elfte Opfer. Wie viele es wirklich sind, die das Ferienparadies nur im Rausch ertragen, entzieht sich der polizeilichen Kontrolle. Die Kripo geht von einer hohen Dunkelziffer aus.

Was in den Bahnhöfen und Rotlichtvierteln deutscher



R. BRUNNER / FOTOGRAFENBÜRO

Sylter Drogen-Treff Wilhelmine: Kein Spaß beim Teetrinken

Großstädte niemanden mehr überrascht, schockiert dagegen in einer Umgebung, die Wohlfühlen und Erholung verheißt. Heiner Jensen, Leiter der Sucht-Beratungsstelle, sieht einen direkten Zusammenhang zwischen Elend und Dolce vita. Der Lebensstil, der auf Sylt zur Schau getragen wird, treibt viele zur Flucht in diverse Süchte.

Wer es sich leisten kann, verfällt dem Konsumfieber in den fast 100 Boutiquen oder mehr als 300 Kneipen, Bars und Restaurants. Fast 900 Millionen Mark verpraßten rund 640 000 Touristen 1993 auf der Insel. Luxus, ein freizügiger Umgang mit Geld, das sorglose Urlaubsverhalten, so Jensen,

Wer zu Hause konsumiert, wird im Urlaub nicht damit aufhören

würden zum Maßstab und zur Normalität. Jugendliche mit labiler Persönlichkeitsstruktur lassen sich von der scheinheilen Welt zu der Schlußfolgerung verleiten, im Konsum sei das schnelle Glück zu finden.

Die Sylter Platte funktioniert anders als die in der Großstadt. Jeder kennt jeden. Die Dealer sind Süchtige, die hin und wieder in Hamburg einkaufen und sich mit erheblichen Profitraten über Wasser halten.

Die Gefahr, daß dem arglosen Kurgast beim Herumbummeln die Brieftasche geraubt wird, ist angeblich gering. Beschaffungskriminalität, so Kripo-Mann Iden, spiele auf Sylt kaum eine Rolle.

Die wenigsten Abhängigen müssen aus Geldnot klauen oder sich den nächsten Schuß auf dem Strich verdienen. Finanzkräftige Eltern decken die

Sucht ihrer Sprößlinge, mal aus Furcht vor der Blamage, mal aus Resignation oder in dem Glauben zu helfen.

Ihr Thomas sei „so ein ordentlicher Junge“ gewesen, sagt Margret Brehmer*. Als sie dahinterkam, daß er an der Nadel hing, fielen dem 30jährigen bereits die Zähne aus. Dann entdeckte die Besitzerin eines Kosmetikfachgeschäfts, daß auch ihr zweiter Sohn und dessen Frau auf Heroin waren. Der Jüngste, 22, gilt ebenfalls als gefährdet. Er geht jetzt zur Therapie in der Drogenberatung.

Die soziale Integration Süchtiger, Ziel jeder Drogenarbeit, scheint auf Sylt besser zu funktionieren als im Großstadtmilieu. Jobs zu finden ist kein Problem, Aushilfskräfte werden immer gebraucht. Und verständnisvolle Ärzte, sagt Kripo-Chef Iden, verschreiben recht großzügig Mittel, damit die Abhängigen wenigstens zeitweise arbeiten können.

Andere haben sich mittlerweile eine eigene Existenz aufgebaut. Anette betreibt einen Fahrradverleih in Westerland. Die 46jährige Schauspielerinnen, die mit Rainer Werner Fassbinder und Werner Schroeter arbeitete, ist seit 27 Jahren auf Droge. Seit 6 Jahren bekommt sie L-Polamidon.

Weil fast alle auf der Düneninsel vom Tourismus leben, werden Schlagzeilen, die das Idyll stören, für bedrohlicher gehalten als die See, die unaufhörlich an der Küste nagt.

Heinz Maurus, Vorsitzender der Sylter Bädergemeinschaft, erklärt die Drogenabhängigkeit zum importierten Phänomen: „Wer zu Hause konsumiert, wird hier nicht damit aufhören.“ Doch so stimmt das nicht. Die meisten, die an der Wilhelmine sitzen, sind Einheimische. Suchtprobleme sind

* Namen geändert.

sozialisationsbedingt und auch auf Sylt hausgemacht.

Die parteilose Westerländer Bürgermeisterin Petra Reiber, 37, warnte schon im vergangenen Jahr vor einer „Jugendverwahrlosung“. Das Zusammenleben in der Familie wird allzuoft dem Geschäft untergeordnet. Manches Kind, berichtete die Juristin, müsse sein Zimmer räumen und in den Keller umziehen, wenn die Gäste kommen – ein „völlig überzeichnetes Horrorbild“, empört sich Tourismusfunktionär Maurus.

Ein abwechslungsreiches Freizeitangebot soll die Inseljugend von Rauschmitteln ablenken. Doch nicht jedem bringt das Teetrinken und Pflaumenkuchenbacken bei der Freiwilligen Feuerwehr und in Schützenvereinen Spaß. Die Bedürfnisse der Jugendlichen zu toben,

Nur selten fällt einer breit von der Bank

zu tanzen und Skateboard zu fahren, sagt Bürgermeisterin Reiber, kollidieren mit den Ansprüchen der Kurgäste auf Ruhe und Beschaulichkeit.

Eine Umfrage der gebürtigen Frankfurterin an Sylter Schulen förderte wachsenden Touristenhaß zutage. Ein beliebter Schülerwitz: Was ist der Unterschied zwischen Terroristen und Touristen? Antwort: Terroristen haben Sympathisanten.

Doch die Insel lebt vom schönen Schein. Das wird auch an der Wilhelmine respektiert. Keine aggressive Anmache, nur selten fällt einer breit von der Bank. Es gehört zu den Besonderheiten der Sylter Bronx, daß sich die Junkies um Unauffälligkeit bemühen.

Als an den bundesweiten „Chaostagen“ Ende August ein paar Punks über den Deich kamen, um in Westerland Randalen zu machen, hielt sich die einheimische Szene zurück. „Wir wollen keinen Ärger“, sagt Carsten, dessen schwarzer Mischlingshund auf den Namen Äitsch hört. Die Polizei weiß diese Einstellung zu schätzen. Nur selten gehen Ordnungshüter gegen die Brunnenbesetzer vor. Das Recht auf freien Aufenthalt gelte für jeden, meint Schupo-Chef Reinhardt Becker. Vorausgesetzt, er macht sich keiner Gesetzesübertretung schuldig.

Brav räumen die Punks am Abend ihre Kippen und Bierdosen vom Platz. In der Großstadt will keiner von ihnen leben. Zu laut, zu hart, zu kriminell. „Dann lieber Sylt“, meint Carsten, „die heile Welt.“

Ausländer

„Ein schreckliches Verbrechen, gewiß“

Mathias Müller von Blumencron über den Tod einer Griechin

Jeden Morgen ging der Schrotthändler den holprigen Weg von seinem Haus durch die Wiesen zur Tankstelle hinüber. Die Kassierer kannten den hageren Mann mit dem lichten blonden Haar, der sich Tag für Tag schweigsam eine *Bild*-Zeitung vom Stapel nahm, bezahlte und wieder verschwand.

An diesem Freitag vor zwei Wochen aber will Hermann J., 60, keine Zeitung, sondern Brennstoff. An der Zapfsäule Nummer 6 füllt er zwei mitgebrachte Mayonnaise-Eimer mit Benzin der Sorte Super Plus. Die Anzeige steht bei 24,01 Liter, als der Mann den Schlauch wieder einhängt. Niemand hindert ihn, als er nach Hause hastet, ohne zu zahlen.

Seinen Nachbarn Nikolaos Russis streckt er schon vor der gemeinsamen Haustür nieder. Ein Fausthieb trifft den Griechen ins Gesicht, ein zweiter in den Magen. Russis, 36, sackt zusammen.

Dann hetzt der Deutsche mit seinen Eimern die Treppen hinauf, dorthin, wo Russis' Familie wohnt, mit der er sich seit sieben Jahren das Haus am Stadt-

rand von Paderborn teilt. Zu spät kommt Russis zu sich, um die Katastrophe noch zu verhindern.

„Ich zünde euch alle an“, brüllt Hermann J. durch das Treppenhaus, wo ihm Nikolaos' Mutter Alexandra, 62, und dessen Frau Chariklia, 28, auf dem Weg zur Arbeit entgegenkommen. Die Frauen riechen das Benzin, sehen das haßverzerrte Gesicht des Nachbarn und

Fremdenhaß

hat in den letzten Jahren immer wieder zu Terrorakten gegen Ausländer geführt. Bei den Attentaten von Mölln und Solingen verbrannten im November 1992 und Mai 1993 acht Türkinnen. Allein in diesem Jahr wurden rund 2000 fremdenfeindliche Übergriffe ermittelt, darunter mehr als 50 Brandstiftungen. Häufig, wie etwa bei dem jüngsten Attentat in Paderborn, bestreiten Behörden einen ausländerfeindlichen Hintergrund, um den Ruf der Stadt nicht zu gefährden.

* An der Wohnungstür, wo die Mutter verbrannte.



Anschlagopfer Nikolaos Russis*: Feuerwalze bis in die hintersten Zimmer

stürzen sich auf ihn. Sprit schwappt über Kleider, Schuhe und den Boden, rinnt die Stufen hinab. Dann zieht der Mann die Streichhölzer heraus.

Hermann J. sei ein ganz normaler Deutscher gewesen, sagen später Verwandte. Er war kein Rechtsextremist, und auch flammende Wirtshausreden hat er nie gehalten. Dennoch muß er an diesem Morgen von dem Wahn erfüllt gewesen sein: Diese Fremden, die er nie leiden konnte, müssen weg.

Die Feuerwalze schießt bis in die hintersten Zimmer der Wohnung, reißt den Putz von der Decke, läßt Fensterscheiben bersten. Während sich Chariklia mit einem Sprung vom Balkon in den Garten rettet, verbrennt ihre Schwiegermutter auf der Türschwelle, wo sie bis zum

gewesen, das Ende eines Nachbarstreits. Vielleicht war es für die Beamten und Journalisten ganz normal, daß Hermann J. seine griechischen Nachbarn immer wieder als „Kanaken“ beschimpfte, als „Ausländerschweine“, und die alte Alexandra als „kleine Ratte“.

Mehrmals beschwerte sich Nikolaos Russis beim Liegenschaftsamt, dem Verwalter des stadteigenen Hauses, über die haßerfüllten Beschimpfungen. Die Beamten, so bat er vergebens, sollten etwas unternehmen.

Selbst Russis' Kinder hatten unter den fremdenfeindlichen Tiraden zu leiden: „Geht doch dahin, wo ihr herkommt“, fauchte der Deutsche sie des öfteren an, „ihr Scheißausländer.“ Zum Schluß trauten sich Schulfreunde kaum noch auf den

vor einiger Zeit, eine Studentin aus Kamerun zur Tür hinauszudrängen. „Neger nehme ich nicht mit“, soll er die Afrikanerin bündig beschieden haben. Deutsche Kommilitonen, so ergab ein verdeckter Test von Studenten jüngst, bekommen in der Regel die besseren Apartments im Wohnheim zugewiesen – und das auch noch schneller.

Auf einer Silvesterparty mit den Anhängern eines Paderborner Schützenvereins feuerten Gäste, wie ein Zeuge beobachtet hat, mit Raketen scherzhaft auf ein benachbartes Ausländerwohnhaus. Normal ist wohl auch, daß das *Westfälische Volksblatt* seine Leser darüber aufklärte, ein Großteil der ausländerfeindlichen Anschläge sei von den Ausländern selbst inszeniert.

Was in Paderborn (129 000 Einwohner) als normal gilt, bestimmen Bürger, über deren Wohlanständigkeit kein Zweifel besteht. Dazu gehören die Ratsherren der CDU, die in der vergangenen Wahl 49,98 Prozent errang, und die katholischen Geistlichen, die in der Stadt noch etwas zu sagen haben und folgsam die Glocken läuten lassen, wenn der erzkonservative Bischof Dyba von Fulda wieder ein Signal gegen Abtreibung und Unmoral fordert.

Nicht zum Kreis der Anständigen gehörte Hermann J., und nach dem Attentat läßt es sich kaum einer in Paderborns Rathaus nehmen, darauf hinzuweisen. Die Familie sei verrufen, sagt Stadtdirektor Schmeken. „Die haben Zigeunerblut“, wird auf der Straße getuschelt.

Da spielt es keine Rolle, daß ein großer Teil der Familie bürgerlichen Berufes nachgeht,

daß gerade Hermann ein halbwegs solides Leben führte.

Der Sohn eines Pferdehändlers mußte sich mit seinen zehn Geschwistern allein durchschlagen. Ein Lastwagen britischer Soldaten hatte kurz nach dem Krieg den Vater zermalmt, der Junge war kaum zehn Jahre alt. Hermann sammelte Eisenschrott. Bald fuhr er Fabriken und Tankstellen ab, las auf, was andere nicht mehr gebrauchen konnten.

Während seine Bekannten den Rock 'n' Roll entdeckten, kämpfte Hermann auf dem Fußballplatz. Er spielte für den SV Heide als Mittelläufer, sein Bruder Kalle war Stürmer. Mit ihren Toren schossen die beiden die Mannschaft in die Bezirksliga.

Schon damals hatten Zuschauer gebrüllt: „Zigeuner“. Das hatte die Brüder tief verletzt, berichten Mannschaftskameraden, ihnen seien die Tränen gekommen.



Trauermarsch in Paderborn: Als Kanaken beschimpft

Schluß versucht hatte, ihrem Nachbarn die Streichhölzer zu entwenden.

Auch den Täter bringen die Flammen um. Die Feuerwehr findet ihn brennend vor seiner Wohnungstür. Noch am Abend stirbt er im Krankenhaus.

Für die Polizei gilt der Feuerleger schon bald als ganz normaler Verrückter, der schlicht durchgedreht ist. Wenige Tage vor der Tat war seine Ehefrau geflüchtet, weil er sie verprügelt hatte, wie so oft in den letzten Jahren. Noch in der Nacht vor dem Mord hatte er mit seinem Neffen solide gezecht.

Der Staatsanwalt sieht keinen Anlaß, ein Verfahren einzuleiten. „Der Täter ist tot“, sagt Franz Josef Richter, „gegen Tote ermitteln wir nicht.“ Der Jurist scheint froh zu sein, nicht weiter nach Motiven forschen zu müssen.

Das „Feuer eines Wahnsinnigen“, schreibt das *Westfälische Volksblatt*, die Lokalzeitung, es sei ein tödliches Drama

Hof, weil der Mann ihnen Prügel androht hatte.

„Wenn du uns noch einmal als Ausländer beschimpfst, bekommst du eine Anzeige“, hat Russis ihn einmal trotzig angeschrien. Doch Ruhe war danach nur für kurze Zeit.

„Ich kann nicht den Ansatz einer fremdenfeindlichen Situation erkennen“, sagt unbeirrt Paderborns Stadtdirektor Werner Schmeken, 49, vergangene Woche. Die Wahnsinnstat eines einzelnen solle nicht hochgespielt werden.

„Eine schreckliche Tat, gewiß“, meint auch Bürgermeister Wilhelm Lücke, 59. „Doch das hätte genausogut einen Deutschen treffen können.“ Wirklich? Jedenfalls wollen weder der Bürgermeister noch der Stadtdirektor in ihrer Stadt „jemals ausländerfeindliche Zwischenfälle bemerkt“ haben.

Ungewöhnliches ist tatsächlich nicht vorgekommen. Ein Busfahrer versuchte



Brandopfer Alexandra Russis

Vom Nachbarn verflucht

Später zog Hermann in das städtische Haus ein. Er legte einen Garten an, einen Springbrunnen und den Goldfischteich. Mit seinem Wohnwagen tourte er durch Bayern und an die Mosel. Ins Ausland zog es ihn nie. „Wir haben genug zum Leben gehabt“, sagt seine Frau Theresia.

Zuweilen trank er einen über den Durst, fast nie in der Kneipe, sondern zu Hause, auf dem Hof und zuletzt auch im Hundezwinger, der seit einiger Zeit leersteht. Einmal, im Winter, wäre er fast vor dem Haus gestorben. Damals fand Nikolaos Russis ihn trunken auf dem eisglatten Weg. Er schulterte den halb Erfrorenen, schleppte ihn die Stufen hinauf und flößte ihm Kaffee ein, bis er wieder zu sich kam. „Ich hätte ihn liegenlassen sollen“, sagt Nikolaos heute.

„Räumt euren Dreck weg, ihr verdammten Griechen“

Seine neuen Nachbarn blieben dem Schrotthändler fremd. Als sie einzogen, erinnert sich Chariklia Russis, habe sie geklingelt und „Guten Tag“ gesagt. „Ach so“, hatte Hermann nur geantwortet und die Tür wieder geschlossen. „In all den Jahren waren wir für ihn immer die Ausländer“, sagt sie heute.

Argwöhnisch beobachtete er, wie der bescheidene Wohlstand der Russis wuchs. Während es mit ihm bergab ging, lebten die Griechen immer besser.

Nikolaos und Chariklia, Einwanderer in der zweiten Generation, hatten die Arbeitsmoral ihrer Eltern übernommen. Nikos Vater malochte am Stahlofen in Paderborn, bis seine Augen, seine Bronchien und schließlich sein Herz nicht mehr mitmachten. Mutter Alexandra kochte in der Kantine der englischen Kasernen, bis ihr eines Tages die Beine weg-

knickten. Zuletzt hütete sie die Kinder von Nikolaos und Chariklia, während die beiden bis nach Mitternacht in ihrer Imbißbude standen.

Die Paderborner schätzten das freundliche Paar, die Pommes im „Gyros Grill bei Niko“ galten als die besten der Stadt. Das Geschäft ging gut, schon bald fuhr Niko einen neueren Mercedes als sein deutscher Nachbar.

Immer wieder kam es zum Streit: Hermann J. ereiferte sich über das nächtliche Duschen der beiden, die sich den Fettgeruch von der Haut spülen mußten, wenn sie aus dem Imbiß kamen. Oder über Papierabfall auf dem Hof. „Räumt euren Dreck weg, ihr verdammten Griechen“, schrie er sie an. Er war ein Choleriker, fluchte über seine Nachbarn. Zum Schluß verbot er seiner Frau, sich mit den verhaßten Griechen zu treffen.

Vier Tage vor dem Attentat bedrohte er Russis mit einem Knüttel. Der Grieche alarmierte erneut das Liegenschaftsamt. Doch die Beamten antworteten nur, sie könnten nichts unternehmen.

Was dann passierte, möchten die Paderborner Stadtoberen am liebsten verdrängen. Als am vorvergangenen Sonnabend 300 Menschen, fast nur Griechen, in einem Trauermarsch durch die Stadt zogen, blieb die Spitze der Paderborner Verwaltung lieber zu Hause. „Ich habe davon nichts gewußt“, entschuldigte vergangene Woche Bürgermeister Lücke sein Fernbleiben von dem Marsch, den Griechen seit Tagen in der ganzen Stadt angekündigt hatten.

Am nächsten Tag eröffnete der Bürgermeister planmäßig die Griechischen Kulturtag. Herzlich und traditionell seien die Beziehungen zu Griechenland heute, die Eßkultur, von den Griechen vor 25 Jahren nach Paderborn gebracht, sei sprichwörtlich. Dann folgten drei kurze Sätze des Bedauerns.

„Ein Ausländerhasser war Hermann nicht“, erzählt ein Schwager an diesem Abend. Wenig später ruft sein Sohn, 16, an und fragt, wie lange er bei einem Freund bleiben dürfe. Der Vater setzt das Limit auf neun Uhr abends, dann müsse der Sohn wieder zu Hause sein. „Wir müssen vorsichtig sein, wegen der vielen Ausländer“, sagt er.

Auch an den Stammtischen geht es zu wie immer. „So etwas tut unser Hermann nicht“, heißt es im Gasthaus „Zur Schinkenbäckerin“, der Stammkneipe der Fußballspieler vom SV Heide, über den Anschlag. „Niemand weiß, wie die Sache wirklich gelaufen ist“, munkelt ein anderer.

Langsam entsteht im Zigarettenrauch über den Biergläsern eine neue Legende. „Vielleicht haben ja die Griechen das Feuer gelegt“, sagt einer der Kicker. Die Umstehenden nicken zustimmend. So wird es gewesen sein. Schließlich war ihr Hermann ja kein Neonazi.

„Die Faust im Nacken“

Die deutschen Kassenärzte hadern mit sich selbst, ihren Patienten und dem Gesundheitsminister Seehofer – immer geht es ums Geld. Seit die Honorare nicht mehr so üppig fließen wie früher und die Verteilungskämpfe rabiater werden, steckt der deutsche Ärztestand in einer Sinnkrise.

Um in der Laufbahn eines praktischen Arztes glücklich zu sein, muß man entweder keinen Verstand haben oder seinen Verstand gefangen nehmen und gläubig werden in ein System oder roh genug sein, um vom Vorurteil der Leute Nutzen zu ziehen, das Geld in den Beutel streichen und ins Fäustchen lachen zu können.

DR. MED. JUSTUS ERICH BOLLMANN, 1792

Mit Bollmann nahm es ein böses Ende. Ins Exil getrieben, starb er, nur 52 Jahre alt, fern der Heimat auf dem schwülen Jamaika. Den Arztberuf hatte er an den Nagel gehängt. Zuletzt destillierte er Holzessig.

„Hätte ich doch nie das Abitur gemacht!“ barmt heutzutage im westfälischen Südlohn der Landarzt Karl-Ludwig Rink, „wäre ich doch nie Arzt geworden! Angestellter! Keine Bildung! Das sind die erstrebenswerten Lebensziele!“ Sein Unglück verdanke er dem CSU-Minister Horst Seehofer, diesem „Exponenten des Angestelltenpacks“. Dr. Rinks Lösung: „Ich wähle die Republikaner. Damit sich Arbeit wieder lohnt!“

Als „Sklave“ fühlt sich der Kasseler Medikus Ulrich Herborn, „erniedrigt“ durch die „lächerlichen“ Honorare der Krankenkassen. Hautarzt H. E. Krug

aus Rüsselsheim wähnt sich schon bedroht vom „gesunden Volksempfinden“, geschürt durch „dreiste Lügen, Neid und die Erweckung niedriger Instinkte“, alles eine „miese Masche des Herrn Seehofer“.

Dessen oberbayerischer Landsmann Wolfgang Tuppert von den „Freien Niedergelassenen Kassenärzten“ aus München analysiert den wütenden Kollegen die Lage: Das geltende Gesundheitsstrukturgesetz sei eben „zutiefst unchristlich, unsozial, unwürdig, diktatorisch, undemokratisch, sozialistisch – planwirtschaftlich, dirigistisch“. Es muß weg oder umgeschrieben werden. Da sind sich alle Ärzte einig.

Doch wie? Die weiße Zunft ist ein zerstrittener Haufen. Verbündete in Bonn gibt es kaum. Beim Volk findet das Gemjammer der Doktoren über ihre drohende Versklavung, Entrechtung und Enteignung kein Gehör.

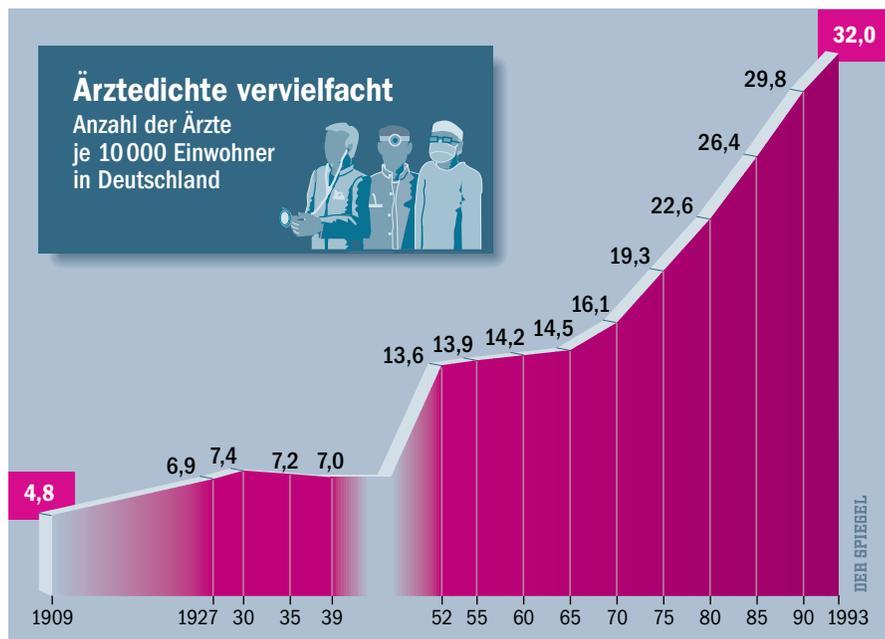
Noch verdienen die Ärzte ein Vielfaches ihrer Durchschnittspatienten. Und zwar werden, wie der SPD-Sozialexperte Rudolf Dreßler sagt, alle Ärzte „ein Leben lang, vom Eintritt in das Bildungssystem bis zum Ruhestand, über Steuern und Beitragszahlung von unserem Gemeinwesen alimentiert“.

Das kostet Milliarden. Im letzten Jahr verschlang der medizinisch-industrielle Komplex in Deutschland 136,6 Milliarden Mark – mindestens 30 Milliarden fanden sich am Ende als ärztliches Honorar im Beutel eines der 116 000 praktizierenden Mediziner wieder.

Davon spricht das Kartell nicht gern. Die Ärzte lenken die Aufmerksamkeit lieber auf ein Phänomen, das sie selbst immer noch nicht fassen können: Die seit Jahrzehnten anhaltende Expansion ärztlicher Einkünfte ist gebremst worden, etliche Doktoren verdienen plötzlich weniger als früher, und hin und wieder geht ein frei praktizierender Medikus sogar pleite.

„Wir haben einen Berg von Ärzten mit einem Haufen Existenzängsten“, diagnostiziert der südbadische Kassenarzt-Präsident die Lage. Ein Frankfurter Frauenarzt: „Wir spüren alle die Faust im Nacken“, Seehofers Faust. Dessen andere Hand, fürchten die Standesfunktionäre, greift derweil nach des Doktors Portemonnaie. Sachsens Ärztekammer-Präsident Heinz Dittrich sieht „25 Prozent der Praxen“ vor dem Ruin.

Öffentlich und privat dreht sich die Rede der Ärzte deshalb primär immer



Niedergelassener Arzt, Patientin: Angst vor

um das Geld. Gesundheitspolitische Argumente werden nicht ausgetauscht.

Der alte und voraussichtlich auch neue Gesundheitsminister findet das „schrecklich und unappetitlich“. Seehofer vermisst bei den ärztlichen Standespolitikern so naheliegende Fragen wie: „Was können wir tun, um die Urbedürfnisse des Menschen zu befriedigen? Wie fördern wir das ärztliche Gespräch, die Zuwendung, die Betreuung?“

Die kritisierten Standesfürsten, allesamt wohlhabende Doppelverdiener, finden auch im eigenen Lager wenig Beifall. Solange sie ihrer Hauptaufgabe, Geld herbeizuschaffen und es über tüchtige und untüchtige Doktoren aus immer vollem Füllhorn auszuschütten, erfolgreich nachkamen, wurden sie nur mild als „Fachärzte für Schriftverkehr“ verspottet. Jetzt, wo die goldenen Jahre vorbei sind, gelten sie der eigenen Klientel als Deppen.

„Chaoszentrale“ titulierte die *Medical Tribune* das Hauptquartier der Kassenärztlichen Bundesvereinigung in Köln. Deren Chef, der Nervenarzt Winfried Schorre, fürchtet einen „innerärztlichen Bruderkrieg“: Fachärzte gegen Allgemeinpraktiker, Ost gegen West, große gegen kleine Praxen und alle zusammen gegen die reichen Labor- und Röntgenärzte.

Schorres Stellvertreter Peter Schwoerer: „Die Laborärzte, die in ihrem ganzen Leben noch nie ein Rezept ausgestellt haben, jaulen jetzt auf, wenn sie in die Gesamtverantwortung genommen werden sollen.“

Mit „Gesamtverantwortung“ meint Schwoerer die als Tücke empfundene Neuregelung der ärztlichen Honorare: Für alle Kassenärzte steht im jeweiligen Gebiet einer regionalen Kassenärztlichen Vereinigung (KV) ein gemeinsamer

Honorartopf zur Verfügung. In den zahlen die Krankenkassen eine jährlich vorab vereinbarte Summe ein. Im letzten Jahr waren es für alle 23 deutschen Kassenärztlichen Vereinigungen zusammen 30 Milliarden Mark, in diesem Jahr mindestens 2,5 Prozent mehr. Die Steigerung läuft parallel zum Anstieg der Grundlohnsumme, darf sie aber nicht – wie früher üblich – übertreffen.

Der Mechanismus festgelegter Honorarbudgets bewirkt Beitragsstabilität. Das ist die gute Nachricht für die Versicherten und den Sozialpolitiker Seehofer, der das gesamte System der Renten-

Mancher Doktor ließ vor Schreck den Griffel fallen

und Krankenversorgung durch das unkontrollierte Wachstum der Arzthonorare und -ausgaben schon „in die Luft fliegen“ sah.

Die schlechte Nachricht für die Mediziner: Der ohnehin nie zimperliche Verteilungskampf um die Honorare ist in ein gnadenloses Hauen und Stechen ausgeartet. Gestritten wird um die Punkte: Jedem ärztlichen Handgriff ist ein bestimmter Punktwert zugeordnet. Wer die meisten Punkte geltend macht, der hat gewonnen.

Die Punkteschlacht (siehe Seite 77) verstärkt die Sinnkrise des deutschen Ärztestandes – die Pfründen sind futsch, und das Ansehen ist es teilweise auch. „Die Ärzte haben ein Riesenidentitätsproblem“, bekennt Südbadens KV-Chef Schwoerer, denn „sie werden zu Unrecht als Kaste von Betrügern gebrandmarkt.“ Sachsens KV-Chef Hans-Jürgen Hommel fürchtet „ungezügelter

Eruptionen“ seiner Kollegen, die noch vor fünf Jahren ganz brav für 1500 Ost-Mark im Monat herumdokterten.

Die „Ökonomieknote“ diktiert das ärztliche Handeln, klagt Hans-Jürgen Thomas, Vorsitzender des ärztlichen Hartmannbundes. Dessen Namenspatron, ein Leipziger Praktiker, hatte 1900 die Kollegen mit dem Schlachtruf „Geld! Geld! Geld!“ unter der Äskulapfahne gesammelt.

Seehofer's Gesundheitsstrukturgesetz, mit den Stimmen von 86 Prozent aller Abgeordneten des Deutschen Bundestages verabschiedet, gibt dem Schlachtruf ein Echo: Mit ihrem eigenen Geld haften die Kassenärzte, die neuerdings Vertragsärzte heißen, falls durch ihr Handeln als Rezeptschreiber und Verordner das vereinbarte Budget überschritten wird.

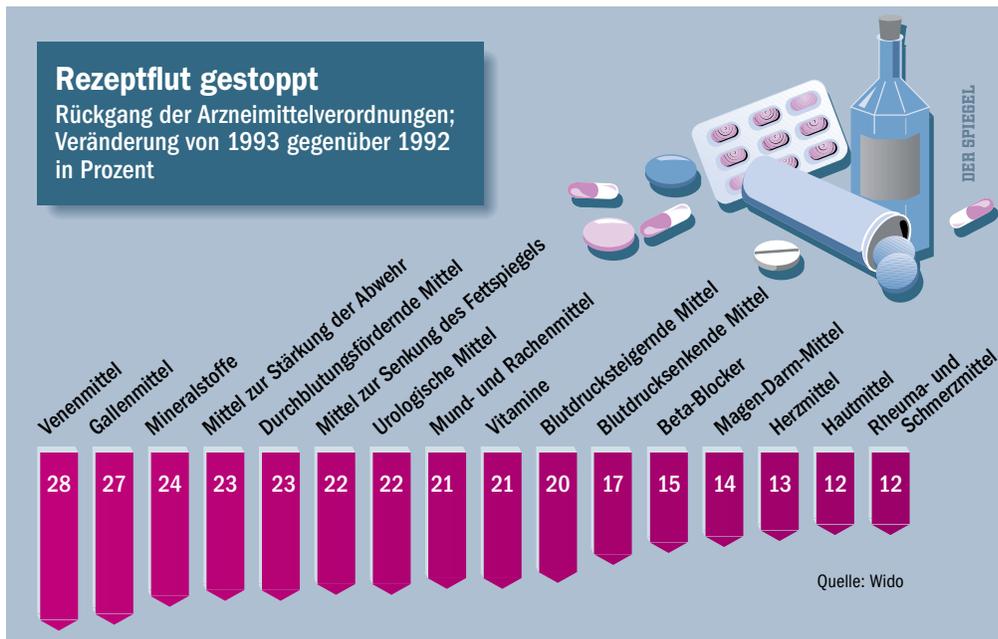
Dieser Schreck ließ manchem Doktor den Griffel aus der Hand fallen: Im KV-Bezirk Pfalz sank der Wert ärztlich verordneter Medikamente 1993 um 34 Prozent. Die Apotheken büßten 1993 deutschlandweit rund 10 Prozent ihres Umsatzes ein. Der war freilich im Jahr davor noch mal kräftig um 8,5 Prozent auf das Rekordhoch von 35,3 Milliarden Mark gestiegen.

Die ärztliche „Sparwut“ – von den Apothekern auch als „Verordnungskannibalismus“ und „Therapieverweigerung“ gescholten – erwies sich als segensreich: Medikamente ohne nachweisbare Wirkungen verloren beträchtliche Marktanteile (siehe Grafik), bei den wirksamen Arzneien achteten die Ärzte plötzlich auf den Preis.

Das prognostizierte Desaster blieb aus: „In keinem Fall wurde ein teures wirksames Medikament gegen ein billiges, aber veraltetes oder unwirksames eingetauscht“, berichtet der Münchner



dem Rollgriff der Krankenkassen





R. JANKE / ARGUS

Apothek (in Hamburg): Sieben Milliarden Mark für „Pipapolon“-Präparate

Pharmakologe Jörg Remien in einer vom Bundesverband der Innungskrankenkassen vorgelegten Studie über das neue Verschreibungsverhalten der Ärzte.

Die leitenden Herren von der KV „Chaoszentrale“ Köln wurden ihrem Ruf, Monethik stets vor Ethik zu stellen, auch in der Medikamentenfrage gerecht: Sie fordern, daß in Zukunft die deutschen Ärzte und nicht mehr die Apotheker allein Arzneimittel an die Patienten verkaufen sollen. Daraus wird nichts werden, denn die hergebrachte Grenzziehung hält bereits seit 1241, als Kaiser Friedrich II. die erste Medizinalverordnung erließ.

Weil sich die Angst vor dem befürchteten Rollgriff der Krankenkassen in Doktors Geldsack offenbar gelegt hat, werden derzeit wieder vermehrt teurere Me-

„Drei Viertel aller Patienten werden von selbst gesund“

dikamente und größere Packungen verordnet.

In diesem Jahr müssen die Patienten mit rund drei Milliarden Mark „Eigenbeteiligung“ die Kosten für Medikamente mittragen. Vor allem für chronisch Kranke und für Behinderte hat die Gesundheitsreform neue Belastungen gebracht.

Für einen Patienten, der an Morbus Crohn, einem entzündlichen Darmleiden, laboriert, stiegen die Zuzahlungsbeträge von knapp 170 Mark (1992) auf mehr als 920 Mark (1994). „Für chronisch Kranke“, so der Crohn-Patient Frank Heyder, „weht ein kalter Wind.“ Gefragt sei der „finanziell leistungsfähige Patient“.

Ihm lassen sich in den Apotheken mühelos rezeptfreie Medikamente verkauf-

fen, am liebsten die intern „Schneldreher“ genannten Präparate gegen Schmerzen und Schnupfen, Juckreiz und Verstopfung.

Diese „ungehemmte Selbstmedikation bei Befindlichkeitsstörungen“ findet das industrieunabhängige *Arznei-Telegramm* bedenklich, denn für die Folgen stehe dann doch die Versichertengemeinschaft ein – im Zweifel mit einem rezeptierten Medikament.

Die Selbstversorgung mit Medikamenten hat mittlerweile einen neuen Höhepunkt erreicht: In diesem Jahr werden voraussichtlich mindestens sechs Milliarden Mark für allerlei „Pipapolon“-Präparate und für dunkle Fläschchen ausgegeben, deren einziger Wirkstoff der feste Glaube an die Heilkunst ist.

Die arztgläubige Kundschaft – dazu zählt rund ein Drittel der Bevölkerung – soll in den nächsten Monaten mit neuen Marketingkonzepten vermehrt in die Praxen gelockt werden. Propagiert wird unter anderem die „Auffrischung des Impfschutzes (denn in Indien wütet die Pest!) und eine verstärkte Prävention auf allen Feldern“. In einigen Orten haben sich privatärztliche Notfalldienste gegründet.

Noch fehlt den Ärzten jedoch ein schlüssiges Konzept, wie man den arztfern lebenden Deutschen auf profitable Weise an die Heilkunst heranziehen könnte, beispielsweise einen Mann wie den Bauern Josef Walker, 90, vom Bergsodler-Hof aus Oberhausbach in Niederbayern und seine Frau Katharina. Die rüstigen Landleute haben weder Strom noch Telefon und seit 47 Jahren keinen Arzt mehr aufgesucht. Dabei steht ihnen selbstverständlich die moderne Chip-Krankenkarte zu. Nur: Dös mog er net.

„Drei Viertel aller Patienten in den Wartezimmern werden von selbst ge-

sund, wenn keine oder ausschließlich wirkungslose Arzneien verordnet werden“, schwört Dr. med. Kurt Weidner aus Aidling am Riegsee, ein nach 60 Arbeitsjahren in den Ruhestand getretener Mediziner aus Bayern. Als er berufstätig wurde, gab es im ganzen Deutschen Reich 47 000 Ärzte. Jetzt sind es 318 000.

So richtig wütend sind zumindest die meisten niedergelassenen Ärzte auf den Minister Seehofer nicht mehr. Zwar hat er ihr Einkommen begrenzt, zugleich aber durchgesetzt, daß keine zusätzlichen Kassenärzte mehr nach eigenem Gusto eine Praxis eröffnen dürfen. Die-

ser zweite Deckel, der dem ärztlichen Nachwuchs einen Riegel vorschiebt, bewahrt die Etablierten vor dem Schlimmsten.

Deshalb bringt das *Deutsche Ärzteblatt* Ende Oktober 16 pralle „Sonderseiten Geldanlage“ und nur noch 7 Seiten Politik.

Die Berliner KV bittet am zweiten Sonntag im November zum „Berliner Ärzteball“ (Eintritt: 100 Mark). Als besondere Attraktion wird ein Akrobat auftreten, der den Kassenärzten vor-macht, wie man ein großes Rad dreht und dafür auch noch Beifall einheimst.

„Ernte des Weisen“

SPIEGEL-Reporter Dr. med. Hans Halter lernt die Abrechnungstricks

Dem Doktor Massing aus dem Tecklenburger Land sind Hemmungen völlig fremd. Oben auf der Bühne steht er, gutgelaunt und tatenfroh. Massing, der Alleinunterhalter. Unten sitzen seine 300 zahlenden Gäste, praktische Ärzte wie er, begleitet von Ehefrau und Helferin.

Wir lernen, viereinhalb Stunden lang, in einem „Nachschulungskurs“, das „Einrichten in die neue Gesetzeslage“. Für 125 Mark Eintritt, ein staubtrockener Stoff: Wie laste ich den Krankenschein aus?

„Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da,

Die Nacht ist da, daß was gescheh' . . .“

Tatsache, jetzt singt er, das alte Gründgens-Lied aus dem Film „Tanz auf dem Vulkan“. Heiter, melodios, Massings großer Resonanzkörper bebt. Damit wir uns das endlich merken: „Die neue 29! Besuch bei Nacht. 900 Punkte!“ Soll heißen: Ziffer 29 des „Einheitlichen Bewertungsmaßstabs“ (EBM) der Kassenärzte, der Nachtbesuch, bringt 900 Punkte. Das sind fast 90 Mark, denn der Punktwert beträgt un-

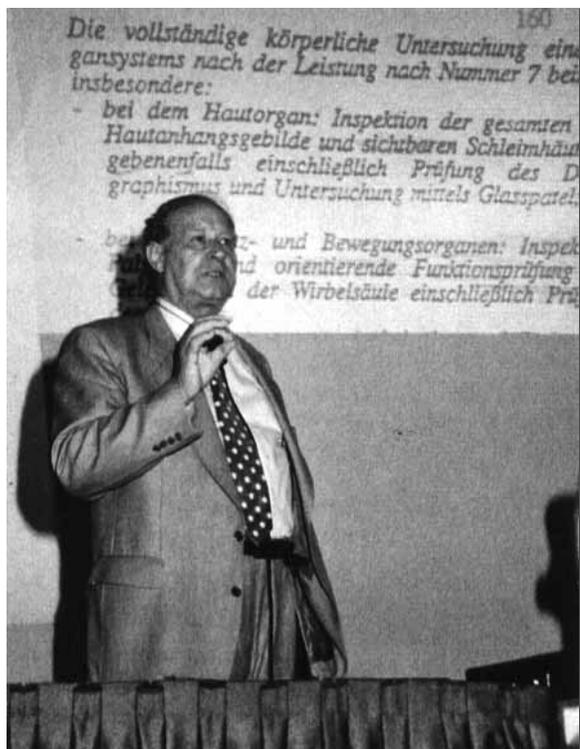
gefähr einen Groschen, der floatet wie der Dollar. Merke außerdem:

„Besuch gemacht,
So gilt die Nacht
von 8 bis 8.“

Wenn wir also einen unserer Diabetes-Patienten morgens um halb acht besuchen, seinen Nüchternblutzucker messen, ihm noch schnell etwas raten, so sind 130 Mark im Sack. Massing singt gutgelaunt den alten Gründgens um:

„ . . . die Nacht,
die man für Medizin ver-
bracht,
bedeutet Seligkeit und
Glück.“

Also, noch mal: Die 29, brandneu vom 1. Oktober 1994 an, die ist unser Glück. Mit ihr starten wir in den Tag: „Mit zwei – neun früh hinein.“ Nur ein ganz dußiger Doktor wählt die Ziffer 25 EBM, denn die 25 ist ganze 30 Punkte wert. Hände



Mediziner Massing: „So gilt die Nacht von 8 bis 8“

weg! Wenn schon ein Hausbesuch sein muß, dann bitte die 26 („Besuch, sofort nach Anforderung ausgeführt“, 520 Punkte), notfalls auch die 27, „Besuch, wegen der Erkrankung sofort nach Anforderung ausgeführt“, 750 Punkte, aber: „mit Unterbrechung der Sprechstundentätigkeit“. Nein, das lohnt sich nicht. Wir merken uns. „Zwo – sieben, nicht lieben!“ Ganz schlechte Ziffer.

Mit seinem Schulungskurs zieht Massing durch Deutschland. An einem Vormittag ist alles gesagt. Kein Doktor kann das so wie er – der beleibte Westfale, der eine Praxis mit stolzen 1500 Scheinen betreibt, ist der Hohepriester aller ärztlichen Gebührenordnungen.

Einem Arzt wird jede „Einzelleistung“ vergütet. Davon gibt es viele tausend. Der EBM endet derzeit mit Ziffer 7200. Jede Ziffer hat ihre Eigenheiten und ihren Punktwert. Ob ein Kassenarzt spricht oder spritzt, zuhört oder „verweilt“, ein Überwärmungsbad leitet oder die Übergangsfalte am Auge ausrollt, immer stellt er es der Krankenkasse separat in Rechnung. Viermal im Jahr wird abgerechnet, der Krankenschein wird „ausgelastet“. Davor graust es dem gewöhnlichen Doktor.

Aber nicht unserem Mentor Massing. Er kennt den EBM aus dem Effeff, weiß, welche Ziffern zu welcher Diagnose passen und wie man sie profitabel kombiniert. Ein Doktor, der behauptet, er habe einem Beinamputierten den Zehennagel entfernt oder einer Patientin die Vorhaut gelöst, der gerät in das Räderwerk der KV-Computer, die jede EBM-Ziffer auf Plausibilität prüfen. Horst Massing will nicht, daß wir deshalb resignieren. Er bringt uns bei, „wo die Speckseiten hängen, wir sind ja ganz unter uns“.

Diesmal sind wir beim 17. Deutschen Hausärztetag in trauter Runde, in der alten Universitätsstadt Würzburg. Hier hat, vor knapp hundert Jahren, Wilhelm Conrad Röntgen den ersten Menschen durchleuchtet (seine wehrlose Ehefrau). Jetzt zerlegt Massing den Patienten in Scheiben. Das Leben zwingt dazu. Beim Kassenarzt, sagt er, ist es doch wie im Fußball: Nur wer Punkte macht, der ist ganz oben. Oder wollen wir „auf ewig im Hamsterrad leben“?

Vor allem die Arztfrauen taxieren mit schrägem Blick das Geschmeide der anderen Kursantinnen. Wissen die, was ich nicht weiß? Große Augen machen auch die „Diplom-Mediziner“ aus den neuen Bundesländern. Sie sind nicht promoviert (erstes Stigma), viele haben Schulden oder noch immer keinen Mercedes-Benz (zweites Stigma). Der Westfale Massing mahnt und tröstet sie in einem Aufwasch. „Wer nicht mitkommt, den bestraft das Leben“, droht er, aber andererseits: „Die Ernte des Weisen dauert das ganze Jahr.“

Daran, verspricht unser Lehrer, werde auch die Chipkarte nichts ändern. Spätestens von Januar an ersetzt sie überall den Krankenschein. Viele praktische Ärzte fürchten, daß die Patienten mit ihren schönen Chips dann massenweise zu den Fachärzten abwandern werden, ohne Überweisungsschein, der diese gefürchtete Drift bisher regulierte.

Massing lehrt uns das Gruseln – „Die Chipkarte, das ist der Wilde Westen!“ – und tröstet: „Wer die Karte gleich in seinen Computer einliest, der bindet die Patienten fest an die Praxis.“ Er jedenfalls habe in seinem ersten Chip-Quartal gleich 200 Kranke mehr verarztet. Aber ohne Computer geht das nicht. Ohne tüchtige Helferinnen auch nicht. Die muß man sich erziehen.

Es ist zum Beispiel Unsinn, Ärztemuster von Sprechstundenhilfen wahllos verteilen zu lassen. Wer vom Sozialamt geschickt wird, Postbeamter ist oder Polizist, Soldat, Zivildienstleistender, der kriegt grundsätzlich gar nichts geschenkt. Denn deren Kostenträger haben ein nach oben offenes Budget. Nichts ist gedeckelt, „der Etat des Sozialamts ist unbegrenzt“.

Also schreibt man dem Armen und dem Uniformierten die teuren Medika-

Wie sprengt ein Medikus den Deckel vom Topf?

mente ganz gelassen aufs Rezept. Vater Staat zahlt schon. Dem Doktor droht kein Regreß.

Wenn im Dezember dieses Jahres neben dem EBM auch noch die Gebührenordnung Ärzte (GOÄ) ergänzt wird, muß der praktizierende Arzt wieder zur Nachschulung. Dann heißt es, nochmals Tausende von Einzelleistungen in ein profitables System zu bringen. Auch bei GOÄ nicht verzagen, erst mal Doktor Massing fragen.

„Suchen Sie die Schlupflöcher!“ mahnt er uns. Alle schreiben fleißig mit, als er uns beibringt, wie ein cleverer Medikus den gedeckelten Topf der Laborleistungen aufsprengt: „Insulinpflichtiger Diabetes! Krebs! Strahlpatienten! Präoperative Diagnostik! Ganz neu! 150 Punkte!“ jubelt er. Und bitte nicht vergessen: „Drogensuchtest“. So punktieren wir uns nach oben.

Und einen bösen Fehler, nein, den machen wir nicht. Oder nicht mehr. „Niemals in der Praxis politisch agitieren! Die Praxis ist sonst bald leer“, mahnt Massing uns zum guten Ende. Leer! Für nichts und wieder nichts. Denn „unsere Oberen, die haben doch schon längst ihren Frieden mit dem Seehofer gemacht“. Ausgepunktet.

Geheimdienste

High sein, frei sein

Der Verfassungsschutz verklagt einen ehemaligen V-Mann. Der Agent hat die Behörde um mehrere hunderttausend Mark erleichtert.

Der Gutsherr steht vor dem 20-Zimmer-Haus in der Toskana und läßt den Blick vom Swimmingpool über die sanften Hügel bis zu seinen Weinbergen schweifen. Der neue Wein ist gelesen und gärt in den Fässern; in den Stallungen etikettieren deutsche Helfer die Chianti-Flaschen. „Das wird ein guter Jahrgang“, sagt der Adlige.

Volker Weingraber Edler von Grodek, 51, kann zufrieden sein mit dem, was er erreicht hat. Im nahen Olivenhain treibt sein dreijähriger Sohn Stefan Schabernack, und in der kaminbefeuer-ten Küche des Landsitzes legt Lebensgefährtin Franca ein paar Salbeiblätter auf das schmorende Filet von einem Wildschwein; das hat der Hausherr selbst erlegt.

Doch jetzt bekommt der Edle Ärger: Der Berliner Senat wird am 10. November vor dem Zivilgerichtshof in Florenz 450 000 Mark von ihm zurückfordern. Das Geld hat der ehemalige Spitzenagent Weingraber vor sieben Jahren seinem früheren Arbeitgeber, dem Lan-

desamt für Verfassungsschutz, abgeschwätzt.

Der Fall ist einmalig in der deutschen Rechtsgeschichte. Niemals zuvor wurden finanzielle Streitigkeiten zwischen einem Agenten und seinem Geheimdienst öffentlich vor Gericht ausgetragen, denn noch nie hat der Verfassungsschutz einen Konfidenten gerichtlich verfolgen lassen, der bei der Schnüffelei sein Leben riskierte.

Weingrabers Agentenkarriere beginnt im November 1972. Für ein steuerfreies Jahresalar von rund 28 000 Mark setzt der Berliner Verfassungsschutz den Professorensohn unter dem Decknamen „Wien“ auf die anarchistische Bewegung 2. Juni an. Unter dem Motto „High sein, frei sein, Terror muß dabei sein“ schreckt die Gruppe vor Anschlägen nicht zurück.

Der V-Mann, der in der Berliner Szene-Kneipe „Tarantel“ kellnert, wird bald zum Vertrauensmann der Anarchisten – und zur Schlüsselfigur im Feme-Mordfall Schmücker. Ulrich Schmücker, ein Ethnologie-Student, steht bei seinen Genossen von der Bewegung 2. Juni im Verdacht, ein Spitzel des Verfassungsschutzes zu sein.

Am Abend des 4. Juni 1974 wird Schmücker, 22, im Berliner Grunewald regelrecht hingerichtet. Weingraber und der Verfassungsschutz spielen dabei eine dubiose Rolle, die bis heute nicht gänzlich aufgeklärt worden ist.

Die Behörde weiß, daß Schmücker in Gefahr schwebt, unternimmt aber nichts. Ihr Agent Weingraber gibt dem Killerkommando gar logistische Hilfe: Zwei der mutmaßlichen Täter wohnen in seiner Berliner Wohnung und fahren mit seinem gelben VW-Bus zum Tat-



Mordopfer Schmücker (1974): Regelrecht hingerichtet

STARK-OTTO



Ehemaliger V-Mann Weingraber
Mit Pistole in die Pilze

ort. Kaum eine Stunde nach dem Mord bringt einer der Täter Weingraber seinen Bulli zurück; auch die Tatwaffe, eine Parabellum 08, drückt er dem V-Mann in die Hand, der sie verstecken soll.

In derselben Nacht händigt Weingraber die Pistole seinem V-Mann-Führer aus. Die 08 trägt „die Fingerabdrücke des V-Manns und des V-Mann-Führers“, sagt der damalige Verfassungsschutz-Präsident in einer internen Dienstbesprechung – dann läßt die Behörde eines der wichtigsten Beweismittel für 15 Jahre im Tresor verschwinden.

Richter, die versuchen, den Mord aufzuklären, erfahren nichts von der Exi-

Weingraber kassiert – und bleibt, wo seine Trauben wachsen

stanz der Waffe. Ein Komplott von Justiz, Verfassungsschutz und Polizei verhindert, daß der Mord aufgeklärt wird. Mehrere wackelige Urteile gegen Verdächtige hebt der Bundesgerichtshof auf; das längste und mit 15 Millionen Mark Kosten teuerste Strafverfahren vor deutschen Gerichten wird im Januar 1991 nach 15jähriger Verfahrensdauer eingestellt.

Gleich nach dem Schmücker-Mord fahndet die Polizei zum Schein auch nach Weingraber, damit seine Terrorkumpane keinen Verdacht schöpfen. Eines ist den Verfassungsschützern klar:

Würde Weingraber enttarnt, könnte er enden wie Schmücker.

V-Mann „Wien“ lebt, vom Geheimdienst alimentiert, bis Anfang 1978 im Berliner Untergrund. Dann soll er in Italien mögliche Verbindungen zwischen der deutschen Rote-Armee-Fraktion und den italienischen Roten Brigaden ausforschen. Als er sich in eine Italienerin verliebt, beendet der Adlige jedoch die Spitzelarbeit. Im Mai 1979 wird er vom Verfassungsschutz „abgeschaltet“ (Geheimdienstjargon), erhält einen neuen Namen und eine Abfindung von 100 000 Mark. Er läßt sich auf einem Weingut nahe Siena nieder.

Richtig Geld macht Weingraber mit seiner Arbeit für den Ge-

heimdienst allerdings erst sieben Jahre später. Im September 1986 deckt der SPIEGEL die Verwicklung des Verfassungsschutzes und seines V-Mannes in den Mordfall Schmücker auf.

Die Berliner Agentenführer geraten in Panik. Weingraber wird zum „Sicherheitsfall“ deklariert, zieht fluchtartig nach Mailand um und kassiert. 5000 Mark in bar gibt es am 3. Oktober 1986 in einem Mailänder Restaurant für seine „Bewegungsfreiheit im Falle einer akuten Gefährdung“, wie die aus Berlin angereisten Gelddoten des Geheimdienstes notieren.

Im Dezember 1986 werden Weingraber 60 000 Mark „Abschlagszahlung zur Begleichung der wichtigsten Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Weingut“ gewährt. Im gleichen Monat blechen die Geheimen noch mal 10 000 Mark, laut Quittung für die „Rückzahlung eines Teils eines Darlehens an Gläubiger“. Innerhalb eines Jahres kassiert der frühpensionierte Agent so insgesamt zunächst 310 300 Mark.

Schließlich soll der V-Mann zum zweitenmal einen neuen Namen erhalten, sein Weingut aufgeben und umziehen. Am 11. November 1987 erhält er bei einem Geheimtreffen in der Schweiz von zwei Berliner Verfassungsschützern dafür einen Scheck über 450 000 Mark.

Als Gegenleistung muß Weingraber in einem italienischen Restaurant am Thuner See eine „Erklärung“ unterschreiben. Der zentrale Punkt: „Ich verpflichte mich, das Gut aufzugeben, mir

an einem anderen sicheren Ort eine neue Existenz aufzubauen und die mir gezahlte Abfindung nur für diesen Zweck zu verwenden.“

Die Verfassungsschützer legen offenbar keinen Wert darauf, ihrem pfiffigen Schützling eine Frist für den Umzug zu setzen. Und sie regeln auch nicht, was geschieht, wenn Weingraber zwar kassiert, aber bleibt, wo seine Trauben wachsen.

Jahrelang stolpert in Berlin niemand über den merkwürdigen Vertrag. Erst

Das Zusammenspiel der Geheimdienste hat nicht geklappt

als 1990 das sonderbare Finanzgebaren des Verfassungsschutzes in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Sprache kommt, läßt der Berliner Senat prüfen, ob Weingrabers letzte Abfindung auf dem Prozeßweg zurückgefordert werden kann.

Vor Gericht werden sich die Parteien nun darüber streiten, warum der Vertragszweck, Sicherheit für den Ex-Agenten zu schaffen, nicht erfüllt wurde. Die seinerzeit in der Schweiz „abgesprochenen Sicherheitsvorkehrungen“, so Weingraber, habe er gar nicht einhalten können.

Denn die Verfassungsschützer hätten nur ihm einen neuen Namen angeboten, nicht aber seiner Lebensgefährtin und dem Kind. Mit den alten Namen der beiden aber hätte jeder Mörder die drei auch in ihrem neuen Wohnort aufspüren können. Das Zusammenspiel des deutschen und des italienischen Geheimdienstes, so Weingraber, habe da „offensichtlich nicht geklappt“.

Weil ihm die Flucht, derart dilettantisch vorbereitet, wenig sinnvoll erschien, will Weingraber die Spende aus der Berliner Senatskasse statt dessen „zukunftsichernd“ angelegt haben – in seinem geheimen Arbeitsleben habe er schließlich keinen Anspruch auf Rente erwerben können. Er ist inzwischen an mehreren Unternehmen in der Toskana, unter anderen an einem Restaurant, beteiligt. Seine Zeit vertreibt er sich hauptsächlich in einer Marketingfirma, die gebrauchte Maschinen nach Rußland verkauft.

Die Angst, als „Verräter“ der linken Szene zum späten Feme-Opfer zu werden, hat er inzwischen überwunden. Selbst seine Pistole trägt er kaum noch, wenn er sich auf den Fußweg zu einem der größten Pfifferlingsvorkommen der Region macht. Weingraber: „Ich kann mich nicht 365 Tage im Jahr darum kümmern, ob mich jemand umlegen will.“

Zwar versichert Weingraber, die 450 000 Mark Steuergelder zurückzahlen zu wollen, falls er den Prozeß in Florenz verliert. Aber er hat gut vorgesorgt für den Fall, daß er seine Haltung revidieren möchte: Seinen Anteil am Weingut hat schon längst Lebensgefährtin Franca übernommen.

Drei bis fünf Jahre wird der Prozeß in Florenz allein in erster Instanz dauern. Ein italienischer Gerichtsvollzieher, der dann vielleicht irgendwann einmal eine Forderung aus Berlin vollstrecken müßte, könnte leicht leer ausgehen.

Zunächst will Weingraber vor Gericht aber geklärt wissen, wer denn seine Prozeßkosten in dem Verfahren tragen soll. Als er in den Dienst des Verfassungsschutzes trat, sagt der Edle von Grodek, sei ihm zugesichert worden, daß er von allen Kosten im Zusammenhang mit seiner Arbeit freigehalten werde.



Weingraber-Wohnsitz in der Toskana: Spende zukunftsichernd angelegt

Fahndung

Mutter oder Pferd

Bei der Jagd auf chinesische Mafiosi verzweifeln Ermittler an den Namen. Ein Zahlencode soll helfen.

Im Kühlschrank stand noch frisch gekochter Reis, im Bad hingen feuchte Dessous an der Leine. Lippenstifte, Puder Dosen und Kofferanhänger in einer Wohnung in der Düsseldorfer Charlottenstraße ließen Fahnder auf die Existenz von sechs jungen Frauen aus Malaysia schließen.

Herumliegende Visitenkarten rheinischer Bordelle und ein Notizbuch verriet, daß die Frauen zur Prostitution gezwungen und an diverse Etablissements ausgeliehen worden waren. Als Anti-Terror-Spezialisten der GSG 9 das Sexdomizil stürmten, waren die Asiatinnen mitsamt ihren drei Zuhältern jedoch gerade ausgeflogen.

Trotz der Fülle von Spuren fahnden Beamte seither vergebens nach der Truppe. Die Gesuchten verstecken sich hinter einem Gewirr chinesischer Namen, die in immer wieder neuen Schreibweisen in den Akten auftauchen.

Seit chinesische Banden, die sogenannten Triaden, nach Deutschland drängen, kämpfen Fahnder zunehmend mit den Tücken der chinesischen Schrift. Namenschaos herrscht nicht nur im Wiesbadener Bundeskriminalamt (BKA) und in Düsseldorf, das, so der dortige Kripo-Kommissariatsleiter Gerd Hué, als „ein Logistikzentrum der chi-

nesischen Mafia“ gilt. Auch in Frankfurt, München, Hamburg und Mittelfranken, den anderen Triaden-Stützpunkten, möchte mancher Kripo-Mann schier verzweifeln.

Besonders schwierig erweist sich die internationale Zusammenarbeit der Ermittler, wenn deutsche Polizisten etwa die Personalien eines Verdächtigen bei Interpol Hongkong prüfen wollen. Ein Triaden-Gangster, mit Namen in lateinischen Buchstaben beispielsweise als „Jian“ vermerkt, kann auch als „Chien“, „Kin“ oder „Gan“ erfaßt werden. Ein „Wong Kin-kwok“ kann sich je nach Transkription „Wang Jianguo“ oder „Wang Chien-kuo“ nennen.

Im Gegensatz zu westlichen Sprachen basiert das Chinesische nicht auf einem Alphabet, sondern auf Silben. Die Schrift besteht aus Tausenden von Piktogrammen und Symbolen. Chinesische Schriftzeichen sind mit arabischen Ziffern vergleichbar: So wie eine 5 in Europa je nach Land als „fünf“, „five“, „cinq“ oder „cinco“ gesprochen wird, klingt dasselbe Symbol in den verschiedenen chinesischen Dialekten unterschiedlich.

Dazu kommen andere Sprachhürden. So gibt es im Peking-Dialekt – der chinesischen Hochsprache – rund 40 Schriftzeichen, die wie „Wang“ ausgesprochen werden. Mehrere andere Zeichen klingen zum Beispiel wie „ma“, haben jedoch je nach Tonhöhe die unterschiedlichsten Bedeutungen: Mutter, Hanf, Pferd, schimpfen. Der Peking-Dialekt kennt vier, andere Dialekte haben bis zu neun verschiedene Stimmlagen.

Für die meisten Dialekte gibt es genormte Methoden, um die Zeichen in Buchstaben zu übersetzen. Der Peking-Dialekt etwa kann anhand von zwei Systemen bearbeitet werden, die Wade-Giles und Pinyin genannt werden. Das

eine, im 19. Jahrhundert von zwei britischen Missionaren entwickelt, versieht die zwei Silben eines Vornamens mit einem Bindestrich; das andere seit 1979 von Peking international verwendete System fügt sie zu einem Wort zusammen. So kann der Name Li Yu-lung auch als Li Youlong geschrieben werden.

Bis 1979 hielten sich Interpol, FBI und BKA an das Wade-Giles-System, seither gilt auch bei Polizeibehörden im Westen das Pinyin-System. Oft schreiben Polizisten den Namen eines Verdächtigen im Alltag aber auch einfach nur so hin, wie er für ihre Ohren klingt.

Eine vierstellige Zahl für jedes Schriftzeichen

Ratlos waren Transkriptionsfachleute aus 30 Staaten, als das Thema im Sommer auf einer Uno-Tagung im kanadischen Montreal anstand. Die Experten wollten einen weltweiten Standard mit hochintelligenten Computernetzen erreichen; doch die Gespräche blieben oberflächlich, weil Pekings Vertreter zu der Konferenz nicht erschienen waren.

Um die vielfältigen Mißverständnisse zwischen den Fahndern in West und Fernost auszuräumen, haben FBI-Experten dem BKA einstweilen empfohlen, sich an ein Buch zu halten, das den sogenannten Standard-Telegramm-Code enthält. Jedem chinesischen Zeichen entspricht dort eine vierstellige Zahl. Der Mann, der sich mal Jian, Chien, Kin oder Gan schreibt, wird zur Nummer 1696. Ein Wang Jianguo, selbst wenn er sich Wong Kin-kwok nennt, läßt sich weltweit als Nummer 3769/1696/0948 verfolgen. Doch längst nicht jeder Kripo-Mann beherrscht den

Zahlen-Code, kann chinesische Zeichen übersetzen oder die Ziffernfolge in sprechbare Buchstaben verwandeln.

Zudem können Kriminelle mit kleinen hinzugefügten Strichen ein original chinesisches Namenszeichen ganz simpel verändern. Ein winziger Haken, von deutschen Polizisten kaum zu erkennen, verursacht im Code kaum entwirrbaren Zahlensalat.

„Ich bin da eigentlich nur fein raus, wenn es von dem Kameraden einen Fingerabdruck gibt“, sagt der Düsseldorfer Triaden-Fahnder Siegfried Hübner: „Wenn nicht, habe ich ganz schlechte Karten.“



Polizeiaktion gegen Chinesen (in Hamburg): Kampf mit den Silben

B. SÖLCHER

„DIE LEUTE WISSEN NICHTS“

Interview mit den TV-Moderatoren Matthias Frings und Ernie Reinhardt über Aufklärung im Fernsehen

SPIEGEL: Herr Frings, Herr Reinhardt, Sie moderieren die beiden derzeit erfolgreichsten Sexualmagazine im Fernsehen, „liebe sünde“ und „Wa(h)re Liebe“. Betreiben Sie damit nicht eine Art Sexualkunde für längst aufgeklärte Zuschauer?

Frings: Ha, das glauben Sie! Das Wissen um das Sexuelle ist etwa so umfangreich wie das Wissen um das bulgarische Raumfahrtprogramm. Die Leute wissen nichts, nichts, nichts! Wir denken, wir würden mit Informationen über Sexuelles überflutet, aber das stimmt nicht. Das ist doch keine Information, wenn da am Kiosk 17 Meter lang blanke Busen hängen, das ist Softporno, sonst nichts.

Reinhardt: Das sehe ich auch so. Ich will mit Hilfe der von mir geschaffenen Figur Lilo Wanders meine Erfahrungen mit Sexualität weitergeben. Ich will die Leute ermutigen, über Sex zu reden.

SPIEGEL: Brauchen die Menschen tatsächlich Nachhilfe und Beratung in Sachen Sex via Mattscheibe? Haben wir – neuerdings auch durch die Fülle von

Nachmittagsprogrammen à la Meiser – nicht schon genug Sendungen nach dem Motto: Schöner bumsen?

Frings: Die Frage höre ich immer wieder. Die einen schreien: „Muß das überhaupt sein?“, „Schützt die Intimität“, schreien andere. Das ist verrückt. Für mich bedeutet Journalismus, alle Aspekte des Lebens zu betrachten. Es wird von der Außenpolitik bis hin zum

Sammeln von Spielzeugautos alles beschrieben, und jeder findet das in Ordnung. Nur der stärkste Trieb, das, was uns alle am Laufen hält und, wenn Umfragen stimmen, uns alle fünf Sekunden beschäftigt, soll nicht thematisiert werden.

SPIEGEL: Diese sexuelle Neugier beuten Werbung und Fernsehen doch längst mit Gewinn aus.

Frings: Da wird es gerade im Fernsehen wirklich problematisch. Denn jede Sendung, die vorgibt, sich mit der Wirklichkeit zu beschäftigen, arbeitet mit Sex. Und das oft auf eine Weise, da wird's mir speiübel. Es gibt eine erigierte Kamera mit einem typisch männlichen Blick. Nehmen Sie irgendeine Magazinsendung, die einen bunten Realitätsstrauß anbietet: Da kommt eine dramatische Stimme von oben, die sagt: „Frauen aus dem Osten – ausgebeutet, erniedrigt, geknüppelt.“ Und dann zeigt die Kamera chauvinistische Bilder: von unten zwischen die Beine, von oben ins Dekolleté zwischen den Busen. Ekelhaft finde ich das, diese Vermischung von vorgeblich sachlicher Dokumentati- und aufteilenden Bildern.

Ernie Reinhardt

moderiert als Lilo Wanders die Sendung „Wa(h)re Liebe“, die donnerstags um 23.05 Uhr auf Vox gezeigt wird. Mit bis zu einer Million Zuschauern ist das Programm, in dem beispielsweise über Swingerklubs oder Masturbation diskutiert wird, eine der erfolgreichsten Sendungen bei Vox. Reinhardt, 39, entwickelte die Figur Lilo Wanders zunächst als Parodie auf die Schauspielerin Evelyn Künecke für Kabarettvorstellungen im Hamburger Schmidt-Theater.

* Links: mit Porno-Darstellerin Sybille Rauch; rechts: beim SPIEGEL-Interview im Hamburger Erotic-Art-Museum.



Moderatorin Wanders, Wanders-Darsteller Reinhardt*: „Ein Homosexueller weiß mehr über Sex als ein Hetero“



Moderator Frings: „Das Konzept Keuschheit verstehe ich sehr gut“

SPIEGEL: Herr Reinhardt, in den Filmen, die Sie in Ihre Sendung einspielen, wird auch viel nacktes Fleisch gezeigt.

Reinhardt: Das ist wohl ein Gesetz des Marktes – das muß so sein, damit die Leute dranbleiben.

Frings: Ich halte das für falsch. Wir wissen aus Minutenverläufen der Sendung, daß die Leute bei uns nicht wegzappen. Ich sag' mal ein Beispiel: Die Quotenspitze war nicht die Sex-Entertainerin Annie Sprinkle, die ja auf bemerkenswerte Weise sehr viel von sich zeigt, sich in ihre Vagina hineinsehen läßt beispielsweise. Die Spitze in dieser Sendung war ein Beitrag über Sexualität und Behinderung, weiß Gott kein leichtes Thema. Die Leute wollen was erfahren. Und wenn sie nichts erfahren, dann schalten sie aus.

Reinhardt: Ich habe etwas anderes erlebt. Wenn ein Teaser gezeigt wird, ein Filmeinsprengsel von 20 Sekunden mit einem nackten Paar, und wir sagen, die sind nach der Werbung im Studio, dann bleiben die Zuschauer dran.

SPIEGEL: Kein Wunder. Sex ist ein Riesengeschäft und funktioniert häufig so, daß die Erfüllung sexueller Wünsche zwar versprochen, aber natürlich doch nur vorgetäuscht wird.

Frings: Unsinn. Ich glaube, nicht einmal die Macher von „Playboy Late Night“ oder anderen Männermagazinen würden behaupten, daß sie den Leuten die Erfüllung sexueller Wünsche verkaufen. Wenn die ehrlich sind, würden sie sagen, daß sie die Leute aufgeilen wollen. Wir, unser siebenköpfiges Team bei „liebe sünde“, wollen die Leute nicht animieren, es miteinander zu treiben. Ich fände das zwar nicht schlimm, aber es geht uns darum, Facetten des sexuellen Lebens zu zeigen, ohne zu moralisieren.

Matthias Frings

ist Leiter und Moderator von „liebe sünde“. Bis zu anderthalb Millionen Menschen sehen sein wöchentliches Aufklärungs- und Unterhaltungsmagazin, das mittwochs um 23.15 Uhr auf Pro 7 ausgestrahlt wird (früher lief es auf Vox). „liebe sünde“ setzt sich in Filmbeiträgen und Studiodiskussionen mit Themen wie Prostitution, Gruppensex, Voyeurismus auseinander, meist mit ernstem, manchmal mit ironischem Blick. Frings, 41, hat mehrere Sachbücher über Sexualität geschrieben.

Reinhardt: Meine Sendung besteht nicht nur aus erotischen Einspielfilmen. Ich bemühe mich, meinen Studiogästen gerecht zu werden und niemanden lächerlich zu machen oder vorzuführen. Ich glaube, daß diese Wahrhaftigkeit, diese freundliche Umgangsweise dem Zuschauer gefällt.

Frings: Sex hat auch nicht nur mit nackten Körpern zu tun. Sex berührt alle Bereiche des Lebens. Sex spielt sich in Kultur, in Politik, in Managerkreisen und in Machtzirkeln ab, sicher auch in den schauerhaften Konferenzzimmern des SPIEGEL. Wenn die Herren dort miteinander ihre Hahnenkämpfe aufführen, dann liegt darin auch ein Moment des Sexuellen.

SPIEGEL: Immerhin behaupten viele Wissenschaftler, die Jugendlichen unserer sexuell informierten Nation seien aufgeklärter als früher.

Frings: Schön wär's. Ich glaube, daß sexuelle Aufklärung auf dem Rückmarsch

ist. In den siebziger Jahren versuchte man, das Fach Sexualerziehung zu etablieren, was dann auch mit Ausnahme einiger südlicher Provinzen gelang. Das Fach ist inzwischen in vielen Ländern wieder abgeschafft, die sexuelle Aufklärung soll der Religionslehrer übernehmen – nicht immer die geeignetste Person dafür. Die Eltern denken sich, ach, das wird in der Schule erledigt. Das Ergebnis: Es wird da erledigt, wo es immer erledigt wurde, nämlich auf der Straße.

Reinhardt: Oder in *Bravo*.

SPIEGEL: In Ihren Sendungen geben sich junge

Leute bei den Straßenbefragungen sehr offen. Wenn sie beispielsweise unvermittelt nach Oralverkehr und Onanie befragt werden, antworten sie unverklemmt, wie oft sie in der Woche masturbieren.

Frings: Wenn wir sagen, wir kommen von „liebe sünde“, hilft das. Die Leute wissen, sie werden bei uns nicht in die Pfanne gehauen. Und sie antworten bereitwillig, solange es allein um ihr eigenes Verhalten geht. Aber wenn wir die Leute fragen: „Wie regelt ihr eigentlich dieses spannungsgeladene Verhältnis zwischen sexueller Lust auf der einen Seite und Treue auf der anderen Seite?“ – dann wird es schon viel schwieriger. Denn darüber reden sie auch miteinander kaum.

SPIEGEL: Weil das die Beziehung bedroht?

Frings: Nein, weil es sie verunsichert, wenn es um Gefühle geht. Wir machen die Erfahrung, daß wir über ungewöhnliches, exotisches Sexualverhalten jede Menge Gesprächspartner bekommen. Dagegen ist es sehr mühsam, Menschen zu finden, die über Konflikte und sexuelle Probleme in einer Beziehung erzählen.

SPIEGEL: Bei Ihnen tritt ein Staatsanwalt auf, der nebenbei Pornos dreht, Sie zeigen Männer, die sich ihren Penis verlängern lassen, Pärchen, die auf Swingerpartys gehen oder sich Sado-Maso-Accessoires kaufen. Kann das nicht dazu führen, daß Zuschauer normalen Sex als langweilig empfinden und sich unter Druck gesetzt fühlen, etwas Extravaganter auszuprobieren?

Frings: Ich glaube, das ist tatsächlich so. Aber damit jemand, der Pornos, Partnertausch oder Peitschen nicht mag, sich



ACTION PRESS

Moderatorin Berger
„Bessere Beine“

nicht fühlt wie ein Langweiler, halten wir immer dagegen. Ich möchte trotzdem alle Praktiken und Eigenarten zeigen können. Die Behauptung: „Jeder kann machen, was er will“, stimmt ja leider nicht. Es kann eben nicht jeder tun, was er will. Eine lesbische Frau kann schwerer sie selbst sein als eine heterosexuelle, weil sie erst mal nicht weiß, wer sie ist. Denn sie kommt in dieser Gesellschaft mit ihrer Sexualität nur als Abweichung vor.

Reinhardt: Wenn die Zuschauer sehen, da gibt es Menschen mit diesen und jenen Gelüsten, die sie vielleicht selbst haben, entlastet sie das. Ich glaube nicht, daß die Leute dadurch unter Druck geraten, etwas zu tun, wonach sie gar nicht das Bedürfnis haben. Eher sagen sie sich: Wenn ich Lust dazu habe, kann ich das auch mal probieren.

Frings: Doch, ich glaube, es gibt diesen Druck. In den siebziger Jahren, den Zeiten vor Aids, da hatten die Leute auf befreitere Art Sex miteinander als heute. Die Leute, die damals monogam oder relativ monogam lebten, hielten sich selbst für ziemlich öde. Damals waren Listen üblich, auf denen man eintragen sollte, mit wie vielen man schon geschlafen hatte, und wer da unter hundert blieb, galt als ziemlicher Langweiler. Damit so ein Druck nicht entsteht, machen wir auch Beiträge zum Thema Keuschheit. Die Leute sind immer verblüfft, wenn ich sage: Das Konzept Keuschheit verstehe ich sehr gut. Ich verstehe, daß je-

mand, der sich mit Transzendenz beschäftigt, auch eine Form von Askese sucht.

Reinhardt: Mag sein. Ich habe nicht den Weg der Enthaltbarkeit gewählt. Übrigens reden wir hier ein bißchen viel über Sex und wenig über Liebe. Für mich hat Sex viel mit Liebe zu tun. Ich mache niemandem streitig, daß er auch ohne Liebe lustvoll vögelt, für mich klappt das aber nicht. Deshalb versuche ich, den Zuschauern zu vermitteln, daß Liebe und Sex für mich zusammengehören.

SPIEGEL: Was wissen Sie über Ihre Zuschauer?

Reinhardt: Wir haben noch kein genaues Zuschauerprofil ermittelt – die Sendung ist dafür noch zu jung.

Frings: Bei uns sind es angeblich 60 Prozent Männer, 40 Prozent Frauen. Auf diesen hohen Frauenanteil bin ich stolz. Ich habe anfangs, beim Konzipieren der Sendung, gesagt: Ich will, daß die Hälfte der Zuschauer Frauen sind, daß Frauen sich die Sendung ansehen können, ohne sich zu genieren. Viele männliche Kollegen haben damals hämisch gelacht und gesagt: Das gucken sowieso nur Männer, und die wollen Titten sehen und sonst nichts. Das Alter der meisten Zuschauer liegt zwischen 15 und 49. Die meiste Post kommt von jungen Männern und älteren Frauen.

SPIEGEL: Und was wollen die erfahren?

Frings: Oft schreiben Leute, die ungewöhnliche Sexualpraktiken verwenden, und bitten uns, darüber einen Beitrag zu machen. Die wollen sich oder ihresgleichen einfach mal in den Medien begegnen. Wir hatten mal einen Beitrag über Männer, die Erregung verspüren, wenn sie Windeln tragen. Da kam sehr viel Post mit dem Tenor: „Vielen Dank, ich dachte immer, ich sei der einzige.“

„Alles durchgemacht und sexuell alles abgegrast“

SPIEGEL: In Ihren Sendungen herrscht eine Art Geständniszwang, ein Zwang zur totalen Offenheit, die kein Geheimnis mehr erlaubt. Mit dem Ergebnis, daß Sex zugleich entsexualisiert wird.

Frings: Ja. Das liegt in der Natur der Sache. Es war der Schriftsteller Michel Foucault, der den Begriff „Geständniszwang“ geprägt hat. Und er hatte – wie er in dem Buch „Sexualität und Wahrheit“ beschreibt – die große Angst, daß das Wissen über unser inneres Erleben ausgebeutet und mißbraucht werden könnte. Auch als Mittel der Unterdrückung.

SPIEGEL: Und wie begegnen Sie dieser Angst? Mit Pädagogik?

Frings: Wir bemühen uns, den Zeigefinger unterm Tisch zu lassen. In dem Mo-

ment, wo ich den Zuschauern bevorzugend sage, das und das sollst du dir so denken, bin ich sie los. Ich kann ihnen nur Denk- und Spielmaterial geben und sagen, finde selbst heraus, was du damit anfangen kannst.

Reinhardt: Ganz ohne Pädagogik kommt man aber nicht aus. Gerade die Bereiche Aids und Verhütung sind heikle Geschichten. Was mir Sorgen macht, ist, daß die Rate der Neuinfektionen vor allem bei den 18- bis 22jährigen die höchste ist. Und deshalb nutze ich meine Position als Lilo auch, um zu sagen: Leute, schützt euch.

SPIEGEL: Wieso eignet sich eigentlich eine 83jährige gealterte Diva als Moderatorin für ein Sexualmagazin?

Reinhardt: Na ja, dahinter steht die Behauptung, daß Lilo in ihrem Leben alles durchgemacht und sexuell alles abgegrast hat.

nen Teil von mir dahinter verstecken kann. Und sie hilft, ins Gespräch zu kommen. Ich komme mit Frauen übrigens besser zurecht als mit Männern.

Frings: Das geht jedem Moderator so. Frauen lassen sich viel leichter zu persönlichen Aussagen bringen. Männer checken die ganze Zeit: „Hält das einer möglichen Überprüfung stand, was ich jetzt hier sage?“ Damit ist das Interview gestorben. Da ist kein Spaß, keine Lust, vor allem keine Sprachlust.

SPIEGEL: Ist es Zufall, daß die beiden erfolgreichsten Sexualmagazine von Schwulen moderiert werden?

Frings: Nein. Wenn ich mir anschau, wer sich wirklich intensiv mit Sexualität beschäftigt, dann sehe ich, daß das häufig schwule Männer und lesbische Frauen sind. Ein schwuler Mann ist gezwungen, sich intensiv mit der eigenen Sexualität auseinanderzusetzen. Und plötzlich



THOMAS & THOMAS

Sex-Entertainerin Sprinkle: „Zeigt bemerkenswert viel von sich“

SPIEGEL: Lilo sieht viel jünger aus als 83.

Reinhardt: Danke. In Wahrheit ist sie schwer geliftet. Ich stoße aber auch an die Grenzen der Figur. Zum Beispiel, wenn eine Frau im Studio plötzlich zu Lilo sagt: „Das müßtest du doch viel besser wissen“, wenn es um männliche Sexualität geht. Das amüsiert Lilo, aber sie kann nicht darauf eingehen.

SPIEGEL: Sie bringen in der spießigen Verkleidung als Lilo Komik in das Thema Sex.

Reinhardt: Das versuche ich. Aber leider passiert es mir manchmal, ohne daß ich es merke, daß da nicht Lilo sitzt, sondern Ernie im Fummel. Wenn die Stimme zum Beispiel absinkt und privat wird, dann brüllen die mir über Kopfhörer – da habe ich strikte Anweisung gegeben – sofort ins Ohr: „Stimme!“ Und dann gehe ich wieder hoch mit der Stimme. Aber klar, die Travestie hilft. Sie macht mich unbefangener, weil ich ei-

fragt man sich: „Warum tun sich eigentlich so viele Leute so schwer, über Sexualität zu reden?“ Denn wenn man damit mal angefangen hat, dann geht es ganz einfach.

Reinhardt: Dem kann ich nur zustimmen. Ein homosexueller Mann weiß wahrscheinlich mehr über Sex als ein Hetero. Und er geht unbefangener damit um.

SPIEGEL: Sie sind radikaler und drastischer als die meisten Moderatoren. Betrachten Sie Erika Berger, die den Zuschauern „Eine Chance für die Liebe“ versprach, trotzdem als Ihre Vorgängerin?

Reinhardt: Also, ich habe bessere Beine.

Frings: Das ist ja nun geklaut.

Reinhardt: Wie, hast du das auch schon mal gesagt?

Frings: Ja, immer!

Reinhardt: Entschuldigung, das wollte ich nicht. Das ist ja ein Ding.

Praktische Anarchie

Im globalen Datennetz hat sich eine neue Subkultur elektronischer Zeitschriften entwickelt.

Viermal im Monat erhält Lars Hinrichs, 18, Post vom Roboter. Der Hamburger Schüler, dessen Computer über die Telefonleitung ans globale Datennetz angeschlossen ist, hat die amerikanische High-Tech-Illustrierte *Wired* abonniert. Dort übernimmt neu-



Elektronischer Zeitschriften-Titel

„Die meisten Zines sind bizarr“

erdings Infobot, der elektronische Informationsroboter, den Leserservice.

Seither wird dem Computerfreak zusätzlich zum Hochglanzheft, das jeden Monat altmodisch per „Sackpost“ ins Haus kommt, auf elektronischem Weg eine aktuelle Beilage zugestellt. *Hotflash* (sinngemäß: „Blitzmeldung“) kann Hinrichs am PC-Bildschirm lesen – eine „ideale Ergänzung“, wie er findet.

Das elektronische Abo wird im weltumspannenden Computerverbund Internet, bei privaten Datendiensten wie Compuserve oder in nichtkommerziellen Mailbox-Netzen angeboten. *Wired*, eine der erfolgreichsten Neugründungen des vergangenen Jahres in den USA, ist das erste kommerzielle Printmedium, das sich das personalsparende Verfahren zunutze macht.

Zum Subskribieren braucht der Kunde am PC nur eine kurze Nachricht (E-Mail) an den Verlagscomputer einzutippen. Dort wird er, vollautomatisch, in

die Leserliste eingetragen. Die jeweils neueste Ausgabe landet anschließend programmgesteuert im Computer des Empfängers.

Der schnelle und billige Vertriebsweg hat die Verfasser von Schriften aller Art angelockt. Im Datennetz hat sich bereits eine globale Subkultur elektronischer Magazine („Electronic Zines“) herausgebildet, die ausschließlich online publiziert werden.

Der PC am Datennetz beginnt bei Kleinstverlegern oder Bürgerinitiativen den Fotokopierer als Vervielfältigungsmaschine zu verdrängen. Vereinsbulletins, poetische Traktate oder ökologische Flugschriften werden im Schnelldurchgang am Bildschirm hergestellt. Ohne Drucksachen-Porto und oft nur zum Telefon-Ortstarif lassen sich auf diese Weise, theoretisch jedenfalls, Millionen Leser auf der ganzen Welt erreichen – Druckkosten für Papierexemplare aus dem Printer zu Hause zahlt der Empfänger.

Wie die Fanzines, die unter Musikfans zirkulieren, werden auch die Electronic Zines (E-Zines) von den Autoren oft hastig zusammengetippt; dazu kommen Info-Häppchen, die irgendwo im Datennetz abgefischt werden. „Die meisten Zines“, sagt der Amerikaner John Labovitz, der regelmäßig eine Liste der Online-Bulletins veröffentlicht, „sind bizarr.“ Redaktionelle Regeln gibt es nicht,

Phantasie geht vor Recherche. Hemmungslos kupfern die Zine-Schreiber aus anderen Medien ab, erfundene Zitate machen manche Mitteilung erst richtig rund. Im Datennetz gibt es keinen Presserat, Pop und Politik stehen neben Abzockerei, Pornographie und Poesie. Beispiele:

Practical Anarchy Online aus Schweden präsentiert sich als Magazin mit Ratschlägen für den anarchischen Alltag im Globalnetz, dessen Zusammenhänge für den einzelnen On-liner immer undurchschaubarer werden;

Power to the People Mover (sinngemäß: „Alle Macht den Massenverkehrsmitteln“) richtet sich an leidenschaftliche Bus- und Bahnfahrer, die sich am Verhalten anderer Fahrgäste ergötzen und ihre Pendlerstudien nicht für sich behalten können;

Junkyard Press, das elektronische „Müllkippen-Magazin“, beschäftigt sich vorgeblich mit „Musik, Mailbo-

xen, Artefakten, Mac-Software, Comics, Büchern und T-Shirts“, in Wirklichkeit jedoch wollen die Macher abzocken, indem sie Waren zur Rezension bestellen – ihre Masche: „Wir stellen vor, was Sie herstellen.“ Offene Reklame findet sich gleichwohl nur selten in den E-Zines, direkt geworben wird allenfalls für andere Online-Magazine – je schriller und schräger, desto höher der Bekanntheitsgrad. Zines können die Abnehmer meist kostenlos beziehen. Oft ist der Leserkreis derart klein, daß der Herausgeber jeden seiner Abonnenten persönlich kennt.

Einen Vorgeschmack auf die Zukunft des Online Publishing am Schreibtisch-Computer geben die E-Zines neuester Machart. Der Leser kann sie, mit der Computermaus und einer speziellen Software für den Internet-Informationsverbund World Wide Web (SPIEGEL 12/1994), am Terminal durchblättern.

Solche Web-Zines warten sogar mit Farbbildern, Videoclips und Originaltönen auf, die allerdings noch recht langsam auf die Bildschirme der Kundschaft übertragen werden. Von den ersten hektographierten Pop-Zines sind die hypermedialen Nachfolger bereits so weit entfernt wie der Popsender MTV von der *Gartenlaube*.

So informiert der Foebud-Verein, ein Zusammenschluß von Computerkünstlern und Hackern aus Bielefeld, auf diesem Weg über Software-Verschlüsselung und Frauen im Datennetz. Von Berlin aus offeriert neuerdings der Hamburger Chaos Computer Club (CCC) ein Web-Zine, in dem die Welt über den nächsten CCC-Kongreß informiert wird, der im Dezember erstmals in der Hauptstadt veranstaltet wird.

Das neuartige Zine-Konzept leuchtet auch anpassungsfähigen Pop-Opas ein. Ende September adelten die ergrauten

Rolling Stones die junge Hypermedia-Kultur mit ihrer Präsenz und hängten einen Promotion-Computer ans Netz – als E-Zine in eigener Sache.

Unter der Online-Adresse <http://stones.com> läuft dort ein elektronisches Reklameprogramm für die jüngste Stones-Scheibe „Voodoo Lounge“, Hörproben inklusive. Dazu offeriert das System Plattencover-Grafiken und einige bislang unveröffentlichte Stones-Fotos – etwa vom jungen Mick Jagger aus einer längst vergangenen Epoche.

Damals galt die elektrische Gitarre noch als Symbol des technischen Fortschritts in der Popkultur.

Ernährung

Krachend drauf

Hoffnung für Knabbersüchtige: Der fettfreie Kartoffelchip ist entwickelt.

In einem Labor der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich verrichten Wissenschaftler mit äußerster Präzision Hausfrauenarbeit. Aus Kartoffeln schnitzen sie rechteckige Scheiben, 1,5 Millimeter dick, Kantenlänge exakt 3 mal 4 Zentimeter. Die kleinen Stücke sollen Großem dienen: der Revolutionierung des Knabberzeugs.

Felix Escher, Professor für Lebensmitteltechnologie, und seine Mitarbeiter sind der „Phänomenologie des Fritierens“ auf der Spur. Nach jahrelanger Arbeit der Wissenschaftler am „Fritier-



Chip-Produktion bei Bahlsen: Kartoffeliger Geschmack

J. CHAWKIS / ASPECT

gut“, nach penibler Analyse von Blasen- und Krustenbildung sowie rasterelektronenmikroskopischen Aufnahmen vom Innenleben des „Pommes Chips“ haben sie der beliebten Knusperware ihre letzten Geheimnisse entrissen. Die Schweizer Knollenexperten machten eine Erfindung (Patentnummer: 3599/939), die Knabberjunkies buchstäblich Erleichterung bringen könnte: fettfreie Chips.

Den Durchbruch schafften Kartoffelkundler Escher und sein Team nicht mit High-Tech-Gerät. Die Entdeckung gelang durch Rückbesinnung auf Omas altes Waffeleisen.

Für das sogenannte Kontakt Trocknungsverfahren nehmen zwei plane Heizplatten die dünnen Scheiben mindestens zwei Minuten in die Mangel – bei 170 Grad. Ein kälterer Zugriff hätte fatale Folgen: „Die Scheibe schrumpft und schrumpelt, wird hart und spröde“ (Escher). Der Patentchip hingegen imponiert durch „fritösenidentische Struktur, Bräunung und Knusprigkeit“.

Während die in heißem Öl gebadeten Knusperlinge mit einem Fettanteil von bis zu 35 Prozent beim Esser aufs Gewicht schlagen, glänzen die getrockneten Laborscheiben mit nur einem Prozent – nahezu fettfrei. Auch der Gaumen merkt erhebliche Unterschiede.

Die neue Chip-Alternative schmecke entschieden kartoffeliger, sagt Escher: „Unser Produkt ist nicht besser, sondern anders. Es ist eine Ergänzung, kein Ersatz für herkömmliche Chips.“

Diese werden – mit Vorliebe auf dem Fernsehsessel – „unkontrolliert“ und „übermäßig“ (*Zeit*) weggeputzt. Im vergangenen Jahr wurden von deutschen Herstellern 67 360 Tonnen Kartoffelchips eingetütet, ein Viertel des gesamtdeutschen Knabberaufkommens.

Heizplatten von der Größe eines Fußballplatzes

Die „couch potatoes“, wie Amerikaner die Nasch- und TV-Süchtigen nennen, bereiten Wächtern der Volksgesundheit Sorgen. Denn trotz aller Ermahnungen von Ernährungsberatern mampft die Nation munter weiter. Kein Wunder: „Das krachende Draufbeißen und die Vibration des Unterkiefers“, meint Lebensmittelchemiker Udo Pollmer, „bieten ein Ventil für Aggressionen.“

Wo alle Appelle gegen die fette Freude verhallen, sind kalorienarme Alter-

nativen im Light-Zeitalter hoch erwünscht – vor allem, wenn Fritieröl und damit Geld gespart wird.

„Wir haben“, sagt Forschungschef Günter Rohns vom Branchenriesen Bahlsen, „für fettverminderte Chips schon viel Geld ausgegeben und zahlreiche Selbstversuche gemacht.“ Bisher vergebens.

Deshalb zeigt der hannoversche Konzern Interesse am Mager-Chip der Tüftler aus Zürich. Dort jedoch plagen sich die Wissenschaftler noch mit dem diffizilen Sprung vom Laborversuch zur Massenproduktion. Zwei Fragen müssen beantwortet werden: Wie lassen sich die pappenden Knollenscheiben vereinzeln, die sich im sprudelnden Öl von allein separieren? Und wie läßt sich der „Flächenbedarf“ lösen? Für rationelles Trocknen großer Mengen bräuchte es Heizplatten von der Größe eines Fußballplatzes.

Während die Chipologen noch grübeln, meldet der Fast-food-Ausrüster Ubert Gastrotechnik bereits die vollzogene „Revolution in der Fritiertechnik“ – allerdings bei Pommes frites. Auf der weltgrößten Messe für Gastronomiebedarf, der Düsseldorfer Hogatec, präsentierte er gerade die Zauberkiste „RoFry“. Wie in der Trommel eines Wä-

schetrockners werden da die Kartoffelstäbchen herumgewirbelt.

Geschmacklich sollen die fettreduzierten Pommes in vergleichenden „Blindtests“ von Versuchssessern als herkömmliches Fritösengut identifiziert worden sein. Solch frohe Botschaft mögen Chip-Experten noch nicht glauben: „Chips ohne Fett“, so Rohns skeptisch, „schmecken wie toter Hund.“

Zeichentrick

Jagen und töten

Kater Francis wurde mit dem Bestseller „Felidae“ der berühmteste Detektiv der Katzenwelt – nun kommt der Krimi in die Kinos.

Rassekatzen waren bisher ganz harmlos. Es gibt da Angorakatzen, die aussehen wie sorgfältig gekämmte Staubwedel, oder anthrazitfarbene Karthäuserkatzen mit Kugelkopf, die Wintervorräte in den Backentaschen zu bunkern scheinen, und ein paar Spinner haben gelockte und sogar völlig nackte Rassen gezüchtet.

Doch dann entdeckt der Kater Francis, ein gewöhnliches Europäisches Kurzhaar, daß manche Katzen schneller sterben als andere und manche Rassen besser leben. Und plötzlich ist gar nichts mehr harmlos.

Francis, mit seinem vertrottelten Besitzer Gustav gerade in ein unheimliches Villenviertel umgezogen, hält sich für

klug genug, das Rätsel der ermordeten Katzen zu lösen. Seitdem ist er der berühmteste Detektiv der Katzenwelt: 1,5 Millionen Exemplare wurden von dem 1989 erschienenen und in 14 Sprachen übersetzten Krimi „Felidae“ des Bonner Autors Akif Pirinçci weltweit verkauft. In dieser Woche läuft der Katzenkrimi als Zeichentrickfilm in den Kinos an.

Trickfilmkatzen waren bisher wimpernklimpernde, rosa oder schneeweiße Wesen wie Walt Disneys „Aristocats“, niedlich und putzig und rührend oder aber doof und böse. Filmkatzen waren das Gegenteil ihrer lebenden Vorbilder. Und Trickfilme waren meist Kinderfilme.

Der Klugscheißer Francis (gesprochen von Ulrich Tukur), der verkrüppelte Blaubart (Mario Adorf) und der undurchschaubare Pascal (Klaus Maria Brandauer in seiner ersten Synchronisationsrolle) dagegen sind wie echte Katzen: Sie lächeln nie süßlich, sie haben ein unerschütterliches Selbstbewußtsein, sie sind schlau, und sie jagen und töten aus Spaß. Katzenliebhaber werden auch ihr Haustier in dem Film wiedererkennen.

Doch nicht nur die Interpretation der Figuren, auch der Stil der Zeichnungen hat sich seit den siebziger Jahren geändert: War bei „Aristocats“ der Hintergrund mit scharfen Strichen kalt skizziert und ähnelte deshalb den groben Bildern der Comicbücher, so ist der Hintergrund in „Felidae“ detailliert und in sanften Pa-



„Felidae“-Autor Pirinçci: Rätselhafte Morde

stellfarben gemalt – wie mit der Spritzpistole weich aufgesprüht.

Als scharfer Kontrast bewegen sich die in alter Trickfilmtradition flächig gemalten Katzen durch diese poetische Kulisse. Entworfen wurden sie von dem Hamburger Regisseur Michael Schaack („Werner – beinhart“, „Der kleine Punker“), 37, und dem irischen Animator Paul Bolger, 30.

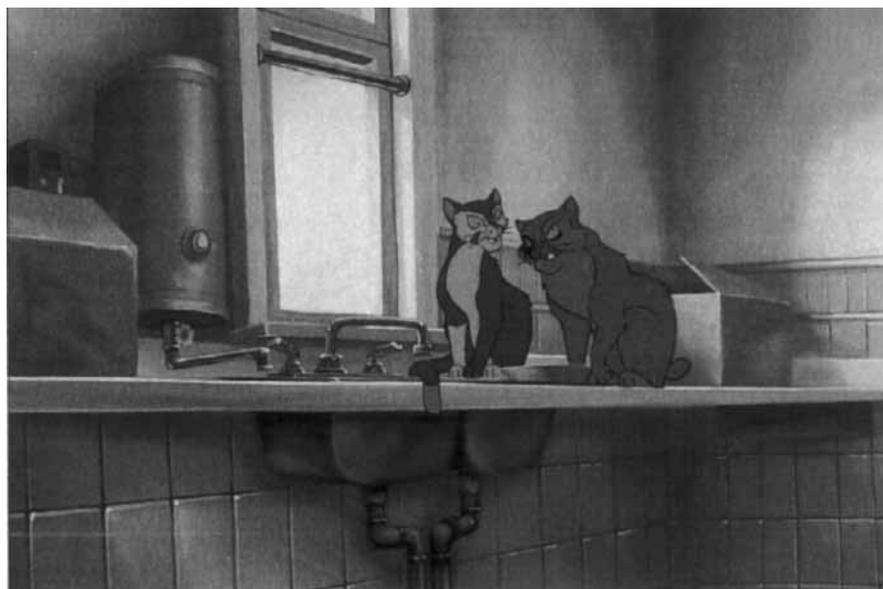
Etwa 300 Zeichner in Deutschland, Kanada, Irland, Dänemark und Südkorea haben an dem Film gearbeitet (Boy George singt das Titellied). Es war die teuerste deutsche Zeichentrickproduktion: 15 Millionen Mark kostete „Felidae“, finanziert vor allem aus staatlicher Filmförderung und vom Verleih.

Der Film ist, mehr noch als der Roman, eine eindringliche Parabel über faschistische Ideologie. Sie will unterschwellig belehren, sie legt Analogien zum nationalsozialistischen Rassenwahn von den blonden, blauäugigen Ariern nahe, ohne diese Interpretation aufzudrängen. Denn vor allem ist die Geschichte ein intelligenter Thriller.

Der Kinofilm kommt jedoch ohne die Blutorgien des Buches aus: Wo die Szenen im Roman fast schon ekelhaft sind – Pirinçci möchte der deutsche Stephen King werden –, da ist der Film erschreckend, ohne Übelkeit zu erzeugen: Andeutungen und Symbolik und fast schon abstrakte Zeichnungen ersetzen feuerrote Blutfontänen.

„Felidae“ ist – wie viele Disney-Trickfilme – auch hervorragende Tierbeobachtung: Francis springt mit leicht abgewinkelten Hinterbeinen die Treppe hoch, klettert mühsam einen Baumstamm hinauf oder streicht zur Begrüßung mit hoch erhobenem Schwanz dem dicken Gustav um die Beine – da stimmt jeder Schritt und jedes Ohrenzucken.

Katzen würden „Felidae“ schauen.



„Felidae“-Star Francis, Freund Blaubart: Schlau statt niedlich und putzig



Viva-Moderatoren

Popsender

Duell im Musikmarkt

Der US-Medienriese Viacom tritt im deutschen Musikfernsehen gegen die geballte Macht der Plattenkonzerne an. Vergangene Woche beantragte der Eigentümer des Videoclip-Kanals MTV bei der Hamburger Medienanstalt eine Lizenz für VH-1 – die deutsche Version eines Popprogramms für die Woodstock-Generation. Die komplette Produktion und die Entwicklung von Magazinen übernimmt die Hamburger Firma MME, eine spektakuläre Verbindung: MME ist Gründer und Klein-Gesellschafter beim deutschen Viacom-Rivalen Viva. Der Kölner Musiksender der Plattengiganten Warner, Polygram, Sony und EMI, der Ende vorigen Jahres zu senden begann, gewann mit einem Jung-Moderatorenteam Publikum und Werbekunden. Geschäftsführer Dieter Gorny freilich hat sich inzwischen mit MME verkracht. Nun will er Viva 2 gegen VH-1 zum Laufen bringen.

Fernsehen

Zensur bei Kirch royal

Der Münchner Medienunternehmer Leo Kirch stoppte in seiner Firmenzentrale Interviews mit dem Westdeutschen Rundfunk (WDR). Kirchs Geschäftsführer Jan Mojto hatte einem TV-Team bereits 20 Minuten geantwortet, als der publikumsscheue Kirch telefonisch verfügte, das Gespräch abubrechen. Mojto und Konzernsprecher Gottfried Zmeck, der auch ins



R. RIETH

Fernsehen wollte, „standen da wie die begossenen Pudel“, so ein Beteiligter. Im Zusammenhang mit einem Personenporträt über Kirch hätten sie sich nicht äußern wollen, sagt Zmeck. Angesichts der „bekannten journalistischen Vorurteile“ des WDR gegenüber der Kirch-Gruppe sei er ursprünglich schon skeptisch gewesen. Kirch hatte bereits Freunden von Gesprächen mit dem WDR abgeraten. Die Autoren des geplanten TV-Stücks (Titel: „Kirch royal“) wollen die Macht des Patriarchen enthüllen – und zeigen, wie sich Kanzler Helmut Kohl mit Freund Kirch im Urlaub am Wolfgangsee vergnügt.

Presse

Tango taktlos

Die Illustrierte *Tango* liegt im Rechtsstreit mit dem *Playboy*. Eine Story über den US-Popstar Michael Jackson, die das Männerblatt für 12 000 Dollar der US-Zeitschrift *Gentleman's Quarterly (GQ)* abgekauft hatte, brachte *Tango* ohne Genehmigung als Titelgeschichte. Der Autor hatte den *GQ*-Artikel weitgehend wortgetreu übersetzt. *Playboy*-Chefredakteur Nikolas Marten klagt gegen *Tangos* Taktlosigkeit: „Dafür würde jeder Schülerzeitungsredakteur geköpft.“ Die schwache Auflage von 400 000 Exemplaren will *Tango* künftig mit mehr Politik und Geldberatung hochziehen.

Zitat

„Jeder Standortpolitiker, der die Lizenzierung eines weiteren Spartenkanals als Lebensziel verfolgt, wähnt sich als Easy Rider auf dem Daten-Highway.“

ARD-Chef Jobst Plog

Kommunikation

Time im Internet

Als erstes US-Nachrichtensmagazin hat *Time* grafisch aufbereitete Informationsseiten im weltweiten Datennetz Internet vorgestellt. Das Online-Angebot Pathfinder, Netzanschrift <http://www.timeinc.com>, ist Teil des Informationssystem World

Wide Web (WWW), in dem der Benutzer Texte und Bilder über das Telefonnetz auf den PC-Bildschirm holen kann. Erstmals werden, neben Artikeln aus *Time*, *Sports Illustrated* und *Entertainment Weekly*, auch bunte Anzeigenseiten präsentiert. Vergangene Woche hatte bereits der SPIEGEL eine spezielle Ausgabe im WWW (<http://spiegel.nda.net/nda/spiegel>) vorgestellt.

HINTERGRUND

Statistenrolle

Ausländer im deutschen Fernsehmarkt
Prozentangaben; Basis: Brutto-Werbeerlöse 1. Hj. 1994

Ausländische Investoren

Beteiligungen (Anteile)

Anteile ausländischer Unternehmen an den deutschen TV-Werbeerlösen



CLT-Chef Delloy

CLT, Luxemburg
RTL 47,9
RTL 2 24,0

15,97



Beisheim

Otto Beisheim, Schweiz
Kabelkanal 45,0

0,73



Murdoch

Rupert Murdoch, USA
Vox 49,9

0,62



ABC-Chef Murphy

ABC, USA
RTL 2 16,55

0,56



Berlusconi

Silvio Berlusconi, Italien
DSF 33,5

0,35

Sonstige Investoren

Ted Turner (n-tv), Time Warner (n-tv, IA Fernsehen, Viva), Ringier (DSF), Canal Plus (Vox, Premiere)

1,13

19,36

Im deutschen Fernsehen spielen ausländische Medienkonzerne eine unbedeutende Rolle. Sie kassieren, statistisch, nur 19,36 Prozent der Werbeeinnahmen – von einer Invasion, die vor allem der Münchner Filmhändler Leo Kirch fürchtet, kann keine Rede sein. Ohne die RTL-Mutter Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion (CLT) läge der Marktanteil internationaler Fernsehgruppen sogar nur bei mickri-

gen drei Prozent. Zwar machten 1993 mehr als 8600 US-Streifen rund 56 Prozent des TV-Filmangebots aus – doch der Filmgroßhändler und TV-Unternehmer Kirch hat Medienriesen wie Time Warner oder Rupert Murdoch, die große Hollywood-Filmstudios unterhalten, mit langfristigen Verträgen an sich gebunden.

DER SPIEGEL

AUF RISKANTEM KURS

Die Weltuntergangsstimmung ist vorbei, die Wirtschaftsforscher prophezeien bessere Zeiten.

Doch sie warnen den Staat, ein allzu harter Sparkurs gefährde die Konjunktur.

Und: Die Steuern müssen runter, damit der Verbrauch steigt und den Aufschwung stabilisiert.

FDP-Chef Klaus Kinkel stritt gegen kollektive Fonds für die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmenskapital. Sein Generalsekretär Werner Hoyer: „Wir wollen ein Volk von Eigentümern, kein Volkseigentum.“

Norbert Blüm (CDU) verteidigte seine Pflegeversicherung gegen die Übergriffe seines Freundes Horst Seehofer (CSU). Blüm: „Ich will mein Kind behalten, bis es laufen kann.“

Das war die Abteilung Kleinkram. Doch über das Geplänkel hinaus versprachen die Bonner Regierungsparteien, die ihre Koalition erneuern wollen, dem Volk auch, Deutschland zu erneuern: Ein „schlanker Staat“ müsse her, so Finanzminister Theo Waigel, spätestens bis zum Jahr 2000.

Weniger Staat, mehr sparen – das sagen sie alle. Prosperierende Unternehmen sind dabei eine so selbstverständliche Voraussetzung, daß die Konjunktur in den Koalitionsgesprächen gar kein

Thema ist – und die Massenarbeitslosigkeit ohnehin nicht.

Um so erfreuter nahmen die Bonner zur Kenntnis, wie die Wirtschaftsforschungsinstitute die nahe Zukunft sehen. Drei Prozent reales Wachstum 1995, da war die Expertenmehrheit sicher, seien bequem einzufahren. Sogar ein leichter, einige Jahre dauernder Boom sei in Sicht, noch höheres Wachstum möglich.

Die Institute verabschiedeten sich vergangene Woche von der Weltuntergangsstimmung der Vorjahre. Die tiefste Rezession der Nachkriegszeit war nun plötzlich nicht mehr auf eine Strukturkrise, sondern auf einen ganz normalen Konjunkturzyklus zurückzuführen.

Alles wie gewohnt also? Haben die Deutschen das Größte überstanden, wird es nun allen Jahr für Jahr wieder besser gehen? So ganz denn doch nicht.

Die Lage ist anders als in früheren Konjunkturzyklen. Die Bundesregie-

rung hat nach der Wiedervereinigung gewaltige Schulden angehäuft, sie hat viele Ausgaben gewaltig beschnitten, sie hat die Steuern massiv erhöht.

Und da läuft ja auch noch der europäische Einigungsprozeß mit dem Maastricht-Vertrag. Der schreibt vor: An einer Währungsunion mit Europa-Geld dürfen nur Staaten teilhaben, deren Jahresdefizit unter 3 und deren aufgehäufte Gesamtschulden unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen.

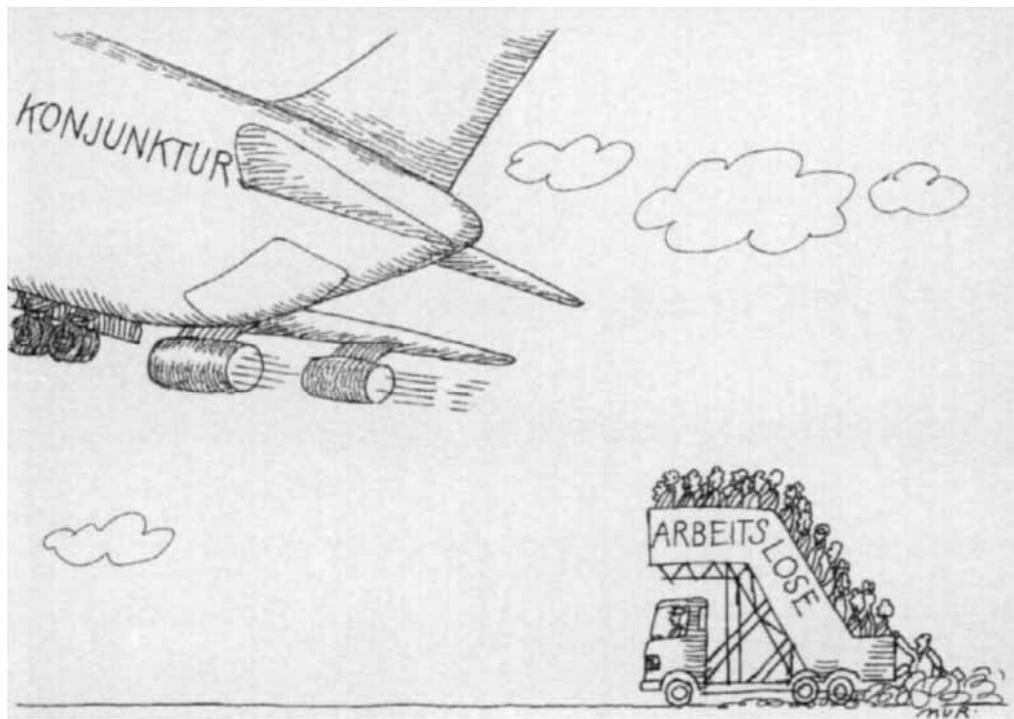
Die erste Vorgabe hat das vereinte Deutschland 1994 weit verfehlt, auch die zweite wird 1995 nicht erfüllt. Weil Helmut Kohl und Theo Waigel aber so rasch wie möglich wieder in die erste Reihe der Musterschüler Europas zurückkehren wollen, haben sie Staat und Bürgern einen schmerzhaften Konsolidierungskurs verordnet.

Die Staatsausgaben dürfen über Jahre hinweg nur um drei Prozent steigen, zweieinhalb Prozent weniger, als die

Wirtschaft – unter Einrechnung einer Inflationsrate von 2,5 bis 3 Prozent – insgesamt zulegt. Nur so ist Waigels Ziel zu erreichen, 1998 mit einer Defizitquote von nur 1,8 Prozent und Schulden deutlich unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die Kriterien zu erfüllen, die für die Europäische Währungsunion gesetzt sind.

Genau dieser europäische Ehrgeiz aber birgt Gefahren für die Konjunktur. Normalerweise springt der deutsche Wirtschaftsmotor durch die Exportnachfrage an. Dann kommt die Nachfrage nach Investitionsgütern hinzu. Das alles verbessert Einkommen und Stimmung der Konsumenten, der steigende private Verbrauch sichert den Aufschwung.

Export und Absatz der Investitionsgüter laufen der-



Take-off ohne Passagiere

Die Zeit

zeit nach bewährtem Muster. Jetzt müßte der Funke überspringen, Kauffreude die Verbraucher befallen. Doch es klappt bislang nicht.

Lohnerhöhungen von drei Prozent oder etwas mehr reichen kaum, um das auszugleichen, was die Deutschen durch den Wertverlust der Mark verlieren. Der Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent der Einkommensteuerschuld, fällig von 1995 an, saugt noch einmal 27 Milliarden Mark Kaufkraft ab.

Bei sinkendem Nettoeinkommen, so meinen die Institute, werde es nichts mit einem Konsumrausch. Schon in diesem Jahr hielt sich der Handel nur deshalb

einigermaßen, weil die Kunden ihre Sparkonten plünderten. Das aber werden und können sie nicht ständig tun.

Vom Staat kommt wegen des Sparkurses auch kein Wachstumsimpuls – im Gegenteil. Ein Ausgabenwachstum von drei Prozent im Jahr bedeutet real Stillstand.

Die Ausgaben für den Aufbau im Osten dürfen nicht zurückgefahren werden. Das heißt für den Westen: Ein realer Rückgang ist unvermeidlich. Ullrich Heilemann, Vizepräsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), bezweifelt, daß die Regierenden sich über die Folgen ihres Kurses restlos im klaren sind.

Sicher sei jedenfalls, daß bei der „international sehr ehrgeizigen“ Defizitminderung von jetzt 4,4 Prozent einschließlich Treuhand auf 1,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis 1998 keine Impulse für zusätzliches Wachstum zu erwarten sind. Es wird bei etwa 3,5 Millionen Arbeitslosen bleiben.

„Konsolidierung droht zum Selbstzweck zu werden“, warnt Wirtschaftsforscher Heilemann. „Die ökonomischen Ziele kommen zu kurz.“

Weder Heilemann noch seine RWI-Experten bezweifeln die Notwendigkeit, die Abgabenquote, das jährliche Defizit und auch den Schuldenstand entschlossen zu begrenzen. Der Wirtschaftsforscher meint jedoch, es wäre besser, die Schulden langsamer abzubauen.

So könnte ein Betrag von etwa 30 Milliarden Mark im Haushalt frei werden. Setzt Waigel diese Mittel zielstrebig ein, wäre nach Ansicht der Wirtschaftsforscher ein besseres Wachstum zu erzielen als mit hartem Sparkurs.

Entscheidendes Wachstumshemmnis: die hohe Abgabenquote von 44,5 Prozent. Sie soll zwar auf etwa 40 Prozent, den Stand vor der Wiedervereinigung, zurückgeführt werden.

Doch Waigel will die Steuerschraube erst lockern, wenn das Etatdefizit deutlich geschmolzen ist. Deshalb widersetzte er sich in den Koalitionsverhandlungen allen FDP-Vorstößen, jetzt festzulegen, daß der Solidaritätszuschlag nach 1996 stufenweise abgebaut wird.

Die RWI-Forscher raten Waigel, seine starre Position zu lockern. Ein Prozent mehr Wachstum in der Bundesrepublik schlägt sich mit einem 0,2 Prozent höheren Wachstum im restlichen Europa nieder. Das sei, so Heilemann, wichtiger „als die Verfolgung eines unter mittlerweile stark veränderten Umständen zu definierenden Defizitzieles um jeden Preis“.

So ähnlich hatte sich auch FDP-Wirtschaftsminister Günter Rexrodt geäußert und dafür viel Prügel bezogen. In den Koalitionsverhandlungen verlangte jetzt sein Parteichef Klaus Kinkel wieder einen Fahrplan für niedrigere Steuern, insbesondere für die Unternehmen.

Das RWI möchte dagegen lieber die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und zur Rentenversicherung gesenkt sehen. Geringere Lohnnebenkosten beflügeln die Investitionsneigung der Unternehmer, gleichzeitig bleibt auch mehr bei den Arbeitnehmern. Das soll den erwünschten Konsumschub auslösen.

Auch für einen Verzicht auf den Solidaritätszuschlag sieht das RWI mittelfristig Spielraum. Heilemann hat in Wai-

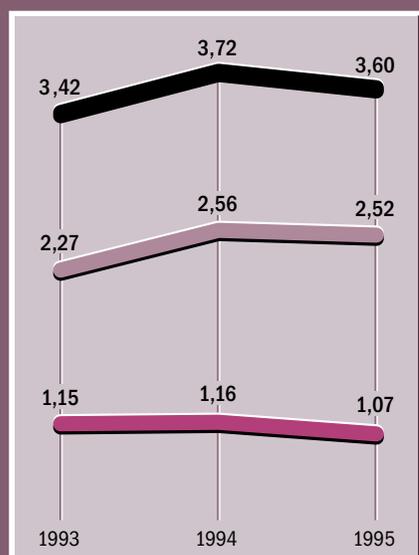
Konjunkturwende

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



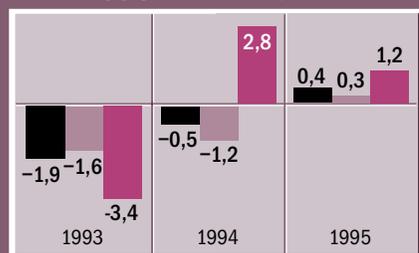
Arbeitslose in Millionen



Quelle: Wirtschaftsforschungsinstitute

Erwerbstätige

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



DER SPIEGEL



Wirtschaftspolitiker Waigel, Rexrodt: Die Hoffnung ist trügerisch

gels Rechenwerk eine riesige Geheimekasse entdeckt. Bis 1997 sammeln sich auf den Konten der Finanzämter inflationsbedingte „heimliche Steuererhöhungen“ von 80 Milliarden Mark an, die der Kassenwart nach Treu und Glauben eigentlich zurückgeben müßte.

Heimliche Steuererhöhungen entstehen bei einem progressiven Steuertarif immer dann, wenn das Einkommen wegen der Inflationsrate nominal steigt und der Zugriff des Fiskus schärfer wird, obwohl die Kaufkraft gleich geblieben ist. Selbst bei einer Preissteigerungsrate von nur zwei Prozent ergeben sich rasch riesige Summen.

Behält Waigel diese ungerechtfertigten Einkünfte, belastet er Leute mit kleinem Verdienst faktisch durch einen zweiten Solidaritätszuschlag. Die Bürger im Osten träfe es auch noch härter als die im Westen.

Doch das RWI möchte den Bürgern nicht nur mehr Geld lassen. Die Konjunkturforscher plädieren auch dafür, daß Bonn die Ausgaben nicht wie vorgesehen beschneidet.

Staatliche Investitionen sollen nach Waigels Plänen stagnieren. Ließen die Finanzpolitiker hier eine Expansionsrate wie beim Bruttosozialprodukt zu (5,5 Prozent), ergäbe das allein Mehrausgaben von zehn Milliarden. Das brächte mehr Wachstum und in Zukunft damit Mehreinnahmen.

Der Rat der Wissenschaftler ist eindeutig: Schuldenabbau nicht um jeden Preis, dafür lieber die Steuern und Abgaben senken.

Doch die Unterhändler der Koalitionsparteien blieben vergangene Woche kompromißlos auf riskantem Sparkurs. Sie redeten über Subventionseinschnitte und Personalabbau – wie gehabt.

So könnten die Konjunkturforscher allenfalls darauf setzen, daß der von ihnen vorgeschlagene Kurs wegen des in Bonn üblichen Mangels an Haushaltsdisziplin erreicht wird: Waigel hat schließlich die

geplanten Zuwachsraten noch nie halten können.

Die Hoffnung jedoch ist trügerisch. Werden nicht gleichzeitig präzise ökonomische Ziele angesteuert, bleibt das Defizit zwar hoch, Impulse für einen höheren Konsum und mehr Wachstum aber stellen sich nicht ein.

Manager

Viele Rätsel

Der ehemalige Mannesmann-Chef Werner Dieter muß mit einer Anklage rechnen.

Auch als Pensionär kommt Werner Dieter nicht mit einem Achtstundentag aus. Häufig muß ihn der Fahrer bereits morgens um sieben Uhr zu Mannesmann-Rexroth bringen. Beim größten Hydraulik-Produzenten der Welt ist Dieter der Vorsitzende des Aufsichtsrats.

Anfang Juli wechselte der Manager vom Chefessel des Mannesmann-Konzerns in den Ruhestand. Seither widmet er sich besonders der Mannesmann-Tochter Rexroth in Lohr am Main.

Doch dafür könnte ihm bald die Zeit fehlen. Vieles deutet darauf hin, daß Dieter mit einer Anklage rechnen muß. Die Führungsmannschaft rechnet sogar mit dem Schlimmsten: einem Strafprozeß gegen ihren ehemaligen Chef.

Seit Monaten ermittelt die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft gegen den ehemaligen Konzernführer wegen des Verdachts der Untreue. Dieter soll Mannesmann jahrelang zugunsten seiner eigenen Firmengruppe Hydac ausgeplündert haben: Konzernfirmen mußten offenbar Zulieferteile und Aggregate zu überhöhten Preisen ausschließlich bei Dieters Privatfirmen kaufen, die so Millionengewinne machen konnten (SPIEGEL-Titel 24/1994).

Mitte September durchsuchten Staatsanwälte die Verwaltungen von Rexroth und einer weiteren Mannesmann-Firma sowie die Hydac-Zentrale und Dieters Privaträume. Die beschlagnahmten Dokumente füllen rund 5000 Ordner.

Nach der ersten Sichtung scheint sich der Verdacht erhärtet zu haben. Dieter muß zudem fürchten, daß ihn bei den anstehenden Zeugenvernehmungen viele aus dem



Durchsuchung bei Mannesmann-Rexroth
Die Prüfer wurden fündig

Rexroth-Management schwer belasten werden.

Auch die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft, die der Aufsichtsrat mit der Prüfung beauftragt hatte, wurde fündig. So berechnete Dieters Hydac der Mannesmann-Tochter Rexroth 1990 für ein Hydraulik-Teil fast 1400 Mark. Als ein Jahr später ein Konkurrent das Teil für 850 Mark anbot, senkte die Hydac den Preis auf 1111 Mark – und blieb dennoch im Geschäft.

Während Dieter die Spesen seines Vorstands von externen Prüfern durchleuchten ließ, setzte er für die Kontrolle seiner Hydac-Geschäfte mit Mannesmann nur die konzernerne Revision ein. Die fand natürlich nichts, denn ihre Berichte landeten stets beim Chef.

Den Revisoren waren auch die sonderbaren Zahlungen nicht aufgefallen, die von der Rexroth-Spitze über ein Sonderkonto mit der Nummer 5083187 bei der Dresdner Bank in Offenbach abgewickelt wurden. Seit gut zehn Jahren gehen dort monatlich fünfstellige Beträge vom Rexroth-Geschäftskonto ein und werden prompt weitergeleitet.

Für die Empfänger des Geldes interessiert sich nun die Staatsanwaltschaft, vor allem für Andrea Fenyo aus der Schweiz. Er allein hat in den vergangenen drei Jahren rund 1,1 Millionen Mark von dem Konto kassiert.

Der gebürtige Italiener ist ein guter Bekannter von Dieter. Er sowie seine beiden Söhne Piero und Sandro stehen seit vielen Jahren in den Diensten des ehemaligen Mannesmann-Chefs. Die drei Fenyos managen die Rualtec SA

Milliarden in den Osten

Öffentliche Finanztransfers nach Ostdeutschland in Milliarden Mark



* ab 1994 Schätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute; ** ohne Verwaltungshilfen der Länder und Gemeinden, ohne Aufwendung der Treuhand

in Lamone bei Lugano und die Rual SA mit Niederlassungen in Bern, Lugano, St. Gallen und im italienischen Cassina de Pecchi – allesamt Dieters Firmen.

Die Zahlungen an Fenyo geben manche Rätsel auf. Rechnungen oder Lieferungen, die Überweisungen rechtfertigen, sind in der Buchhaltung nicht aufgetaucht. Dieter, der die Zahlungen an seine Statthalter aufklären könnte, mochte sich dazu nicht äußern.

Auch für andere Überweisungen vom Offenbacher Konto haben Manager in Lohr keine plausible Erklärungen. In der Rubrik „Zahlungsgrund“ heißt es beispielsweise zu einer Überweisung in Höhe von 25 000 Mark: „Beratungskosten Sonderzahlung lt. Schreiben vom 23. 6. 93“. Auch dazu schweigen sich Dieter und die Rexroth-Spitze aus.



M. DARGHINGER

Manager Dieter

Alles landete beim Chef

Seit Jahren schon hegen Führungskräfte bei Rexroth den Verdacht, daß von dem Konto Zahlungen geleistet wurden, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Mannesmann-Geschäften stehen, schwerwiegende Vorwürfe, denen nun die Staatsanwälte nachgehen.

Auch die Aufsichtsräte müssen fürchten, daß die Fahnder bei der Überprüfung der Dieter-Geschäfte einen Schaden für Mannesmann feststellen. Dann könnten sie ebenfalls haftbar gemacht werden. Deshalb haben sie es mit der Aufklärung der Affäre nicht so eilig. Die Räte haben nach der KPMG mit Coopers & Lybrand eine weitere Prüfungsgesellschaft eingeschaltet. Sie soll die Vorgänge umfassend untersuchen – und das kann dauern.



Protest bei Zeiss in Oberkochen: „Uns können sie leichter rausschmeißen“

Industrie

Ein mieses Spiel

Bei Zeiss geht die Wiedervereinigung gründlich daneben

Der Feind sitzt im Osten. Soviel steht für viele Beschäftigte von Carl Zeiss im schwäbischen Oberkochen fest. Langsam strömen sie aus den Fabrikhallen und Büros, um sich zum Protest vor der Konzernzentrale zu versammeln.

„Wo kommen die Verluste denn her?“ fragt ein Angestellter. Na klar, vom Schwesterwerk Carl Zeiss im thüringischen Jena. 140 Millionen Miese haben die Kollegen dort gemacht. Und jetzt sollen 3000 Arbeitsplätze gestrichen werden, die meisten in den westdeutschen Werken.

„Aufbau Ost – Abbau West“ hatten einige Kollegen auf der Ostalb schon mal auf Protestplakate geschrieben. Der Betriebsrat („Wir dürfen uns nicht spalten lassen“) fand das schrecklich daneben. Deshalb haben sie nun ihre Schilder zu Hause gelassen, ihre Meinung aber nicht. Die Übernahme des ostdeutschen Werks, sagt eine Arbeiterin, „reißt uns noch alle in den Ruin“.

Zeiss-Mitarbeiter in Jena sind sich längst einig: Der Feind sitzt im Westen. Auf einem Schweigemarsch durch die Stadt klagen sie über die „Ausbeutung“ durch die westdeutsche Muttergesellschaft.

„Wo ist das Geld denn geblieben?“ fragt ein Zeiss-Arbeiter. 587 Millionen Mark hat die Treuhand zur Verfügung gestellt, als der westdeutsche Konzern Carl Zeiss 51 Prozent des ehemaligen Kombinats Carl Zeiss Jena übernahm. Die erwarteten Verluste sollten damit ausgeglichen, die Produktion modernisiert werden.

Die Belegschaft in Jena aber sah nur, daß ihr Verwaltungsgebäude aufwendig renoviert wurde. Das meiste Geld, meinen sie, hat der Konzern in Oberkochen „verlumpert“. Das Ziel ist klar: „Die wollen uns aushungern.“

Gründlicher konnte die Wiedervereinigung der Unternehmen Zeiss West und Zeiss Ost kaum danebengehen. Die Belegschaften sind gespalten, die Verluste existenzbedrohend, und eine Lösung ist nicht in Sicht.

Treuhand, Politiker und Manager haben gewaltig geirrt, als sie behaupteten, mit diesen beiden Unternehmen wachse zusammen, was zusammengehört. Nichts paßt weniger zusammen als Zeiss Ost und West, zwei Firmen, die sich jahrzehntelang wie feindliche Brüder verhalten haben.

Das Traditionsunternehmen Carl Zeiss Jena wurde nach Kriegsende Beutestück der Alliierten. Die Amerikaner sicherten sich ihren Teil, bevor sie das Land Thüringen den Sowjets übergaben. Sie packten leitende Zeiss-Mitarbeiter, Konstruktionszeichnungen und Patente und schafften alles ins Schwabenland. Dort gründeten die Jenenser ein neues Unternehmen.

Die im Osten gebliebenen Kollegen mußten mitansehen, wie die Sowjets viele Maschinen demontierten. Aus den verbliebenen Anlagen bauten sie das Werk wieder auf, das schließlich zum Vorzeigekombinat der DDR wurde.

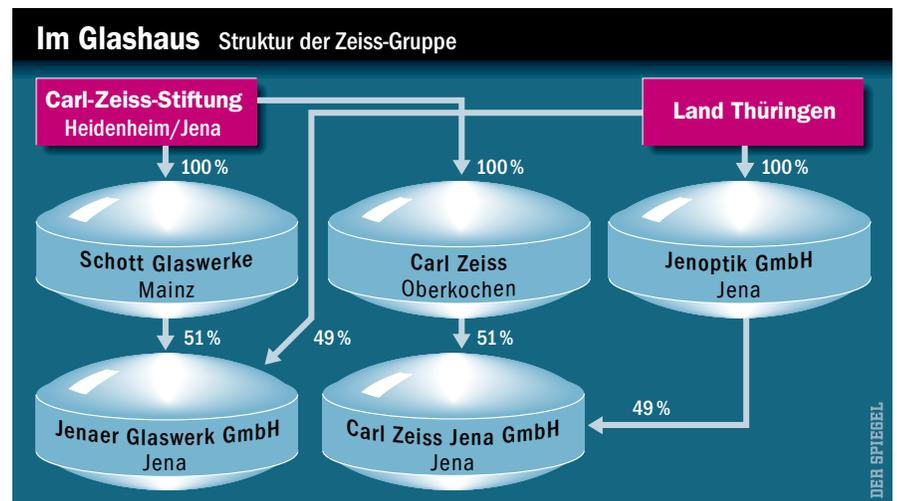
Carl Zeiss Jena belieferte vor allem Osteuropa, Carl Zeiss in Oberkochen den Westen. Doch mitunter stritten sie auch um Aufträge und beschäftigten Gerichte mit der Frage, wer Mikroskope oder Objektive unter dem Namen Zeiss verkaufen kann.

Als die Mauer fiel, drohte der Streit um das Markenzeichen heftiger zu werden. Der Zeiss-Chef in Oberkochen wollte diese Auseinandersetzung beenden und übernahm die Mehrheit an Carl Zeiss Jena für den Symbolpreis von einer Mark. Doch seitdem geht ein ganz anderer Kampf zwischen Ost und West erst richtig los: die Auseinandersetzung um Geld und Arbeitsplätze. Und dabei gibt es, je nach Blickwinkel, stets zwei Wahrheiten.

Die Produktion von kleineren Mikroskopen, der sogenannten C-Klasse, wurde von Göttingen nach Jena verlagert. Für die Kollegen im Westen ein klarer Fall: „Wir werden um unsere Arbeitsplätze beschissen.“

In Jena schimpfen die Beschäftigten, daß sie nur die einfacheren Mikroskope bauen dürfen, während im Westen die A- und B-Klasse montiert wird: „Was Geld bringt, bleibt in Oberkochen, das andere wird nach Jena abgeschoben.“

Zeiss-Arbeiter in Oberkochen sehen dies genau andersrum. Selbst die profitable Fertigung medizinischer Geräte



Unternehmen

soll vom schwäbischen Calmbach nach Jena verlagert werden. Weil ihr Konzern der Treuhand bei der Übernahme von Zeiss Jena zusicherte, 3000 Arbeitsplätze zu erhalten, müßten jetzt ständig mehr Jobs in den Osten geschoben werden. „Uns können sie halt leichter rauschmeißen.“

Angeheizt wird der Ost-West-Streit von Politikern, die Stimmung bei ihren Wählern machen wollen, und vom Vorstand, der von eigenen Fehlern ablenken will.

Was auch immer die Vorstandsmannschaft unter Jobst Herrmann in Oberkochen in den vergangenen Jahren entschied: Es wirkte, als wolle sie das Unternehmen systematisch herunterwirtschaften. Sie hat den Konzern in zwölf eigenständige Geschäftsbereiche aufgeteilt und die Verwaltung damit vervielfacht. Wo zuvor ein Produktionsleiter arbeitete, sind nun zwölf im Einsatz. Schneller konnten die Kosten kaum steigen.

Als der West-Konzern das ehemalige Kombinat in Jena übernahm, befand er sich längst auf abschüssiger Strecke. Doch welcher Vorstand räumt schon ein, daß wegen seiner Fehler nun 3000 Arbeiter entlassen werden müssen? Da ist es einfacher, die Belegschaft im We-

„Wir wären besser bei einem japanischen Konzern gelandet“

sten gegen die im Osten auszuspielen. Und so hat Jobst Herrmann zwar bekanntgegeben, daß 140 von insgesamt 180 Millionen Mark Verlust in Jena angesammelt wurden. Doch er hat nicht erklärt, daß dieser Verlust noch durch die Treuhand-Zuschüsse abgedeckt ist.

Bislang ging das miese Spiel auf. Die Beschäftigten in Jena und Oberkochen machten sich gegenseitig für die schlimme Lage verantwortlich. Beiden wäre es wohl am liebsten, der Konzern würde wieder getrennt. „Wir wären besser bei einem japanischen Konzern gelandet“, sagen Zeiss-Arbeiter in Jena. „Wir sollten Zeiss Jena wieder abgeben“, sagen Arbeiter in Oberkochen, „und uns unsere Mark zurückgeben lassen.“

Langsam aber dämmert es einigen, daß die Verantwortlichen für die Misere an anderer Stelle sitzen. „Vorstand raus, Vorstand raus“, fordern am Ende der Protestkundgebung in Oberkochen 4000 Zeiss-Arbeiter. Und einer zeigt, daß er von den ostdeutschen Kollegen schon etwas gelernt hat, die immerhin eine Regierung gestürzt haben. Zum Zeichen seines Protests gegen die Chefs im Zeiss-Hochhaus brüllt er hinauf: „Wir sind das Volk.“

In letzter Minute

Die Arbeiter warten auf Lohn, die Banken geben kein Geld mehr. Zerbricht die Werkzeugmaschinenbau-Gruppe Rothenberger?

Die Auftragsbücher sind gut gefüllt, trotzdem ist die Kasse leer. Die Fritz Werner AG, so ein leitender Manager, „leidet unter dem Rothenberger-Syndrom“.

Seit vier Jahren gehört der ehemalige Bundesbetrieb, der Spezialmaschinen

20 Jahren von Vater Edwin die Rothenberger GmbH im hessischen Kelkheim übernommen. Als die Erben den Familienbetrieb (Umsatz: 18 Millionen Mark) hochgefahren hatten, kam ihnen, so der Clan-Strategie Günter, genannt Güro, „die Vision von einem europäischen Maschinenbaukonzern“.

Seit Mitte der achtziger Jahre kauft das Quartett mittelständische, meist notleidende Maschinenbauer auf. Die Neuerwerbungen, darunter so traditionsreiche Namen wie Pittler oder Naxos Union in Frankfurt, landeten jeweils in einer der zehn Rothenbergerischen Aktiengesellschaften.

An diesen AG hält keiner der Brüder mehr als 25 Prozent. So brauchen interne Verflechtungen nicht offengelegt zu werden, zudem soll eine mögliche Konzernhaftung ausgeschlossen sein.

Daß die Banken solchen Konstruktionen nicht trauen, war den in der



Produktion bei Fritz Werner: Die Banken sind irritiert

für den Werkzeugbau herstellt, zum Imperium der Gebrüder Rothenberger, der größten Unternehmensgruppe im deutschen Werkzeugmaschinenbau.

Doch nun droht einigen der rund zwei Dutzend Firmen (Gesamtumsatz: etwa zwei Milliarden Mark) das Aus, möglicherweise der ganzen verschachtelten Gruppe.

Rezession, Mißmanagement und fehlende Liquidität gefährden Tausende von Arbeitsplätzen. Die Banken, irritiert durch zweifelhaftes Geschäftsgebaren der Brüder, wollen finanzschwachen Betrieben kein Geld mehr geben.

Die Brüder Karl, 56, Günter, 54, Helmut, 44, und Bernd, 37, hatten vor

Branche unbeliebten Brüdern gleichgültig. Nach der Wende kauften sie innerhalb weniger Monate rund 15 Treuhand-Firmen und bekamen reichlich Geld von der Privatisierungsbehörde.

Doch dann brach die Konjunktur im Maschinenbau ein. Die Betriebe in Ost und West machten riesige Verluste, sie brauchten Geld von den Banken.

„Wenn es um Kredite geht“, sagt Helmut Hammer, Vorstand von Fritz Werner, „ist unser Gesellschafter nicht unbedingt ein Vorteil.“ Das bekam er zu spüren, als im Sommer die Liquiditätsprobleme seines Unternehmens offenkundig wurden. Seine Hausbank, die Berliner Bank, wollte nur einen Überbrückungskredit gewähren, wenn

die Rothenbergers fünf Millionen Mark zuschössen.

Erst in letzter Minute, als schon offen über einen Konkurs spekuliert wurde, gab „Güro“, Aufsichtsrat bei Fritz Werner, nach und sagte die vergleichsweise bescheidene Summe zu. Offenbar pokerten die Brüder aus Sorge, ihr eigenes Geld nicht wiederzusehen. Knapp bei Kasse können sie kaum sein, schließlich hatten sie erst vor wenigen Monaten Anteile an anderen Unternehmen für rund 300 Millionen Mark verkauft.

Ihr gutes Leben läßt sich die Familie ohnehin nicht durch schlechtgehende Betriebe vermiesen. So kaufte Günter Rothenberger für seinen dressurreitenden Sohn Sven, der nach einem Streit seines Papas mit deutschen Reiterfunktionären für Holland startet, das berühmte Vollblutgestüt Erlenhof bei Bad Homburg zum geschätzten Preis von zwölf Millionen Mark.

Kurz zuvor hatten die Gläubiger der Rothenbergerschen Naxos AG bei einem Vergleich der fast bankrotten Firma rund 26 Millionen Mark verloren. Und kurz nach dem Gestütskauf mußten mehrere Banken zur Rettung der Pittler AG Forderungen in Höhe von über 15 Millionen Mark abschreiben.

Zudem forderte „Güro“ von den Beschäftigten, künftig bei gleichem Lohn 40 statt 36 Stunden zu arbeiten. Überstunden will er auch nicht extra honorieren. Die sollen in ruhigen Tagen abgefeiert werden. „Sie leben schließlich von meinem Geld“, erklärte er den verdutzten Betriebsräten. Was macht es da schon, daß die Arbeiter von Naxos mitunter monatelang auf ihre Löhne warten.

Noch unbekümmerter können die Rothenbergers in ihren Ost-Betrieben auftreten. Bei den Verkäufen wurde die Treuhand offenbar ausgetrickst.

So durften die Brüder mit ihrem Partner Volker Wagner, der ebenfalls eine Firmengruppe dirigiert, in fast allen Fällen den Immobilienbesitz vom Rest der Firma trennen. Geht ein Unternehmen pleite, bleiben die Grundstücke unbeschadet im Besitz der Grundstücksgesellschaft.

Gerade 25 Millionen Mark zahlten die Rothenbergers und ihr Verbündeter für ihre Firmen in Ostdeutschland. Dafür bekamen sie die Betriebe mitsamt Grundstücken von rund 1,1 Millionen Quadratmeter Größe und als Dreingabe eine Entschuldung plus Anschubfinanzierung in Höhe von insgesamt gut 360 Millionen Mark.

Obwohl Investitions- und Arbeitsplatzzusagen nach Ansicht der Treuhand oft nicht eingehalten werden, scheut sie sich, die fälligen Vertragsstrafen in Millionenhöhe geltend zu machen. Sie will offenbar nicht die Pleite von Firmen riskieren.

Das Geschäftsgebaren der Rothenbergers, sagt der für Vertragsmanagement zuständige Treuhand-Direktor Rüdiger Zinken, sei bislang kein „Fall für den Staatsanwalt“. Aber „es wird geprüft“.

Die Ostbetriebe, die unter dem Dach der Managementholding Autania AG zusammengefaßt sind, können wohl nur mit einem neuen Partner überleben. „Ich brauche 80 Millionen“, sagt Autania-Vorstand Wolfgang Mellinghoff, „damit könnte ich den Schatz heben.“

Computer

Schnell und leise

Mit typisch deutscher Gründlichkeit, meinen seine Bewunderer, hat Compaq-Boß Eckhard Pfeiffer die Firma zum Erfolg geführt.

Irrendwer muß dem Mann mal den wohlmeinenden Rat gegeben haben, er solle lächeln, wenn ein Fotograf auftaucht. Auf Pressebildern lacht Eckhard Pfeiffer stets so breit, als sei er der ewige Sonnyboy.

Im richtigen Leben dagegen strahlt Pfeiffer, 53, nicht. Der Chef des ame-

rikanischen Computerunternehmens Compaq stammt aus Deutschland und blickt meist grimmig. Selten ist ihm anzusehen, daß er sich auch freuen kann. Dabei hätte Pfeiffer mehr als einen Grund, laut zu jubeln.

Vor drei Jahren wurde er als einer der wenigen Ausländer, die amerikanische Spitzenpositionen erreichten, zum Compaq-Chef befördert. Seitdem hat er aus einer Firma, die Verluste verbuchte, ein boomendes Unternehmen gemacht.

Die Amerikaner lieben solche Erfolgsgeschichten. Vor allem hat ihnen imponiert, daß der Germane im texanischen Houston fertigbrachte, was lange unmöglich schien: Compaq hat gerade den Riesen IBM als Marktführer bei Personalcomputern abgelöst.

Als Pfeiffer im Herbst 1991 in Houston Chef wurde, lag der Umsatz bei 3,3 Milliarden Dollar. In diesem Jahr werden es mehr als zehn Milliarden Dollar sein. Auch die Gewinne fließen wieder reichlich. Pfeiffer wird in der amerikanischen Wirtschaftspresse als Supermann gefeiert.

Und was macht Supermann? Er schaut ernst: „Wir haben das neunte Quartal hintereinander einen Rekordumsatz erzielt.“ Er spricht dabei so leise und monoton, als müßte er seinen Aktionären gerade den größten Verlust verkünden.

„Dieser Mann ist total beherrscht“, sagt einer, der schon seit Jahren mit Pfeiffer zusammenarbeitet. „Ich habe bei ihm noch nie einen Temperamentsausbruch erlebt.“

Er hat die erstaunliche Gabe, Ungeduld niemals zu zeigen. Aber er gibt selbst gern zu, daß er in wichtigen Fragen nicht lange fackelt. Wenn etwas beschlossen ist, wird es gemacht. Wer nicht mitzieht, wird geschafft. Auch das geschieht mit Pfeifferscher Präzision – schnell und leise.

Sein deutscher Landsmann Michael Spindler, der vor etwa einem Jahr beim Compaq-Konkurrenten Apple den Chefposten übernahm, heißt wegen seines geräuschvoll-wichtigen Auftretens in seiner Firma „The Diesel“. Für den still wirkenden Compaq-Boß hat noch niemand einen griffigen Spitznamen gefunden. Er ist nur der „Eckhard“. Es fällt schwer, sich diesen



Compaq-Chef Pfeiffer: „Man muß Druck ausüben“

Workaholic zu Hause bei der Gartenarbeit vorzustellen, die er als seine liebste Freizeitbeschäftigung bezeichnet. Pfeiffer hat bisher so viel Energie in seinen Job gesteckt, daß er nicht einmal die Zeit hatte, sich die Green Card zu beschaffen, ohne die ein Ausländer in den USA keinen Job annehmen darf. In seinem Paß hat er nur ein Visum, das ihn offiziell noch immer als Entsandten der europäischen Compaq-Filiale ausweist.

Pflichtgemäß singt der Manager das Hohelied der Teamarbeit: „Es geht doch heute gar nicht mehr anders.“ Doch sogleich folgt der wichtige Zusatz, der ihn als Antreiber beschreibt: „Man muß den notwendigen Druck ausüben, um Dinge zu bewegen.“

Compaq ist nicht Apple, und Pfeiffer kein Steve Jobs, der einst den Personalcomputer erfand. Vom Gründungsjahr 1982 an hat Compaq nur gemacht, was andere zuvor schon getan haben. Die Firma baute Personalcomputer wie IBM – nur besser als Big Blue.

Die Idee funktionierte bis Anfang der neunziger Jahre. Dann ging es bergab, weil auch andere gelernt hatten, ordentliche Computer zu bauen.

Firmenchef Canion sollte gehen, und Pfeiffer mußte Compaq eine neue Richtung geben. Der Deutsche hatte sich als Leiter von Compaq Europa in München einen Namen gemacht: Seine Geschäfte liefen besser als die der Compaq-Bosse in den USA.

Pfeiffers Strategie war naheliegend und schlicht: Kosten runter und Preise auch. Mit immer neuen günstigen Angeboten von Hardware löste Compaq, zum Vergnügen der Kunden, Preiskriege der Computerhersteller aus.

Unter Pfeiffers Regie wurden die Computer weniger anspruchsvoll. Seit der Deutsche der Boß ist, sind Compaq-Geräte auch in den einst verpönten Billigläden zu haben, in denen Beratung Mangelware und der Preis das beste Verkaufsargument ist.

Im Hause hatte das Folgen. Sinkende Preise waren nur bei sinkenden Kosten möglich, und das hieß: Von 12 000 Beschäftigten mußten 2600 gehen.

„Er führt das Geschäft mit typisch deutscher Gründlichkeit“, sagt ein ehemaliger Kollege voller Bewunderung.

Sein Wissen hat Pfeiffer nicht nur an der Universität erworben. Studiert hat der gebürtige Schlesier erst, als er schon zwei Jahrzehnte im Beruf war. Nach der Kaufmännischen Berufsschule in Nürnberg ging er zur deutschen Niederlassung von Texas Instruments nach München. Ein paar Jahre später saß er im Management.

Die Firma schickte das Arbeitstier 1980 zur weiteren Verwendung in die Zentrale nach Dallas, wo Pfeiffer neben dem Job einen akademischen Grad (MBA) an der Southern Methodist Uni-

versity erwarb. 1983 ging er nach München zurück, diesmal für Compaq. Firmenchef Rod Canion hatte ihm einen Scheck über 20 000 Dollar in die Hand gedrückt: Damit sollte er das Europa-Geschäft auf die Beine stellen.

Jetzt ist der Mann mit dem harten deutschen Akzent im ansonsten perfekten Englisch wieder in Texas. Er will beweisen, daß er seine 2,5 Millionen Dollar Jahressalär wert ist.

Pfeiffer weiß, daß sein Aufstieg auch ganz schnell wieder enden kann. Erfolg und Mißerfolg liegen gerade im Computergeschäft oft nur Monate auseinander.

Das hat Pfeiffer hautnah in einem Gremium beobachtet, das die Bosse der wichtigsten Computerfirmen regelmäßig vereint: „Von den zehn Vertretern, die bei meinem Antritt da saßen, haben nur zwei überlebt.“

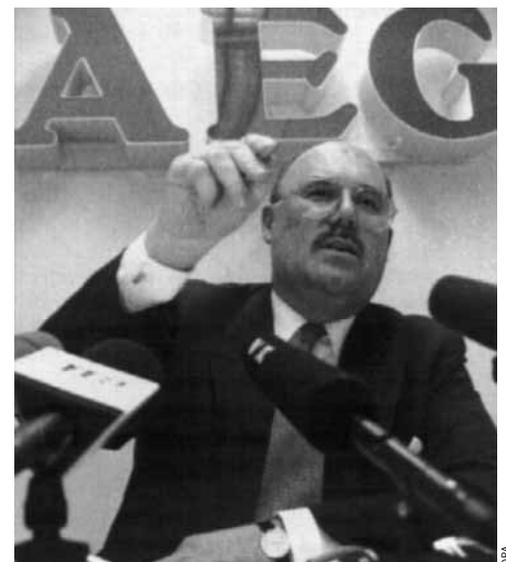
Konzerne

Wie in der Natur

Die AEG kommt nicht aus den Verlusten heraus. Es wird eng für den angeblichen Sanierer.

An die erste Vorstandssitzung mit ihrem Chef Ernst Georg Stöckl, 50, erinnern sich Manager des AEG-Konzerns noch gut. Stöckl hatte kaum den Raum betreten, da streifte er auch schon sein Jackett ab.

Die Kollegen in der Frankfurter Konzernzentrale blickten zunächst indi-



AEG-Chef Stöckl
Verhängnisvolle Extratouren

gniert, ließen sich aber dann überreden, die neue Sitte zu übernehmen. Der Boß kann zupacken, wollte Stöckl wohl demonstrieren. Es blieb bei der Geste.

Außer den Jacketts seiner Kollegen hat Stöckl seit seinem Amtsantritt 1991 nicht viel bewegt. Dem Daimler-Benz-Konzern, zu dem die AEG gehört, verspricht er zwar ständig Gewinne. Zu sehen ist davon aber bislang nichts. „Jedes Horoskop“, spottet ein hoher Mercedes-Manager, „ist exakter als Stöckls Prognosen.“

Noch Anfang Oktober hatte Stöckl öffentlich verkündet, der Ertrag für das laufende Geschäftsjahr bewege sich „in der geplanten Bandbreite“. Zwölf Jahre nach dem spektakulären Vergleichsverfahren um die AEG und acht Jahre nach der Eingliederung in den Daimler-Konzern macht das Unternehmen noch immer gigantische Verluste.

Das Geschäft mit Energieanlagen, Bahnwaggons oder Mikrochips wirft so wenig ab, daß Stöckl ein erwartetes Minus von 872 Millionen Mark melden mußte (siehe Grafik). Gerechnet hatte man mit einem Viertel.

Auch der Umsatz bleibt hinter den Prognosen zurück. Statt der erhofften 11,3 Milliarden Mark dürfte die Daimler-Benz-Tochter in diesem Jahr rund eine halbe Milliarde weniger einnehmen.

Es wird eng für Stöckl. Er unterschätzte offenbar das Ausmaß der Rezession. Besonders schlecht läuft zur Zeit das Geschäft mit elektrotechnischen Anlagen. Viele Firmen kaufen komplizierte Produktionssysteme lieber beim Konkurrenten Siemens. Die Münchner gelten in diesem Bereich als besonders zuverlässig.

Daß die AEG immer noch mit Verlusten kämpft, irritiert nicht nur Stöckl



Waggonproduktion in Hennigsdorf: Die Kunden werden unruhig

selbst. Konzernchef Edzard Reuter wollte Daimler-Benz zu einem schlagkräftigen High-Tech-Konzern ausbauen, ehe er im Mai nächsten Jahres seinem Nachfolger Jürgen Schrempp Platz macht.

Unter dem Dach einer Holding sollten Zukunftstechnologien wie die Luft- und Raumfahrt oder die Verkehrstechnik und Mikroelektronik vereint werden. Am Beispiel der AEG zeigt sich, wie weit Reuter von seiner Vision noch immer entfernt ist. Von dem traditionsreichen Unternehmen ist nur noch ein Torso geblieben.

Waschmaschinen produziert die AEG nicht mehr, das hat ihr der schwedische Multi Electrolux abgenommen. Das Leuchtengeschäft der AEG sicherte sich der holländische Philips-Konzern. Andere notleidende Bereiche wie die Automatisierungs- und Niederspannungstechnik arbeiten inzwischen mit ausländischen Großkonzernen wie General Electric zusammen.

Gewinne erwirtschaftet die AEG zur Zeit nur mit Dieselmotoren. Das einträgliche Geschäft lief bis vor kurzem bei der Konzernschwester Deutsche Aerospace. Mitte des Jahres wurde es der notleidenden AEG zugeschlagen.

Die Kunden werden allmählich unruhig. Weil sie nicht wissen, welche Bereiche künftig überhaupt

noch zur AEG gehören werden, kaufen sie lieber gleich bei der Konkurrenz. Das drückt zusätzlich auf Umsatz und Ertrag.

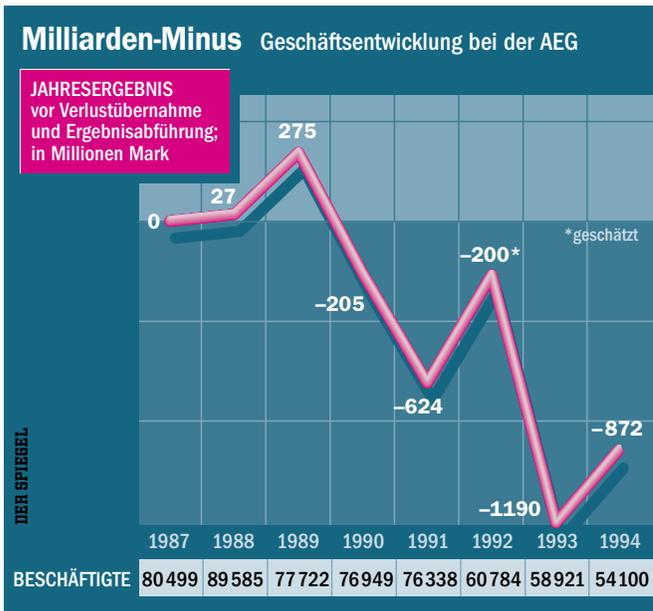
Um so erstaunter registrieren Kollegen, mit welcher Gelassenheit Stöckl offensichtlich die schlechten Zahlen zur Kenntnis nimmt. Der Chef tritt noch immer so selbstbewußt auf wie in den Zeiten, als er für Mercedes erfolgreich Lastwagen in Südafrika und den USA verkaufte. Und er geht, so scheint es, lieber auf Reisen, statt sich ums Tagesgeschäft zu kümmern.

Auf Kosten der Firma flog Stöckl kürzlich mit rund 80 Führungskräften der neuerworbenen Dieselmotorsparte in einer eigens gecharterten Maschine drei Tage lang quer durch die Republik: Die Manager sollten ihre Kollegen an den einzelnen AEG-Standorten kennenlernen.

Fassungslos zeigten sich viele Daimler-Manager, als sie kürzlich in einem Fernseh-Werbespot auf einem privaten Kabelkanal ihren Kollegen Stöckl sahen. Die Dreharbeiten für das Filmchen fanden in den USA statt.

Seine Extratouren könnten Stöckl schon bald zum Verhängnis werden. Der AEG-Chef glaubt, daß er unter dem besonderen Schutz des designierten Daimler-Benz-Chefs Jürgen Schrempp stehe. Beide gehören zur sogenannten Springbock-Connection. So heißen im Firmenjargon Manager, die für Daimler-Benz in Südafrika waren.

Doch jede Connection hat nur einen begrenzten Wert. „Den Springböcken in der freien Natur“, orakelt ein hoher Daimler-Angestellter, „geht es manchmal wie den Wirtschaftsbossen in der Industrie: Wenn sie erfolglos, lahm und alt geworden sind, werden sie abgeschossen.“





Giftmüll in Sachsen-Anhalt

F. FRISCHMUTH / ARGUS

Manager

Vor Risiken geschützt

Deutsche Manager versichern sich immer häufiger gegen die Risiken ihres Jobs. Annähernd 10 000 Geschäftsführer und Vorstände haben eine spezielle Rechtsschutzversicherung abgeschlossen, um bei gerichtlichen Klagen gewappnet zu sein. Beim Marktführer für solche Versicherungen, der Gerling Rechtsschutz-Versicherung in Köln, hat sich das Prämienaufkommen in fünf Jahren mehr als vervierfacht. Das Unternehmen erwartet weitere Zuwächse, denn vom 1. November an gilt ein verschärftes Umweltstrafrecht. Manager können dann auch belangt werden, wenn ihr Unternehmen den Boden verunreinigt oder Sonderabfälle nicht ordentlich entsorgt. Die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen Umweltsünder, im vergangenen

Jahr 29 732 Fälle, dürfte sich weiter erhöhen. Auch durch das Insider-Gesetz, das Anfang nächsten Jahres in Kraft tritt, drohen den Managern neue Gefahren. Wenn der Vorstand einer Aktiengesellschaft die Öffentlichkeit zu spät über kursrelevante Dinge informiert, kann er haftbar gemacht werden.

Automobile

Das Vermächtnis von Henry

Henry Ford II sorgt sieben Jahre nach seinem Tod für einen Wirbel in der Automobilindustrie. In drei Interviews, die erst jetzt veröffentlicht wurden, sagte er recht direkt, was er von seinen ehemaligen Managern Harry Bennett und Lee Iacocca hielt: „Harry Bennett war der schmutzigste und lausigste Hurensohn, den ich je in meinem Leben getroffen habe, mit Ausnahme eines Mannes: Lee Iacocca.“



Iacocca, Henry Ford II (1975)

UPI / BETTMANN

Metallgesellschaft

Millionen Dollar verschenkt

Seit die Deutsche Bank Mitte Dezember 1993 bei der Metallgesellschaft das Kommando übernommen hat, sind bei der amerikanischen MG-Tochtergesellschaft Entscheidungen gefallen, die für das Unternehmen extrem teuer waren. So wurde im März das lukrative MG-Methanolgeschäft so billig und unfachmännisch verkauft, daß ein amerikanischer Experte meint: „Die haben mindestens 100 Millionen Dollar verschenkt.“ Der Erlös hätte sogar 200 Millionen Dollar höher ausfallen können, wenn Fachleute den Verkauf organisiert hätten. Zudem wurden bei der US-Metallgesellschaft Geschäftszweige kurzfristig liquidiert, die profitabel waren, so der Bereich Handelsfinanzierungen, der durchschnittlich 20 Millionen Dollar Gewinn pro Jahr machte. Die Beschäftigten wurden gefeuert. Beendet wurde auch das Emerging-Markets-Geschäft, das allein im letzten Quartal seines Bestehens einen Gewinn von 40 Millionen Dollar abgeworfen hatte. „Die haben Geld auf der Straße liegenlassen“, kritisiert ein früherer Manager der Metallgesellschaft. Mitarbeiter, die Vorschläge zum Erhalt dieser Bereiche gemacht hätten, seien eingeschüchtert worden. „Da wurden große Zukunftschancen verschenkt.“

Computer

Gutes Geld für alte Speicher

Ein amerikanischer Unternehmer macht gute Geschäfte mit Computerschrott. Seit 1991 kauft und recycelt Bret Mingo, 25, mit seiner Firma Memory Traders Speicher-Module, sogenannte Simms, aus alten Rechnern – inzwischen auch in Europa. Neue, komfortable Programme fressen meist erheblich mehr Speicherplatz, als alte PCs haben. Um den Computer wieder auf Trab zu bringen, wird der Simm ausgetauscht, die schmale Steckplatine, auf der die Bauteile des Arbeitsspeichers untergebracht sind. Die gebrauchten Chip-Module werden von Memory Traders geprüft, wenn nötig repariert, neu eingegossen und wieder verkauft. Hersteller von Videospiele, Druckern und Faxgeräten reißen sich um die günstigen Bausteine. Wie gut das Geschäft läuft, zeigt der Preis: Für einen funktionierenden 4-Megabyte-Speicher etwa zahlt Mingos Memory Traders 130 Mark, rund die Hälfte des Preises eines neuen Moduls.



Ernst

A. SCHÖLZEL

Affären

Tricks mit Know-how

Gegen den Heidelberger Bauunternehmer Roland Ernst ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart im Zusammenhang mit der Pleite der Südmilch. Bei der Gründung der Südmilch-Tochter Sachsenmilch AG hatte Ernst 1991 den Auftrag als Generalunternehmer für den Bau eines Molkereierwerkes in Leppersdorf bei Dresden übernommen. Das Know-how zum Bau der Produktionsanlagen kaufte Ernst für 37 Millionen Mark von der Südmilch, um es anschließend für 38 Millionen an die Sachsenmilch weiterzugeben. Nach Ansicht der Ermittler handelt es sich bei dem überflüssigen Geschäft um eine Scheintransaktion.

Arbeitslose

Abgespeckt und zornig

Unternehmer und Arbeitslose treffen sich zum Meinungsaustausch. Es geht zur Sache – und niemand nimmt übel.

Der Arbeitslose zuckte zurück, als der Unternehmer ihm Feuer anbot. Schon die Begrüßung durch die Herren in den Zweireihern – Handschlag für jeden – hatte die gut zwei Dutzend Frauen und Männer von der Nürnberger Arbeitsloseninitiative irritiert. „Die dachten, wir fahren mit einem Benz vor und lassen uns vom Chauffeur die Tasche hochtragen“, erinnert sich Jungunternehmer Dirk Hoerr, 26, an die erste Begegnung.

Mittlerweile sind der Nürnberger Autohausbesitzer und seine beiden Kollegen vom Bund Junger Unternehmer regelmäßig in den kargen Räumen des Ökumenischen Arbeitslosenzentrums (ÖAZ) zu Besuch. Der erste Argwohn ist gewichen, die Joblosen und die jungen Mittelständler diskutieren miteinander: über die Unwilligkeit von Unternehmen, arbeitslose Menschen einzustellen, über die Probleme der Personalchefs, aus Hunderten von Bewerbungen die richtige auszuwählen.

Sie entwerfen Bewerbungsstrategien, schimpfen gemeinsam über das Versagen von Arbeitsämtern, Politikern und Tarifparteien. „Eine gegenseitige Offenbarung findet hier statt“, schwärmt der arbeitslose Kantinenleiter Günter Cerweny, 51. „Das hätten wir nie für möglich gehalten.“

Eine spektakuläre Aktion der Nürnberger Arbeitsloseninitiative im Sommer hat die Vertreter zweier Welten zusammengeführt. In einer öffentlichen Erklärung boten sich Arbeitslose zu Billiglöhnen an: 20 Prozent unter Lohn tariff, tags und nachts, bis zu 60 Stunden pro Woche.

Eine gallig bittere Reaktion auf die Vorschläge des Wirtschaftsministers war das, ein Aufschrei, von dem sie sich die Aufmerksamkeit erhofften, die sie mit ihren Gesprächskreisen, Mahnwachen und Flugblättern nicht mehr finden.

Jobangebote blieben aus; dafür bekamen die Nürnberger Post vom Bund Junger Unternehmer (BJU) und vom Verband der Wirtschaftsunioren in Bonn. Dem unternehmerischen Nach-

wuchs im Lande gefielen die trotzigsten Töne aus der Lebkuchenstadt.

„Das sind Signale, die Flexibilität zeigen“, lobt Steffen Städtler, 29, Unternehmensberater in Nürnberg und BJU-Mann. Dem Verbandsvorsitzenden der Wirtschaftsunioren, Frank Winkler, imponierte der Mut der Verzweifelten. „Ich bin platt vor Bewunderung, daß sich in der Situation jemand hinstellt und sagt: Ich muß was ändern“, meint er.

„Da sitzt man zusammen am Tisch und denkt nach zwei Stunden: Mein Gott, das sind wirklich Leute, die Arbeit suchen“, beschreibt Winkler seine erste Begegnung mit den Arbeitslosen. Die Wirtschaftsunioren und die Nürnberger haben einen gemeinsamen Arbeitskreis gegründet, der schnelle und

ve genug. Klaus Lippenberger, 47, hat zuletzt ein großes Betriebslabor geleitet. „Ich wurde abgespeckt“, so der gelernte Elektrotechniker. Er hat 300 Bewerbungen geschrieben, war etliche Male in der engeren Wahl, aber dann doch wieder – zu alt.

Günter Winger, 43, war gut bezahlter Exportkaufmann bei Philips. „Ich habe gute Zeugnisse, ich bin mobil, flexibel, willig. Aber es bringt nichts“, sagt er bitter. 120 Bewerbungen kamen zurück, die anderen sind jünger. Sogar als Sachbearbeiter in einer Marktforschungsfirma wollte er anfangen, mit Minigehalt und ohne Aufstiegschancen. Er sei überqualifiziert, bekam er zur Antwort.

Der Behinderte Peter Zippel, 38, sammelt Abschlüsse wie andere Telefonkarten: Elektroniker, Anwendungs-



Autohändler Hoerr (M.), Arbeitslose: Der Mut der Verzweifelten imponiert

unbürokratische Wege zurück ins Arbeitsleben suchen soll.

In der Verbandszeitung erscheinen regelmäßig Jobanzeigen mit Kurzporträts der ÖAZ-Leute, und auf dem letzten Kongreß des Nachwuchsverbandes Ende September war eine Delegation der Arbeitslosen zu Gast. „Das ist ein erster Schritt“, so der Arbeitslose Cerweny, „das ist endlich ein Anfang.“

„Wir wollen weg vom Image des zigarrerauchenden Unternehmers, der keine soziale Verantwortung fühlt“, sagt Wolfgang Deß, 36, bayerischer Landesvorsitzender des BJU und Inhaber eines Nürnberger Ingenieurbüros mit über 40 Leuten. Zum erstenmal erkenne er, was Arbeitslosigkeit für die Menschen bedeute. „Es macht Spaß, mit denen zu reden. Wir lernen viel dabei.“

Lernstoff finden die drei Mittelständler vom BJU bei den fast 30 Männern und Frauen von der Arbeitsloseninitiati-

programmierer, Abfallberater, Wohn- und Umweltberater. Die ordentlich gebügelten Hemden, die Westen und Sakkos, die er wie zum Trotz trägt, sind abgelegte Kleider von Freunden. In den 120 Mark, die ihm jeden Monat zum Leben bleiben, ist für korrektes Outfit nichts mehr drin.

„Die Betriebe klagen darüber, daß sie keine Leute finden. Ich bin hier und will arbeiten“, wirft die arbeitslose Lehrerin Ursula Hofmann den Mittelständlern vor. 20 Prozent weniger Lohn? Fast alle würden es sofort akzeptieren. „Aber es gibt keine Angebote“, sagt Lippenberger.

Viele der Gruppenmitglieder sind zornig. Warum, fragen sie die drei Jungunternehmer, bekommen Leute über 45 keine Arbeit mehr? „Warum stellen Sie keine Leute wie uns ein?“

„Warum soll ich mein Risiko freiwillig erhöhen?“ kontert Autohändler

Hoerr. Ein 50jähriger, den er für viel Geld einarbeite, bleibe ihm dann nur noch ein paar Jahre erhalten. Nicht nur das: „Kommt der mit meiner Mannschaft aus, in der der Älteste 30 ist?“

Ein 50jähriger ist kaum noch kündbar. Freundlich erklärt Unternehmensberater Städtler den Gesprächspartnern die andere Sicht: „Da tut sich beim Unternehmer ein Schutzschild auf, und er denkt sich: o weh.“

Kann sich einer, der arbeitslos war, integrieren? Ist er zuverlässig? Verdient er sein Geld? Risiken, die Unternehmer scheuen. Einen Arbeitslosen stellen sie nur ein, wenn alles stimmt: Qualifikation, Alter, Chemie, leistungsgerechte Bezahlung, sagt Städtler.

Aber wie, fragen die Arbeitslosen, soll die Chemie stimmen, wenn der Absender Arbeitsamt bei den Perso-

„Da tut sich beim Unternehmer ein Schutzschild auf“

nalchefs gleich negativ ankommt? Wie sollen sie jemals eine Chance bekommen, wenn die Unternehmen die Kriterien so eng fassen, daß arbeitslose Bewerber automatisch durchfallen?

„Sollen wir uns für 1500 Mark anbieten, ist es das?“ fragt Cerweny ratlos. Nein, das ist es nicht, protestieren die drei. Alter? Belastbarkeit? Lohn? „Wenn einer paßt, können wir ihn einstellen, wenn einer nicht paßt, dann nicht. So ist das für mich“, versucht Deß den Arbeitslosen die einfache Sicht des Mittelständlers zu erklären.

„Und wenn einer nur 50 Prozent leisten kann?“ fragt einer. „Dann bekommt er nur 50 Prozent vom Lohn“, sagt Deß. „Davon kann einer nicht leben“, ruft der andere. „Das ist nicht unser Problem“, entgegnet der Unternehmer.

Es geht zur Sache, keine Floskeln, kein Pardon, und niemand nimmt übel. Die Arbeitslosen und die Unternehmer ringen um Verständigung. Nach zwei Stunden sind die Ohren rot, die Scheitel zerzaust.

Sie bieten sich gegenseitig Marlboros an, es wird gelacht. „Ich gehe das nächste Mal ganz anders in ein Bewerbungsgespräch rein“, meint BJU-Mann Deß. „Und ich dachte, Sie sind so was wie unsere Gegner“, stellt einer der Arbeitslosen verwundert fest.

Jungunternehmer Städtler hebt hilflos die Schultern. „Wir wissen über die Lösung der Arbeitslosigkeit nicht mehr als Sie“, sagt er. „Aber wir sehen viele Dinge so wie Sie, sonst säßen wir nicht hier.“

Verbände

Links angelehnt

Die PDS ist eigentlich eine Unternehmerpartei. In Brandenburg gründeten Selbständige den ersten parteinahen Verband.

Die drei Buchstaben waren groß und deutlich: PDS stand auf den Paketen, die der Kurier am Luftfrachtschalter in Berlin-Tegel abgab.

Kurz darauf rief bei Alf Franke, 31, dem Chef des Kurierdienstes, ein Konkurrent an, der die Einlieferung beobachtet hatte. „Du bist in der PDS“, sagte er dem Klein-Unternehmer aus Berlin-Hellersdorf auf den Kopf zu.

Franke klärte das Mißverständnis auf. PDS ist das Kürzel des Patent Delivery Service, eines Kunden aus England. Dennoch war der Branchenkollege auf der richtigen Spur. Franke, recht ehrlich für einen Geschäftsmann, gestand, seit Mai 1994 sei er tatsächlich in der Partei.

Die Kunde vom roten Boten war schnell herum. „Tut uns leid, damit können wir uns überhaupt nicht identifizieren“, erklärten mehrere Klienten und zogen ihre Aufträge zurück.

* Franke, Schäfer, Duletzki-Schäfer, Markov in der Eltese GmbH, Stolpe.

Als auch noch ein guter Auftraggeber zahlungsunfähig wurde, mußte Franke vier seiner fünf Mitarbeiter entlassen. Nun sitzt er, wie am Beginn seiner Unternehmerlaufbahn vor vier Jahren, wieder selbst hinter dem Steuer.

Wie Franke bekennen sich rund hundert Unternehmer und Freiberufler zur PDS. Anfang Oktober folgten sie einem Aufruf des PDS-Landesvorsitzenden von Brandenburg, Helmuth Markov, 42, und gründeten in Strausberg bei Berlin einen „Offenen Wirtschaftsverband der klein- und mittelständischen Unternehmer, Freiberufler und Selbständigen in Berlin und Brandenburg“, kurz: Owus. Vorläufige Vorsitzende ist Christa Luft, nach der Wende DDR-Wirtschaftsministerin und jetzt PDS-Bundestagsabgeordnete.

Die Gründung trägt einer lange verdrängten Erkenntnis Rechnung: Die PDS ist eigentlich eine Unternehmerpartei. Jeder fünfte PDS-Funktionär sei selbständiger Unternehmer, meldete die ostkundige *Wochenpost*. Das sind mehr als in jeder anderen Partei.

Die Sozialisten selbst schlüsseln ihre Mitglieder nicht nach Klassenzugehörigkeit auf. Aber der Vorsitzende Markov weiß: „Bei den Jüngeren haben wir eine ganze Menge Unternehmer und Selbständige.“ Der Brandenburger Parteichef ist selbst einer von ihnen. Keine andere Partei in diesem Bundesland kann sich mit einem Unternehmer an der Spitze schmücken.

Doch Markov ist Unternehmer wider Willen. „Hü oder Hott“ hieß es 1990 für den Ingenieur in der Entwicklungsabteilung des Kombinats Lokomotivbau-Elektrotechnische Werke „Hans Beim-



Unternehmer im PDS-Verband*: „Gesunder Lobbyismus“

ler“ (LEW). „Hü“ war der absehbare Absturz in die Arbeitslosigkeit, weil die westlichen Kaufinteressenten für LEW keine Entwickler brauchten. „Hott“ war der riskante Sprung in die Selbständigkeit. „Also bin ich gesprungen“, sagt Markov.

Zusammen mit sieben Kollegen aus der Entwicklung landete er in einer abgelegenen Baracke der DDR-Grenztruppen in der Nähe des Autobahnkontrollpunktes Stolpe im Norden Berlins. Dort entwerfen die Tüftler hochspezialisierte Anlagen, etwa Elektronenschmelzen zum Bedampfen von Bohren oder Brillen mit Titan.

Wie ein Verbands-Industrieller wirkt der Chef nicht. Mit Zottelbart und Wuschelhaar sieht er eher aus wie der bürgerbewegte DDR-Dissident. Doch auch das täuscht. Markov war seit 1973 SED-Mitglied, Marxist ist er noch immer.

Die PDS hält sich diskret im Hintergrund

Eine Assoziation freier Menschen, wie Marx sie sich wünschte, ist die Eltete GmbH des PDS-Vorsitzenden aber nicht gerade. Nach Diskussion der Standpunkte entscheidet auch hier der Chef. Aber wenigstens sind alle sieben wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter am Kapital beteiligt.

Die gewöhnlichen Leiden des jungen Unternehmers hat auch der Marxist durchgemacht: den vergeblichen Kampf um Bankkredite, das lange Warten auf Landesbürgerschaften und die liebe Not mit der Treuhand.

Die PDS hat erkannt: Wie viele andere ehemalige DDR-Bürger fühlen sich auch ostdeutsche Mittelständler heimatlos im eigenen Land. Die West-Berliner Spediteure an der Spitze seines Branchenverbandes, meint zum Beispiel der gelernte Maurer und Fliesenleger Franke, können kaum seine Interessen vertreten: „Was kümmert die ein Herr Franke, der von unten kommt?“

Von Owus verspricht sich der um seine Existenz kämpfende Kurier „aktive Selbsthilfe von Unternehmern für Unternehmer“. Die Partei hält sich diskret im Hintergrund. Der Verband soll keine Organisation der PDS sein. Denn manche Interessenten sind zurückgeschreckt, weil sie bei einem öffentlichen Bekenntnis zur PDS wie Franke ihre Aufträge aufs Spiel setzen würden.

Das Manifest des kleinen Kapitals, das der PDS-Ökonom Klaus Steinitz in einem Positionspapier formulierte, enthält denn auch recht bürgerliche Forderungen. Bürokratische Hemmnisse für Existenzgründer sollen abgebaut, Förderprogramme vereinfacht werden. Be-

fristete Mehrwertsteuerpräferenzen für Ost-Unternehmer oder zeitlich begrenzte Lohnkostensubventionen verlangen auch schon FDP oder SPD. Das Programm heißt, verkündet Markov, „gesunder Lobbyismus“.

„Links angelehnt“ sind die Mitglieder laut Franke aber schon. Deswegen hofft er, daß die Genossen einander mehr vertrauen können als die kapitalistischen Konkurrenten in den anderen Unternehmerverbänden. Zum Gründerstamm gehören etwa Chefs von Agrargenossenschaften, den LPG-Nachfolgern, aber auch Bauunternehmer und sogar einige West-Berliner Kleinbetriebe.

„Der historische Händedruck zwischen Kapital und Arbeit“, wie das CSU-Organ *Bayernkurier* höhnt, kann weh tun. Die PDS-Forderung nach gleichen Löhnen in Ost und West mußte mit Rücksicht auf das gebeutelte Kleinkapital wieder aus dem Programmpapier verschwinden. Statt dessen lamentiert Marxist Markov in bester Unternehmermanier über die Last der Lohnnebenkosten oder die maßlosen Entsorgungsgebühren, „wo wir kaum noch den Kopf über Wasser halten können“.

Das marxistische Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate beweist sich ausgerechnet an vielen ostdeutschen Kleinunternehmern. „Das Optimum ist, daß es am Jahresende kein Minus gibt“, klagt Marita Duletzki-Schäfer, 38, eine brandenburgische Mitgründerin von Owus. Die ehemalige Buchhalterin betreibt mit einem Praktikanten und einer Halbtagskraft eine Wirtschafts- und Finanzberatung. Ihr Mann Dieter Schäfer, 52, sorgt als Geschäftsführer beim Kreissportverband für den lebensnotwendigen Nebenverdienst.

Das Paar hatte die Firma zusammen mit einem Manager aus Münster gegründet. Doch der West-Partner war mehr an steuermindernden Verlusten als am Geschäftserfolg interessiert. Mühsam brachten die Schäfers 10 000 Mark auf, um den Teilhaber auszuzahlen.

„Nirgendwo findet man einen Ansprechpartner“, klagt Schäfer. Erst PDS-Vorstandsmitglied Wolfgang Gehrcke zeigte Verständnis für die Sorgen der unterdrückten Unternehmer.

Immer wieder müssen sich die Owus-Genossen auch als Tarnorganisation alter SED-Kader beschimpfen lassen, die mit den Milliarden der Stasi oder der kommerziellen Koordination (KoKo) die Marktwirtschaft unterwandern. Bei diesem Thema versteht Markov keinen Spaß: Die etablierten Unternehmerverbände frage ja auch niemand, wo das Geld herkomme.

In trauter Vereinsrunde sehen die Gründer das schon mal etwas lockerer: Koko klinge als Name doch viel eingängiger als Owus. Das erinnere, scherzt Markov, ein bißchen an Orkus.

„IHM MUSS MAN ZUHÖREN“

Rußlands Leidensweg im 20. Jahrhundert wurde zu seiner persönlichen Passion. Alexander Solschenizyn, dessen „Archipel Gulag“ die Schrecken der kommunistischen Diktatur enthüllte, will nach der Rückkehr aus dem Exil sein Volk vor neuen Irrtümern bewahren. Kann der unerbittliche Prophet Rußland den Weg weisen?

Niemand trat ihm zur Seite, ganz allein forderte er die geballte Sowjetmacht samt Parteiapparat, Gefängnissen und Raketen heraus – nur mit seinem geschriebenen Wort. Er wurde verfolgt und verjagt, aber er siegte.

Nach 20 Jahren Exil kehrte Alexander Issajewitsch Solschenizyn, 75, im Mai heim. Er kam in ein gewandeltes Land: Über dem Kreml weht nicht mehr die rote Fahne, in der alten Zarenburg herrscht ein reuiger Ex-Kommunist, obwohl Hammer und Sichel als Wandschmuck fort dauern. Das Denkmal des Geheimpolizeigründers Felix Dserschinski ist geschleift, Leningrad heißt längst wieder St. Petersburg.

Aber in den meisten Verwaltungen und Betrieben sitzen weiterhin Funktionäre aus der Sowjetzeit. Im Parlament, der Duma, sind die Demokraten in der Minderheit. Auf den Straßen tummeln sich Händler, die Ramsch und Waren aus dem Ausland feilbieten. Mafiosi kontrollieren den Kommerz, erpressen, rauben und morden. Die Profiteure horten ihre Dollar-Millionen dort, wo der Heimkehrer Solschenizyn gerade herkommt – im Westen.

Das ist noch nicht das befreite Rußland, für das er sein Leben einsetzte. Solschenizyn hat nun seinen zweiten Kampf begonnen – nicht mehr gegen die Tyrannei, sondern gegen die moralische Verderbnis in seiner Heimat.

105 Bände an Spitzelberichten und Vernehmungprotokollen hatte die Geheimpolizei KGB über den Delinquenten und Dissidenten archiviert. Als Rotarmist machte er den ganzen Krieg mit, als Häftling stand er acht Jahre Lager durch und überlebte eine Krebserkrankung.

Für sein in der Heimat verbotenes Werk, Bücher wie „Krebsstation“ und „Der erste Kreis der Hölle“, die nur als Untergrundschriften in Rußland kursierten, bekam er 1970 den Nobelpreis, den er nicht selbst in Stockholm in Empfang nehmen durfte. Unter Breschnew aus seiner Heimat vertrieben, korrigierte er mit dem dreibändigen „Archipel



Heimkehrer Solschenizyn: In einem gewandelten Land

Gulag“ das Kommunismus-Bild des Westens. In Amerika, wo er Abgeschiedenheit fand, arbeitete er am „Roten Rad“, seinem Riesenwerk über Rußlands schrecklichen Irrweg in die Diktatur der Bolschewiken.

In Moskau hat ihm die Regierung eine Datscha zur Verfügung gestellt, umgeben von Wald; dort wohnte einmal der Marschall Tuchatschewski, den Stalin 1937 erschießen ließ.

Während seiner Rückkehr über Wladostok, Rußlands Posten im Fernen Osten, machte Solschenizyn auf einer zwei Monate langen Bahnreise über 8500 Kilometer nach Moskau allerorts

Der große Antikommunist – ein Kün- der westlicher Werte ist er nicht. Immerhin, den Deutschen gewinnt er Positives ab: Er hat seine Landsleute zur Buße aufgerufen, und zwar nach dem Vorbild der früheren Feinde, die 30 Jahre lang die NS-Greuel bereut hätten: „Man hat sie verurteilt, sie haben sich selbst gestellt, die Stirn auf den Boden geschlagen und um Vergebung gebeten.“

Er selbst hat die eigene Vergangenheit bewältigt und dabei Gerechtigkeit walten lassen. Überzeugter Sowjetmensch bis zu seinem 27. Lebensjahr, befindet Solschenizyn heute, daß jene Probleme fortbestehen, die der Kom-

Markt bringt, vermag das Volk noch immer nicht zu ernähren.

Die Inflation drückt die Masseneinkommen oftmals auf das Existenzminimum – auch wenn die Geldentwertung von 21 Prozent im Januar auf 4 Prozent monatlich im Sommer sank; derzeit steigt sie wieder an. Denn die Regierung finanziert die Beschäftigung in den unrentablen Mammutkonzernen unbeirrt durch willkürliches Gelddrucken, um die Massenarbeitslosigkeit zu verhüllen.

Das Land lebt von den Rohstoffen, über die Rußland so reichlich verfügt. Bei Zentralbank und Geschäftsbanken haben sich seit vorigem Jahr 22 Milliar-



42/1970



1-2/1974



8/1974



44/1974

SPiegel-Titel über den Nobelpreisträger mit Erstveröffentlichung seiner Werke: „Immer der Macht die Wahrheit gesagt“

Station und verkündete dem geschlagenen Vaterland seine Heilsbotschaften. Ein so großer Literat auf so großer politischer Missionsfahrt – das hat es noch nicht gegeben.

In sein letztes Gefecht zieht er wieder ganz allein; Von keiner Partei getragen, ohne die Gunst der Mächtigen tritt er an, den Russen mit ihrer epidemischen Lust an der Anarchie eine andere Richtung zu weisen.

Nur Gaunern und Schiebern hätten die Reformen Freiheit gebracht, Rußland aber sei in die Verelendung gestürzt, und die Menschen hätten das Arbeiten verlernt, lautete sein erster Revisionsbericht über die vorgefundenen Zustände. Gorbatschow? Der habe nur eine „leichte Modifizierung des kommunistischen Systems“ angestrebt. Glasnost? Das habe nicht die Freiheit des Wortes bedeutet, sondern „die Freiheit der Schamlosigkeit und des Lasters“. Jelzin? Noch gebe es keine Demokratie in Rußland.

Der gestrenge Meister beklagte die Flut überflüssiger, geistloser Information: „Jenseits einer gewissen Grenze muß man sich vor Informationen schützen.“ Der Eiserne Vorhang zwischen Ost und West habe die Russen leider nicht vor der „Jauche der Massen- und Popkultur“ aus dem Westen bewahrt.

munismus ein für allemal zu lösen versprochen hatte: „die unverschämte Ausnutzung gesellschaftlicher Vorteile und die ungezügelte Macht des Geldes“. Den National-Sozialisten Wladimir Schirinowski nannte der Russisch-Nationale Solschenizyn „die wohl übelste Karikatur des russischen Patriotismus“.

Eine Erneuerung ihres Landes an den Wurzeln kündigte der einsame Prediger seinen Zuhörern aus den Kleinstädten und Kolchosen an: „Die Provinz“ werde Rußland retten, „ohne das Dorf gehen wir unter“. Er protokollierte die „Aufspaltung der Russen gewissermaßen in zwei Nationen: in ein riesiges ländlich-provinzielles Massiv und in die zahlenmäßig geringe Bevölkerung der Metropolen, die stark von der westlichen Kultur beeinflusst ist und ganz anders denkt“.

Solschenizyn hat ein umfassendes Programm. Er fordert ein neues Bewußtsein seiner Landsleute, das ebenso gut für den Westen taugt – Entsagung, nicht das materielle Befinden, Moral, nicht die Wirtschaft veränderten die Welt. Dennoch präsentiert er auch ökonomische Rezepte.

Rußland taumelt in den Niedergang: Die riesige, weithin noch kollektivierte Landwirtschaft, die nur ein Drittel vergleichbarer westlicher Erträge auf den

den Dollar aus Exportüberschüssen angesammelt, schätzungsweise ebensoviel haben Firmen auf Auslandskonten deponiert.

Während die Großbetriebe weiter minderwertige Konsumwaren herstellen, die auch im Inland nicht mehr verkäuflich sind, erbringt die neue Privatwirtschaft – von Steuer und Statistik kaum erfaßt – bereits ein Drittel des Sozialprodukts. Gewinner ist erst einmal die neue Bourgeoisie.

Dies mag die Stunde sein, in der Rußland weniger einen Literaten und Propheten braucht als Unternehmer und Handelsleute, denen es nicht um erhabene Worte, sondern um die alltägliche Kleinarbeit der Verhandlungen, Kompromisse und der tausend kleinen Schritte geht. Oder braucht es erst recht einen Wegweiser, weil der Verlust aller Werte das Volk erneut auf gefährliche Irrwege drängt, wie sie etwa der Verführer Schirinowski vorgaukelt?

Hört das Land auf die Stimme des Alten aus den Wäldern? Laut Umfrage wissen fast alle Bewohner der Hauptstadt, was Solschenizyn im Sinn hat. In 26,5 Millionen Exemplaren haben 1990 zwei Redaktionen sein Manifest für eine Wiederauferstehung Rußlands verbreitet.

In der allgemeinen Ratlosigkeit und Entmutigung wächst der Ruf nach geisti-

ger Führung. Manche dienen Solschenizyn schon für die Präsidentschaftswahlen 1996 ihren Beistand an. Literat Jewtuschenko sieht im Dichterkollegen eine Ein-Mann-Partei.

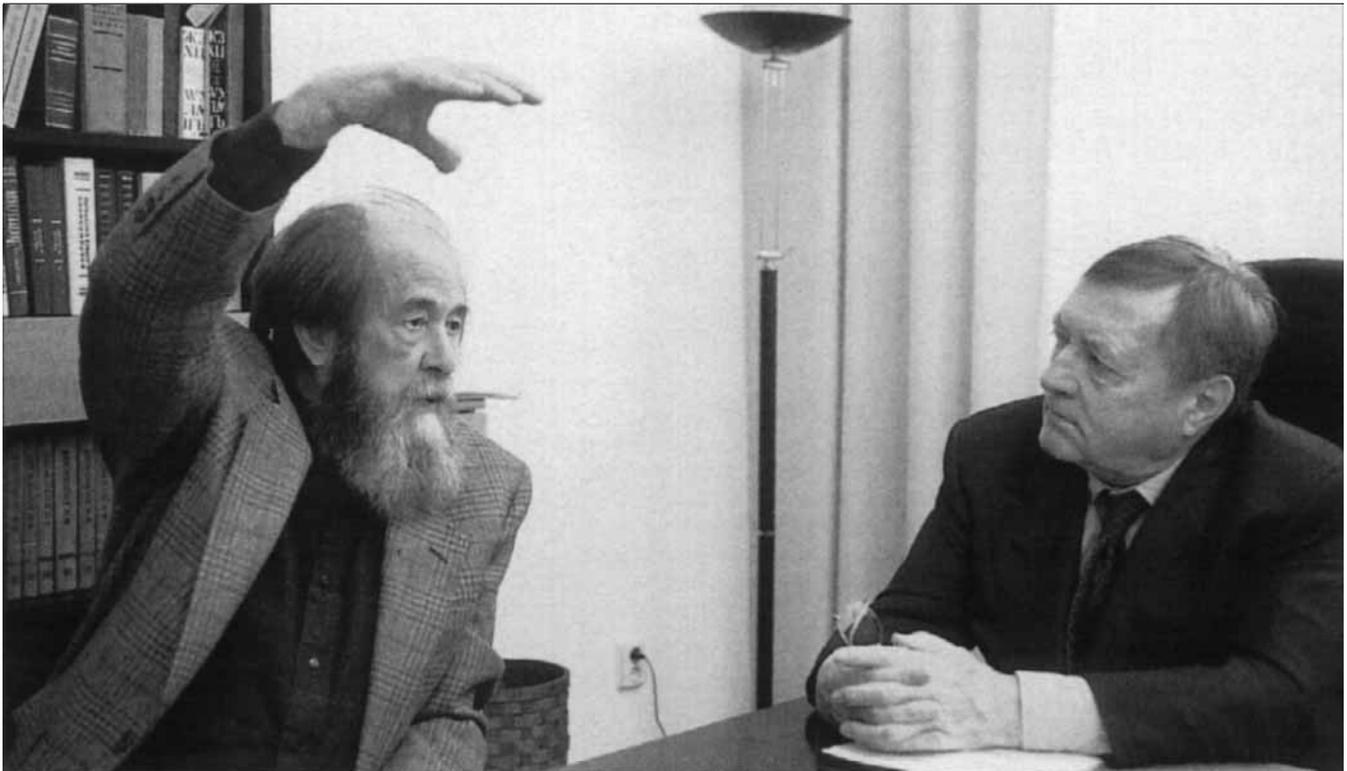
„Ihm muß man zuhören – und das sehr aufmerksam“, warb die *Iswestija* vor wenigen Tagen für Solschenizyn: „Uns, der Mehrheit, gegenüber hat er nämlich den ungeheuren Vorzug, daß er der Macht immer die Wahrheit gesagt hat und dafür von ihr gehaßt wurde.“

Das Massenblatt hält sein Auftreten vor der Duma für ebenso bedeutsam wie seine Nobelpreisrede, die er nach seiner Ausweisung 1974 nachgeholt hatte: „Beinahe jeder Abgeordnete, aus welchem politischen Lager auch immer, findet in der integren und zugleich widersprüchlichen Persönlichkeit Solschenizyns etwas, was ihn zu einem ideellen Verbündeten macht.“

In ihrer monatlichen Liste der hundert führenden Politiker Rußlands orte-

te die *Nesawissimaja gaset* den Einzelkämpfer bei seiner Ankunft im Mai auf Platz 88, immerhin noch gleich vor Gorbatschow. Nach seinem Eintreffen in Rußland erreichte er im Juli Platz 12, im September stand er direkt vor Alexij II., dem Patriarchen von Rußland.

Doch den von allen Scheiterhaufen des Jahrhunderts gesengten Mann kümmert es wenig, ob er dem Volk gefällt. Wie eh und je sagt er einfach, was er denkt.



Solschenizyn, Augstein in Moskau: „Die Berührung mit meiner Muttererde spendet mir neue Kräfte“

„Wie ein Sekretär des Volkes“

SPIEGEL-Gespräch mit Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn über Rußlands Weg aus der Krise

SPIEGEL: Alexander Issajewitsch, im Indian Summer vor sieben Jahren haben wir mit Ihnen in Vermont einen schönen Tag verbracht, in einem märchenhaften Haus mitten im Wald, wo Sie Ihren literarischen Arbeiten nachgegangen sind. Was hat Sie zurückgetrieben nach Moskau, wo Raub und Trug, Mord und Totschlag herrschen?

Solschenizyn: Ich wollte immer nach Rußland zurück, sobald nur alle Hindernisse für meine Rückkehr aus dem Wege geräumt sein würden. Die heutige schwere, wirklich sehr schwere Krise in

Rußland hat meine Heimkehr sehr beschleunigt und erforderlich gemacht.

SPIEGEL: Bei unserem Treffen 1987 war Gorbatschow zwei Jahre im Amt. Wäre es nicht klüger gewesen, damals schon zurückzukehren und auf den Weg Rußlands Einfluß zu nehmen? Jetzt ist die Richtung womöglich schon entschieden. Sie könnten zu spät gekommen sein.

Solschenizyn: Zunächst einmal ist erst vor drei Jahren die formelle Voraussetzung für meine Rückkehr geschaffen worden, indem die Anklage, ich hätte Vaterlandsverrat begangen, aufgehoben wurde. Sodann hat Gorbatschow, als er an der Macht war, die Veröffentlichung meiner Werke auf jede mögliche Art

und Weise hinausgezögert. Alle Schriftsteller, die nicht publiziert werden durften, waren schon erlaubt, ich blieb als letzter immer noch verboten.

SPIEGEL: Sie hatten uns gesagt, erst müßten Ihre Bücher zurückkehren, dann würden auch Sie kommen.

Solschenizyn: So hatte ich das gesagt. Leider ist es aber so nicht geschehen. Das meiste, was ich geschrieben habe, hat man in Rußland noch nicht gelesen. Bei meiner langen Reise durch Rußland mußte ich wiederholen, was ich vor 10, 15, 20 Jahren veröffentlicht habe.

SPIEGEL: Als Lenin 1917 aus der Emigration zurückkam, hat er sich Rußland unterworfen. Maxim Gorki beeilte sich,

Das Gespräch führten die Redakteure Rudolf Augstein, Jörg R. Mettke und Fritjof Meyer.

als er 1928 heimkehrte, sich den Herrschenden anzupassen. Sie haben nach 20 Jahren Exil erst einmal monatelang das Land bereist, die Zustände inspiziert, mit den Menschen gesprochen. Was ist Ihre Bilanz?

Solschenizyn: In den letzten Jahren hatte ich von Vermont aus die Lage in Rußland sehr sorgfältig verfolgt. Ich hatte eine genügend klare Vorstellung von der armseligen und komplizierten Lage des heutigen Rußland. Meine Rückkehr und meine Reise konnten dieses Wissen nur noch durch Details, einzelne Details der örtlichen Bedingungen, bereichern. Ich bin fast 90 Tage gereist und habe jeden Tag vier oder fünf intensive Gespräche geführt.

Frau Natalja Solschenizyna: Das steht nur ein sehr gesunder Mensch durch. Die Reisen waren sehr anstrengend, er aber wurde immer gesünder. Man muß auf Holz klopfen: Es war, als ob man eine Batterie auflädt.

Solschenizyn: Die Berührung mit meiner Muttererde spendet mir neue geistige Kraft. Mein Gesamteindruck erwies sich als richtig. Indessen, die wertvollsten Ergänzungen habe ich durch persönliche Gespräche mit sehr vielen Menschen erhalten; genau das, was ich von Vermont aus über irgendwelche Medien nie hätte erfahren können: dieses lebendige Gefühl des noch nicht vernichteten geistigen Potentials meines Volkes. Mich hat die Erkenntnis tief bewegt, daß nach 75 Jahren gezielter Vernichtung noch soviel geblieben ist an tatendurstigen, frischen und einsatzbereiten Menschen, die nach Wegen suchen, aber in dem heutigen Durcheinander häufig keine Möglichkeit dafür finden.

SPIEGEL: Mit wem haben Sie gesprochen? Vor einem ausgewählten Publikum?

Solschenizyn: In jeder Gebietsstadt und nicht nur dort habe ich vor Menschenmassen geredet, tausend, anderthalbtausend oder mehr Leuten. Darüber hinaus unterhielt ich mich mit Gruppen von 20 Leuten, oder auch nur zwei, drei, und dann von Angesicht zu Angesicht auf der Straße oder irgendwo in einem stillen Winkel. Auch bei Großveranstaltungen habe ich nie einen vorbereiteten Vortrag gehalten. Ich habe als erstes alle aufgefordert, selbst zu reden.

Ich habe mir alles in meinem Tagebuch notiert, als ein Sekretär des Volkes sozusagen, und danach habe ich zu ihren Ausführungen Stellung genommen. So habe ich mich bemüht, mit allen sozialen Schichten in Kontakt zu kommen, von ganz unten bis zu den Oberen der Gebietsführung. Ich habe sehr viele Seiten des Lebens erfaßt, wenn natürlich auch nicht alle, habe eine große Vielfalt an Meinungen aufgenommen. Zu einigen Themen aber, die mir besonders brennend schienen, habe ich mich be-

Alexander Solschenizyn

11. Dezember 1918

geboren in Kislowodsk im Nordkaukasus

1941
bis
1945

Dienst in der Roten Armee, Artilleriehauptmann

1945
bis
1953

In Straf- und Sonderlagern wegen Verunglimpfung Stalins

1953
bis
1956

„Ewige Verbannung“ in Kasachstan

1957
bis
1962

Lehrer in Rjasan

1962

Mit Billigung Chruschtschows erscheint die Erzählung „Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch“ in der Literaturzeitschrift *Nowy mir*. Diese Darstellung der sowjetischen Zwangsarbeitslager wird zum größten literarischen Erfolg in der Sowjetunion seit dem Kriege. Solschenizyn macht das Schreiben zum Beruf.

1966

Publikationsverbot in der Sowjetunion

1968

Die Romane „Krebsstation“ und „Der erste Kreis der Hölle“ werden im Westen publiziert und verschaffen Solschenizyn Weltruhm.

1970

Nobelpreis für Literatur. Der Autor kann den Preis erst 1974 persönlich in Empfang nehmen.

1973
bis
1975

Die drei Bände des Romans „Der Archipel Gulag“ werden in Paris veröffentlicht.

Februar 1974

Ausbürgerung aus der Sowjetunion. Aufnahme zunächst bei Heinrich Böll in der Bundesrepublik, dann in der Schweiz.

1976
bis
1994

Exil in den USA, im Bundesstaat Vermont. Hier entsteht der zehnbändige Romanzyklus „Das Rote Rad“.

27.
Mai
1994

Rückkehr nach Rußland. Von Wladiwostok reist Solschenizyn 55 Tage lang mit dem Zug durch das Land. Am 22. Juli kommt er in Moskau an.

September/Oktober 1994

27-Tage-Reise in den Süden Rußlands



Soldat Solschenizyn



Solschenizyn, Böll



müht, mehrfach Veranstaltungen durchzuführen.

SPIEGEL: Für solch eine Schriftstellerreise läßt sich kaum ein Vergleich finden, und auch kein Politiker hat sich je ein Vierteljahr derart unters Volk gemischt. Am Ende haben Sie ein vernichtendes Urteil gefällt: Sie fanden die Herrschaft des Dollar vor, ausgeübt von den übel-

sten Elementen. Fanden Sie die Demokratie?

Solschenizyn: Ich sage voller Verantwortung: In Rußland herrscht keine Demokratie. Und ich kann das auch beweisen.

SPIEGEL: Zum erstenmal seit 1917 konnten die Russen doch frei und direkt ihre Volksvertretung wählen, zum erstenmal den Herrn im Kreml.

Solschenizyn: Diese Wahlen stützen sich nicht auf das Rechtsbewußtsein des Volkes, denn das Rechtsbewußtsein ist in der langen Periode der Bolschewiken unterdrückt worden. Das muß erst wieder aufgeklärt und belebt werden. Aus der Zeit der Bolschewiken ist die frühere Haltung zu Wahlen geblieben.

SPIEGEL: Immerhin haben die Russen keine Hemmungen mehr, an ihrer Obrikeit freimütig Kritik zu üben.

Solschenizyn: Ich hatte Gelegenheit, in ungezwungener Atmosphäre mit Arbeitern zu sprechen, doch einer der klügsten von ihnen gesteht mir mit einem bitteren Lächeln: Jetzt rede ich mit Ihnen ganz offen. Wenn es aber morgen bei uns zu einer Abstimmung kommt und die Betriebsleitung sagt, sie hätte da eine Resolution vorzuschlagen, dann werden wir alle aus irgendeinem Grund unsere Stimme

dafür abgeben. Das ist diese schreckliche Macht der Gewohnheit. Dieses ganze Chaos, das in den letzten Jahren in unser Leben gebracht worden ist, hat die Menschen apathisch gemacht – ob man wählt oder nicht wählt, es ändert sich nichts. Oft geben über 50 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme gar nicht ab. Jetzt ist festgelegt, daß schon mit 30 Prozent Beteiligung die Wahlen gültig sind. Manche Kandidaten sind mit 10 Prozent der Stimmen gewählt worden.

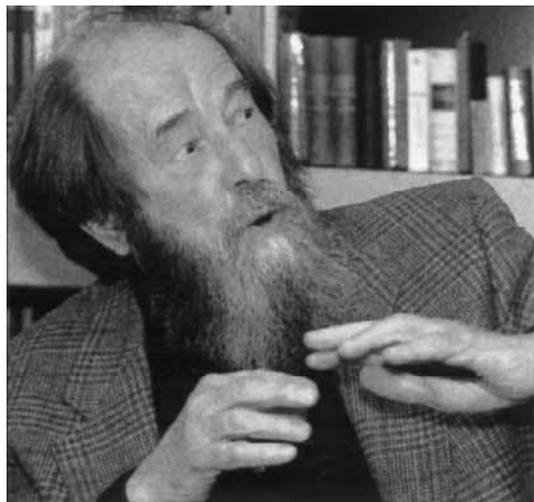
SPIEGEL: Sie selbst mißtrauen allen Kandidaten, welche Partei sie auch immer aufgestellt hat?

Solschenizyn: Das sind doch alles keine echten Parteien, die wirklich eine Basis im Volksleben und im gesamten Territorium hätten. Das ist in der Regel eine

Gruppe von Parteiführern in Moskau, die entscheidet, was mit dieser Partei geschieht. Sie finden irgendwo Geld, drucken irgendwelches Zeug und stellen Parteilisten auf. Da werden Leute aufgeboten, die überhaupt niemand kennt. Für diese Parteien ist das Volk nicht das Ziel und auch nicht eine Verpflichtung, sondern einfach Material für die Wahlkampagne, es wird als Material benutzt, sonst interessiert es sie nicht.

SPIEGEL: Wie wünschen Sie es sich denn?

Solschenizyn: Überall wo ich war, habe ich den Menschen gesagt: Der Schlüssel für uns, für die Rettung Rußlands, sind die Gemeindewahlen. Über die Leute in Moskau kann sich niemand ein Urteil bilden, doch die Leute hier vor Ort, die kennt ihr doch. Wählt die Ehrli-



P. KASSIN

„Das sind keine echten Parteien. Das Volk dient als Material“

chen, die Selbstlosen, die Weisen und jene, die gegenüber der Obrigkeit Mut zeigen. Die müssen gewählt werden.

SPIEGEL: Hat das Ihren Zuhörern gefallen?

Solschenizyn: Es gab sogleich Widerspruch. Gerade vor Ort ist es besonders gefährlich, abzustimmen. Denn da liegt alles offen auf der Hand. Es ist ja nicht nur wichtig, wie einer abstimmt. Vor der Wahl muß ja die Wahlkampagne durchgeführt werden. Tritt einer heute gegen einen bestimmten Kandidaten auf, verliert er morgen seinen Arbeitsplatz.

SPIEGEL: Die alten Parteifunktionäre sind noch überall präsent.

Solschenizyn: Jelzin hat denn auch bei den Gouverneuren eine Wahl verboten. Die meisten hat er einfach eingesetzt. Bei den nächsten Kommunalwahlen, das erfuhr ich auf meiner Reise, ist die Wahl von Bürgermeistern und Verwaltungschefs von Gebieten untersagt.

SPIEGEL: Weil nicht Demokraten die Mehrheit erringen, wie die Wahlen zum Zentralparlament, der Duma, gezeigt haben.

Solschenizyn: Sehr schnell läßt sich die heutige Administration gar nicht austauschen, die Parteinomenklatura herrscht nach wie vor an vielen Stellen. Anfangs schien mir das einfach, es müssen alle gewählt werden. Viele dachten so. Nach gründlichem Überlegen kommt man zu dem Schluß, ein Land wie Rußland, so riesig und geographisch so mannigfaltig, mit den unterschiedlichsten Religionen und Nationalitäten, mit einem so komplizierten Verkehrsnetz, braucht in der Tat eine starke Zentralmacht.

Die kann aber nicht ohne vertikale Weisungsbefugnis – von oben nach unten – bestehen. Daher glaube ich, die wahre Lösung für Rußland liegt gegenwärtig in einer vernünftigen Verbindung der mehr oder weniger etablierten Zentralmacht, die von einer starken Präsidentenmacht ausgeht, mit der lokalen Selbstverwaltung. Das Wichtigste, was heute in Rußland fehlt, ist eine aktive, echte Gemeinde, die an der Wurzel beginnt, ganz unten, die langsam nach oben wächst. Diese beiden Mächte müssen sich wechselseitig kontrollieren, so daß wirklich das Volk Herr über das eigene Schicksal sein kann. Anders läßt sich Demokratie nicht aufbauen.

SPIEGEL: Das erinnert an die Reformen des Zaren Alexander II., der eine lokale Selbstverwaltung einführte, die „Semstwo“.

Solschenizyn: Sie haben den Punkt getroffen. „Semstwo“

ist ein alter russischer Begriff, der jahrhundertlang die Mitwirkung unseres Volkes verkörperte, besonders in jener „Zeit der Wirren“ zu Anfang des 17. Jahrhunderts, als es keinen Zaren gab und die Bojaren auseinandergelaufen waren. Ausländer drangen nach Moskau vor und hatten halb Rußland schon in der Hand.

SPIEGEL: Die Zeit der Wirren währte 15 Jahre und scheint nun wiederzukehren.

Solschenizyn: Damals entstand die Semstwo-Bewegung, eine Initiative von unten. Von einer Siedlung zur anderen, von einer Stadt zur anderen wurden jeweils Vertreter entsandt. Der ganze Norden Rußlands, das „Pomorje“, schloß sich zusammen, stellte eine Landwehr auf, verjagte die Polen aus Moskau und errichtete eine neue Staatsordnung. Unter dem Zaren Michail Fjodorowitsch, dem ersten Romanow, wurden regelmäßig Semstwo-Sitzungen einberufen: eine Vertretung des ganzen

Volkes, die der neue Zar nicht ignorieren konnte.

SPIEGEL: Bis Peter der Große kam, der Rußland gewaltsam nach Westen öffnete – der Ursprung allen Ungemachs?

Solschenizyn: In meinem Buch „Die russische Frage Ende des 20. Jahrhunderts“, das nächsten Monat in Deutschland beim Piper-Verlag erscheint, untersuche ich, wie in der folgenden Petersburger Zeit und dann besonders unter den Bolschewiken diese Initiative systematisch unterdrückt wurde und zerfiel. Das Volk sollte nicht Herr seines Schicksals sein.

SPIEGEL: Sie werden auf Ihren Reisen die tiefe Enttäuschung der Provinz über die Regierenden in Moskau bemerkt haben. Wie soll heute eine starke Zentralmacht das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen?

Solschenizyn: Das ist eine der schwierigsten moralischen Fragen. Im Unterschied zu Deutschland, wo der Nazismus 12 Jahre herrschte, war bei uns der Kommunismus 75 Jahre an der Macht. Bei uns gab es keinen echten, von Herzen kommenden Impuls der ehemaligen Machthaber, Reue zu zeigen, die eigenen Sünden zu bekennen.

SPIEGEL: Bei uns war es damit auch nicht weit her.

Solschenizyn: Die russischen Gewalthaber von damals, und das ist eine starke Schicht, tragen jetzt demokratische Farben. Über Nacht wurden sie Demokraten. Dieselben Menschen, die immer den Kapitalismus verdammt, die gesagt hatten, er sei dem Untergang geweiht, identifizierten sich von heute auf morgen mit den kommerziellen Strukturen, dem Banksystem. Ich werde nicht müde, dazu aufzurufen, daß die Reue irgendwann beginnen muß, zumindest bei einzelnen Leuten. Allerdings setze ich meine Hoffnung auf jene Kräfte im Volk, denen ich begegnet bin und die mit großem Mißtrauen auf das schauen, was da in Moskau geschieht. Es geht darum, wie man ihnen die Möglichkeit zu freiem Handeln verschafft – ohne Angst. Ohne eine Bestrafung für jedes freie Tun. Das ist einer der entscheidenden Schritte, damit Rußland wieder aufersteht.

SPIEGEL: Erwarten Sie eine Beichte, um dar-

aufhin eine Läuterung zu erreichen und die höhere Moral?

Solschenizyn: Anders als in Deutschland gab es bei uns kein einziges Gerichtsverfahren. Damit wären zwar die Sünden nicht getilgt, aber wenn ein Täter sagt, er bereue, dann läßt sich anders mit ihm reden. Wenn er so tut, als habe er niemals etwas Schlechtes getan . . .

SPIEGEL: . . . dann ist die Vergangenheit noch nicht bewältigt, mit allen bösen Folgen für die Gegenwart.

Solschenizyn: Schauen Sie mal die *Pravda* an. Ein Dreivierteljahrhundert lang hat sie uns mit dem Hammer auf den Schädel gehauen. Jede Zeile war gegen das Volk gerichtet. Niemals, in keiner einzigen Ausgabe der *Pravda*, konnten Sie einen Beitrag finden über das Leiden des Volkes. Und über Nacht schlugen sie einen Salto, verteidigen nur die Volksinteressen, denken allein daran, haben nie an etwas anderes gedacht.

SPIEGEL: Das haben sie vorher auch immer behauptet.

Solschenizyn: Wenn sie doch einmal schreiben würden: Ja, wir haben euch betrogen, wir haben ohne Unterlaß etwas Falsches getan, aber nun schwören wir, daß wir euren Willen vertreten wollen.

SPIEGEL: Sie sprechen wie ein Priester, oder so, wie der Patriarch sprechen sollte. Besitzt Rußlands Kirche heute moralische Kompetenz?

Solschenizyn: Die Russisch-orthodoxe Kirche hat ihre bitterste und vernich-

tendste Niederlage in den Jahren des Kommunismus erfahren. Anfangs wurde in der allerschlimmsten Weise auf sie eingeschlagen, von der späten Stalin-Zeit an aber wurden die Krallen des KGB in sie hineingeschlagen. Die Kirche versucht nun mühsam, wieder auf die Beine zu kommen und aufrecht dazustehen. Damit hat die heutige billige Mode von Presse und Fernsehen nichts zu tun, immer wieder Priester einzubeziehen, sogar während des Gottesdienstes zu filmen.

SPIEGEL: Reuelose Politiker sind nun plötzlich Christen. Jelzin und die anderen Konvertiten gingen aber vermutlich nicht mit geweihter Kerze in die Kirche, wenn nicht Reporter dabei wären.

Solschenizyn: Machthaber und Medien sind sich einig. Ich meine, so etwas darf man nicht im Fernsehen vorführen.

SPIEGEL: Aber die einfachen Menschen – drängen die nun in die Gottesdienste, auf der Suche nach einem neuen Glauben?

Solschenizyn: Sie möchten die Beziehung zur Kirche wiederaufbauen, noch ganz schüchtern. Es ist noch keine allgemeine Bewegung, ihre Zahl ist schwach. Und die Kirche selbst ist schwach, auch materiell: Sie bekommt Gotteshäuser zurück, hat aber nicht das Geld, sie wieder aufzubauen, Ikonen zu beschaffen oder auch nur das Dach zu reparieren. Auch dies ist ein langer Weg. Derweil betätigen sich Missionare westlicher Religionen und Sekten mit großem Geld

übers Fernsehen, als wären wir ein Heidenland.

SPIEGEL: Selbst unter den Kommunisten hing immerhin etwa ein Drittel des russischen Volkes dem orthodoxen Glauben an – obwohl viele Priester inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheitsbehörden waren.

Solschenizyn: Seminare und Akademien müssen erst wieder eingerichtet werden, um Geistliche von hohem Niveau auszubilden, die auch mit intellektuellem Publikum umgehen können. Dazu braucht man Jahrzehnte.

SPIEGEL: Wer setzt die Maßstäbe, wenn die Kirche als moralische Anstalt ausfällt?

Solschenizyn: Verlieren die Menschen den Sinn dafür, was man darf und was man nicht darf, läßt sich kein



Jelzin bei der Osterprozession

„So etwas darf man nicht im Fernsehen zeigen: Machthaber und Medien sind sich einig“

Staat aufbauen, die menschliche Gesellschaft fällt auseinander.

SPIEGEL: Und wer definiert, was der Mensch darf?

Solschenizyn: Die Maßstäbe sind uns von Geburt an eingegeben, die Religion übt die Kontrolle aus. Mein Gewissen muß mir sagen: Hier gehe ich zu weit. Hat von unseren Neureichen etwa einer wenigstens einmal zugegeben, daß er etwas wirklich Scheußliches tut, daß er sich durch Bestechung Lizenzen besorgt und unseren Volksreichtum verschleudert, das Geld im Westen dann versteckt, oder auch im Osten? Er raubt unseren Nationalreichtum aus. Das ist gegen die Moral, eine Schande. Es ist Diebstahl.

SPIEGEL: Und wer soll diesen Leuten die Maßstäbe setzen?

Solschenizyn: Als Schriftsteller kann ich nur fordern und mahnen. Der Staat müßte seine Folgerungen ziehen und die Einkünfte umverteilen.

SPIEGEL: Da sind Sie aber den Ideen von Karl Marx recht nahe.

Frau Natalja Solschenizyna: Der Sozialismus ist widernatürlich. Für die Menschheit ist der Kapitalismus naturgegeben.

SPIEGEL: Was ist denn nun die menschliche Natur – Egoismus oder Solidarität?

Solschenizyn: Der Sinn für Gerechtigkeit ist angeboren, das weiß man meistens selbst. Sonst wäre Reue gar nicht möglich. Das Streben, etwas zu produzieren und dabei auch Gewinne zu erzielen, steckt in der menschlichen Natur. Ihr läuft es aber zuwider, ausschließlich nach Gewinnen, nach Bereicherung zu trachten, egal auf welche Weise sie zustande kommen. Es muß eine moralische Grenze vorhanden sein. Ob wir uns daran halten, dafür trägt jeder von uns persönliche Verantwortung vor Gott.

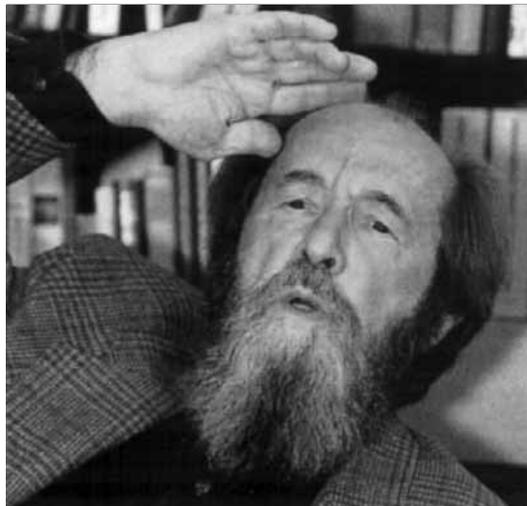
SPIEGEL: Und der Staat soll das dann durch Gesetze steuern?

Solschenizyn: Der Staat darf nicht gleichgültig zusehen, und dafür ist Rußland ein sehr treffendes Beispiel. Hier kümmert sich der Staat überhaupt nicht darum, auf welche Weise einer Profit macht. Uns wird heute die Luft abgewürgt, nicht nur durch hemmungsloses Gewinnstreben, sondern durch direkte, schrankenlose Kriminalität, die mancherorts schon die Strukturen einer Schattenmacht schafft. Trotzdem steht der Staat dem gleichgültig gegenüber.

SPIEGEL: Puschkin hat einmal gesagt, was in London zur rechten Zeit kommen mag, ist für Moskau zu früh. Das hieße eine Einbahnstraße in der Entwicklung von Westen nach Osten, eine naturgesetzliche Verspätung Rußlands.

Gibt es Dinge, die in London oder in Washington modisch geworden sind, für Rußland aber niemals taugen?

Solschenizyn: Es gibt in der Welt kulturelle, an die jeweilige Tradition gebundene geistige Schöpfungen, die jeweils ihren eigenen, spezifischen Charakter haben. Man darf daraus keinen Kanon des Fortschritts bilden. Von der Technologie ließ sich immer sagen: Die USA sind vorneweg, die Sowjetunion hinkte in der Rüstungstechnik ein bißchen hinterher, war dennoch in diesem Sektor stark entwickelt, aber das stand in keinerlei Verhältnis zu den Realitäten in



P. KASSIN

„Hemmungsloses Gewinnstreben würgt uns die Luft ab“

unserem Lande. Man darf nicht das ganze komplizierte, traditionsgebundene Gefüge des geistigen Lebens, der Kultur, der wirtschaftlichen oder politischen Entwicklung gleichsetzen.

SPIEGEL: Was der Westen für sich als Vorteil ansieht, kann Rußland durchaus zum Nachteil gereichen?

Solschenizyn: Es gibt einfach einen Austausch von Ideen, auch von Formen, ihre Übernahme ist aber nicht zwingend. Was ich über den Aufbau einer russischen Selbstverwaltung gesagt habe, kann nicht für den Westen gelten, der stets eine vertikale Machtstruktur bevorzugte.

SPIEGEL: Preußen begann nach Napoleon seinen Wiederaufstieg auch mit einer Reform der Kommunalverfassung.

Solschenizyn: Die schlichte Übernahme oder Nachahmung wäre ein aussichtsloses Unterfangen.

SPIEGEL: Gilt das auch für die Marktwirtschaft?

Solschenizyn: Marktwirtschaft heißt, daß sich Angebot und Nachfrage gegenseitig regeln. Bei uns kann davon keine Rede sein. Unsere Preise werden ganz willkürlich festgesetzt. Gerade eben haben wir den schwarzen Dienstag mit

dem Rubelsturz erlebt. Da fing alles an, willkürlich alle Preise zu erhöhen. Die Moskauer Administration mußte sich einmischen, damit die Preise wieder runtergehen. Das ist doch keine Marktwirtschaft.

SPIEGEL: Zu Ihrem Plan, die Gesellschaft von den Wurzeln her zu rekonstruieren, gehört auch die Förderung der lokalen Märkte, des Kleinunternehmertums, von Handwerk und Gewerbe, um die Grundversorgung des Volkes sicherzustellen. Aber bis zum letzten Dorf gibt es bereits wieder Straßenmärkte . . .

Solschenizyn: Da handelt es sich oft um einen Nebenerwerb, nicht um den Verkauf der Produzenten. Um einen Versuch, aus einer schweren Lage einen Ausweg zu finden. Auf meiner Reise habe ich die Züge Peking-Moskau gesehen. Wenn sie auf einem Bahnhof anhalten, werden alle Fenster im Zug so bunt wie die Fahnen aller Staaten: Unsere Bürger schleppen ausländisches Zeug heran, irgendwelche Klamotten, halten sie aus den Fenstern, und die Sachen gehen reißend weg.

In ganz Sibirien herrscht inzwischen diese Art Markt oder Basar. Und eine Frau steht vor mir mit Tränen in den Augen und sagt: Ich bin Lehrerin, ich schäme mich, daß ich so was tun muß, aber ich



Spielkasino in Moskau

„All die Neureichen haben nie etwas geschaffen, sondern Volkseigentum verschleudert“

komme mit meinem Lehrergehalt nicht durch. Das ist es nicht, wovon ich gemeint habe, daß es zu fördern sei.

SPIEGEL: Der Kommerz, den Sie beschreiben, ist häßlich, aber er beweist, daß die Russen auch tüchtige Händler sein können. Und der jahrzehntelang verbotene private Handel organisiert die Versorgung.

Solschenizyn: Kapitalismus ist nun einmal ohne Produktion nicht möglich. Bei uns aber ist die Produktion zusammengebrochen, ein unvorstellbarer Zusammenbruch. Die Produktion sinkt um 20 Prozent im Jahr. All die Neureichen von heute haben nie etwas geschaffen, nichts

produziert, mit Devisenkursen gespielt, Bestechungsgelder gegeben und Naturressourcen, also Volkseigentum, verschandelt. Das hat mit Kapitalismus nichts zu tun.

SPIEGEL: Warum können Privateigentum und Marktwirtschaft in Rußland nicht dieselben Erfolge haben wie im Westen? Selbst unter Chruschtschow lieferten die vier Prozent des Bodens, die privat bebaut werden durften, etwa ein Drittel aller Lebensmittel und 60 Prozent aller Kartoffeln. Die Staatswirtschaft erfüllte ihre Pläne oftmals nur mit Hilfe des schwarzen Marktes.

Solschenizyn: Freie Marktwirtschaft hatten wir schon einige Jahrzehnte vor der Revolution. Das hat wunderbar funktioniert. Nun sagt man uns, wir sollten das vom Westen übernehmen. Wir müssen nichts übernehmen, wir hatten das. Aber wenn die Produktion abgewürgt wird, dann kann man keine Werte schaffen. Wir haben am falschen Ende angefangen: Bei uns wurden die Preise freigegeben – in einer monopolistisch gestalteten Umwelt, ohne Konkurrenz. Der Ratschlag vom Internationalen Währungsfonds war absolut unangemessen: Den Monopolbetrieben wurde gesagt, sie könnten die Preise so steigern, wie sie wollen, und das taten sie, um das Fünffache, das Zwanzigfache, Tausendfache.

SPIEGEL: Die hohen Preise müßten eigentlich die Warenproduktion anregen. Natürlich fängt es erst mal mit dem Handel an. Das Resultat ist schon zu sehen: Alle Läden sind voll, alle Güter sind zu haben, niemand muß mehr Schlange stehen. Das hat es drei Generationen lang nicht gegeben.

Solschenizyn: Das ist Selbstbetrug! Welche Waren liegen da? Vorwiegend ausländisches Zeug, dritte Wahl, zehnte Wahl. Das wird zunächst mal billig verkauft, damit unsere Produktion total erdrosselt wird. Und unsere Führung spielt voll mit. Beginnen sollte man nicht mit dem Handel, sondern mit der Produktion. Wenn nichts produziert wird, gibt es nichts zum Verkaufen. Es könnte dahin kommen, daß man überhaupt kein Geld mehr hat, etwas zu kaufen. Um keine Massenarbeitslosigkeit aufkommen zu lassen, herrschen jetzt schon Kurzarbeit und Zwangsurlaub.

SPIEGEL: Was jetzt zusammenbricht, ist vor allem die überflüssige Rüstungsproduktion. Es geht darum, mehr Konsum-



Kleiderhandel an der Transsibirischen Eisenbahn

„Zugfenster bunt wie Fahnen – man schleppt ausländisches Zeug heran, die Klamotten gehen reißend weg“

güter im Lande selbst zu produzieren. Was tun?

Solschenizyn: Ich bin kein Wirtschaftsfachmann und werde keine grundsätzlichen Lösungen vorschlagen. Was mich besonders besorgt macht, ist das geplante Gesetz über Grund und Boden, das durch ein Wunder erst einmal gestoppt worden ist. Beabsichtigt war der freie Kauf und Verkauf durch Versteigerung von Grundstücken, wobei nicht einmal die landwirtschaftliche Nutzung dieses Bodens kontrolliert werden sollte. Das würde Rußland vernichten.

SPIEGEL: Wie das?

Solschenizyn: Boden ist keine gewöhnliche Ware. Niemand, der bäuerliche Arbeit leisten kann, hat heute das Geld, um Boden zu kaufen. Bei einer Versteigerung werden dieselben Leute das Land kaufen, die mit Produktion noch nichts zu tun hatten, aber auf ihre Gaunerart zu Geld gekommen sind. Die werden Lohnbetriebe einrichten, wir werden zu einer Art Leibeigenschaft zurückkehren oder zur Tagelöhnerwirtschaft.

SPIEGEL: Was empfehlen Sie?

Solschenizyn: Im Gesetz über Grund und Boden muß als erstes die Bauernschaft rehabilitiert werden. Die Bolschewiken haben den Bauern das Land weggenommen, durch Lenins Bodengesetz wurde es Nationaleigentum, gehörte also niemandem. Und dann wurde es mit Stalins Kollektivierung noch einmal weggenommen. In vielen Fällen sind Menschen da, die das Land erben wollen, das nachweislich ihrem Vater, Großvater oder Urgroßvater weggenommen worden ist und die an dieses Land eine bäuerliche Bindung haben. Sie müssen das Land zurückbekommen.

SPIEGEL: Rückgabe vor Entschädigung?

Solschenizyn: Rückgabe, unentgeltlich. Dann gibt es die Fälle, wo sich Leute für die Tätigkeit als Bauer eignen – nicht jeder ist imstande, den Boden zu bearbeiten. Solchen Menschen muß die Möglichkeit gegeben werden, an Grund und Boden zu kommen. Dafür müssen als erstes Agrarbanken geschaffen werden, die den Boden verkaufen oder in Erbpacht übergeben. Mit langfristigen Krediten, zu geringem Zinssatz. Die bereits vorhandenen Agrarkomitees müssen die Aufgabe erhalten, die effektive und ökologisch vertretbare Nutzung des Bodens zu kontrollieren, notfalls für eine Rückgabe nach drei Jahren sorgen.

SPIEGEL: Der Reformator Stolypin übergab vor dem Ersten Weltkrieg Bauern ein paar Hektar Land, damit sie sich ih-

ren Hof einrichteten. Ist das womöglich heute ein Ausweg für das Millionenheer der Arbeitslosen aus den Städten, der Arbeiter aus den unproduktiven Rüstungskombinaten?

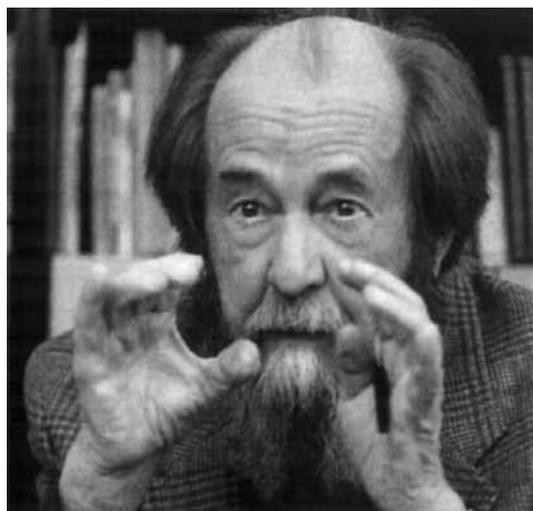
Solschenizyn: Nicht nur für diese, auch für Flüchtlinge aus den Republiken, die sich von Rußland getrennt haben. Doch die Landwirtschaft ist eine hohe Kunst. Wenn sie einige Generationen lang vernichtet worden ist, läßt sie sich so schnell nicht wiedergewinnen.

SPIEGEL: Das russische Proletariat hat noch sehr starke Bindungen zum Land. Die Frage, wie die Ernte steht und wie die Kartoffeln wachsen, ist hier ein ständiges Gesprächsthema.

Solschenizyn: Einen Städter mal rasch aufs Land schicken, das geht nicht, der richtet in einem Jahr alles zugrunde. Den Boden muß man lieben, die Arbeit muß man können.

SPIEGEL: Sollen die Kolchosen verschwinden?

Solschenizyn: Das wäre noch eine Revolution und genauso falsch. Auch in der Wirtschaft sollen die Menschen wie im sozialen Leben so handeln können, wie sie es möchten. Persönliche Initiative muß man fördern. Manche gehen



P. KASSIN

„Den Boden muß man lieben, die Arbeit muß man können“

nach vorn, manche schauen sich erst einmal um und kommen dann in Gang. Es können auch – und das geschieht schon – aus den dahindämmenden Kolchosen aktive Personengruppen mit ihrem Anteil an Land ausgegliedert werden, die es dann selbständig bearbeiten. Ich kenne schon solche Fälle, eine Art von Genossenschaft, und sie arbeiten außerordentlich erfolgreich.

SPIEGEL: Sollen die neuen Eigentümer das volle Eigentumsrecht erhalten, das Land auch vererben dürfen?

Solschenizyn: Ja, aber es kommt darauf an einzusehen, daß der Boden keine

Ware ist, die jeder, der möchte, kaufen oder verkaufen kann. Noch einmal: Es muß eine Kontrolle geben, damit unsere landwirtschaftliche Produktion nicht zugrunde geht.

SPIEGEL: Es ist ja ein immerwährender Skandal, daß dieses große Land sich nicht selbst ernähren kann.

Solschenizyn: Das ist eine furchtbare Schande. Wir können unsere Waren nirgendwo hinbringen, weil die Eisenbahntarife jetzt völlig irrsinnig sind. Es fehlen Straßen, Treibstoffe, Technik, Infrastrukturen. Ich habe mich unterwegs mit vielen Bauern unterhalten, meist Väter mit zwei, drei Söhnen. Die wenigsten wollen weitermachen. Viele haben schon aufgegeben und sind in den Handel übergewechselt. Der Sinn für den Boden, für landwirtschaftliche Arbeit ist verlorengegangen. Sonst wären die Lebensverhältnisse in der Stadt nicht so attraktiv geworden.

SPIEGEL: Sie teilen die Russen in eine Mehrheit in der Provinz, das sind die Guten, und die Minderheit in den Metropolen, die vom westlichen Geist verdorben sind?

Solschenizyn: So etwas habe ich nie geäußert. Ich habe von meinen positiven Eindrücken in der Provinz gesprochen. Mein Aufenthalt in Moskau hat noch gar nicht richtig begonnen. Ich bin hier erst sechs Wochen und versuche, meiner unendlichen Briefberge Herr zu werden. Und ich habe das, was ich mir unterwegs aufgezeichnet habe, in Ordnung gebracht. In Moskau habe ich noch keine öffentliche Rede gehalten, bin kaum mit jemandem zusammengetroffen. Das kommt erst alles noch, nach meiner Rede in der Staatsduma.

SPIEGEL: Aber mit dem westlichen Einfluß werden Sie sich nicht abfinden?

Solschenizyn: Der Pluralismus muß integral sein, sich über das ganze Land erstrecken, aber nicht so, wie manche im Westen sich das vorstellen – es gäbe gewisse Rahmen, und innerhalb dieser könnte es jede Menge Pluralismus geben. Vom amerikanischen Präsidenten George Bush stammt ein Wort aus dem September 1992 vor der Uno: Unser Ziel ist die Herstellung der freien Marktwirtschaft in der Welt. Das ist ein totalitärer Satz.

SPIEGEL: Das war ein Hilfsangebot an Osteuropa.



Bäuerinnen bei der Kartoffelernte

„Der Sinn für Landwirtschaft ging verloren, sonst wäre das Leben in der Stadt nicht so attraktiv“

Solschenizyn: Es gibt verschiedene Welten in der Welt, eigene Vorstellungen, Traditionen, Kulturen. Rußland ist ein Kontinent, Indien ein anderer, China und Japan, Afrika, Lateinamerika! Sie alle müssen respektiert werden. Ich bin für den Pluralismus, für die Achtung sämtlicher Kulturen auf Erden, habe auch nichts gegen einen westlichen Einfluß, einen positiven, der möglich ist, aber ohne Diktat: Übernehmt das so, wie es bei uns ist. Wir müssen das allein schaffen.

SPIEGEL: Alexander Issajewitsch, Sie möchten aus dem Westen die guten Ideen haben, die Popmusik aber nicht, auch nicht die Pornographie, die „Jauche“, und nicht den Kapitalismus.

Solschenizyn: Popmusik und Rockmusik, Porno, das ist mir alles zuwider. Jedoch der Kapitalismus? Durch menschliches Gewissen nicht gebändigt, von Gottes Atem unberührt, sind Kapitalismus und Sozialismus gleichermaßen widerlich. Jede Gesellschaftsstruktur muß der Selbstbeschränkung und dem Gewissen der Menschen unterliegen, einem Ehrgefühl, dem Anstand. Die moralischen Schranken stehen über jeder Gesellschaftsform. Es ist nicht wahr,

daß die Wirtschaft alles entscheidet. Entscheidend ist die Moral, und die kann nicht auf hemmungslose Bereicherung gerichtet sein, sondern nur auf Selbstbeschränkung und Verzicht.

SPIEGEL: Ist das nur Ihr Rezept für den russischen Sonderweg, oder gilt das auch für andere Regionen der Erde?

Solschenizyn: Sich selbst zu beschränken, das ist ein Rezept für die ganze Menschheit. In Rußland darf man das heute nicht laut sagen, die Menschen müssen ohnehin auf alles verzichten. Aber für den prosperierenden Westen ist es noch nicht zu spät, diese Chance des Überlebens zu ergreifen.

SPIEGEL: Ihre Theorie wird auch bei uns sehr hoch geschätzt, in der Praxis weniger.

Solschenizyn: Das ist sehr, sehr bedauerlich. Von den Deutschen haben wir immer viel übernommen, in unserem Staat und in unserer Volkswirtschaft haben sie eine ganz wichtige Rolle gespielt. Die Kolonisten, die im 18. Jahrhundert zu uns gekommen sind, haben ein gutes Leben geführt . . .

SPIEGEL: . . . bis Stalin sie deportieren ließ.

Solschenizyn: Mein Onkel, der die deutschen Siedler am Kuban kennengelernt hat, wußte viel Gutes von ihnen zu er-



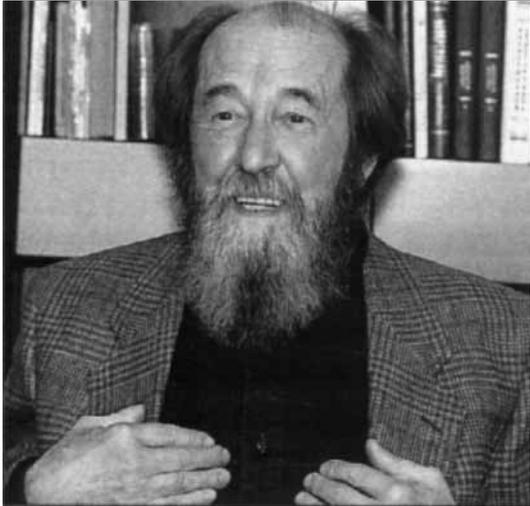
Moskauer Warenbörse

„Freie Marktwirtschaft hat vor der Revolution wunderbar funktioniert“

zählen. Die Deutschen haben unsere Seele begriffen, unsere Kultur akzeptiert. Der deutsche und der russische Charakter sind eng verwandt.

SPIEGEL: In diesem Jahrhundert haben die Völker freilich zweimal gegeneinander Krieg geführt.

Solschenizyn: Beide Kriege haben nicht nur die Deutschen verloren, sondern in gewisser Hinsicht die Russen. Im Ersten hat die Revolution unseren Sieg verhindert, im Zweiten Weltkrieg haben wiederum wir verloren, nicht auf dem Schlachtfeld, aber in unserer Gesellschaft. Wir zählten 31 Millionen Opfer.



P. KASSIN

„Deutsche und Russen brauchen einander, weil sie sich ergänzen“

Stalins Herrschaft wurde bestätigt, das flache Land entvölkert. Wir müssen die ganzen drei Jahrhunderte unserer Beziehungen aufarbeiten. Die Lehre kann nur sein, daß Deutsche und Russen einander brauchen, weil sie sich ergänzen.

SPIEGEL: Der Vorteil dabei ist: Beide Länder wollen nicht mehr Polen unter sich aufteilen.

Solschenizyn: Als Polen noch Rußland gehörte, hat das nicht Deutschland geschadet, sondern Rußland. Jetzt kann Polen bei unserer geistigen Annäherung nicht mehr stören, auch wenn wir geographisch keine Nachbarn sind.

SPIEGEL: Die wollen wir auch gar nicht sein. Wohin treibt Rußland, Alexander Issajewitsch?

Solschenizyn: Wir befinden uns tatsächlich in einer überaus armseiligen Lage, die wir durchzustehen haben. Rußland muß die Tatsache anerkennen, daß wir das 20. Jahrhundert verloren haben. Die erste, ganz schlichte Schlußfolgerung daraus lautet: Wir müssen unsere innere Situation retten – geistig, ethnisch, wirtschaftlich, kulturell, in jeder Hinsicht, denn die Russen sterben aus. Die Sterberate liegt über der Geburtenrate.

SPIEGEL: Den Deutschen ergeht es darin kaum besser.

Solschenizyn: Unsere Lage kann gar nicht schwerer, nicht gefährlicher sein. Es gibt keine Garantie, daß wir sämtliche Schwierigkeiten überwinden, aber es kann gelingen, wenn wir es jetzt fertigbringen, uns auf die inneren Probleme zu konzentrieren und die Initiative des Volkes durch die Selbstverwaltung zu entfalten, die Selbstbestimmung, die Kontrolle der Regierung.

SPIEGEL: Wo liegen die Risiken eines Scheiterns?

Solschenizyn: Rußland läßt sich noch retten, wir verfügen über hinreichende nationale und geistige Potenzen. Wenn es aber so bleibt wie heute, bei dem administrativen und wirtschaftlichen Niedergang, wenn das Verbrechertum in der Volkswirtschaft weiter wächst, dann wird sich unsere Lage noch gefährlich zuspitzen – und ebenso, wenn wir uns weiterhin als Großmacht aufspielen und uns mehr für internationale Probleme interessieren als für unsere internen Bürden.

SPIEGEL: Kein Drang mehr nach einer führenden Rolle in der Welt? Kein Interesse mehr an Haiti, Kuba, Vietnam?

Solschenizyn: Ich kämpfe schon seit 20 Jahren gegen solche Ambitionen.

SPIEGEL: Das altehrwürdige Akademie-Mitglied Dmitrij

Lichatschow sagt, Rußland solle alle Großmachtansprüche bedingungslos begraben, bis auf den einen: Großmacht der Kultur zu sein und zu bleiben. Wenn es das nicht tut, drohe der russischen Nation der Tod.

Solschenizyn: Ich stimme voll und ganz zu. Nur betont er die Kultur als etwas Gesondertes. Die öffentliche Selbstverwaltung, die Mitbestimmung des Volkes sind indes nicht weniger wichtige Bedingungen.

SPIEGEL: Auf dem Balkan hat Rußland aber doch Interessen?

Solschenizyn: Ich bin gegen den Panslawismus. Der größte Fehler Rußlands besteht darin, daß es sich auf dem Balkan eingemischt hat, in der Vergangenheit wie heute. Ich verstehe auch nicht, warum Deutschland sich für den Balkan interessieren sollte.

SPIEGEL: Das verstehen wir auch nicht.

Solschenizyn: Man kennt aus der Vergangenheit die Interessenlinie Berlin–Bagdad. Warum hat Deutschland so überstürzt Kroatien und Slowenien als selbständige Staaten anerkannt? Auf der Landkarte hätte sich schon erkennen lassen, daß ethnisch in Jugoslawien alles falsch geregelt ist – wie in Ruß-

land. Nicht nur Deutschland, andere europäische Staaten akzeptierten ebenso eilig die Grenzen, die Tito gezogen hatte.

SPIEGEL: Bosnien ist eine Erfindung Titos.

Solschenizyn: So ist es. Diese hastige Anerkennung hat dem Krieg in Jugoslawien einen weiteren Anstoß gegeben.

SPIEGEL: Alexander Issajewitsch, Sie gehören nicht zu jenen, welche die Sowjetunion wiederherstellen möchten . . .

Solschenizyn: Ich habe den Zerfall der UdSSR vorausgesagt!

SPIEGEL: . . . Sie wünschen sich nur einen Bund der slawischen Staaten Rußland, Ukraine, Belorußland und teilweise Kasachstan. Was verbindet diese Staaten?

Solschenizyn: Unter den Bolschewiki und im alten Rußland bestand ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, außerdem verbinden die drei slawischen Republiken Millionen persönlicher Beziehungen, Familienbände, verwandte Kulturen und Lebensweisen. Die Abtrennung der Ukraine, von Belorußland und Kasachstan weckt in uns genauso ein Gefühl wie bei Ihnen wahrscheinlich damals die Trennung von Ostdeutschland.

SPIEGEL: Die DDR-Bürger wurden nie nach ihrem Einverständnis gefragt.

Solschenizyn: Sie hatten 17 Millionen verloren und wir jetzt 25 Millionen, und das innerhalb von 24 Stunden. Die Leute, die dort seit Generationen gelebt haben, die zu dem Ort und zu dem Land gehören, kriegen plötzlich zu hören, ihr seid Ausländer. Das ist entsetzlich. Jetzt stehen wir vor dem ungeheuren Problem der Aufnahme von Flüchtlingen in Rußland . . .

SPIEGEL: . . . viele aber aus ehemals eroberten Territorien, in die sie verpflanzt worden waren, anders als in Deutschland.

Solschenizyn: Rußland hat seinerzeit einen Fehler begangen, indem es Transkaukasien und Mittelasien in seine Grenzen einbezogen hat.

SPIEGEL: So kann man es auch nennen.

Solschenizyn: Der Lauf der Geschichte zeigt uns deutlich, wir müssen jetzt darauf verzichten, und zwar unbedingt. Denn Mittelasien drängt natürlich auf die große moslemische Welt hin. Die wird im 21. Jahrhundert eine gewaltige



Abzug der Russen aus Potsdam im Mai

„Den Krieg haben die Russen verloren: Stalins Herrschaft wurde bestätigt“

Kraft, mit der die ganze Menschheit zu rechnen haben wird. Unsere Sache ist es überhaupt nicht, uns dort einzumischen und irgend etwas auseinanderzureißen. Wir müssen unsere Landsleute da wegholen. Ebenso aus Transkaukasien.

SPIEGEL: Warum nicht aus den slawischen Republiken, die sich wie die Ukraine per Volksabstimmung für unabhängig erklärt haben?

Solschenizyn: Da müssen wir mit aller Kraft versuchen, sie davon zu überzeugen, das Staatsbündnis zu erhalten. In den slawischen Republiken existiert auch eine starke Bewegung für die Annäherung an Rußland.

SPIEGEL: Und Kasachstan?

Solschenizyn: Das ist nicht Mittelasien, sondern Nordkasachstan ist Südsibirien. Zum Zeitpunkt der Auflösung der Sowjetunion waren 37 Prozent der Einwohner Kasachen, also die Minderheit. Jetzt verschiebt ihr Präsident Nasabarjew diese Relation ein bißchen. Er läßt die Kolchosen von Südsibirien kostenlose Einfamilienhäuser für Kasa-

chen bauen, die er aus der Mongolei, aus China, aus dem Iran holt. Und nun behauptet er, es gebe 40 Prozent Kasachen. Selbst wenn man ihm das glauben soll, dann stellen alle anderen, die Russen, Ukrainer, Polen, Deutschen und so weiter, immer noch 60 Prozent. In Kasachstan leben allein sieben Millionen Russen. Deren Kultur wird unterdrückt – Fernsehsendungen, Grundschulunterricht, alles nur auf kasachisch. Die Hochschulen machen zur Aufnahme eine Prüfung im Kasachischen zur Bedingung. So werden Nichtkasachen ferngehalten. Fachleuten, die keine Kasachen sind, wird der Stuhl vor die Tür gesetzt.

SPIEGEL: Weil es früher genau umgekehrt war. Da galt nur, was russisch war. Wollen denn diese Länder aus freiem Willen wieder in eine slawische Union?

Solschenizyn: Im letzten Jahr zeigte sich die eindeutige Bereitschaft der beiden Republiken Ukraine und Belorußland zur Annäherung und Vereinigung. Unversöhnlich bleiben die Separatisten aus dem Westen der Ukraine. Das liegt am Einfluß Österreichs und Deutschlands in den Jahrhunderten der Trennung. Für sie ist Rußland etwas

Fremdartiges. Doch die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung versteht nicht mal die Frage: Bist du Ukrainer oder Russe? Ehen zwischen Ukrainern und Russen galten nie als Mischehen.

SPIEGEL: Zu welchem Land der Dichter Nikolai Gogol gehört . . .

Solschenizyn: . . . darüber wird jetzt gestritten.

SPIEGEL: Bei uns wird gestritten, wem Wallenstein gehört. Die Tschechen sagen, er gehört ihnen. Kopernikus haben wir den Polen wohl schon geschenkt.

Solschenizyn: Mein Großvater war Ukrainer, und meinen Vater habe ich nicht gekannt. Die ukrainische Linie, der Großvater, der war also der einzige Mann in unserer Familie. Ich habe Verständnis für alles, aber ich verstehe nicht, warum die Ukraine nun mit Großmachtambitionen anfängt. Warum soll sie sich die russische Krim einverleiben dürfen, Neurußland beispielsweise, das Gebiet Odessa und Cherson am Schwarzen Meer, das niemals zur Ukraine gehörte. Warum die Gebiete

um den Don und Donezk? Die waren auch nie Ukraine.

Der Cellist und Dirigent Mstislaw Rostropowitsch tritt ein, umarmt Solschenizyn und zieht sich zurück.

SPIEGEL: Alexander Issajewitsch, mit ehrlichen, mutigen und selbstlosen Vertretern des Volkes möchten Sie Rußland wieder aufbauen. Sie wünschen sich Leute, die nicht an ihren Vorteil denken, nicht an Privilegien oder Prinzipien. Sind Sie so einer?

Solschenizyn: Ich habe in keiner Weise vor, Abgeordneter zu werden, irgendeine offizielle Funktion zu übernehmen, ich will weder gewählt noch eingesetzt oder berufen werden. In meinem Alter und als Schriftsteller muß ich durch Überzeugung, durch das Wort meinen Einfluß ausüben.

SPIEGEL: Welche Möglichkeiten bieten sich Ihnen da?

Solschenizyn: Auf meiner Reise habe ich über 30mal vor vollen Häusern gesprochen. Ich habe mehr als 10mal im Fernsehen gesprochen. Dann die Rede in der Staatsduma. Ich schließe nicht aus, daß ich mit Politikern zusammenkomme, manche haben schon den Wunsch geäußert. Und dann kann ich auch wieder vor Publikum auftreten, und ich kann noch schreiben.

SPIEGEL: Ist es Zufall, daß Sie sich dem Parlament früher zuwenden als dem Präsidenten?

Solschenizyn: Jelzin hat mehrmals geäußert, daß er die Absicht hat, mit mir zu sprechen, aber ich habe bisher keine offizielle Einladung. Ich dränge mich ihm nicht selbst auf.

SPIEGEL: Als berufener Sprecher Rußlands könnten Sie selbst Präsident Rußlands sein.

Solschenizyn: Das habe ich nicht vor.

SPIEGEL: Und wenn Sie dazu gerufen werden?

Solschenizyn: Auch dann nicht.

SPIEGEL: Können Sie sich Ihrem Volk verweigern?

Solschenizyn: Wenn ich mich als Kandidat gar nicht aufstellen lasse?

SPIEGEL: Sie haben vor mehr als vier Jahren in einem Brief noch aus Amerika nach Moskau geschrieben, daß Sie sich keinerlei Gruppen, keiner Parteiung anschließen würden, weil es die Aufgabe eines Schriftstellers sei, sein Volk zu einen. Wie soll das gehen im heutigen Rußland, das in immer kleinere Gruppierungen zersplittert?

Solschenizyn: Ich lebe mit dem Gefühl, daß mein Volk eine Einheit ist. Sonst hätte ich diese Reise nicht unternommen. Bei unseren Begegnungen haben sich Leute auch gegenseitig behackt, da habe ich zum Schluß ein paar Worte gesagt, und man ging nachdenklich auseinander und stritt sich nicht mehr. Ich glaube, für eine solche Aufgabe geeignet zu sein.

Diese kleinen Gruppen sind keine Parteien, das ist alles aufgeblasen. In mei-

rieren. In der kommunistischen Zeit hat sich viel Schmutz in unseren Seelen angesammelt, wir brauchen viele Engel und Feen, um das wieder sauberzukriegen.

SPIEGEL: Es ist verständlich, daß jemand, der so wie Sie dem Kommunismus die Maske vom Gesicht gerissen hat, sich nach dessen Ende derart engagiert. Aber Sie haben auch Ihren Feind verloren. Was geschieht, wenn das Volk nicht auf Ihren Ruf zur Versöhnung hört?

Solschenizyn: Ich habe auch ohne Feinde genug Sorgen mit dem Chaos, das nun in Rußland herrscht. Früher habe ich gesagt, die größte Gefahr wird dann auf uns zukommen, wenn wir aus dem Kommunismus hinausmarschieren. Nun sind wir auf eine Weise rausgekommen, die wirklich restlos verquer ist, auf die quälendste und dümmste Art. Dadurch ist das Volk, das die Lage wirklich nicht begreifen kann, hin und her geworfen, oft apathisch. Wie viele Selbstmorde es gibt! Manche sind tatendurstig, andere wissen nicht aus noch ein. Und dann gibt es welche, die sich wohlfühlen wie Fische im trüben Wasser. Was ist, wenn man nicht auf meine Appelle hört? Ich mache dann noch ein paar Appelle, und irgendwann sterbe ich einfach.

SPIEGEL: Wir wünschen Ihnen lange Gesundheit. Werden Sie sich wieder der literarischen Arbeit zuwenden?

Solschenizyn: Ich gebe sie nicht auf. Jetzt widme ich mich der kleinen Form, also Erzählungen. Ein Moskauer Verlag will 24 Bände von mir herausbringen, aber ich habe bereits Arbeiten für 27 bis 28 Bände. Es geht nicht darum, noch einen Band mehr zu schreiben, sondern die Men-

schen zu bewegen, das zu lesen, was ich geschrieben habe. Wir sind zwar hier, haben aber noch nicht alles im Griff, auch nicht mit dem Verlag, erst recht nicht mit den unglaublichen Schwierigkeiten, ein Haus zu bauen.

SPIEGEL: Haben Sie manchmal Sehnsucht nach der produktiven Einsamkeit von Vermont?

Solschenizyn: Ich habe dort alles erfüllt, was ich mir vorgenommen hatte. Weder ich noch meine Frau bereuen auch nur eine Minute, daß wir Vermont verlassen haben. Wir haben das sichere Gefühl, am richtigen Ort zu sein.

SPIEGEL: Alexander Issajewitsch, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Solschenizyn am vergangenen Freitag in der Duma

„In Rußland herrscht keine Demokratie. Und ich kann das auch beweisen“

nen Appellen vor Ort habe ich empfohlen, Parteilisten besser gleich zu zerreißen und in den Mülleimer zu werfen.

SPIEGEL: Auf Ihrem Tisch liegt ein Brief, an Sie adressiert: An den Schriftsteller Solschenizyn, Moskau, Kreml.

Solschenizyn: Das kommt an.

SPIEGEL: Vielleicht hat der Postbote eine Vorahnung. Wie würden Sie denn reagieren, wenn eine gütige Fee Sie beim Schlafittchen faßt und in den Kreml versetzt?

Solschenizyn: Ich gestatte nicht, meine Kandidatur in solchem Kontext zu diskutieren. Die Feen sollen das Volk ku-

Nordirland

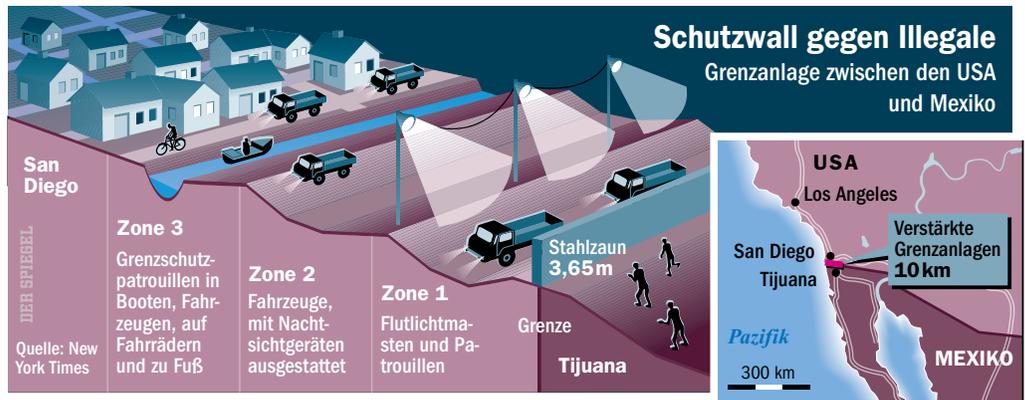
Gnade für IRA-Verräter

Die katholische Untergrundarmee IRA, die am 1. September ihre Waffen niederlegte und damit den Weg für einen dauerhaften Frieden in der Krisenprovinz frei machte, zeigt neuerdings Großmut gegenüber Polizeispitzeln. Wenige Tage nachdem ein maskiertes IRA-Kommando den Sohn eines prominenten Sinn-Fein-Politikers aus seinem Elternhaus



Carroll, Vater

entführt hatte, kam das Opfer, Paul Carroll, 23, unverehrt wieder frei. Carroll hatte seinen Kidnappern gestanden, 18 Monate lang die britische Polizei über den katholischen Widerstand informiert zu haben – gegen 2500 Mark Honorar. Die Freilassung wird in nordirischen Sicher-



heitskreisen als weitere Friedensgeste der IRA gewertet. Denn bislang kannte sie mit Verrätern keine Gnade: Nach meist unter Folter erpreßten Geständnissen folgte die Exekution per Kopfschuß.

Kalifornien

Schlechte Zeiten für Einwanderer

Eine Welle von Fremdenfeindlichkeit breitet sich im bevölkerungsreichsten US-Bundesstaat Kalifornien aus. Die erbittert geführte Debatte wird durch eine Volksabstimmung im Rahmen der Kongreß- und Gouverneurswahlen am 8. November angeheizt. Dabei sollen die Kalifornier über eine Initiative entscheiden, die von ihren Anhängern mit dem Kürzel

SOS, Save Our State, versehen wurde; Gegner wie US-Präsident Bill Clinton halten sie für verfassungswidrig. Wird die Vorlage angenommen, sollen Angestellte in Schulen und Krankenhäusern verpflichtet werden, illegal in Kalifornien lebende Ausländer anzuzeigen. Damit wäre den meist mexikanischen Illegalen, die als Saisonarbeiter in der kalifornischen Agro-Industrie unverzichtbar sind, der Zugang zu allen staatlichen Sozialleistungen verwehrt. Der konservative Gouverneur Pete Wilson, der um seine Wiederwahl kämpft, befürwortet außerdem einen unüberwindlichen Grenzwall gegen illegale Einwanderer. Umfragen zeigen, daß es doppelt so viele Befürworter wie Ablehner der Initiative gibt.

Südafrika

Touristen in die Townships

Ein Gefühl für das „echte Leben der Schwarzen“ will eine Organisation kleiner Gastwirtschaftsbetriebe ausländischen Touristen ermöglichen. Sie bietet „Bed and breakfast“ in einem Township wie Soweto



Familie in Soweto

oder einen nächtlichen Besuch in einem Shebeen, einer der zumeist illegalen Hinterhofkneipen; über eine Million schwarzer Südafrikaner verdienen durch den Weiterverkauf von Alkohol ihren Lebensunterhalt. Für den Schutz der Touristen sollen Mitglieder der aufgelösten Selbstverteidigungseinheiten (SDU) sorgen, die in vielen Schwarzensiedlungen vor der Wahl im April ein Terrorregime geführt hatten. Nun werden die ersten 15 SDU-Aktivisten aus dem berüchtigten Township Katlehong an der Tourismusakademie in Pretoria zu Fremdenbeschützern umgeschult.

Polen

Einladung an Arafat?

Für die Erhaltung der KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau stellen Bonn und die deutschen Bundesländer 20 Millionen Mark zur Verfügung. Mit dem Geld soll unter anderem das „Sauna“ genannte Aufnahme- und Desinfektionsgebäude saniert werden. Die Spende soll auch dazu beitragen, die zerstörten Gaskammern und Krematorien vor stärkerem Verfall zu bewahren sowie eine Klimaanlage und Restaurierungswerkstatt im Stammlager Auschwitz zu finanzieren. Ein entsprechender Vertrag zwischen Polen und der Bundesrepublik wird in dieser Woche unterzeichnet. Ohne die deutsche Zuwendung wäre die finanzschwache polnische Regierung kaum in der Lage, Exponate wie Koffer, Kleidung und Brillengestelle der Häftlinge zu erhalten. Zum 50. Jahrestag der Befreiung

des Vernichtungslagers durch die Rote Armee am 27. Januar nächsten Jahres will Präsident Lech Wałęsa alle Friedensnobelpreisträger zu einem Festakt nach Auschwitz einladen. Polnische Diplomaten halten das Vorhaben für heikel: Die Anwesenheit von Palästinenserführer Jassir Arafat könnte Proteste jüdischer Gäste hervorrufen.



Eingang zum KZ Auschwitz

Nahost

DIALOG MIT DEM SATAN

Eine dramatische Geste sollte die Nahost-Reise des US-Präsidenten krönen: Bill Clinton wollte Syriens Staatschef Assad zu einer spontanen Reise nach Jerusalem und zu einem Gipfel mit Israels Ministerpräsident Rabin überreden. Der Plan scheiterte, doch der Hardliner aus Damaskus zeigte sich kompromißbereit.

Bill Clinton träumte von einem Theatercoup, der die Welt in Stauen versetzt hätte. In der syrischen Hauptstadt Damaskus, einer der letzten nahöstlichen Widerstandsbastionen gegen einen Frieden mit Israel, wollte der US-Präsident seinem Gastgeber Hafis el-Assad das Versprechen abringen, endlich selbst mit Israels Ministerpräsident Jizchak Rabin zu reden.

„Sie wollen doch Frieden“, bedrängte Clinton am Donnerstag voriger Woche den verschlossenen Syrer, der sich von seinen Soldaten als die „Hoffnung der arabischen Massen“ feiern läßt. „Warum können Sie es dann nicht auf die Weise tun, wie es die anderen auch gemacht haben?“

Der Camp-David-Vertrag 1978, das Autonomieabkommen mit der PLO 1994 und nun der Friedensvertrag mit Jordanien – alle diese Durchbrüche seien nur möglich gewesen, weil Ägyptens damaliger Präsident Anwar el-Sadat, Palästinenserchef Jassir Arafat und König Hussein von Jordanien historische Größe gezeigt hätten und zu Treffen mit den Führern des Judenstaats bereit gewesen seien.

Aber Assad, der „Löwe von Damaskus“, blieb unerschütterlich. Seine Position sei klar, er habe sie schon gegenüber Clintons Vorgänger George Bush deutlich gemacht: Ohne vollständigen Rückzug der Israelis von den 1967 eroberten Golanhöhen habe eine persönliche Begegnung mit Rabin keinen Sinn: „Ich hätte ihm nicht mehr zu sagen als das, was ich Ihnen jetzt sage.“

Clinton ließ nicht locker, er schwelgte noch im

Hochgefühl der feierlichen Friedenszeremonie an der jordanisch-israelischen Grenze tags zuvor: „Wie wäre es, wenn Sie mich zu einem kurzen Überraschungsbesuch nach Jerusalem begleiten?“

„Sie machen Scherze, Herr Präsident“, entgegnete Assad kühl. „Ich kann Sie ja verstehen, aber ich bin nicht Sadat, Hussein oder Arafat.“

So verfehlte Clinton sein Traumziel, die viertägige Nahost-Rundreise vergangene Woche mit einem spektakulären Triumph zu krönen, der ihn zum erfolgreichsten Nahost-Vermittler aller Zeiten gemacht hätte. Ernüchtert konstatierte Israels Außenminister Peres, die Lage sei unverändert: „Wir warten noch immer darauf, daß die syrische Verhandlungsposition endlich aufweicht.“ Den endgültigen Durchbruch zum Frieden, gab auch Clinton zu, habe er in Damaskus nicht geschafft. Besonders ver-

stimmt war Clinton, daß er Assad nicht zu einer öffentlichen Verurteilung von Terrorakten bewegen konnte – wozu er im Gespräch unter vier Augen offenbar bereit war.

Die Reise zu Assad – die erste eines amerikanischen Präsidenten nach 20 Jahren – war dennoch kein Fehlschlag. Der syrische Diktator, ein erfahrener Taktiker, wußte, daß er seinem hohen Besucher etwas bieten mußte, wenn er im Geschäft bleiben und nicht isoliert werden wollte. Zwar beharrte er darauf, daß ein Friedensschluß zwischen Israel und Syrien „anders“ aussehen müsse als die Abkommen der Israelis mit Ägypten und Jordanien. Aber er gab zu Clintons Genugtuung Bedingungen auf, die seit Monaten jede Bewegung in den syrisch-israelischen Gesprächen blockierten.

„Es verändert sich etwas in Syrien“, sagte Clinton nach dem letzten Händedruck mit dem Mann, den Ronald Reagan noch als Schutzherrn für Terroristen geächtet hatte. In den „außergewöhnlichen Gesprächen“ im Marmorpalast hoch über Damaskus sei Assad „über alles hinausgegangen, was er vorher über einen möglichen Frieden mit Israel gesagt“ habe. Bis zum Ziel sei allerdings noch „ein gutes Stück harter Verhandlungen“ nötig.

Zum erstenmal akzeptierte die syrische Führung verbindlich die israelische Forderung, ein Rückzug vom Golan müsse durch normale zwischenstaatliche Beziehungen belohnt werden. In Jerusalem konnte Clinton dem israelischen Regierungschef erfreut mitteilen, daß Assad sich nicht mehr kategorisch weigere, Botschafter auszutauschen, die Grenzen zu öffnen,



Besucher Clinton, Präsident Assad*: „Sie machen Scherze“

* Am vergangenen Donnerstag in Damaskus.



Israelische Truppen im Golan-Feldzug 1967: Zug um Zug zurück

relativ freien Reiseverkehr zuzulassen und einen Kulturaustausch mit dem traditionellen Todfeind zu verabreden.

Assad stellte freilich klar, daß er nicht zu Vorleistungen bereit sei. Seine Zugeständnisse seien vielmehr als Zugabe gedacht, wenn es zu einer Regelung über die Rückgabe der Golanhöhen komme. Dennoch: „Das ist ein Novum, das haben wir so deutlich noch nie gehört“, freute sich ein Clinton-Berater.

Clinton hatte sich zuvor nach Kräften bemüht, Assads Mißtrauen abzubauen. Er verbürge sich für die Aufrichtigkeit des israelischen Ministerpräsidenten: Rabin sei tatsächlich entschlossen, den ganzen Golan zurückzugeben, um Frieden mit Syrien zu schließen, versicherte Clinton. Nur könne der Israeli dieses Versprechen nicht in aller Öffentlichkeit abgeben, weil er sonst seinem durch arabische Terroranschläge erschütterten Volk zuviel auf einmal zumute.

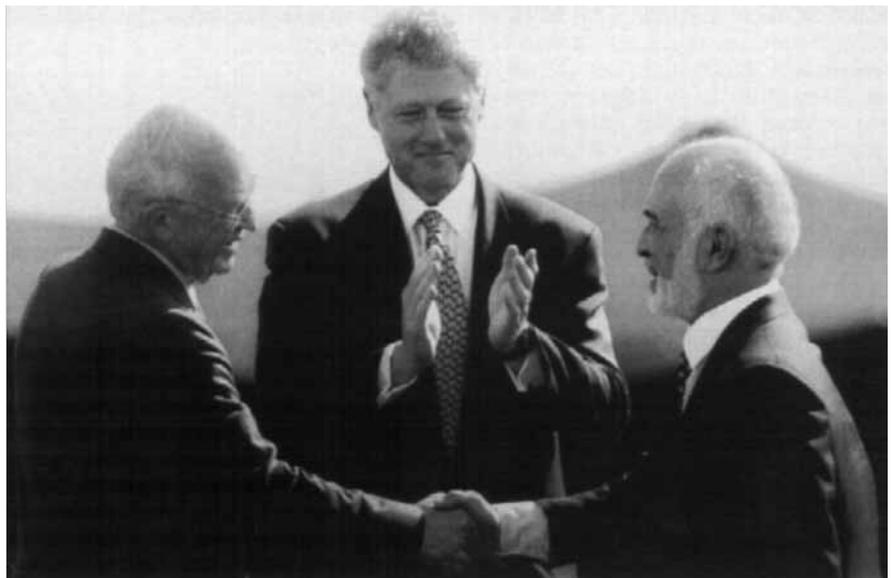
Noch in einem zweiten Punkt, von den Syrern bisher wie ein Tabu behandelt, deutete Assad unerwartete Beweglichkeit an. Lange Zeit hatten die Syrer erwartet, auch nach einem Friedensschluß mit Israel die faktische Oberherr-

„Assad kann nur eins haben: den Golan oder den Libanon“

schaft über den benachbarten Libanon behalten zu dürfen, in dem 30 000 syrische Soldaten stationiert sind.

Nun wurde erstmals sichtbar, daß Syrien bereit sein könnte, den Traum von einem großsyrischen Reich aufzugeben und seine Truppen aus dem Libanon abzuziehen. Ein solcher Schritt wäre für die Sicherheit Israels von erheblicher Bedeutung.

Denn Syrien unternahm lange Zeit kaum etwas gegen die anti-israelischen



Partner Rabin, Clinton, Hussein*: Warmer Frieden in der Wüste

Aktionen der fundamentalistischen Hisb Allah, die vor allem vom Iran unterstützt wird und vom Südlibanon aus immer wieder Terrorakte gegen Israel ausführt. Seit einiger Zeit hat die radikale Schiiten-Organisation ihre Aktionen auf Geheiß der Syrer weitgehend eingestellt. „Doch wer garantiert“, so ein US-Diplomat, „daß Syrien sich immer so brav verhalten wird?“

Die Kontrolle über den Libanon aufzugeben fiel Assad nicht leicht. Syrische Nationalisten, besonders die Ideologen der in Damaskus regierenden panarabistischen Baath-Partei, fordern nach wie vor die „Heimführung des Libanon in den Schoß der Mutter Syrien“. Genau wie vor ihm Sadat, Arafat und König Hussein würde sich Assad dem Vorwurf aussetzen, unter amerikani-

schem Druck zum Verzichtspolitiker geworden zu sein.

Doch gegenüber Clinton erweckte er den Eindruck, er sei zu diesem Risiko bereit: „Er hat eingesehen, daß er nur eins haben kann: den Golan oder den Libanon“, so ein libanesisches Regierungsmitglied in Beirut. Der Levante-Staat, der über 15 Jahre lang vom Bürgerkrieg zerrissen wurde, sieht sich schon als unverhoffter Gewinner: „Damit bekommen wir ohne unser Zutun echten Frieden mit Israel und mit Syrien.“

Zug um Zug könne der Rückzug vom Golan und aus dem Libanon stattfinden, erläuterten die Syrer den Amerikanern. Drei Jahre veranschlagten Diplomaten in Beirut und Damaskus für das Doppelmanöver.

Länger darf es nach syrischen Vorstellungen auf keinen Fall dauern, zumindest nicht, was den Golan angeht: „Der Abzug der Israelis aus dem Sinai hat

* Nach der Unterzeichnung des israelisch-jordanischen Friedensabkommens vergangene Woche in En Ewrona.

auch nur drei Jahre gedauert“, gab Syriens Außenminister Faruk el-Scharaa zu bedenken. „Syrien ist nicht billiger einzustufen als Ägypten.“ Scharaa war vor kurzem schon durch Wagemut aufgefallen: Als erster syrischer Politiker hatte er sich den Fragen eines israelischen Fernseheteams gestellt und damit viele Hardliner daheim schockiert. Der Auftritt wäre noch vor kurzem einem Dialog mit dem Satan gleichgekommen.

Daß sich Assad endgültig für den Frieden entschieden hat, schlossen die Amerikaner nicht nur daraus, daß den staatlichen Medien verboten wurde, wie in der Vergangenheit einen neuen Nahost-Krieg „für den schlimmsten aller Fälle“ an die Wand zu malen.

Syrien machte auch deutlich, daß es, wenigstens einstweilen, davon abläßt, ein „strategisches Gleichgewicht“ mit Israel anzustreben: Mit Waffenkäufen hält sich Assad neuerdings merklich zurück. Enttäuscht reiste vor kurzem eine slowakische Delegation aus Damaskus ab: Das großzügige Angebot, Panzer aus eigenen Beständen „ohne Anzahlung“ nach Syrien zu exportieren, fand kein Interesse. Auch vom russischen Verteidigungsminister wollten die Syrer lediglich Ersatzteile für alte Waffen. Auf neues Kriegsgeschütz verzichteten sie.

Doch in einem Punkt blieb Assad unachgiebig: Nach der Rückgabe des Golan müßten alle israelischen Siedlungen von dort verschwinden. Er werde nicht, wie König Hussein von Jordanien, eigene Erde an Juden verpachten: „Das wäre in meinen Augen ein Kufr, eine unverzeihliche Gotteslästerung. Ich habe keinen Zoll syrischen Bodens an Israel zu vergeben.“

Katastrophen

Schauriges Schauspiel

Schlamperei und leckere Rohre haben ein Umweltdesaster in der Taiga Nordrußlands verursacht.

Der Aushang am Schwarzen Brett des Dorfsowjet von Kolwa war unscheinbar. In strengem Amtston wurden die Bauern des 400-Menschen-Orts im Nordosten der russischen Komi-Republik „dringend“ ermahnt, ab sofort keine Milch mehr zu trinken.

Die Dörfler wußten, warum: Das Futter der Tiere ist verseucht. Seit Tagen sprudelt kein klares Wasser mehr zum nordrussischen Strom Petschora. Statt dessen wälzt sich schwarzer Schlamm an

Kolwa vorbei. Eine 15 Zentimeter hohe Ölschicht steht auf der Oberfläche des Flusses. Über den Sümpfen hinter dem Dorf züngeln Flammen – mal flackern sie wie Kaminfeuer, mal wirbeln sie meterhoch zu drohenden Spiralen auf.

Das schaurige Naturschauspiel war von der russischen Ölgesellschaft Komineft verursacht worden, die für ihre nachlässige Wartung des Pipelinesystems berüchtigt ist. Aus einer geborstenen Leitung nahe der Stadt Ussinsk, so hieß es zunächst, seien 14 000 Tonnen Öl in die Taiga gesickert. Ein zäher Teppich bewegte sich auf die Petschora zu – einen Meter dick, zwölf Meter breit und mehr als zehn Kilometer lang.

Bezeichnend für den nach wie vor inaktiven Geheimhaltungstreck der Russen: Zuerst hatte die *New York Times* über die Katastrophe berichtet, nachdem amerikanische Techniker das Leck entdeckt hatten.

sie den darunterliegenden Permafrost auf. Das schwarze Gift bleibe „für Generationen“ in der Vegetation, befürchtet der amerikanische Permafrost-Experte George Davis.

Das Leck in der 19 Jahre alten Komineft-Pipeline war bereits im Februar dieses Jahres entstanden, von den Bürokraten des Konzerns und der Moskauer Umweltbehörde aber unterschätzt worden.

Erst im Sommer versuchten 140 Techniker, die Verseuchung einzudämmen. Doch die Hoffnung, das Öl werde von den Sümpfen der Taiga aufgesogen, erfüllte sich nicht. Und ein im August erbauter Notdamm hielt nicht lange stand: Der Wall aus Erdreich und Beton zerbarst nach den ersten Herbststürmen mit heftigen Regenfällen; die Ölflut lief ungehindert aus.

Ingenieure des US-Konzerns Conoco, der nördlich von Ussinsk ein Feld namens Ardalin erschlossen hat, ahnten

Anfang September Unheil. Conocos Moskauer Bürochef John Horning war aufgefordert worden, die Förderung einzustellen und kein Öl mehr in das Pipelinennetz zu leiten – angeblich, weil es „überholt“ werde. Am 13. September teilte Komineft dann mit, alles sei wieder in Ordnung; und wie die anderen Ölbohrfirmen auch, begannen die Amerika-



Der Schaden sei 20mal größer, meldete die Moskauer Nachrichtenagentur Interfax, nachdem Hubschrauber die abgelegene Unglückszone überflogen hatten. Bis zu 300 000 Tonnen Öl würden in die Komi-Republik am Polarkreis strömen – das Achtfache jener Menge, die 1989 bei der Havarie des Tankers „Exxon Valdez“ das Meer vor Alaska verpestet hatte. Sollten diese Angaben stimmen, wäre es laut Greenpeace die drittgrößte Ölpest der Geschichte.

Die Taiga Nordrußlands könnte unter dem Ölteppich ersticken. Der Schlick bedeckt metertiefe Torfschichten, die ein gewaltiges Kohlenstoff-Reservoir darstellen. Als die ins Komi-Land entsandten Nottrupps das Öl anzündeten, um es zu beseitigen, tauten

ner, erneut Rohöl in das lecke Röhrenlabyrinth zu leiten.

Dabei sind Rußlands 50 000 Kilometer lange Öl- und Erdgasstränge über ganze Strecken hin löchrig. Sie werden schlecht instand gesetzt, mehr als die Hälfte der Pipelines sind über 20 Jahre alt. Ein Fünftel der Leitungen hat die technische Lebenserwartung von maximal 30 Jahren überschritten.

Die meisten Röhren seien aus fehlerhaftem Material zusammengeschweißt, unprofessionell verlegt und vom Rost zerfressen worden, heißt es in einem Bericht des russischen Ministeriums für Zivilverteidigung und Notstandsfälle.

In der Polargegend sind die Pipelines besonderen Belastungen ausgesetzt, weil der Wechsel von Frost und Tauwetter das Erdreich mitsamt den darauf lie-

Späte Rache

Eine Politiker-Dynastie meldet sich zurück: Zwei Bush-Söhne wollen in Texas und Florida an die Macht.

Er kommt, er kommt, Chuck Norris kommt“, jubeln die Besucher des Jahr- und Viehmarkts in Gilmer (US-Staat Texas). Mit glänzenden Augen drängen sie sich um den rotblonden, stoppelbärtigen Kinohelden, dessen Leinwandensatz für Recht und Ordnung seit Jahren vielen US-Bürgern den Glauben an ein anderes, besseres Amerika bewahren hilft.

Fast unbeachtet bleibt neben dem Karatekämpfer der Mann, der seinen Texanern diese andere, bessere Heimat zurückerobert will – George Walker Bush, 48, der Sohn des früheren Präsidenten. Ihn stört es wenig, daß nicht er die Hauptrolle spielt, wenn der Filmstar ihn als Wahlhelfer begleitet. Er weiß, daß der angenehme Kinoheld ihm mit Sicherheit Stimmen zuführt.

„George W.“, wie er sich nennt, hat gute Chancen, die populäre Gouverneurin Ann Richards, 61, bei den Wahlen am 8. November aus ihrem Amtssitz in Austin zu vertreiben. Unerwartet liegt die prominente Demokratin zwei Wochen vor dem Abstimmungstermin in fast allen Umfragen um mehrere Prozentpunkte in der Wählergunst zurück.

1500 Kilometer weiter ostwärts will Georges Bruder John Ellis Bush, 41, seit Kindertagen Jeb genannt, ebenfalls

in Rußland mit seiner verfallenden Infrastruktur sind. Veraltete Kernkraftwerke, atomare Verseuchung, trockenfallende Gewässer wie der Aral-See, Gasexplosionen, auslaufendes Pipeline-Öl – ohne moderne Technologie und fremde Hilfe bleibt das Hinterland des Riesenreichs eine dauernde Gefahrenzone.

Am Freitag voriger Woche kämpften Arbeiter, die wie in Sowjetzeiten aus den Fabriken Komis zwangsverpflichtet wurden, mit Spaten und Schaufeln gegen den

Ölstau an. Schneeflocken fielen auf die jammervolle Szenerie, die vom spärlichen Tageslicht kaum mehr erhellt wurde. „Gott weiß, was hier passiert ist“, klagte der Vormann Munir Galew, der durch einen der Öltümpel watete, „wir werden es nie erfahren.“

„Alles unter Kontrolle“, meldeten dagegen die Behörden in der Komihauptstadt Syktywkar nach alter Vertuschungsmanier. Doch selbst das Moskauer Notstandsministerium, das den Schaden bislang mit 30 Millionen Mark beziffert, traut den Angaben nicht.

Es setzte eine Expertentruppe in Marsch, die aber jäh aufgehalten wurde. Die Moskauer Spezialisten blieben in Syktywkar stecken – Schneestürme verhinderten den Weiterflug.



Beseitigung von Öl am Kolwa-Fluß: Rostige Rohre

genden Leitungen verschiebt. In Alaska wurden deswegen die Pipelines auf Stelzen verlegt. Geld für Reparaturarbeiten und neue Leitungen fehlt den Russen, die Staatsfirma Transneft wechselt jährlich nur noch 300 Kilometer Rohre aus.

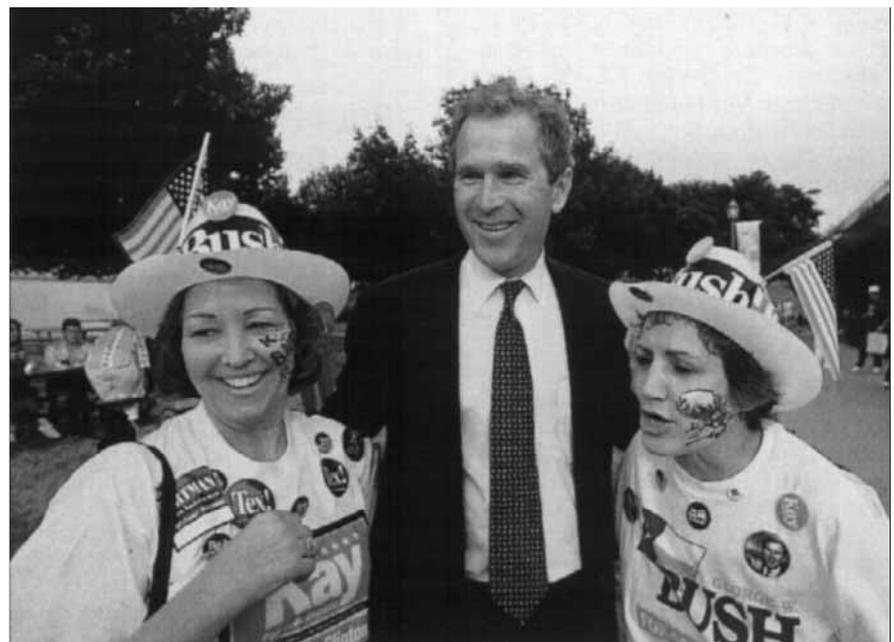
Ans Stilllegen denkt freilich niemand: In der Republik Komi wären schlagartig die Benzinversorgung und die Haupteinnahmequelle lahmgelegt. Rußlands Notstandsminister Sergej Schoigu registriert auch so schon „mindestens zwei Pipelinebrüche täglich“ – etwa ein Zehntel der Jahresförderung geht verloren. Explosionen zeretzten 1993 Leitungen bei Nowosibirsk, Rostow und Pensa, doch höchstens die Ortspresse erwähnte die Zwischenfälle.

Im russischen Norden sind Raubbau und Laxheit besonders gefährlich, weil die Kürze des Sommers der Natur wenig Zeit läßt, sich zu erholen. Stalins Prospektoren hatten die Heimat der Komi, eines kleinen Finn-Volkes, in den dreißiger Jahren als Öl- und Kohlerevier entdeckt. Der Sowjetdiktator ließ das zu drei Viertel aus Wald und Sümpfen bestehende Land durch Heere von Gefangenen ausbeuten.

Nun reißen Geländefahrzeuge den Boden über dem Permafrost auf. Bei der einst berühmten Gefangenenlagerstadt Workuta sind sechs Millionen Hektar Weideland durch die Öl- und Gasförderung zerstört worden.

Moskauer Beteuerungen, aus dem kalten Norden eine Vorzeigeregion zu machen, erwiesen sich als leere Versprechen: Ölleitungen sollten künftig im Dauerfrostboden verlegt werden, und für Rentier-Nomaden sollten Korridore durch die Ölfelder entstehen. Auch diese Pläne scheiterten an Geldmangel.

Die Ölpest von Ussinsk zeigt wieder einmal, wie gewaltig die Umweltrisiken



Wahlkämpfer George W. Bush in Texas: Die Eltern sammelten Millionen

einen Gouverneursposten erobert. Er tritt gegen den demokratischen Gouverneur von Florida an, Lawton Chiles, 64. Vor der Endphase des Wahlkampfes sah er schon beinahe wie der sichere Sieger aus.

Nach Großvater Prescott und Vater George Herbert Walker sind Jeb und George die dritte Bush-Generation in der Politik – eine Dynastie wie die Rockefellers und Roosevelts. Noch nie in der US-Geschichte dienten Brüder in zwei der größten US-Bundesstaaten gleichzeitig als Gouverneure.

Ein Sieg der konservativen „Bushes“, der „Büsches“, wie Ann Richards die Präsidentenkinder bespöttelt, wäre nicht nur späte Rache für die Niederlage ihres Vaters, sondern durchaus bezeichnend für eine Halbzeitwahl, die Präsident Bill Clinton und seine Demokraten in höchste Bedrängnis bringt. In Washington droht der Verlust der demokratischen Mehrheit im Senat, und möglicherweise gerät die Präsidentenpartei auch im Repräsentantenhaus in die Minderheit: Clinton müßte gegen den Kongreß regieren.

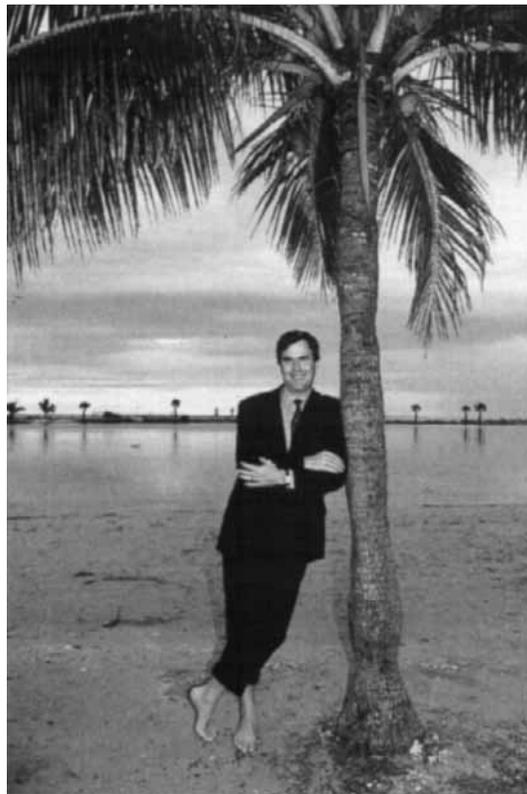
Noch stärker dürfte die konservative Grundwelle, die derzeit durch die USA rollt, demokratische Amtsträger in den Bundesstaaten treffen. Die Bush-Brüder könnten als Gouverneure zwei der sechs bevölkerungsreichsten Bundesländer in republikanische Lager führen.

Dabei haben die Emporkömmlinge außer einem bekannten Namen nicht viel vorzuweisen. Jeb, der wie sein Bruder nie zuvor in ein öffentliches Amt gewählt wurde, arbeitete zwei Jahre lang als Handelsminister des Staates Florida, seiner Wahlheimat. Vor 14 Jahren hatte sich der zweitälteste Bush-Sohn mit seiner mexikanischen Frau Columba in Miami angesiedelt und dort im Immobilienhandel Millionen verdient.

George ließ sich mehr Zeit auf seinem Weg in die Politik. Wie seine Gegnerin Richards, eine Alkoholikerin, die das Trinken aufgeben konnte, hatte auch George jahrelang unter Alkoholmißbrauch gelitten. Seit acht Jahren sei er trocken, behauptet der Bush-Älteste. Er stieg nach väterlichem Vorbild zunächst ins Ölgeschäft ein – mit geringem Erfolg.

Auch mit seiner jüngsten Erwerbsquelle – George hält einen Zwei-Prozent-Anteil an der Baseball-Mannschaft „Texas Rangers“ – hat er derzeit kein Glück. Ein unpopulärer Spielerstreik schädigt das Ansehen der Mannschaftseigner.

„Der Name hilft“, räumen die Bush-Brüder ein, wenn sie gefragt werden, wie



S. SHEBEL/ SABA

Wahlkämpfer Jeb Bush in Florida
Den alten Herrn rechts überholt

sie sich ihren politischen Aufstieg erklären. Hilfreich sind auch die Eltern. Rund sechs Millionen Dollar sollen sie für die Wahlkampfkassen gesammelt haben.

George und Jeb legen großen Wert darauf, daß sie nicht nur als „die Söhne“ kandidieren. Sie hoffen, daß die gleiche Staatsverdrossenheit und die gleiche Sehnsucht nach einer heilen Welt, die vor zwei Jahren ihren Vater aus dem Weißen Haus vertrieben, ihnen nun von Nutzen sind.

Verwechslungsgefahr mit ihrem „alten Herrn“ kommt ohnehin nicht auf, sobald

Präsidentenkumpel zu sein ist tödlich für Demokraten

die beiden ihr politisches Programm präsentieren: Sie stehen weit rechts vom Vater, den viele konservative Republikaner für einen verkappten Demokraten gehalten haben. „Die Brüder symbolisieren den tektonischen Rechtsruck in der Republikanischen Partei“, schreibt die *Los Angeles Times*.

Jeb hält jeden staatlichen Eingriff in das freie Spiel der Kräfte für verderblich und biedert sich im Wahlkampf bei frommen Christen durch heftige Agitation gegen die Abtreibung an.

Wenn es um Law and Order geht, läßt sich der moderatere George kaum durch seinen Bruder übertreffen. Ob-

wohl er sein eigenes „Verhalten als unverantwortlicher Jugendlicher“ mit möglicher Drogenerfahrung nicht diskutieren mag, will er heute schon „14jährige wie Erwachsene bestrafen lassen“. Häftlinge sollen mindestens vier Fünftel ihrer Strafe absitzen; Zehntausende neuer Gefängnisplätze möchte er im Eilverfahren schaffen, notfalls sollen Sträflinge „in Zelten“ untergebracht werden.

Ihren Gegnern Ann Richards und Lawton Chiles hilft wenig, daß sie auf Bilanzen verweisen können, die früher jeden Republikaner mit Stolz erfüllt hätten. In beiden Bundesstaaten geht die Verbrechensrate zurück; die Wirtschaft verzeichnet einen kräftigen Aufschwung, und die Kosten für Sozialhilfe konnten unter das Niveau vergleichbarer Bundesstaaten gesenkt werden.

Die kampferprobten Profis der Demokratischen Partei büßen für den weitverbreiteten Wählermißmut, der sich vor allem gegen Amtsinhaber richtet. Weil Bill Clinton in Texas und Florida so unpopulär ist wie in kaum einem anderen Staat, prangern die Bush-Söhne ihre Kontrahenten erfolgreich als Präsidentenkumpel an.

Das kann sich heute als tödlich erweisen: Fast der gesamte US-Süden, einst demokratisches Kernland, neigt heute den Republikanern zu.

Nicht einmal die anhaltend gute Konjunktur hat die Zukunftsängste der früher stets optimistischen Amerikaner beseitigen können. Die Sorge vor sozialem Absturz hat in der letzten Wirtschaftskrise erstmals auch große Teile des Mittelstands ergriffen. Die junge Generation kann nicht mehr darauf bauen, daß sie sich mit Haus, Auto und Familie in ein großzügigeres Leben einkaufen kann. Der Generationenvertrag der amerikanischen Gesellschaft ist zerbrochen.

Das ist der eigentliche Grund für die neue Diskussion alter Werte, die heute den Wahlkampf beherrscht. „Werte sind so wichtig, weil die Menschen glauben, daß unsere Politik nicht mehr widerspiegelt, wofür unser Land einst eingetreten ist“, sagt der Wahlstratege Mark Mellman.

Jeb Bush sieht den „Verlust der Verbindung von einer Generation zur nächsten als das größte politische Problem“. Beide Brüder wollen nun zurück in eine bessere Zukunft.

Im texanischen Provinzstädtchen Winnsboro fährt George in einer Oldtimer-Parade mit. Er sitzt in einem offenen roten Ford Thunderbird, der noch über riesige Kotflügel und viel Chrom verfügt.

„Ach ja“, seufzt ein älterer Zuschauer sehnsüchtig, „die goldenen fünfziger Jahre.“

Meister des Doppelspiels

Die Neofaschisten lösen sich selbst auf. Unter ihrem Führer Gianfranco Fini wollen sie sich zu einer respektablen Rechtspartei wandeln, ohne den häßlichen Schatten Mussolinis. Während Ministerpräsident Berlusconi an Glaubwürdigkeit verliert, steigt Fini zum angesehensten Mitglied der römischen Regierungskoalition auf.

Unter fahlem Vollmond, begleitet von Marschmusik, bewegt sich der Fackelzug auf der Uferstraße von Triest voran. An der Spitze des Umzugs schlägt Gianfranco Fini fröstelnd den Kragen seines Kamelhaarmantels hoch. Aber er sieht zufrieden aus. „Das ist doch gut gelaufen“, sagt ihm ein Begleiter.

Triest ist in diesen Tagen ein schwieriges Pflaster für den Führer der italienischen Neofaschisten: Fini schwimmt auf einer Woge von Erfolg und übertrifft inzwischen die schwindende Anziehungskraft des Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi. Zugleich steuert er die wahrscheinlich wichtigste, aber auch riskanteste Kurve seiner politischen Laufbahn an: Es gilt, der Weltöffentlichkeit das Bild einer geläuterten italienischen Rechten zu präsentieren, die sich vom Faschismus verabschiedet.

Dafür muß sich der „Movimento Sociale Italiano“ (MSI), von Mussolini-Anhängern 1946 gegründet und heute von Fini geführt, selbst auflösen. Die Erben des Duce sollen mit der ebenfalls von Fini gelenkten Nationalen Al-

lianz verschmelzen, die ihnen schon seit Januar als Tarnung dient, und eine Partei der rechten Mitte bilden, vergleichbar etwa den Gaullisten in Frankreich.

Diesen Wandel hätten die alten Kameraden aus Triest und der umliegenden Region Friaul-Julisch-Venetien, als Radaubröder der Bewegung bekannt, stören können. Immer noch gärt in den östlichen Grenzlanden Italiens nationalistisches Ressentiment über den Verlust von Istrien und der Hafenstadt Rijeka, des italienischen Fiume, an Jugoslawien, besiegelt 1975 durch den Vertrag von Osimo.

Frischer Zorn unter den ostitalienischen Rechten kam auf, als ein Protokoll der Außenminister Italiens und Sloweniens bekannt wurde. Es hätte der einstigen jugoslawischen Republik die bisher verweigerte Zustimmung Roms zur Assoziation an die EU gebracht. Auf Bannern gaben Fini-Anhänger in Triest ihre Empörung kund: „Slowenien in die EU – niemals!“

Der junge Abgeordnete Roberto Menia heizte den Unmut der Menge an und forderte Fini auf: „Sprich du



Neofaschistenführer Fini
„Völlig sauber“

ein klares Nein zu dem Versuch Sloweniens, sich als trojanisches Pferd in die Europäische Union einzuschleichen.“

Doch kühl wich Fini einer Stellungnahme zu der brenzigen Frage aus. „Du enttäuschst uns“, murkte die Menge. Aber dann donnerte Fini los: „Der Respekt unserer nationalen Würde verlangt, daß sich die slowenische Regierung offiziell für das Unrecht entschuldigt, das sie den italienischen Vertriebenen angetan hat. Ein Kniefall, wie ihn Willy Brandt vor den Opfern des Naziregimes in Polen gemacht hat, wäre das angemessene Zeichen von Reue.“

Von solchen Tönen war sein Publikum wiederum begeistert, die slowenische Regierung natürlich nicht. Wenige Tage später kündigte sie die Abmachung mit Italien – in den Augen seiner Gesinnungsgenossen ein Erfolg für Fini.

Balanceakte wie in Triest liefert Fini laufend, ohne bei seinen Anhängern an Glaubwürdigkeit einzubüßen. Regierungschef Berlusconi dagegen verzettelt sich in aufwendigen Konfrontationen mit wahren Gegnern und vermeintlichen Feinden. Meistens verliert er.

Anders als der dritte Kompagnon in der Regierungskoalition, der Polterkopf Umberto Bossi von der Liga Nord, hat sich Fini niemals zu Kritik an Berlusconi hinreißen lassen. Gleich-



Fini-Anhänger in Triest: „Sprich du ein klares Nein“

FOTOS: M. STERLE

wohl setzt er unauffällig Korrekturen an Regierungsentscheidungen durch, die seiner Kundschaft schaden könnten – etwa, als er scharfe Kürzungen im Sozialbereich abmilderte.

Von solider Eleganz wirkt Fini wie der Mann, auf den sich Italien verlassen kann – die Stimme der Vernunft in einem Kreis der Schyllen und Aufgeregten. Im Unterschied zu Berlusconi verliert er nie die Fassung. Finis Sonnenbräune ist echt, daher auch nur im Sommer zu bewundern, während Berlusconi rund ums Jahr kürbisgelb geschminkt vor die Kameras tritt.

Berlusconi verspielt Vertrauen, weil er den Eindruck erweckt, er mißbrauche sein Amt zu privatem Nutzen. Seine Nöte nehmen beklemmend zu, seitdem die Mailänder Staatsanwaltschaft zu ergründen sucht, ob der Fininvest-Eigentümer beim Abonnementsfernsehen Telepiù wirklich nur die gesetzlich zugelassenen zehn Prozent Anteile besitzt.

Fini dagegen kann sagen: „Niemand in meiner Partei ist bisher wegen

Korruptionsverdachts verhaftet worden, wir gelten als völlig sauber.“ Seit Monaten wächst die Zustimmung für den Führer der italienischen Neofaschisten. In einer Umfrage für die Tageszeitung *Corriere della Sera* überflügelte Fini Mitte des Monats zum erstenmal den Regierungschef.

Unerwarteter Beifall kam sogar aus dem Lager der Linken. Der Chef der Rechtsbewegung werde auf die Dauer „weniger schädlich für die italienische Demokratie sein als Berlusconi“, schrieb der Publizist Piero Ottone. Und Eugenio Scalfari, Chef der römischen Tageszeitung *la Repubblica*, pries Fini, da er den MSI aus dem „politischen Abseits auf den Boden der Verfassung“ geführt habe.

Der Aufstieg vom Außenseiter zum solidesten Mitglied der Regierungskohalition ist das Ergebnis einer einmaligen historischen Konstellation. Vor den Trümmern von Tangentopoli, der in Korruptionsskandalen zugrunde gegangenen Schmiergeldrepublik, erschien der MSI plötzlich als Muster an Integrität. Das lag kaum an der ausgeprägten Moral der Neofaschisten, die Rechtsterroristen und Schläger in ihren Reihen duldeten; jahrzehntelang von der Macht ausgeschlossen, hatten die MSI-Politiker einfach keine Chance, in die Geldtöpfe zu greifen.

Bis in die jüngste Vergangenheit kam der MSI selten über einen Wähleranteil von sechs Prozent hinaus. Er brachte zwar einen charismatischen Führer hervor, Giorgio Almirante, der die Plätze Roms mit Zuhörern füllen konnte. Aber weil die Partei sich nie zum klaren Bruch mit dem Faschismus entschloß, blieb sie „außerhalb des Verfassungsbogens“. In Ausnahmefällen diente der MSI rechten Christdemokraten als Mehrheitsbeschaffer, mitregieren durfte er nicht.

Seit die Christdemokraten 1993 im politischen Morast versunken sind, bedient Gianfranco Fini die Sehnsüchte heimatloser Wähler nach Sauberkeit, sozialer Gerechtigkeit und nationalem Anstand. Dabei ist Fini kein besonders mitreißender Politiker. Er sieht aus und

tischen Nachfahren Mussolinis zu stimmen.

Im Wahlkampf erwies sich Fini als TV-Genie. Während Berlusconi an Diskussionsrunden gar nicht erst teilnimmt, lebt Fini in der kontroversen Debatte auf. Er wird um so besser, je schärfer man ihn angreift. Er ist schlagfertig und witzig, ohne sich festzulegen.

In seinem Bemühen, das Ansehen seiner Partei zu mehren und dabei die alte Garde seiner neofaschistischen Anhänger nicht zu verprellen, erwies er sich als Meister des Doppelspiels. Seinem bürgerlichen Publikum versicherte er im Wahlkampf 1994, daß Italien „Freiheit, Demokratie, Solidarität und die Ablehnung jeder Diktatur brauche“. Zugleich pries er in einem

Interview mit der Tageszeitung *La Stampa* die Herrschaft Mussolinis, an der bis zum Erlaß der Rassengesetze 1938 „nichts auszusetzen“ gewesen sei. Aber hatte Mussolini nicht schon seit 1922 eine Diktatur errichtet? Fini: „Es gibt Zeiten, in denen die Freiheit nicht den höchsten Wert darstellt.“

Auf dem Umschlag seiner soeben erschienenen Biographie rekt der rechte Führer stramm den Arm nach oben. Das Foto entstand vor zwei Jahren auf einer MSI-Kundgebung zum 70. Jahrestag des faschistischen Marsches auf Rom. Er habe nur einen Freund in der Menge begrüßt, rechtfertigte

Fini seinen Salut. Der Titel des Buches: „Addio Duce“.

„Der Widerspruch ist von uns gewollt“, erklärt Daniele Martini, einer der beiden Autoren, „er soll die bleibende Zwiespältigkeit Finis im Verhältnis zum Faschismus ausdrücken.“

So werde Fini zwar demnächst in die USA reisen, wo das Mißtrauen gegen ihn besonders ausgeprägt ist. Doch „niemals“, so Martini, werde Fini „den entscheidenden Satz sagen: daß der Faschismus ein Irrtum war“.

Weil er die historischen Wurzeln seiner Bewegung nicht kappt, wird Fini seine alten Kämpfer behalten, wenn sich im Januar 1995 der MSI endgültig auflösen wird. Als das Zentralkomitee des MSI diesen Beschluß am vorletzten Wochenende faßte, verweigerten nur 6 von 250 Stimmberechtigten dem Chef die Gefolgschaft.



Italienische Skins (in Vicenza): Rechtsterroristen und Schläger

spricht wie der Gymnasiallehrer, der er ist.

1952 in Bologna in einem gutbürgerlichen Elternhaus geboren, trat er mit 19 Jahren der Faschistenpartei bei, „aus Protest gegen die Diktatur der Linkskultur in Bologna“. Seinen Aufstieg im MSI verdankt er Almirante, der 17 Jahre lang Parteivorsitzender war und Fini zu seinem Kronprinzen erwählte.

Populär wurde er jedoch erst 1993, als er sich um den Posten des Bürgermeisters von Rom bewarb. Zwar unterlag er dem Grünen Francesco Rutelli, doch sammelte er im zweiten Wahlgang 46,9 Prozent der Stimmen. Dabei half ihm entscheidend Silvio Berlusconi. Der Medientycoon, im Herbst 1993 selbst am Beginn seiner Politkarriere, bevorzugte „ganz klar Fini“. Das war die Salbung – das römische Bürgertum verlor seine Hemmung, für einen poli-

Frischer Wind

Der Beitritt der Skandinavier verschiebt die Gewichte in der Europäischen Union. Die Deutschen hoffen auf neue Bündnispartner.

Noch haben sie nicht alle ihr Jawort gegeben. In zwei Wochen entscheiden die Schweden, 14 Tage später die Norweger, ob sie vom 1. Januar 1995 an zur Europäischen Union (EU) gehören wollen.

Doch die deutliche Zustimmung bei den Volksabstimmungen in Österreich und nun auch in Finnland hat die Brüsseler Finanzexperten ermutigt, schon einmal auszurechnen, was die vier Neuen zusammen in die EU einbringen. Die Mitgift kann sich sehen lassen.

Über zwölf Milliarden Mark könnten schon im nächsten Jahr zusätzlich verteilt werden, erläuterten die Kommissionsbeamten dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament. Bis 1999 steigen die Netto-Beiträge sogar auf über 14 Milliarden Mark.

Der Überschuß ist bereits fest verplant. Geht es nach der Brüsseler Kommission, werden vor allem die Südländer vom Geldsegen aus dem Norden profitieren.

Die Umverteilung soll ein Trostpflaster sein. Denn unbehaglich beobachteten Spanier, Griechen und Portugiesen, aber auch Italiener und Franzosen, wie sich mit dem Beitritt der Skandinavier im hohen Norden der politische Schwerpunkt der Gemeinschaft verlagert.

Mit ihrem deutlichen Ja zur EU hätten die Finnen eine „historische Wahl“ getroffen, sagte Norwegens Premierministerin Gro Harlem Brundtland nach dem Referendum, „und das wird die ganze Union verändern“.

Die Skandinavier – zusammen mit den Österreichern – bringen nicht nur Geld in die europäische Kasse. Es werde eine „Akzentverschiebung“ geben, sagt der Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium, Johann Eekhoff,



Finnische, russische Grenzhüter bei Swetogorsk: Schwerpunkt verlagert

mit Auswirkungen auf alle Politikbereiche.

Gemeinsam ist den Beitrittsländern ein ausgeprägtes Interesse an Osteuropa. Immerhin bekommt die EU nach der Aufnahme Finnlands erstmals eine über 1000 Kilometer lange Grenze mit Rußland.

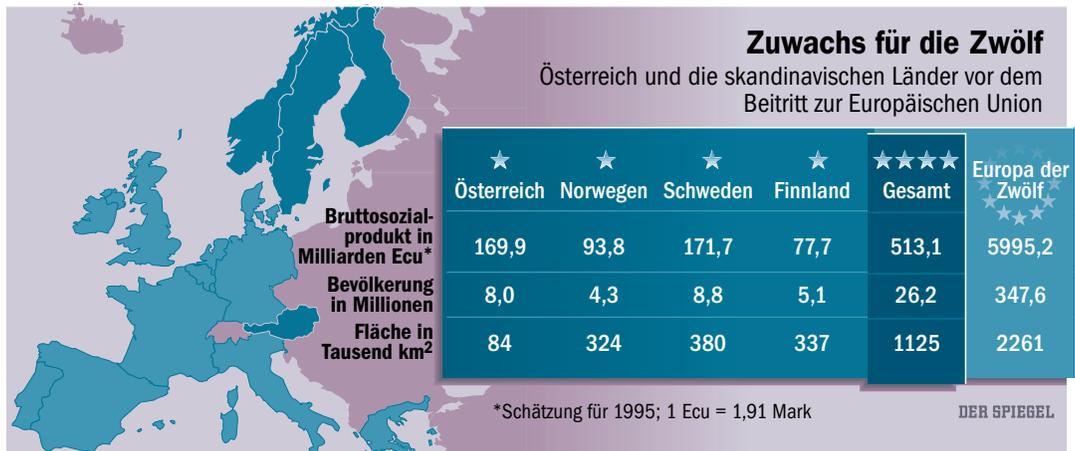
Seit einigen Monaten nehmen die Neuen bereits an Ratssitzungen der Gemeinschaft teil. Als sich die EU-Außenminister Anfang Oktober Gedanken über die künftigen Beziehungen zu den ost/mittleuropäischen Staaten machten, bestand der finnische Gasthörer, Außenminister Heikki Haavisto, mit Unterstützung seiner norwegischen, schwedischen und dänischen Kollegen darauf, Estland, Lettland und Litauen in die Pläne miteinzubeziehen.

„Unsere enge Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten muß gewahrt werden“, bekräftigt der neue schwedi-

sche Europaminister Mats Hellström. Er will sich dafür einsetzen, daß die Osthilfe der EU nicht nur den Staaten Zentraleuropas zugute kommt, sondern auch den baltischen Republiken und dem nördlichen Rußland von St. Petersburg bis hinauf nach Murmansk.

Die Intervention der Gäste hatte Erfolg. Außenhandelskommissar Leon Brittan zeigte kurz danach Wege auf, die drei baltischen Staaten über Assoziierungsabkommen an die EU heranzuführen.

Da sieht der für die Beziehungen der EU zu den Mittelmeerländern zuständige Kommissar, der Spanier Manuel Marín, Gefahr heraufziehen. Auf dem nächsten Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs Ende des Jahres in Essen will er beantragen, die für den Süden bis 1999 vorgesehenen Hilfgelder auf elf Milliarden Mark zu verdoppeln. Er fürchtet, daß Haushalts-



disziplin und Sparwille nach der Erweiterung zunehmen. Bisher konnten die Nettozahler von den Empfängerländern leicht überstimmt werden.

Bevor es am 1. Januar 1995 ernst wird, haben die neuen Kandidaten Gelegenheit, in allen EU-Gremien Schnupperkurse zu absolvieren. Dabei stellte sich heraus: Ganz gleich, womit sich die Nordlichter in Brüssel beschäftigen, sie stehen „uns überall näher als Franzosen und Engländer“, freut sich ein deutsches Kommissionsmitglied.

Vor allem die Schweden wissen genau, was sie wollen. Als der ehemalige sozialdemokratische Finanzminister Allan Larsson im Auftrag von 20 europäischen Schwesterparteien Richtlinien für einen gemeinsamen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entwarf, arbeiteten er und seine Berater eng mit den Experten in Brüssel zusammen. Das später erschienene Weißbuch der Kommission weist denn auch starke Merkmale schwedischer Vollbeschäftigungspolitik auf.

In der Umweltpolitik bringen die vier scharfe Normen ein, die weit über den Standards der Rest-EU liegen. Da die Beitrittsländer sich in den Verträgen jede Verwässerung verbeten haben, wird sich die Union erstmals nach oben anpassen müssen.

Die sozialen Systeme in den skandinavischen Ländern gleichen noch am ehesten dem deutschen. Für die Ablehnung einer gemeinsamen Sozialpolitik durch die Briten haben die Neuen deshalb kein Verständnis. Schweden und Großbritannien hätten beide Bedenken gegen die Sozialcharta des Maastrichter Vertrags, witzelt ein schwedisches Regierungsmitglied, aber aus unterschiedlichen Gründen: „Den Briten geht sie zu weit, uns nicht weit genug.“

Nach dem Ja in Finnland lobte der Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Haensch, die demokratischen Tugenden der Skandinavier. Haensch erwartet, daß frischer Wind aus dem Norden das Klima in der EU ändern könnte: mehr Offenheit, größere Rechte für das Parlament, weniger Kabinettskungelei. In Brüssel reagierten schon jetzt „etliche sauer“, so der Schwede Hellström, „weil wir die Geheimhaltungsstempel alle abschaffen wollen“.

Übernächstes Jahr, wenn die in Maastricht verabredete Regierungskonferenz zur politischen Fortentwicklung der EU stattfindet, werden die Skandinavier ein gewichtiges Mitspracherecht haben. Die neuen Kräfteverhältnisse könnte vor allem der britische Maastricht-Gegner John Major zu spüren bekommen. Obstruktion wird ihm angesichts der neuen Mehrheiten im Rat schwerfallen – zumal für London keine Alternative zur EU besteht. Nach der Integration der skandinavischen Länder schrumpft das



SCANFOTO / DPA

Norwegens Premierministerin Brundtland
„Die ganze Union verändern“

alte Efta-Bündnis auf Island, Liechtenstein und die Schweiz zusammen.

Gewinner der Machtverschiebung könnten die Deutschen sein. Als Spanien, Portugal und Griechenland beitreten, so der sozialdemokratische Europaparlamentarier Gerhard Schmid, sei das Gemeinschaftsgebäude nach Süden gekippt. „Jetzt rutscht der Schwerpunkt in die Mitte – und da sitzen wir.“

Schweiz

Zopf ab

Die Landsgemeinde, mythischer Urquell der eidgenössischen Volksherrschaft, hat sich überlebt.

Wenn im Frühling auf saftigen Wiesen der Löwenzahn blüht und die Sonne die Seelen der Bergler wärmt, strömen die Eidgenossen seit Jahrhunderten zu ihren Landsgemeinden zusammen.

Sie versammeln sich in einem „Ring“ wie zu Zeiten ihrer Vorfahren und stimmen per Handaufheben ab. Frei und direkt wie nirgends sonst auf der Welt entscheidet das Volk über seine Staatsgeschäfte – so will es die Tradition.

Diese Idylle aus der Vergangenheit hat sich zum Wohlgefallen von Touristen und einheimischen Honoratioren in fünf Landsgemeinde-Kantonen bis heute erhalten: im erkonservativ-katholischen Appenzell Innerrhoden und im protestantisch-traditionsbewußten Appenzell Ausserrhoden, in Nidwalden, Obwalden und im Glarus in der Inner- schweiz.

* Bei der Abstimmung am vorletzten Sonntag.

Doch was als Urform der Volksherrschaft verklärt wird, ist in Wahrheit gar nicht so demokratisch. Im „Freilufttempel der Demokratie“, so der US-Politikwissenschaftler John Bendix, fühlt sich nur noch eine kleine Minderheit der Berg- und Talbewohner wohl. Bei der Mehrheit ist das Unbehagen gewachsen, weil die Abstimmungen nicht geheim sind – und Abweichlern mithin Pressionen aller Art drohen.

Während Jahrhunderten dienten die rituellen Begegnungen zwischen Regierenden und Regierten denn auch vorwiegend dazu, Macht und Privilegien der Oberschicht zu zementieren und „Stänkerer“, wie Oppositionelle bis heute genannt werden, ruhigzustellen. Damit geht es aber zu Ende. Die kleinen Bergkantone sind nicht mehr abgeschieden wie ehemals, sondern gehören zu den städtischen Agglomerationen von St. Gallen, Zürich und Luzern. Entsprechend bunt gemischt ist die Bevölkerung.

In Nidwalden mußte die Regierung das Volk deshalb an einem trüben Oktobersonntag zur außerordentlichen Versammlung rufen. 2000 Bürger, fast sechs Prozent der Stimmberechtigten, hatten in einem Volksbegehren die Teilabschaffung der Landsgemeinde gefordert: Wahlen für Regierungsämter und, falls per Unterschriftensammlung verlangt, Entscheidungen über wichtige Sachgeschäfte sollten künftig in geheimer Abstimmung an der Urne stattfinden.

Der Kantonsregierung und der christdemokratisch dominierten Parlamentsmehrheit ging die Reform viel zu weit. Sie wollten eine Kommission einsetzen und über deren Vorschläge erst in zwei Jahren abstimmen lassen. Doch die

Neuerer mochten nicht so lange warten: „Der Zopf muß sofort ab.“

Der Druck auf Bürger mit querdenkerischen Ansichten sei nämlich „ungeheuer, alles wird registriert, die freie Meinungsäußerung ist nicht mehr möglich“, behauptet der Oppositionspolitiker Peter Steiner aus Stans. Zudem sei es „einfach unverantwortlich“, wenn nächstes Jahr gerade mal zehn Prozent der Stimmberechtigten, scharf beobachtet von Nachbarn und Arbeitgebern, über ein so umstrittenes Problem wie die Konzession für ein Atomüllager im Wellenberg entscheiden würden. Dabei geht es um Millionenbeträge.

Zum Schrecken der Regierung folgte die Landsgemeinde den Argumenten der Reformier und entmachte sich selbst. „Eine Sensation“, kommentierten die *Luzerner Neusten Nachrichten*. Und der Abgeordnete Peter Josef Schallberger, der seinen Kanton im Bundesparlament vertritt, stöhnte: „Nidwalden ist nicht mehr, was es war.“

Appenzell Ausserrhoden hat einen ähnlichen Weg eingeschlagen. Dort ist die Versammlungsdemokratie zum Ritual erstarrt. Auf der Landsgemeinde, die kaum je länger als eine Stunde dauert, wird nicht diskutiert, nur abgestimmt. Dafür läuten die Kirchenglocken, das Volk singt mit der Regierung eine Hymne („Ode an Gott“), es wird still gebetet, „Land und Volk dem Machtschutz Gottes empfohlen“. Die Blasmusik spielt, und am Schluß werden Eidesformeln gemurmelt. Nach langem Widerstand durften sogar Frauen in den Ring.

Voriges Jahr hatten die Ausserrhoder ein Begehren, die Landsgemeinde abzuschaffen, noch klar zurückgewiesen. „Das Herz“, hieß es damals, habe „über



KESTONE ZÜRICH

Landsgemeinde in Nidwalden*: „Freilufttempel der Demokratie“

den Verstand gesiegt“. Doch in diesem Frühjahr schlug die Stimmung plötzlich um, als erstmals zwei Frauen in die Regierung berufen wurden.

Auf dem „Stuhl“, dem Podium, auf dem neun puppenhaft mit Cape und Zylinder kostümierte Regierungsmitglieder stehen, war Revolutionäres zu sehen: Die Herren überreichten Blumen, und die beiden neuen Magistratinnen küßten ihre Kollegen. „Es fehlte nur das Zelt“, empörte sich ein Traditionalist, „und der Zirkus wäre perfekt gewesen.“

Es kam noch schlimmer: Der Ratschreiber mußte zugeben, daß Leute mitgestimmt hatten, die dazu nicht berechtigt waren. Und dann brach auch noch Zwist über fragwürdige Manipulationen bei der Auszählung der gereckten Hände aus. Eine grüne Richterkandidatin war nicht gewählt worden, obwohl viele innerhalb und außerhalb des Rings eine deutliche Mehrheit für sie ausgemacht hatten.

Die skandalösen Vorkommnisse bewirkten, daß frühere Freunde der Landsgemeinde dem Brauch nun auch in Ausserrhoden das Ende wünschen. Ein Ex-Kantonsrat: „Es ist fast ein Hohn, wenn wir Schweizer Wahlbeobachter nach Südafrika schicken und dabei in unserem Land selbst schummeln.“

Ruanda

Land der Waisen

Tutsi-Rückkehrer besetzen die Häuser geflohener Hutu, Soldaten üben Rache – Vorspiel einer neuen Runde im Bürgerkrieg.

Die St.-Pauls-Kirche in Kigali ist überfüllt. „Imanimuye, geliebter Gott“, singen die Gläubigen von Trommeln begleitet, „gib unseren Seelen Frieden.“ Pater François predigt mit leiser Stimme Versöhnung: „Viel Blut ist geflossen – auch in diesem Gotteshaus. Aber der Herr wird uns vergeben.“

Der Allmächtige mag dazu bereit sein, aber „ob ich das kann, weiß ich nicht“, flüstert Annonciata Nyiraminani. Die junge Tutsi-Frau, die vor dem Krieg als Lehrerin arbeitete, sucht Trost in der Gemeinschaft der Frommen. „Daß ich noch da bin“, sagt sie, „grenzt an ein Wunder.“

Nyiraminani hat als einzige das Massaker an ihrer Familie überlebt. Sie war

gerade bei Freunden, als Hutu-Milizen ihre Mutter, zwei Schwestern und ihre beiden Kinder ermordeten. Nach ihrem Mann sucht sie bis heute vergebens.

Die Erzählungen der Menschen ähneln sich auf schreckliche Weise. Die Spuren des Völkermords, dem nach Uno-Schätzungen zwischen 500 000 und eine Million Menschen zum Opfer fielen, sind allgegenwärtig. „Das Land der Witwen und Waisen“, so die ruandische Wochenzeitung *Imbaga Yurwanda* (Bund der Ruander), wird seine Vergangenheit nicht los.

Anfang Oktober entdeckten Einwohner in der Umgebung von Kibuye Massengräber mit über 7000 Leichen. Noch immer irren Kinder auf der Suche nach ihren Familien durchs Land. Im Grenzgebiet zu Tansania tauchen Flugblätter der Mördermilizen Interahamwe auf, die jedem den Tod androhen, der mit den „neuen Tutsi-Machthabern“ zusammenarbeitet. Zum Rückeroberungsfeldzug rüsten sich in den Flüchtlingslagern von Zaire Tausende Hutu-Soldaten. Schon schlugen Partisanen-Kommandos zu, in Kigali verstümmelte eine frisch gelegte Mine eine Frau.

Nur langsam kehrt die Normalität zurück. Geschäfte und Märkte öffnen, in einigen Stadtteilen gibt es schon Strom und Wasser. In den meisten Grundschulen wird wieder unterrichtet. Weil die Zentralbank geplündert wurde, bekommen die Lehrer Bohnen und Maismehl als Lohn.

Im Waisenhaus von Ndera, das von der Hilfsorganisation Cap Anamur geführt wird, toben Kinder auf dem Hof. „Die Nächte sind ruhiger geworden“, erzählt die Kinderkrankenschwester Ulrike Holzhauser, „die Kleinen schreien weniger und fallen nicht mehr vor Angst aus den Betten.“

Das Waisenhaus bewachen Soldaten der Ruandischen Patriotischen Armee. Uniformen und Koppel mit Hammer und Zirkel am Schloß stammen noch aus DDR-Beständen. An Brücken, Ortseingängen und Kreuzungen hat das Militär Straßensperren errichtet.

Armeechef Paul Kagame, der zugleich Verteidigungsminister und Vizepräsident ist, mahnt zur Zurückhaltung. „Übt keine Rache“, sagte er auf einer Massenveranstaltung in Kigali, „ich verspreche euch, daß wir die Verantwortlichen für die Massaker vor Gericht bringen werden.“

In der Hauptstadt kursiert eine Liste mit Namen von Politikern des gestürzten Regimes – Interahamwe-Führer, Militärs, Journalisten und Bürgermeister stehen darauf, die das Morden angeführt haben sollen. Mehr als 6000 Verdächtige warten im Gefängnis auf

* Bei der Registrierung für den Suchdienst des Roten Kreuzes.



G. HULTINGBOK / LAF

Rückkehrer auf dem Weg nach Kigali: „Keiner ist sicher“

ihren Prozeß. Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes können sie besuchen. Doch Hutu-Bürger berichten auch von heimlichen Verhaftungen. „Nachts kommen die Soldaten“, sagt eine Frau, „keiner von uns ist sicher.“

Amnesty International bestätigt, daß die Sieger Hunderte Hutu umgebracht haben. Solche Berichte und die gezielte Propaganda der einstigen Herrscher halten das Millionenheer der Flüchtlinge in den Elendslagern von Zaire und Tansania zurück.

Der Hutu-Bauer Alphonse Habiyambere gehört zu den wenigen, die sich wieder nach Hause wagten. Nachdem zwei seiner Kinder im Lager an Cholera gestorben waren, machte er sich zu Fuß auf den Weg. „Mein Haus war geplündert“, erzählt er, „aber es stand noch. Ich habe niemanden getötet, deshalb habe ich nichts zu befürchten.“

„Drei Viertel der Bevölkerung sind wieder im Land“, behauptet Armeesprecher Frank Mugambage. Er verschweigt, woher die Zuzügler kommen: Während die Hutu-Flüchtlinge nur zögernd heimkehren, strömen Hunderttausende Tutsi nach mehr als 30 Jahren Exil aus Uganda und Burundi zurück.

Allein im Norden Ruandas haben sich etwa hunderttausend Tutsi-Bauern aus Uganda in den leeren Häusern gefloher Hutu niedergelassen. An die 300 000 Rinder, die sie über die Grenze trieben, weiden auf den Wiesen. Schon überlegt der Minister für Wiedereingliederung, Teile des Kagera-Nationalparks für Rückkehrer und ihre Herden zu öffnen. In Kigali haben die Neubürger ganze Stadtteile mit Geschäften, Hotels und Tankstellen übernommen.

Fabien Kayiranga war als Kind 1960 vor Pogromen ins benachbarte Burundi geflohen. Vor einem Monat treckte der Lastkraftwagenfahrer mit Frau und drei Kindern nach Kigali. „Wir haben ein leeres Haus besetzt“, gesteht er, „unse-



D. SHARROCK / GAMMA / STUDIO X

Waisenkinder in Ruanda*: „Die Kleinen schreien weniger“

re Leute sind jetzt an der Macht. Wir fordern zurück, was uns einst gehörte.“

Und wenn die Hutu-Eigentümer vor der Tür stehen? Kayiranga lacht: „Dann werden wir schon irgendeine Lösung finden.“ Wer beweisen könne, daß er rechtmäßiger Besitzer sei, behauptet Armeesprecher Mugambage, der erhalten sein Eigentum zurück.

Mugambage ist wie viele Spitzenpolitiker der Befreiungsfront im ugandischen Exil aufgewachsen und spricht ne-

ben seiner Muttersprache Kinyarwanda nur Englisch. Mit dem Einzug der neuen Herren erlebt das frankophone Ruanda eine Sprachenwende. Auf dem Flughafen von Kigali hat bei der Paßkontrolle, beim Zoll und im Duty-free-Shop das Englische die Kolonialsprache Französisch abgelöst. Und selbst tief in der Provinz setzt sich die neue Herrsprache durch.

In der Missionsstation Kabgayi in Gitarama, wo Hutu im Mai Tausende von

Tutsi niedermetzeln, haben zwei junge Rückkehrer ein Waisenhaus in einem ehemaligen Priesterseminar eröffnet. Michael Marvin Byarngaba, 22, einer der beiden Heimleiter, will den 700 Kindern „wieder ein glückliches Leben“ ermöglichen. „Wir beschäftigen sie, damit sie nicht in Schwermut verfallen“, sagt er, „wir singen, wir spielen, wir lernen.“

Hauptfach: Englisch, denn „dieser Sprache gehört die Zukunft“.

Nicaragua

„Stalinistische Säuberungen“

Interview mit Ernesto Cardenal über den Zwist der Sandinisten

Der Dichter und ehemalige Kulturminister Cardenal, 69, hat vergangene Woche mit der linken Sandinistischen Partei von Ex-Staatschef Daniel Ortega gebrochen. Die Entscheidung des weltweit bekannten Geistlichen, der 1985 vom Vatikan aus dem Priesteramt entfernt wurde, stellt die Partei vor eine Zerreißprobe.

SPIEGEL: Sind die Sandinisten am Ende?

Cardenal: Mit Daniel Ortega an der Spitze hat die Sandinistische Befreiungsfront keine Zukunft. Er hat zwar immer noch eine gewisse Unterstützung an der Basis, aber keine Mehrheit mehr. Ortega hat die Parteiführung diktatorisch an sich gerissen. Bei den jüngsten parteiinternen Wahlen hat der radikale, orthodoxe Flügel unter Ortega die Ergebnisse gefälscht; zahlreiche Anhänger haben deshalb die Partei verlassen, so wie ich.

SPIEGEL: Hat Ortega in Ihren Augen die Ideale der Revolution verraten?

Cardenal: Er hat die Partei deformiert, verraten hat er sich selbst. Er ist zu einem autoritären Caudillo geworden, dem es nur noch um die Macht in der Partei geht. In diesem Zustand haben die Sandinisten keine Chance, bei der nächsten Präsidentschaftswahl zu gewinnen.

SPIEGEL: Welche Rolle spielt der ehemalige Innenminister und Hardliner Tomás Borge beim Kampf um die Macht in der Partei?

Cardenal: Borge ist die Nummer zwei nach Ortega. Er und Daniel Ortega sind für die jüngsten stalinistischen



Dissident Cardenal
„Ortega hat sich selbst verraten“

Säuberungen in der Parteiführung und bei der Parteizeitung *Barricada* verantwortlich. Sie haben alle Gemäßigten abgesetzt und sich die Medien in einem Handstreich angeeignet. Jetzt gleichen die Sandinisten den früheren Einheitsparteien Osteuropas. Der Parteikongreß wird allein von orthodoxen Marxisten beherrscht.

SPIEGEL: Sie werfen Ortega und anderen Sandinistenführern auch

vor, sich bereichert zu haben.

Cardenal: Nach der Präsidentschaftswahl vor vier Jahren kam es in der Parteiführung zu Auswüchsen von Korruption. Einzelne Sandinistenführer haben sich illegal Land angeeignet. Ich habe den moralischen Verfall in der Parteispitze schon damals angeprangert, aber die Schuldigen sind nie zur Rechenschaft gezogen worden. Mit ihrem schändlichen Verhalten haben einige wenige Funktionäre das Ansehen der Sandinisten im In- und Ausland zerstört und der Partei unermesslichen Schaden zugefügt.

SPIEGEL: Droht der Sandinistischen Partei jetzt die Spaltung?

Cardenal: Es gibt schon lange einen gemäßigten Flügel unter Sergio Ramírez, der für Toleranz eintritt und die Partei er-

neuern will. Unter Ortega hat sich der Sandinismus weit von seinen Idealen entfernt.

SPIEGEL: Wie sieht Ihre persönliche Zukunft aus?

Cardenal: Ich werde weiterhin für die Ideale der Sandinistischen Revolution kämpfen. Das bedeutet für mich, daß ich die Machenschaften von Ortega und Borge in Artikeln unermüdlich anprangern werde. Ich bleibe Christ und Marxist.

Polen

Kuppel ohne Kreuz

Feindschaft zwischen Polen und Ukrainern – in Galizien wachen die Gespenster der Vergangenheit wieder auf.

Ein Ort mitten im Wald, weitab vom nächsten Dorf. Auf einem Hügel verwittern die Ruinen eines Klosters. Dieser Flecken in Südostpolen war einst schwer umkämpft: Hier fielen deutsche, österreichische und russische Soldaten im Ersten Weltkrieg. Grabkreuze im ehemaligen Klostergarten erinnern an die Toten.

Und hier starben 30 Jahre später, kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs, im Kugelhagel russischer und polnischer Kommunisten 45 ukrainische Partisanen – im Kampf um „Freiheit und Unabhängigkeit“, so „wie es Söhnen der Ukraine geziemt“.

Die stolzen Worte stehen auf Betonquadern, vor denen ein Blumenkranz aus Plastik liegt. Das Denkmal ist nicht das einzige, das Ukrainer in jüngster Zeit in Polen aufstellten: Vorletzte Woche weihten sie auf dem Friedhof des Dorfes Hruszowice ein knapp vier Meter hohes Tor aus Sandstein ein – für gefallene Angehörige der Ukrainischen Aufstandarmee.

Veteranen in braungrünen Uniformen standen Ehrenwache, blaugelbe ukrainische Fahnen flatterten im Wind, vier Priester zelebrierten die Messe. Mit Tränen in den Augen sangen über 200 Menschen die ukrainische Nationalhymne.

Solche Gedenkfeiern der Ukrainer wirken auf die Polen genauso schockierend, als würden ehemalige SS-Leute wieder mit klingendem Spiel einziehen. Denn die Auf-

standsarmee war nach ihrer Ansicht eine Mörderbande, die sich im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis verbündete und Zehntausende Polen tötete.

Ein Kommentator der Zeitung *Dziennik Zamojski* empörte sich, zuerst hätten die Ukrainer „eine Million“ Polen umgebracht, und jetzt errichteten sie auf polnischer Erde für die Täter „ein Pantheon des Ruhms“.

Trotzig erbauten polnische Patrioten mitten in Przemyśl, einem Hauptort des polnischen Galizien, eine Siegestsäule zum Andenken an Schüler, Lehrlinge und Studenten, die zwischen 1918 und 1921 ihr Leben im Kampf gegen Ukrainer „für das Vaterland“ geopfert hatten. Ein zweiter Obelisk ist schon geplant.

Der Denkmalstreit zeigt, wie tief die Kluft zwischen Polen und der ukrainischen Minderheit in Galizien reicht. In dieser abgelegenen Ecke sind alte Feindschaften aufgebrochen, die zu kommunistischer Zeit gewaltsam zugedeckt wurden.

„40 Jahre hat man die Geschichte nicht aufgearbeitet, jetzt brechen die Emotionen durch“, sagt Marek Kuchcinsky, Fraktionsvorsitzender der Christlichen Allianz im Stadtparlament von Przemyśl.

Unverziehen ist, daß viele West-Ukrainer sich unter den Deutschen an



Ukrainer bei Denkmalseinweihung in Hruszowice
Ruhmeshalle für Nazi-Verbündete?

FOTOS: K. WOLSKA



Messe in griechisch-katholischer Kirche: Streit um Seelen und Besitztümer

der Verfolgung von Polen und Juden beteiligt hatten. Sie hatten gehofft, Hitler werde ihre Gebietsansprüche gegenüber Polen anerkennen.

Die Ukrainer wiederum haben nicht vergessen, daß polnische Truppen Massaker begangen haben. Nach Kriegsende vertrieben die Polen etwa eine halbe Million Ukrainer in die Sowjetunion; 150 000 wurden 1947 in der „Operation Weichsel“ in die neuen polnischen Westgebiete und nach Masuren deportiert. Bis in die fünfziger Jahre bekämpften ukrainische Partisanen polnische Verbände in Galizien.

Eine Entschädigung gab es für die rund 300 000 Ukrainer in Polen bislang nicht. Zwar erklärte der Senat, die Säuberungsaktion sei unrecht gewesen, weitere Entschuldigungen will Warschau aber von einer Versöhnungsgeste aus Kiew abhängig machen.

In dem 70 000-Einwohner-Städtchen Przemyśl, einst eine k. u. k. Grenzfestung, spitzt sich der Konflikt zwischen den Volksgruppen zu.

Polnische Nationalisten, die in allen politischen Parteien vertreten sind, schüren die Angst vor einer angeblichen Ukrainisierung – auch wenn nur noch rund 5000 Ukrainer in Przemyśl wohnen. Ein „absurdes Gefühl der Bedrohung“ erkennt der linksliberale Gemeindeabgeordnete Jan Bartmiński bei seinen Mitbürgern.

Weil die „Mono-Ethnizität“ der Stadt in Gefahr sei, müsse die Eröffnung eines ukrainischen Gymnasiums und eines Konsulats verhindert werden, verkündet ein Positionspapier konservativer Kommunalpolitiker. Beamte mit „kosmopolitischer Einstellung“ sollten versetzt werden. Die „Mischung der Völker“ habe in Mitteleuropa immer nur Unglück gebracht.

Unterschrieben ist das Dokument von lokalen Christdemokraten, von der vom

Klerus gestützten Christlichen Volksvereinigung und von der Bauernpartei PSL, der zweitstärksten Kraft im Warschauer Parlament.

Dabei profitiert die Wirtschaft der Stadt von der nahen Grenze. Täglich strömen Zehntausende Ukrainer herein, um im Fußballstadion zu handeln. Zehn Milliarden Złoty jährlich fließen dadurch zusätzlich nach Przemyśl.

„Wir Ukrainer fühlen uns hier nicht wohl und nicht frei“, klagt der Chef des ukrainischen Kulturvereins, Jaroslaw Sydor. „Wir spüren das Vorurteil, daß Ukrainer schlechtere Menschen als Polen seien.“ Bislang bietet keine Schule in Przemyśl Ukrainisch-Unterricht an. Zum politischen Mißtrauen kommt reli-

giöser Hader zwischen der römisch-katholischen und der griechisch-katholischen Kirche. Den Besitz der Ukrainischen Nationalkirche hatten die Kommunisten Anfang der fünfziger Jahre beschlagnahmt; mehr als 300 Gotteshäuser mit ihren markanten Kuppelbauten übergaben sie dem römisch-katholischen Klerus.

Erst 1990 wurde die Religionsgemeinschaft, die den byzantinischen Ritus beibehalten hat, wieder zugelassen. Seither streiten in Galizien Polen und Ukrainer um Seelen und Besitztümer.

In Przemyśl beanspruchen die ukrainischen Katholiken über 40 Gebäude, vor allem in der Altstadt. Dazu gehören die ehemalige Residenz des Bischofs und das frühere Priesterseminar, in das ein Gymnasium eingezogen ist.

Stadtväter und römisch-katholischer Klerus wollen die Rückgabe verhindern. Die wenigen Ukrainer, behaupten sie, könnten so viele Gebäude und Grundstücke gar nicht nutzen.

Noch immer schwelt der Streit um die ehemalige griechisch-katholische Kathedrale, die sich im Besitz des Karmeliter-Ordens befindet. Als Papst Johannes Paul II. sie 1990 den ukrainischen Glaubensbrüdern zurückgeben wollte, besetzten polnische Fanatiker das Gotteshaus. Der Vatikan schenkte der Minderheit als Ersatz die Garnisonskirche, etwas unterhalb der Kathedrale am Hang.

Die Polen begannen daraufhin, die Kuppel zu demontieren, und rissen das Kreuz ab. „Es geht den Nationalisten darum, alles kaputtzumachen, was an die Ukraine erinnert“, bedauert der Lokalhistoriker Stanislaw Stepien.

„Kreuz und Kuppel waren das Zeichen unserer Anwesenheit“, sagt der Ukrainer Sydor.

In Leszno nahe der Grenze haben die Ukrainer die Hoffnung aufgegeben, ihre 1777 erbaute Holzkirche zurückzubekommen. Sie haben sich ein neues Gotteshaus gezimmert. Der römisch-katholische Priester Jan Bawol sperrte ukrainische Gläubige aus, auch Begräbnisse auf seinem Friedhof erlaubte er nicht: „Zwei Wirte in einem Haus kann es nicht geben.“

Mit großer Gebärde weist der polnische Geistliche nach Osten: „Wer sich nicht frei fühlt, kann gehen. Die Grenze ist ja jetzt offen.“



Galizien gehörte seit der ersten Polnischen Teilung (1772) als Kronland zum habsburgischen Reich. Nach dem Ersten Weltkrieg fiel die von Polen und Ukrainern besiedelte Region an den neuen polnischen Staat. Wie im geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts vereinbart, annektierten die Sowjets 1939 die östlichen Teile Galiziens, ein Achtel des Landes, mit der Stadt Lemberg (Lwiw).

In die Rippen

Kulturkampf in den Schulen: Dürfen moslemische Mädchen mit Kopftuch zum Unterricht?

Der Tag, an dem die 18jährige Aïcha ohne Abschiedswort für immer aus der Schule verschwand, hat Rektor Jean-Marie Maignien bleibend gezeichnet. Das fröhliche Mädchen, das mit Jeans und Popmusik seiner streng islamischen Familie trotzte, werde jetzt wohl „irgendwo in Marokko unter Verschluss gehalten“, sagt der Schulmann bedrückt. Aïcha sei vom eigenen Clan gekidnappt worden, wispert ein Mädchen auf dem Schulflur.

Fünf Jahre hat Maignien, 53, im Gymnasium Romain-Rolland in Gousainville nordöstlich von Paris seinen 1400 Schülern Demokratie und Toleranz nahezubringen versucht. Die lokalen Rechten schimpften ihn „Araberfreund“. Die Anstalt mit ihren vielen Immigrantenkindern gilt als eine der schwierigsten Frankreichs.

Jetzt spricht Maignien „Dinge aus, die ich mir gern erspart hätte“, zum Beispiel: „Wir werden von moslemischen Fanatikern unterwandert; Faschismus im religiösen Gewand breitet sich in den Schulen wie ein Buschfeuer aus.“

Wieder einmal erlebt Frankreich eine Schulkrise, und die Regierung hält sie für gefährlicher als die Massenaufmärsche der Pennäler gegen ungeliebte Reformpläne. Moslemische Mädchen erschienen nach den Sommerferien mit Kopftüchern, oft gar in düstere Kleider und knöchellange Pumphosen gehüllt. Der religiös motivierte Aufzug stellt in den Augen vieler Franzosen eines der Fundamente des republikanischen Schulsystems in Frage: die Trennung von Kirche und Staat, „la laïcité“.

Ein Gesetz von 1905 trennte in dem zu 80 Prozent katholischen Frankreich Staat und Kirche und verbannte den Klerus aus den staatlichen Schulen. Dort gibt es keinen Religionsunterricht, selbst die frechsten Witze über den Papst werden nicht geahndet. „La laïcité“, festgeschrieben in der Verfassung der Fünften Republik, gilt Franzosen aller politischen Richtungen als unverzichtbar für die Einheit der Nation und als Garant für Frieden in den Schulen.

Drei mit dem islamischen Hidschab verhüllte Teenager, die ein Schulleiter in Creil, nördlich von Paris, vom Unterricht ausschloß, reichten 1989 aus, um Frankreich in eine erbitterte nationale Debatte zu stürzen. Ein türkischer

Imam, der die Moslems aufforderte, „Allahs Gesetz über französisches Recht“ zu stellen, wurde ausgewiesen.

Angesichts der neuen Woge redet jetzt nicht einmal mehr die Antirassismus-Organisation „SOS-Racisme“ von Toleranz. Aus „drei oder vier“ Schülerinnen mit Kopftuch vor fünf Jahren, so Erziehungsminister François Bayrou („Ich bin gläubiger Katholik“), seien 2000 geworden. In Goussainville und in Mantes-la-Jolie, in Nantua, Lille oder Orléans tauchten vor den Schulportalen immer mehr Mädchen mit dem islamischen Kleidungsstück auf.

Bestürzt erkannten Lehrer unter den Vermummten Schülerinnen, die noch vor wenigen Monaten Lederjacken getragen hatten. Verhüllten die sich tatsächlich freiwillig? Maignien: „Dahinter stecken immer die Väter und Brüder.“

Die Hidschab-Teenies verweigern die Teilnahme am Sport, am Physik-, Chemie- und Biologieunterricht, und sie boykottieren zuweilen Literaturstunden – es könnte ja Liebeslyrik gelesen werden. Die Schulleiter sind ratlos: Ausschluss bedeutet Diskriminierung der Mädchen, Duldung untergräbt die „laïcité“.

„Schulfremde Elemente“, so ein Beamter des Pariser Innenministeriums, sorgen dafür, daß die Mädchen die Kopftücher nicht vor der Schule abnehmen; Hunderte junger Integristen prügeln sich mit der Polizei bei einer „Solidaritätskundgebung“ für die frommen Schwestern.

Fast immer sprechen junge Männer für die Mädchen. Und wenn sich mal eine mit einer abweichenden Meinung vorwagt, so beobachtete Nasser Ramdane von „SOS-Racisme“, dann „rammt ihr einer der Jungs den Ellenbogen in die Rip-

pen“. In Goussainville führt der Imam-Sohn Rachid Amaoui, 20, das große Wort: „Wer das Kopftuch verbietet, attackiert den Islam.“

Die neue Offensive markiere eine „Wende“ im Laizismus-Streit, vermerkte der Verfasser anerkannter Islam-Bücher, Gilles Kepel. Der *Figaro* warnte vor der „Untergrundarbeit“ der Islamisten: Das Kopftuch sei „das Symbol einer politischen Aktion“, die darauf ziele, die „Fundamente der republikanischen französischen Gesellschaft zu zerstören“. Der gaullistische Abgeordnete Pierre Lellouche forderte ein „Gesetz gegen den Schleier in der Schule“.

Hauptgrund für Frankreichs wachsende Gereiztheit angesichts der „Spirale der foulards“ (*Libération*) ist der Vormarsch der Islamischen Heilsfront (FIS) im algerischen Bürgerkrieg. 19 Franzosen sind dort ermordet worden. Eine

Vier Mädchen in der Schulbibliothek unter Quarantäne gesetzt

Machtübernahme durch den FIS würde eine Massenflucht übers Mittelmeer auslösen – eine Schreckensvorstellung für Frankreich, das heute schon die größte Moslem-Minderheit in Westeuropa hat.

Eine Umfrage in *Le Monde* ergab, daß 73 Prozent der interviewten Franzosen Islam mit Fanatismus, Unterwerfung der Frau und Ablehnung westlicher Werte verbinden. Wer die Vermummung toleriere, findet neuerdings auch Dominique Voynet, Sprecherin und Präsidentschaftskandidatin der Grünen,

gefährde „all die Mädchen, die dem Druck ihrer islamistischen Familien noch widerstehen“.

Die Aggressivität ist so gestiegen, daß biedere Franzosen selbst die friedliche Einweihung der – überwiegend von den Saudis bezahlten – Großen Moschee in Lyon als Provokation empfanden.

Aufgeregt berichten Frankreichs Medien vom linken *Nouvel Observateur* bis zum rechten *France Soir* in großer Aufmerksamkeit, wie islamische Eiferer immer offener in Frankreichs Immigrantenvierteln agitieren. Vorigen Monat alarmierte der Präfekt des Departements Seine-Saint-Denis Innenminister Charles Pasqua über die dramatische „Zunahme der islamistischen Anwerbekampagne unter der Vorort-Jugend“.

Erziehungsminister Bayrou versuchte, seine Schulen abzuschirmen: Er verbot im Namen der „französischen Idee von Nation und Republik“ das Tragen „auffälliger“ religiöser Zeichen in Staatsschulen. „Diskrete“ Merkmale will er zulassen.

„Bayrous Fatwa“ (*Le Point*) schuf nur Verwirrung. Mit der Begründung, es sei nicht ihre Sache, ein unklares Dekret zu interpretieren, dulden die Erzieher im Lycée Saint-Exupéry von Mantes-la-Jolie vorerst die Kopftücher.

In Lille dagegen flogen vergangene Woche neun Mädchen von der Schule, die in einen Hungerstreik gegen das Kopftuch-Verbot getreten waren.

Kompromisse wie in Mulhouse sind rar: Dort drapierten Türkinnen den Hidschab zu einem kessen Turban. In Goussainville setzte Maignien vier verhüllte Schülerinnen erst einmal in der Schulbibliothek unter Quarantäne. Bald trat ein, „was ich befürchtet habe“: Die Mädchen blieben daheim – im Schoß der integristischen Familien.

Bayrous Erlaß erbitterte selbst gemäßigte Moslems, die darin einen Anschlag auf die Religionsfreiheit sehen. Frankreich lege seine „laïcité“ zu „eng, zu starr, zu dogmatisch“ aus, protestierte der Leiter der Moschee von Paris, Dalil Boubakeur. Das Kopftuch sei kein „aggressives Signal“.

Die islamische Organisation „Fédération nationale des musulmans de France“ will gegen den Minister prozessieren. Denn Frankreichs höchstes Verwaltungsgericht, der Conseil d'Etat, hat entschieden, daß jede „Diskriminierung der religiösen Überzeugungen von Schülern“ unzulässig sei.

Wenn die Nation sich in einen Kulturkampf stürzt, schlägt die Stunde des fast 360 Jahre alten Klubs der „Unsterblichen“, der Académie française. Deren illustres Mitglied, der Dichter Maurice Druon, empfahl Schuluniformen, unterschieden nur durch ein Emblem der jeweiligen Anstalt am Revers – natürlich nicht auffällig, sondern diskret.



G. REY / GAMMA / STUDIO X

Schülerinnen in Mantes-La-Jolie: „Faschismus im religiösen Gewand“



„DURCH HITLER GEBOREN“

Die deutschen Juden in Israel (II) / Von Rafael Seligmann

Zähneknirschend hatte es ein deutscher Einwanderer jahrzehntlang hingenommen, von seinen israelischen Landsleuten als „Jecke“ beschimpft oder belächelt zu werden. Als aber das staatliche Fernsehen eine Sendung über die Israelis aus Deutschland unter dem Titel „Die Jeckes“ ausstrahlen wollte, riß ihm der Geduldsfaden. Er wandte sich ans Oberste Gericht des Landes in Jerusalem und begehrte eine Änderung dieses, wie er meinte, „diskriminierenden Filmtitels“.

Das höchste Gericht des Judenstaates fälltte daraufhin ein salomonisches Urteil: Es lehnte die Klage ab. Richter Chaim Cohen, in der norddeutschen Hansestadt Lübeck geboren, begründete die Entscheidung damit, daß die Bezeichnung „Jecke“ seine eigene Ehre in keiner Weise verletze. Die übrigen Jeckes hätten gefälligst ebenso zu empfinden. Als sprichwörtlich gesetzestreue Bürger nahmen die Jeckes das strenge Verdikt widerspruchslos hin.

Die Empfindlichkeit der deutschen Einwanderer im Judenstaat ist verständlich. Die Deutschen warfen sie aus ihrer Heimat hinaus, weil sie Juden waren. Im Gelobten Land beschimpfte man sie als „Hitler-Zionisten“, als deutsche Patrioten also, die allein aus Angst nach Palästina gekommen seien.

Ihre deutschen Tugenden wie Pünktlichkeit und Fleiß, Ordnungssinn und Sauberkeit haben die Emigranten nie abgelegt. Auch die Liebe zur Sprache und Kultur ihres Herkunftslandes ist den meisten geblieben. Doch die Erlebnisse unter den Nazis haben die Jeckes wachsam gemacht, auch im sicheren Israel läßt viele die Angst vor „den Deutschen“ nicht los.

Etwa 900 Jeckes leben in den vier „Elternheimen“ in Jerusalem, Haifa und Tel Aviv, die von der „Organisation Mittel-europäischer Einwan-

derer“ betrieben werden. Die Häuser auf dem Karmel-Berg bei Haifa oder im Tel Aviver Vorort Ramat Chen liegen in gutbürgerlichen Wohngegenden. In jedem Heim gibt es eine wohlsortierte deutsche Bibliothek. Alles ist sauber und gepflegt. Der bescheidene Wohlstand kostet in der Regel etwa 2000 Mark im Monat. Viele Jeckes können es sich leisten, dank deutscher Entschädigungszahlungen und Renten.

Kabelprogramme und Fernsehsatelliten bringen den Jeckes Deutschland ins Haus. Über die Brandanschläge auf Asylanterheime und über die Umtriebe der Neonazis in Deutschland sind sie genauestens im Bilde. Machen sie sich Sorgen?

„Natürlich. Weil in Deutschland schon wieder das gleiche passiert, was wir erleben mußten“, sagt die 1908 in Frankfurt geborene Hilde Pik. „Wenn es den Deutschen schlechtgeht, dann brauchen sie einen Sündenbock. Und das waren schon immer wir Juden.“ Ihre beiden Freundinnen, die 92jährige Trude Meyer aus Nürnberg und die 85jährige Anni Bäumer aus Berlin, stimmen zu.

Einerlei, ob in Deutschland Heime angezündet, Behinderte mißhandelt oder Türken ermordet werden, die alten Jeckes bringen die Untaten sogleich mit den eigenen Erfahrungen in Verbindung. Haben sie noch heute Angst? „Ja“, ant-

wortet Hilde Pik. „Aber hier in Israel sind wir noch am sichersten.“

„Bis vor wenigen Jahren“ hat Trude Meyer geglaubt, „daß es Hoffnung gibt, daß sich alles allmählich zum Guten entwickeln wird.“ Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten habe wieder alles in Frage gestellt.

„Viele hier haben damals befürchtet, daß ein starkes Deutschland vor niemandem mehr Angst haben muß und deshalb als erstes den Juden ihre Entschädigungsrenten nicht mehr zahlen wird“, erinnert sich Ruth Schelas, die Leiterin des „Elternheims“ in Haifa. Deutschland, so glauben viele Jeckes noch heute, habe Reparationen aus Schwäche geleistet, moralische Motive hätten dabei nicht gezählt.

Das Entsetzen über die jüngsten Ereignisse in Deutschland gibt der Unversöhnlichkeit neue Nahrung. „Ich hege noch immer einen Groll, daß die Deutschen meine Angehörigen schlicht ermordet haben. Onkel, Tanten, sogar meine Oma“, bekennt Marianne Baer im „Elternheim“ auf dem Karmel-Berg. „Für Deutschland“ hat die 78jährige, die aus Berlin stammt, „keine Gefühle mehr. Mir ist bis heute ein Rätsel, wie das passieren konnte. Ich werde es nie begreifen.“

Die Betreuerin eines anderen „Elternheims“ kann ebenfalls „nicht verste-



FOTOS: A. BRITTMANN



Holocaust-Überlebende Pik, Baer, Meyer: „In Deutschland passiert schon wieder das gleiche,



Eichmann-Prozeß in Jerusalem 1961*: „Als ich seine Schritte auf dem Gang hörte . . .

hen, wie so was geschehen konnte. Dafür gibt es keine Erklärung. Menschen, die niemandem etwas zu Leide getan haben. Sogar Säuglinge . . .“ Die herbe Berlinerin braucht eine Weile, um sich zu fassen: „Das kann niemals verziehen werden. Dafür gibt es keine Entschuldigung und keine Aussöhnung! Soviel Blutgeld kann nie gezahlt werden.“ Die unterschwellige Angst vor ihren ehemaligen Landsleuten kann auch sie bis heute nicht abschütteln.

Die Altenpflegerin traut „den Deutschen“ nicht und möchte daher nicht namentlich genannt werden. „Die sperren mir sonst noch die Rente, wenn die hören, was ich von ihnen denke.“

Die Angst vor den Deutschen hat sich in die Seelen der Davongekommenen und ihrer Angehörigen tief eingefressen. So auch bei Gabriel Bach, einem der Richter an Israels Obersten Gericht. Der Jurist lenkt das Gespräch, das sich mit der Situation der deutsch-



was wir erleben mußten“

stämmigen Juden in Israel befassen sollte, geradezu zwanghaft auf den Eichmann-Prozeß. Bei Eichmanns Verhaftung im Jahre 1960 war Bach leitender Staatsanwalt. Während der Prozeßvorbereitung war er verantwortlich für die Vernehmung des Holocaust-Organisators.

Fünf Jahre, nachdem die Nazis in Deutschland die Macht übernommen hatten, mußten Bachs Eltern mit ihrem Sohn aus Berlin nach Holland emigrieren. „Das Letzte, was ich von Deutschland damals mitbekam, war der Fußtritt eines SS-Mannes, der mich an der Grenzstation Aachen in den Waggon stieß“, erinnert sich der Richter und hat dabei ein schiefes Lächeln im Gesicht. Zwei Jahre später, 1940, floh die Familie vor der anrückenden Wehrmacht nach Palästina. Und zwei Jahrzehnte darauf wartete Bach in seinem Büro, daß ihm der in Argentinien gekidnappte SS-Offizier vorgeführt würde: „Als ich Eichmanns Schritte auf dem Gang hörte, bekam ich rasendes Herzklopfen.“

Für Eichmanns Taten und sein Verhalten während des Prozesses prägte die jüdische Philosophin Hannah Arendt den Begriff von der „Banalität des Bösen“. Der Terminus wurde zu einem Synonym für die sogenannten Schreibtischtäter. Für Bach ist Hannah Arendts Kategorisierung „Unfug“. Er will nicht verstehen, daß der Begriff von der „Banalität des Bösen“ keineswegs als Verharmlosung gemeint ist.

Als Prozeßbeobachterin habe Frau Arendt nichts getaugt. „Sie war schlicht faul. Wir haben ihr reichlich Dokumente zur Verfügung gestellt. Sie hat sich dafür kaum interessiert. Sie hat das Material höchstens oberflächlich gekannt – und Eichmann noch weniger.“

Er selbst habe Eichmann nach dessen Gefangennahme einem Persönlichkeits-test unterzogen. Dabei sei ihm klarge-



Eichmann-Ankläger Bach

. . . bekam ich rasendes Herzklopfen“

worden: „Eichmann hatte keine banale Buchhaltermentalität. Er war eine kriminelle Persönlichkeit, ein fanatischer, mörderischer Antisemit, kein bloßer Befehlsempfänger.“

Seine eigene Angst vor dem SS-Offizier projiziert Bach auf die ehemaligen Verteidiger Eichmanns. Selbst denen habe der Angeklagte bisweilen Angst eingeflößt. Doch dem widerspricht einer jener Männer, die Eichmann vor dem Gericht verteidigt haben. „Diabolische Wesenszüge“ seines Mandanten seien ihm nicht aufgefallen. „Der hat uns Verteidiger stets als Autoritätspersonen betrachtet“, bilanziert der Rechtsanwalt seine Eindrücke von damals.

Ich kann die deutsche Sprache nicht ertragen. Sie beklemmt mich. Ich assoziiere mit ihr diese furchtbare Zeit.“ Wie viele andere Jeckes auch, überträgt Walter Zwi Bacharach, Professor für Neuere Geschichte an der Bar-Ilan-Uni-

* Mit dem Angeklagten links in der Glaskabine.



versität bei Tel Aviv, die unüberwindbare Angst vor den Deutschen auf sein Verhältnis zur eigenen Muttersprache.

Der 1928 in Frankfurt am Main geborene Historiker floh nach der Reichspogromnacht im November 1938 mit seinen Eltern nach Holland. Dort wurde die Familie 1942 von der Gestapo verhaftet und ins Konzentrationslager verschleppt. Bacharachs Eltern wurden in Auschwitz ermordet. Er selbst überlebte durch Zufall: „Ich war schon zur Vergasung ausselektiert. Da stürzte sich ein polnischer SS-Helfer auf mich und prügelte mich schier zu Tode. Danach stieß er mich, wohl aus Versehen, in die Reihe der Überlebenden“, berichtet er bei meinem Besuch in seiner Wohnung in Tel Aviv, sichtlich bemüht um einen gefassten Ton.

Nach der Befreiung aus dem KZ wanderte Bacharach nach Israel aus und wurde Lehrer. „Das Bedürfnis, zu be-

Versehen mitzunehmen“, beruhigt mich der Hausherr lächelnd: „Das wird nicht geschehen. Schließlich sind wir beide Jeckes“ – und daher ohne jeden Zweifel ehrlich und zuverlässig.

Bei deutsch geführten Gesprächen mit nichtjüdischen Deutschen aber hört für Bacharach der Spaß auf. „Das ist für mich oft quälend“, dann bekommt für ihn die deutsche Sprache „emotional etwas Mörderisches“. Am schlimmsten empfindet Bacharach deutsches Geschrei. Bei einem Besuch in Deutschland habe ein Taxifahrer wegen des Verkehrs angefangen zu fluchen: „Mir war, als ob er mich mit jedem Wort schlagen würde.“

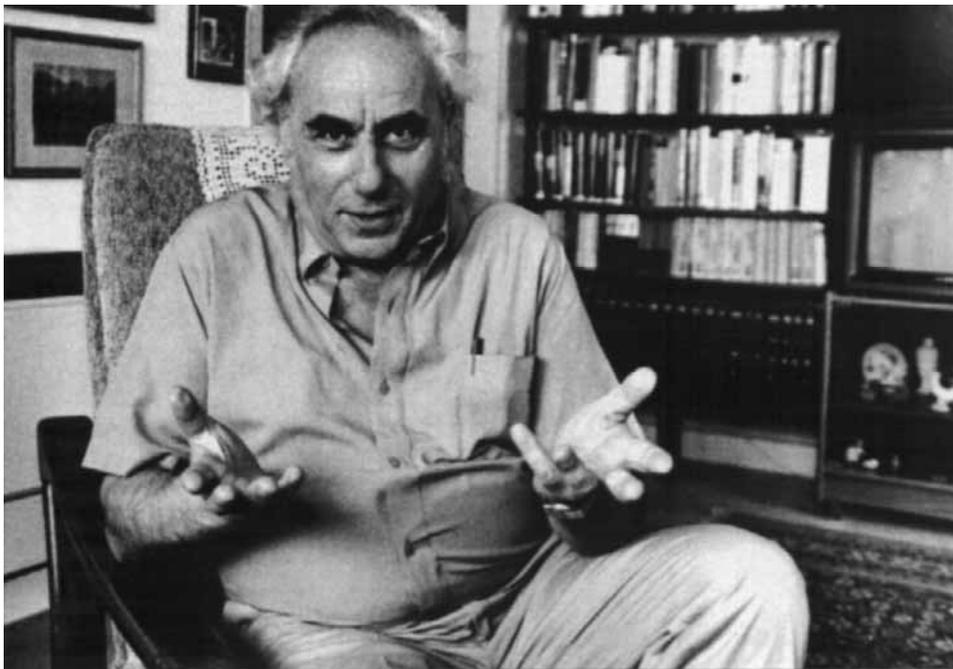
Bacharachs Forschungen führen ihn immer wieder nach Deutschland, in Archive und zu wissenschaftlichen Tagungen. Dabei kommt er nicht ohne die deutsche Sprache aus. Das „Dilemma“, sich beruflich seinen Lebtag mit Deut-

Vernichtung der europäischen Juden erinnert.

Ähnlich denkt und handelt Israels erster Botschafter in Deutschland, Asher Ben Natan, der in Wien geboren ist und während seiner Bonner Jahre wegen seiner Ähnlichkeit mit dem Schauspieler Curd Jürgens den Spitznamen „Ben Jürgens“ hatte. Ben Natan ist heute Präsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft und will „liberale und tolerante Haltungen in Deutschland fördern“. Den Antisemitismus sieht der 73jährige Diplomat in Deutschland noch nicht überwunden.

„Heuchelei“ wirft der Rechtsanwalt Eljakim Haezni den Deutschen vor. Der nationalistische israelische Politiker, 1926 als Georg Bombach in Kiel geboren, prangert die doppelte Moral an: „Der Deutsche ist nicht fähig, die KZ-Mörder von Auschwitz vor Gericht zu stellen, weil er es nicht will, aber bei uns stört ihn alles.“

Von der deutschen Kultur ist der Westjordan-Siedler nie losgekommen. Er schätzt die Musik Beethovens und Bachs, Thomas Mann ist sein Lieblingsschriftsteller, in seinem Haus in Kirjat



Historiker Bacharach: „Ich kann die deutsche Sprache nicht ertragen“

greifen, wie es zur Schoah kommen konnte“, brachte ihn dazu, als Erwachsener Geschichte zu studieren. Heute sind seine Forschungsschwerpunkte der Nationalsozialismus und der Antisemitismus.

Bei seiner Arbeit ist Bacharach auf die deutsche Sprache angewiesen. Die Lektüre deutscher Texte regt ihn nicht auf, beim Lesen bleibt er ruhig. Auch wenn er sich mit Juden in deutscher Sprache unterhält. Hier erweist er sich als geistreicher Gesprächspartner, fähig zur Selbstironie, mit der er sich einen Rest deutsch-jüdischer Überheblichkeit bewahrt.

Als ich ihn darum bitte, mich am Ende des Gesprächs daran zu erinnern, den geliehenen Schreibstift „nicht aus

schen in ihrer, ihm „unerträglichen Sprache“ beschäftigen zu müssen, ist für Bacharach „unauflösbar“.

Die Angst vor den irrationalen Abgründen der Deutschen ist bei vielen Jeckes spürbar. Sie steht auch hinter der politischen Strategie, die Josef Burg verfolgt: „Ich bemühe mich seit Jahren um gute israelisch-deutsche Beziehungen, damit es zu keiner Nazi-Renaissance in Deutschland kommt“, sagt der 85jährige, der aus Dresden stammt und dessen Mutter, von den Nazis deportiert, in Theresienstadt umkam. Von 1951 bis 1986 war er Minister in jeder der israelischen Regierungen. Heute gehört er der Leitung von Jad Waschem an, der nationalen Gedenkstätte Israels, die an die

„Der Fremdenhaß in Deutschland weckt hier alte Ängste“

Arba bei Hebron stehen die Klassiker der deutschen Literatur in den Regalen. Aber „die Habgier der deutschen Geschäftsleute und die Skrupellosigkeit der deutschen Politiker“ sind ihm zuwider. Sein Plädoyer beendet der Anwalt mit der „Erwartung, daß die Deutschen sagen: Wir werden diesem gefährdeten Land helfen. Einerlei, ob es uns genehm oder hilfreich ist, was Israel tut“.

Das Bedürfnis vieler Deutscher, sich ihrer Verantwortung zu entziehen, stößt auch bei moderaten Jeckes auf Unverständnis. So schrieb unlängst das deutsche *Handelsblatt* nach einem Gespräch mit dem Ex-Botschafter Ben Natan: „Die Bundesrepublik Deutschland und Israel haben unter die Vergangenheit einen Schlußstrich gezogen und in den gegenseitigen Beziehungen ein neues Kapitel aufgeschlagen.“

Dazu befragt, betont Ben Natan mißverständlich: „Niemand hat das Recht, historische Schlußstriche unter moralische Fragen zu ziehen! Man kann die Vergangenheit nicht ausradieren.“ Er habe sich lediglich auf die wirtschaftlichen Aspekte der deutsch-israelischen Beziehungen bezogen.

„Die Ausbrüche des Fremdenhasses und des Antisemitismus in Deutschland wecken hier alte Ängste“, sagt Schalom Ben-Chorin, der 1913 als Sohn einer bayerisch-jüdischen Kaufmannsfamilie



in München zur Welt kam. Von den Nazis verjagt, lebt der Schriftsteller und Religionsphilosoph seit 1935 in Jerusalem. Seine über 30 Bücher hat er alle auf deutsch geschrieben.

Von den Deutschen mit Preisen und Ehrungen überhäuft, setzt sich Jecke Ben-Chorin leidenschaftlich für eine christlich-jüdische Verständigung ein.

„Wer als Jude in Deutschland lebt, muß von Gott verlassen sein“

Aber auch er mahnt: „Wir müssen sehr wachsam sein. Das deutsch-israelische Verhältnis ist ein zartes Pflänzchen.“

Viele Jeckes fürchten die Deutschen, und sie verstehen die gut 15 000 Juden nicht, die „ins Land der Mörder“ zurückgekehrt sind. „Das wollen deutsche Juden sein?“ fragt die Rentnerin Eva Hilb, die aus Lübben im Spreewald nach Palästina emigrierte, höhnisch. „Nein!“ schimpft sie, „das sind Juden ohne Sitte und Anstand.“

Die Rückwanderung nach Deutschland ist ein Reizthema der Jeckes. Da kommt sogar Wut hoch, da werden die Rückkehrer als „ehrlose Individuen“ gescholten, „denen Israel gut genug war, um zu überleben“. Danach, so ein Jecke, der kein Pardon gibt, „haben sie sich wieder aus unserem Land gestohlen, um unter Gojim** und sogar unter den Nazis zu leben und Geschäfte zu machen“.

Primitive Vorurteile sind dem Intellektuellen Walter Zwi Bacharach zuwider. Jüdisches Leben im Deutschland aber lehnt auch er strikt ab: „Ein deutsches Judentum darf es nicht mehr geben. Wer als Jude in Deutschland lebt, muß von Gott verlassen sein“, erklärt er. „In dieser Gesellschaft laufen doch noch die Täter herum.“

Bacharach glaubt, daß sich Juden- und Deutschtum gegenseitig ausschließen. Deshalb will es nicht in seinen Kopf, daß es Juden – wie den Münchner Historiker Michael Wolffsohn – gibt, die sich für die Deutschen einsetzen.

Mißfallen erregt auch der Vorsitzende des „Zentralrats der Juden in Deutschland“, Ignatz Bubis. Sein Werben um Verständnis für die Deutschen in Israel hat nur wenige Jeckes überzeugen können. Arnon Tamir sagt, warum: „Der ist zu moderat. Da hat mir sein Vorgänger Galinski viel besser gefallen. Der hat in Deutschland ordentlich auf den Tisch gehauen, wenn es nötig war.“

„Ich habe kein Verständnis für Israelis, die in Frankfurt sitzen, weil man dort Geld machen kann, denn sie haben

ihr Land, in dem sie in allen Ehren leben könnten“, schreibt der 83jährige Schlomo Krebs aus dem Jeckes-Dorf Bet Jizchak nordöstlich von Tel Aviv in einem Leserbrief an eine deutsche Zeitung. Ähnlich äußert sich die Schriftstellerin Lea Fleischmann („Dies ist nicht mein Land. Eine Jüdin verläßt die Bundesrepublik.“), die seit 1979 in Jerusalem lebt und sich dort als patriotische Israelin hervorut.

Nur die wenigsten Jeckes sind bereit, jüdisches Leben im Nach-Hitler-Deutschland zu akzeptieren. Nur selten ist eine tolerante Stimme wie die Asher Ben Natans zu vernehmen, der meint: „Ich habe Mitleid mit Juden überall. Jeder hat mit sich selbst auszumachen, wo und wie er lebt.“

Die leidvollen Erfahrungen der Jeckes mit Terror, Verfolgung und Intoleranz bestimmen auch ihre Haltung in dem israelisch-arabischen Konflikt. Die Konsequenzen, die sie aus dem Erlebten ziehen, sind allerdings unterschiedlich.

Überwiegend bemühen sich die deutschstämmigen Juden um Verständnis den arabischen Nachbarn gegenüber. Schlomo Lahat, der vor einigen Monaten zurückgetretene, langjährige Tel Aviver Bürgermeister, befürwortet sogar einen palästinensischen Staat. Daß er sich damit innerhalb seines eigenen Lagers, des nationalistischen Likud-Blocks, isoliert, ja selbst die sozialdemokratische Regierung an Kompromißbereitschaft übertrifft, schert den störrischen Ex-General wenig: „Anders ist kein Frieden zu erreichen.“

Deutschen Offerten zur besseren Verständigung dagegen begegnet Lahat reserviert: „Als mir mein Kollege aus

Deutschland eine Partnerschaft zwischen unseren Städten vorschlug, habe ich ihm gesagt, Walter, laß uns damit noch einige Jahre warten. Dazu ist es noch zu früh.“ Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann ist ebenso wie Lahat inzwischen nicht mehr im Amt. Aber noch immer meint Lahat: „Wir sollten uns damit noch Zeit lassen.“ Ganz anders als bei dem dringend herbeigesehnten Frieden mit den Arabern.

Damit hat es auch Walter Bacharach eilig. „Es ist schon soviel Blut vergossen worden“, betont der Historiker. Aus seiner persönlichen Leidenszeit und seinen wissenschaftlichen Studien hat er die Lehre gezogen, daß jede Gesellschaft auf „Gewaltfreiheit und Toleranz beruhen muß“. Daher verlangt Bacharach Kompromißbereitschaft: Israel soll sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen – mit Ausnahme Jerusalems. Selbst einen palästinensischen Staat will der Jecke „riskieren, wenn es dadurch endlich zum Frieden kommt“.

Noch weiter geht der 71jährige Schmel Liran aus Wien. Der einstige Berufssoldat, der jahrelang im Gazastreifen stationiert war, ist heute überzeugt: „Wir Israelis sind ein Fremdkörper im Nahen Osten. Wir können hier keine westlichen Maßstäbe anlegen. Wenn wir das tun, dann bleiben wir hier für immer fremd.“ Liran fordert daher: „Wir müssen lernen, uns in manchem wie unsere Nachbarn zu verhalten. Israel muß sich schleunigst aus den besetzten Gebieten zurückziehen.“

Nicht alle Jeckes setzen auf Frieden durch gegenseitigen Verzicht. Der Anwalt Eljakim Haezni etwa begründet seinen Aufenthalt in den besetzten Gebieten provokativ mit der Nazi-Parole: „Juden nach Palästina!“ Für ihn gilt: „Die Deutschen haben mich rausgewor-



Israel-Botschafter Ben Natan 1965*: „Es gibt keinen Schlußstrich“

* Mit Bundespräsident Heinrich Lübke und Entwicklungshilfeminister Walter Scheel.

** Jüdische Bezeichnung für Nichtjuden.



fen. Sie wollten, daß ich nach Palästina gehe. Bitte, hier bin ich.“ Daß er durch seine Siedlertätigkeit in Kirjat Arba die Araber aus ihrer Heimat vertreibt, läßt der Advokat nicht gelten: „Hier ist das Land Israel. Da gibt es Platz für Juden und Araber. Ich will die Araber nicht von hier vertreiben. Aber wenn sie uns rausschmeißen wollen, dann werfen wir die Araber raus. Dann gibt es einen Kampf um Leben und Tod.“

Der rabiate Siedler kennt kein Pardon. Den israelischen Premier Rabin, der mit den Palästinensern ein Friedensabkommen schloß, möchte er als „Friedensverbrecher“ vor Gericht bringen.

Die Schlagworte Haeznis und seiner Gesinnungsfreunde empfindet Lea Jacob als „Nazisprüche, die ich aus Berlin zur Genüge kenne“. Der „Nationalismus“ ist für die energische Altenpflegerin „die Ursache, daß es überall Krieg gibt“. Sie zögert kurz. „Wir sind auch

Leipziger, Kölner, Rheinländer und Bayern gibt es auch die Verbände der früheren Ostpreußen und Danziger. Jeder Verein wird von einem ordentlich gewählten Vorstand samt Schriftführer und Kassenwart geleitet. Gemeinsam bildet man den „Dachverband der Zentraleuropäischen Landsmannschaften“, abgekürzt Centra. Das Wort „Deutsch“ wird im Namen verschämt gemieden.

Zu Vorträgen, die sich fast ausschließlich mit Deutschland oder deutschen Juden beschäftigen, oder zu Dichterlesungen kommen oft mehrere hundert Besucher. Die in Zion verbreitete Schwatzhaftigkeit, die legere Kleidung und der ruppige Umgangston sind bei den alten Jeckes verpönt. Geredet wird nur, wenn die oder der Vorsitzende „das Wort erteilt“.

Jeckes, die noch gut in Schuß sind, können mit Hilfe ihrer Landsmann-

gendlichen nicht ausreichend über ihre historische Verantwortung aufklärt.“

In Israel wiederum streben die organisierten Jeckes ein noch ehrgeizigeres Ziel an: Sie befürworten Deutschunterricht an Schulen, „damit unsere Nachkommen auch die schöne Seite der deutschen Kultur kennenlernen“, wie Guggenheim in einem Brief an den israelischen Erziehungsminister warb.

An einigen Schulen hatte das Bohren der Jeckes Erfolg. Im Tel Aviver Jod-Dalet-Gymnasium wurde Deutschunterricht als zweite Pflichtfremdsprache eingeführt. Die Schüleraufsätze zeigen, wie sehr die Vergangenheit das Leben der jungen Israelis beschäftigt. Der 16jährige David schrieb nach einer Deutschlandreise: „Die Landschaft ist so etwas Schönes, daß man es nicht beschreiben kann. Als ich das sah, konnte ich nicht aufhören, an die Schoah zu denken . . . Ich höre keine Stimmen hier! Trinkt der Acker das Blut von sechs Millionen Menschen, und man hört nichts?“

Mit zunehmendem Alter gewinnt die deutsche Sprache wieder Bedeutung, selbst für Jeckes, die Hebräisch souverän beherrschen, wie der aus Schwaben stammende Arnon Tamir. „Ja, wir denken und träumen jetzt viel öfter deutsch“, räumt der Schriftsteller ein. Seiner Frau Elishewa, bis vor wenigen Jahren Leiterin der Schule im Kibbuz



Chefredakteurin Schwarz: „Schelte für ausländische Besserwisser“

nicht viel besser“, gibt sie zu. „Wir behandeln die Araber wie Bürger zweiter Klasse. Das muß aufhören. Wir müssen Toleranz üben!“ Für Deutschlands Juden aber zeigt Lea Jacob kein Verständnis. „Ein Deutscher ist für mich kein Jude.“ Daran sei „nichts zu rütteln“.

Jedem Deutschen seinen Verein, jedem Jecke seine Landsmannschaft – einige der typischen Gepflogenheiten des sozialen Zusammenlebens in Deutschland hat die Jeckes-Gemeinde Zions beibehalten.

Es gelten die Grenzen des einstigen deutschen Reiches. Neben Landsmannschaften ehemaliger Berliner, Frankfurter, Hamburger, Lübecker, Bremer,

schaften in ihre ehemaligen Heimatorte reisen. Diese bauen Kontakte zu den deutschen Heimatgemeinden und Ländern aus und organisieren Reisen dorthin.

Einer der aktivsten Vereinsmeier ist der 80jährige Gad Walter Guggenheim aus Nürnberg. Sooft er kann, reist der ehemalige Erzieher und Psychologe zu Vorträgen nach Deutschland. Er ist überzeugt, daß „in der historischen Aufklärungsarbeit in Deutschland versagt wird“. Es werde nicht begriffen, „daß die Nazis für den Geschichtsunterricht wichtiger sind als Friedrich der Große. Guggenheim: „Man darf sich nicht über Fremdenfeindlichkeit und Neonazismus wundern, wenn man die deutschen Ju-

„Die Liebe der Juden zu Deutschland war eine einseitige Sache“

Hasorea, ergeht es ähnlich. Sorgfältig studiert das Ehepaar wöchentlich die *Zeit* und den SPIEGEL.

Jeckes mit bescheidenerem intellektuellen Anspruch und schmalem Geldbeutel halten den *Israel Nachrichten* seit Jahr und Tag die Treue. Diese letzte noch existierende Jeckes-Zeitung wird von der aus Wien stammenden Alice Schwarz-Gardos produziert. Vor einem halben Jahrhundert assistierte sie unentgeltlich dem Schriftsteller Arnold Zweig. Heute versorgt sie die Jeckes mit aktuellen Nachrichten aus Israel und Deutschland. Täglich werden gut 8000 Exemplare gedruckt. Wer das Blatt kauft, will seine eigene Meinung bestätigt sehen. Wenn Israel in deutschen Zeitungen kritisiert wird, „dann erwarten meine Leser“, erzählt Frau Schwarz schmunzelnd, „daß ich die ausländischen Besserwisser gehörig schelte“.

Die Mitglieder der zweiten Jeckes-Generation in Israel, die mit ihrer Kindheit zwischen die Mühlsteine der deutsch-jüdischen Geschichte gerieten, fahnden besonders hartnäckig nach ihrer Identität. David Schütz etwa wurde



1941 als Sohn einer jüdischen Mutter und eines sogenannten arischen Vaters in Berlin geboren. Als er acht Jahre alt war, schob ihn die Mutter gemeinsam mit seinem Bruder nach Israel ab. An den Vater hat Schütz keine Erinnerung. Die Mutter sah er erst als Erwachsener wieder. Sie wollte ihm nichts über sich und den Vater erzählen.

„Man kommt von seiner Geschichte nicht los. Meine Eltern waren deutsch und jüdisch. Die einen wollten die anderen umbringen. Was kann man da tun?“ fragt Schütz. Seine Antwort lautet: „Schreiben.“ In seinem Roman „Gras und Sand“ erdichtete er sich die Familiengeschichte, die ihm seine Eltern verweigert hatten. Wohin hat ihn das Schreiben geführt? Schütz reckt seinen massiven Schädel vor: „Ich bin Israeli. Ich liebe Israel.“ Fühlt er sich noch als Jecke? „Ich glaube, ich singe dem deutschen Judentum eher das Kaddisch*.“



Schriftsteller Schütz
„Das Kaddisch für die deutschen Juden“

Zum Land seiner Kindheit aber bewahrt Schütz Distanz. „Ich liebe Deutschland nicht besonders. Früher haben die Juden Deutschland geliebt – aber das war eine einseitige Sache.“

Dieser Beschränkung der deutsch-jüdischen Geschichte und des eigenen Bewußtseins stellt sich Jakob Hessing entgegen. Der 50jährige Schriftsteller und Germanist lebt seit einem Vierteljahrhundert in Israel. Er spricht perfekt hebräisch. Seinen Roman „Der Zensor ist tot“, eines der selten realistischen deutsch-jüdischer Gegenwartsliteratur, aber schrieb er „natürlich“ auf deutsch.

* Jüdisches Totengebet.

Hessing wurde in einem Konzentrationslager in Oberschlesien geboren und wuchs in Berlin auf. Meist war er von seinen Eltern getrennt. Stets befand er sich auf der Suche nach „einem Ort, wo ich helfen konnte“, um das eigene körperliche Gebrechen und den Mangel an Zuneigung in der Kindheit ausgleichen zu können. In seiner Schulzeit versuchte Hessing sich als begeisterter Deutscher. Er nannte sich Johann. „Als Jude habe ich mich damals überhaupt nicht gefühlt.“ Nach dem Abitur aber verließ er Deutschland und landete – „warum, weiß ich nicht“ – in Israel.

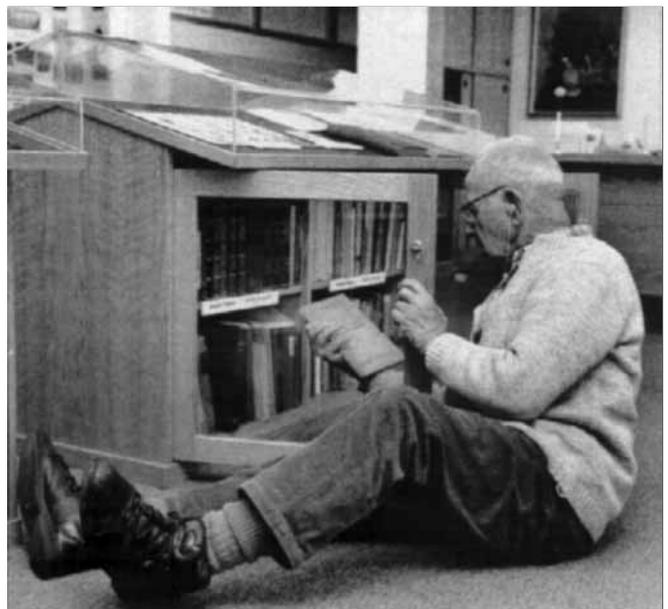
Hier hatte Hessing erstmals das Gefühl, gebraucht zu werden. Während des Sechs-Tage-Krieges 1967 arbeitete der Körperbehinderte als Erntehelfer im Kibbuz – derweil die israelische Armee für Zion focht. „Da wußte ich, daß ich dazugehöre, daß ich Israeli bin.“

Hessing, der in Jerusalem in einem Haus mit schattigem Garten lebt, meint, in Israel besser als in Deutschland den „deutsch-jüdischen Verdrängungsprozeß“ beobachten zu können. „Die Israelis wollen nicht wahrhaben, daß der Erfinder des politischen Zionismus, Theodor Herzl, deutsch dachte und schrieb. Und die Deutschen verdrängen, daß deutsche Juden ein Teil ihrer Geschichte und Kultur waren und bleiben werden.“

Sind Deutsche wie Juden durch die Vergangenheit gleichermaßen traumatisiert? Für die in Israel lebende Wiener Psychologin und Buchautorin Anna Maria Jokl ist dies keine Frage. „Täter und Opfer kommen nie voneinander los.“

Viele Jeckes-Kinder sind neugierig auf Deutschland, in dessen Sprache sie erzogen wurden. Sie interessieren sich für die deutsche Kultur und den deutschen Alltag. Der 44jährige israelische Diplomat Ammon Noy hat in Bonn politische Wissenschaften studiert. Hier entdeckte er seine Muttersprache wieder und entwickelte eine „Affinität zur deutschen Philosophie und Wissenschaft“. Während des Studiums verliebte sich der Israeli in eine Deutsche und heiratete sie.

Noy ist heute Diplomat an der israelischen Botschaft in Bonn. Er möchte „in Israel und in Deutschland zum besseren gegenseitigen Verständnis beitragen“. Nach seiner Doktorarbeit über die deutsch-israelischen Beziehungen



Museumsgründer Schiloni: Für die Kinder der Jeckes

schrieb er ein Buch über „Israels zweite Generation: Auschwitz als Vermächtnis“.

Die seit 14 Jahren in Israel lebende Ärztin Sonia Jacobovic kann sich dagegen nicht vorstellen, nach Deutschland zurückzukehren. Sie kommt aus München. Dort ist ihre Mutter, Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde. „Früher“, so die 41jährige Ärztin, „habe ich mich als Deutsche und erst in zweiter Linie als Jüdin verstanden.“

Es schwingt Schwermut mit, wenn sie sagt: „Ich habe Deutschland geliebt. Das ist vorbei. Ich habe geglaubt, daß Deutschland anders geworden ist, daß Rassenhaß und Gewalt überwunden sind.“ Die jüngsten fremdenfeindlichen Ausschreitungen haben sie überzeugt, daß Deutschland gefährlich bleibt, „daß der Rassismus noch in den Menschen drinsteckt“.

Was wird von den Jeckes bleiben, wenn es sie nicht mehr gibt? „Werte der Kultur vor allem, Erkenntnisse, die eine Bereicherung des Judentums darstellen. Die Ideen und Schriften Bubers, Rosenzweigs, Gerschom Scholems. Diese Leistungen werden in der israelischen Gesellschaft und Kultur für immer mit den Jeckes verbunden bleiben“, möchte der Historiker Walter Zwi Bacharach glauben.

Unsentimental und realistisch beurteilt Ex-Botschafter Asher Ben Natan das deutsch-jüdische Vermächtnis in Zion: „Von den Jeckes wird ebenso wenig oder soviel bleiben wie von den anderen Einwanderungsgruppen. Ihr Erbe fließt ein in die kulturelle und sonstige Geschichte Israels.“

Ein Torso der deutsch-jüdischen Kultur kehrt gleichwohl nach Deutschland



zurück. Fast alle Jeckes nahmen einen Teil ihrer Bücher – die „portable Heimat“, wie der Jude Heinrich Heine es nannte – mit sich ins fremde Land. Nicht wenige transferierten wertvolle Bibliotheken nach Zion, nun, da immer mehr Jeckes sterben oder ins Altersheim ziehen, wandern die Bibliotheken wieder in die Buchläden.

Unter deutschen Antiquaren gilt dies als Geheimtip, Bibliophile reisen eigens mit dem Flugzeug an. Sie finden in der „portablen Heimat“ ihrer einstigen Landsleute Erstaussgaben und Sonderdrucke, die in Deutschland vergriffen sind.

Viele Jeckes jammern über ihr spurloses Versinken in Zion. Einer, der sich seit Jahren dagegen stemmt, ist Israel Schiloni-Hammerstein.

Der 1901 in Berlin geborene, ehemalige Lehrer und Landarbeiter lebt seit 1927 in Zion. Als Schiloni vor mehr als zwei Jahrzehnten in Jerusalem eine Tagung des Leo-Baeck-Instituts über das deutsche Judentum besuchte, kam ihm die Idee, den Jeckes, „diesen Menschen, die bald nicht mehr sein würden“, ein Denkmal zu schaffen. Der Gedanke, ein Museum speziell für die Jeckes zu gründen, ließ ihn nicht mehr los.

Die Mitglieder des Kibbuz, in dem Schiloni damals lebte, hielten nichts von dieser „fixen Idee“. Da verließ Schiloni die Siedlung und versuchte auf eigene Faust, in Naharija seine Pläne zu verwirklichen.

Die Jeckes waren in der einst von ihnen gegründeten Stadt in die Minderheit geraten. Daher unterstützten nur wenige Schilonis Museumsprojekt. Schließlich wurde ihm eine Dachkammer im Rathaus von Naharija zur Verfügung gestellt. „Da ich keine Exponate hatte, sammelte ich Zeitungsausschnitte und zog sie auf Pappe“, erzählt er.

Das Schiloni-Museum, nur wenigen bekannt, galt als Marotte eines spleenigen Alten. Das mühsame Herumwursteln hatte ein Ende, als der jeckische Industrielle Stef Wertheim von Schilonis Bemühungen erfuhr.

Der in Kippenheim im Schwarzwald geborene Ingenieur hat seine Iscar-Hartmetallwerke zu einem der erfolgreichsten israelischen Unternehmen aufgebaut. Nicht zuletzt dank der von ihm propagierten „deutschen“ Tugenden „Ordnung, Sauberkeit, Effizienz, Disziplin“.

Vor einem Jahrzehnt begründete Wertheim in Tefen, 30 Kilometer nördlich von Naharija, einen bemerkenswerten Industriepark. Auf weitflächigem Gelände inmitten galiläischer Hügel sind die modernsten israelischen Privatfirmen der Elektronik- und Metallbranche konzentriert. Und weil der Unternehmer Wertheim auch einen ausgeprägten Sinn für Kultur und Ästhetik hat, stehen und hängen zwischen den Werkhallen und in Pavillons Skulpturen, Objekte und Bilder israeli-

scher Künstler. Das Gesamtkunstwerk heißt „Offenes Museum“.

Die Museumsidee Schilonis gefiel dem Industriellen Wertheim. Damit ließ sich in Israel und bei ausländischen Geschäftspartnern trefflich für die jeckische Firma Iscar werben. Er bot Schiloni großzügige Hilfe an und versprach ihm Unterstützung jeglicher Art. Eine von ihm engagierte österreichische Kunsthistorikerin entwickelte gemeinsam mit Initiator Schiloni ein modernes Museumskonzept.

Auf breiten Schautafeln wird die fast 2000jährige Geschichte des deutschen Judentums erzählt. Schiloni, glücklich über den „würdigen Rahmen“, den sein Privatmuseum gefunden hat: „Wir wollen unseren Kindern zeigen, daß die deutschen Juden eine herausragende Rolle in der Geschichte unseres Volkes gespielt haben.“

Das im Frühjahr 1993 eröffnete Jeckes-Museum, untergebracht im weitläufigen, hellen Pavillon des Industrieparks Tefen, ist gut besucht. Zu Tausenden kommen Jeckes und ihre Kinder in „ihr“ Museum.

Die alten Jeckes bleiben dabei wie seit eh und jeh im Abseits. Denn Schautafeln und Hinweise sind lediglich zweisprachig: hebräisch und englisch. Die deutsche Sprache ist von den Wänden des deutschen Museums in Zion verbannt.

ENDE



Skulpturen im Industriepark Tefen: Offenes Museum für die Geschichte des deutschen Judentums

Fußball

MIT SCHWEIN, SCHAL UND LÖWE

Im Herbst beginnt in der Bundesliga der Krieg um die Präsidentschaft in den Klubs. Oft entscheidet nicht die Kompetenz, sondern der Zufall die Wahl. Ein neues Lizenzspieler-Statut, das die Führungsstrukturen von Kapitalgesellschaften mit dem Vereinsrecht verbindet, soll künftig Seriosität garantieren.



Schalke-Präsident Kremers: Eine flammende Rede genügte zur Wahl

Als der Gerichtsvollzieher während des Fußball-Bundesligaspiels in Frankfurt auf der Tribüne einen Titel über fast 1500 Mark vollstreckte, wurde Rolf-Jürgen Otto mißtrauisch. Der Geldeintreiber, vermutete der Präsident von Dynamo Dresden, sei geschickt worden, um ihn vor den anstehenden Vorstandswahlen in Mißkredit zu bringen. Aus Furcht vor allzu hitzigen Diskussionen appellierte Otto vor der Jahreshauptversammlung am vorigen Donnerstag an die Mitglieder, Bier und Korn zu meiden.

Beim 1. FC Nürnberg sicherte sich der Teppichhändler Michael A. Roth im Handstreich die Herrschaft über den Bundesliga-Absteiger. Weil „das Wohl und Wehe des Vereins davon abhängt“, so der amtierende Präsident Georg Haas, stimmten die Mitglieder Roths Forderung zu, den traditionsreichen Klub in neun wirtschaftlich selbständige Einheiten zu gliedern – im Gegenzug ist

Millionär Roth bereit, als Präsident den hochverschuldeten Verein zu retten.

Als sich beim FC Bayern München die Vorstandskollegen Fritz Scherer und Karl-Heinz Rummenigge um den Präsidentenjob stritten, griff der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber ein. Um „eine Schlammschlacht zu vermeiden“, überredete der Verwaltungsratschef „die Lichtgestalt Franz Beckenbauer“ zur Patronage über den Deutschen Meister.

Und in Schalke erklärte der Verwaltungsratsvorsitzende Jürgen W. Mölleman den gerade erst gewählten Vorstand um den Ex-Nationalspieler Helmut Kremers für unfähig und stellte einen Mißtrauensantrag. Binnen acht Wochen müssen nun die Mitglieder über die Ablösung der Führungsspitze befinden.

Präsidenten-Herbst in der Bundesliga. Wenn die Hauptversammlungen in den Profiklubs anstehen, beginnt alljährlich ein Krieg der Köpfe um jene

Ämter, die wie nur wenige andere Publicity, Ehre und Macht verheißen. Dann wird in den Hinterzimmern der Klubs getrickst und gefoult, werden in den Versammlungshallen Haßtiraden mit Beleidigungen verglichen. Mitunter zählt, wie im italienischen Parlament, auch ein Faustschlag als Argument.

Der Fußball verspricht in dieser Saison Geschäfte wie noch nie: Die Stadien sind voll, Sponsoren- und Fernsehgelder fließen scheinbar unbegrenzt – die 18 Profiklubs wirtschaften mit Etats, die sich in den letzten zehn Jahren beinahe verdreifacht haben. Ihre Budgets summieren sich auf 380 Millionen Mark. Doch immer im Herbst stellen die Verantwortlichen überrascht fest, daß die Führungsstrukturen vieler Vereine mit dem Boom nicht gewachsen sind.

„Das Paradebeispiel Schalke“, sagt der Ligasekretär des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Wolfgang Holzhäuser, „zeigt, daß eine Reform dringend



BONGARTS

Dresdens Präsident Otto
Vorwurf der Wahlmanipulation

Zusammen mit seinen Kollegen Scherer und Franz Böhmert (Bremen) hat der Dortmunder Steueranwalt im DFB-Ligaausschuß nun einen Weg gefunden, die „strukturellen Vorteile des Aktienrechts in das bestehende Vereinsrecht einfließen zu lassen“. Das Modell will zwar die Rechtsform der eingetragenen Vereine beibehalten, jedoch sollen die Mitglieder nicht mehr ein Präsidium, sondern einen Aufsichtsrat wählen. Der wiederum bestellt einen Vorstand aus zwei hauptamtlichen und zwei ehrenamtlichen Funktionären.

Die Mitverantwortung der bezahlten Manager und Geschäftsführer soll Sachverstand in die Vereinsspitze bringen; der Wahlmodus soll verhindern, daß Zufallskandidaten wie bisher nach einer flammenden Rede auf den Präsidentenstuhl gehievt werden. Die Bundesliga, sagt der Dortmunder Manager Michael Meier, könne sich nicht länger „Profilleurotiker leisten, die ihr Amt vorwiegend dem Alkoholpegel der Mitgliederversammlung verdanken“.

öffentliche Karriere widersprach den Geheimhaltungsvorschriften von Militärs „im sicherheitsrelevanten Bereich“.

Bei seiner Kandidatur in Dresden verließ sich der Frankfurter Bauunternehmer Rolf-Jürgen Otto offenbar nicht nur auf die Wirkung seines Versprechens, den Klub mit Westgeld zu retten, und die Hilfe eines Glücksschweins. Um seine Wahl abzusichern, so wirft ihm die Opposition vor, habe er Mitarbeiter kurzfristig zu Dynamo-Mitgliedern gemacht und sich so mehr als hundert Stimmen verschafft.

In Schalke galt der frühere Verteidiger Helmut Kremers bei der Präsidentenwahl eigentlich als chancenlos. Doch dann griff er in seiner Rede, die ihm ein befreundeter Fernsehjournalist geschrieben hatte, den Schalcker Erzfeind Borussia Dortmund an: „Früher haben wir uns nicht mal umgezogen, um die wegzuhauen.“ Die Fans johlten und wählten den Außenseiter, der zwar nach eigenem Bekunden „seit dem Bundesligaskandal eine Scheu hat, irgend etwas zu unterschreiben“, aber den Vereinschall vorzüglich zu schwenken versteht. Nur sechs Wochen später gestand der Vorsitzende der Fanklubs, man habe Kremers lediglich „Sympathie aussprechen“ wollen und sei „am Ende erstaunt gewesen, daß das zur Mehrheit reichte“.

Ebenso gefürchtet wie die untauglichen Zufallskandidaten ist jene Spezies Präsident, die allein von ihrer Eitelkeit ins Amt getrieben wird – und am Ende, weil sie nicht haften muß, gefahrlos wieder verschwindet und Millionenschulden hinterläßt. So brachten in Nürnberg der Immobilienhändler Gerd Schmelzer und der Provinzpolitiker Gerhard Voack die Verbindlichkeiten auf 25 Millionen Mark, in Schalke türmte Günter Eichberg unkontrolliert ein Soll von 14 Millionen Mark auf, in Dresden schaffte der Radiohändler Wolf-Rüdiger Ziegenbalg in zweieinhalb Jahren trotz 10 Millionen Mark Transfereinnahme 16 Millionen Miese.

Daß die geplante Strukturreform jedoch alle Schwachstellen beseitigt, bezweifelt Bayern-Manager Hoeneß, der in seinem Klub nur Schecks bis 10 000 Mark unterzeichnen darf. Wichtig sei die Kontrolle der handelnden Präsidiumsmitglieder: „Solange aber einer wie der Möllemann das Aufsichtsgremium führt, ist eh alles Wurscht.“ In Schalke sei doch unter den Augen des Ex-Ministers „Schindluder getrieben worden, daß es nur so rauscht“.

Wohin mangelnde Kontrolle führt, kann Hoeneß beim Nachbarclub 1860 beobachten. Dort geriert sich der Immobilienkaufmann Karl-Heinz Wildmoser als bayerischer Machiavelli, der seine Macht mit dubiosen Tricks zu sichern sucht. Er schloß mit einem Freundes-



WEREK

1860-München-Präsident Wildmoser: Darlehen vom Sohn als Amtsgarantie

notwendig ist.“ Lange hatte die Bundesliga geglaubt, eine konsequente Umwandlung der Vereine in Kapitalgesellschaften könne neben weiteren Einnahmequellen auch eine neue Führungsqualität garantieren.

Von zehn Jahren Debatte über Kommandit- oder Aktiengesellschaften bleibt aber außer einem jämmerlich gescheiterten Alleingang des Hamburger SV nur die Erkenntnis, daß die Zeit für einen solchen Schritt noch nicht reif ist. „Den meisten der wie mittelständische Unternehmen handelnden Vereine“, sagt der Dortmunder Präsident Gerd Niebaum, „fehlt die finanzielle Basis.“

Noch aber funktioniert die Mitgliederversammlung, das oberste Organ der Profiklubs, nach Regeln, die seit hundert Jahren Vereinsrecht sind: Begrüßung, Entlastung, Neuwahl, Freibier. Jeder darf mittrinken und mitreden.

Mit dem Schlachtruf „Was heißt hier Demokratie“ schlug einst in Frankfurt ein Redner einen Ordner mit der Faust k.o. und machte so einen akademisch vorgebildeten Autowaschstraßenbesitzer, Dr. rer. pol. Josef Wolf, für neun Tage zum Präsidenten. Nur drei Tage hielt sich Michael Zylka in Schalke im Amt. Auf Anweisung seines Dienstherrn trat der Oberleutnant zurück – die

kreis, darunter auch seinem Sohn, Darlehensverträge ab und verknüpfte sie mit seiner Präsidentschaft. Die Folge: Wildmoser, der gern mit einem Stofflöwen, dem Klubmaskottchen, posiert, könnte nur bei Rückzahlung der geliehenen 1,6 Millionen Mark aus dem Amt gejagt werden.

Auch Niebaum weiß, daß „gute Leute in jeder Rechtsform klarkommen“. Doch nicht zufällig seien in den vorbildlich geführten Klubs die geplanten Strukturen entweder de jure oder de facto schon verwirklicht. In Dortmund ist Manager Meier bezahltes Vorstandsmitglied, in Kaiserslautern sowohl Manager Rainer Geye als auch Geschäftsführer Klaus Fuchs. Und beim FC Bayern, wo Beckenbauer künftig mit drei Vizepräsidenten auskommen will, sitzen Manager Hoeneß und Geschäftsführer Karl Hopfner bei jeder Entscheidung beratend mit am Tisch.

Wie notwendig ein Anstoß vom DFB ist, der im Frühjahr die neue Regelung im Lizenzspielerstatut festschreiben möchte, zeigt das Beispiel Frankfurt. Dort würde die Eintracht-Führung gern ihren Vizepräsidenten Bernd Hölzenbein zum bezahlten Vorstandsmitglied befördern, hat aber Angst, in der Mitgliederversammlung nicht die nach dem Vereinsrecht notwendige Mehrheit für die Satzungsänderung zu bekommen. Ex-Linksaußen Hölzenbein umdrückt jetzt die Paragraphen: Er gibt seinen Vorstandsposten auf, wird Manager mit 350 000 Mark Jahresgehalt – und kehrt nach der Reform als Vereinsangestellter ins Präsidium zurück.

Zudem müssen sich DFB und Bundesligavereine auf eine neue Herausforderung einstellen. In Berlin haben zwei Unternehmen die Profilsucht und Unfähigkeit zweier Klubpräsidenten zur Machtübernahme genutzt. Der TV-Rechte-Händler Ufa, eine Bertelsmann-Tochter, zahlte fünf Millionen Mark, damit der greise Hertha-Präsident Heinz Roloff abgelöst werden konnte; dem vom Musikproduzenten Jack White geführten Zweitliga-Absteiger Tennis Borussia sprang Daimler-Benz bei. Den Wettlauf der Konzerne begründete Daimler-Sprecher Matthias Kleinert: „In einigen Jahren sitzt die Regierung in Berlin, da kann es nicht sein, daß es hier keinen Erstligaklub gibt.“

Womöglich ist dies nur die Vorstufe einer Entwicklung, die Hoeneß trotz der anstehenden Reform für zwangsläufig hält: Die Umwandlung der Vereine in Aktiengesellschaften. Nehme die gesellschaftliche Bedeutung des Fußballs weiter zu, so der Bayern-Manager, „werden sich in fünf Jahren auch bei Klubs wie dem VfL Bochum oder 1860 München Konzerne als Hauptaktionäre einkaufen wollen – dann ist der Schritt an die Börse unausweichlich“.

„Die Kunst stirbt“

Interview mit Wiktor Kortschnoi über die neue Profi-Generation

Kortschnoi, 63, spielt seit mehr als 30 Jahren in der Weltspitze. Dreimal stoppte ihn Anatolij Karpow auf dem Weg zum WM-Titel. Nach seiner Flucht aus der Sowjetunion wurde Kortschnoi dort 1976 zur Unperson erklärt. Obwohl 1990 von Gorbatschow rehabilitiert, zieht er es vor, weiterhin in der Schweiz zu leben.

SPIEGEL: Herr Kortschnoi, früher waren die Kandidatenwettkämpfe Weltereignisse. Die Halbfinale, in denen sich der Amerikaner Gata Kamsky und der Inder Viswanathan Anand durchsetzten, wurden kaum beachtet. Hat Schach an Popularität verloren?

Kortschnoi: Es fehlt die politische Dimension. Als ich um die Weltmeisterschaft spielte, standen sich immer mächtige Systeme gegenüber: der Amerikaner Fischer gegen den Russen Spasski, der Abtrünnige Kortschnoi gegen den Musterkommunisten Karpow, der später gegen den Reformier Kasparow.

SPIEGEL: Damals wurden Hellseher aufgeboden, Trennwände unter dem Spieltisch eingezogen, um Tritte zu vermeiden. Spasski kam einmal sogar mit Taucherbrille auf die Bühne . . .

Kortschnoi: . . . ja, damals war so viel Haß, so viel Angst in der Luft, daß man kaum denken konnte. Ich mag nette, ruhige Spieler wie Anand. Doch ihm fehlt Aggression. Er ist kein Killer.

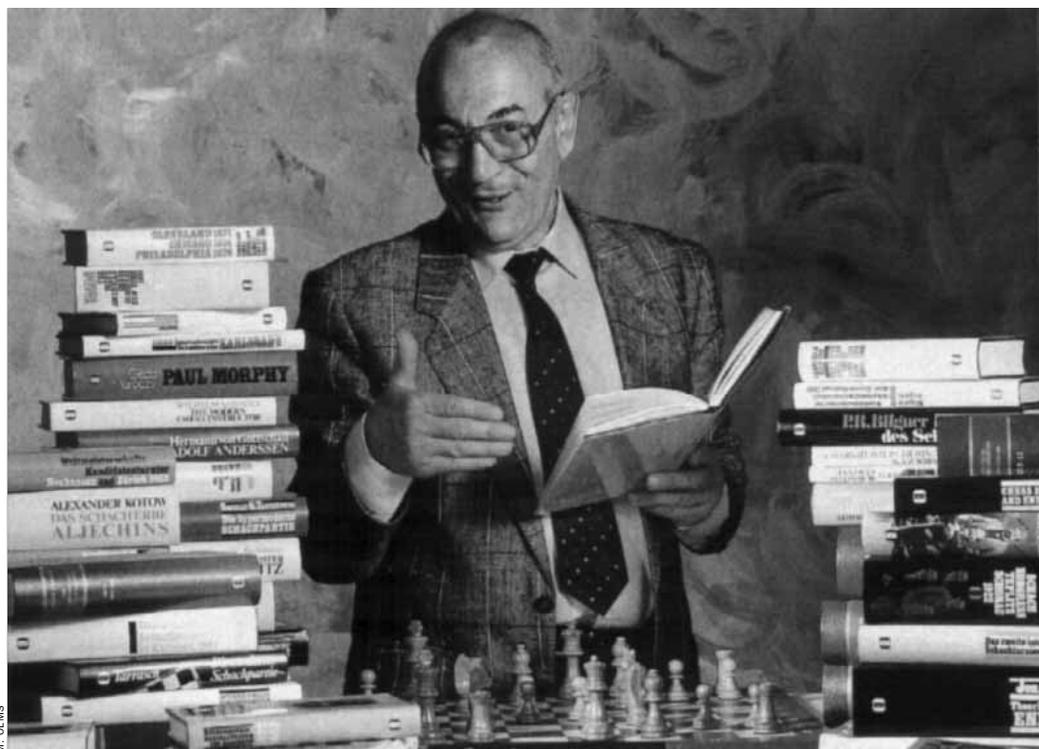
SPIEGEL: Behindert ein untadeliger Charakter die Profi-Karriere?

Kortschnoi: In der Weltspitze gibt es nicht viele gute Menschen. Alle Jahre wieder wird eine neue Generation unglaublich gefährlicher Jungs angekündigt. Aber meine Angst vor ihnen hält sich in Grenzen.

SPIEGEL: Zeigen junge Spieler Respekt, wenn sie gegen Sie antreten?

Kortschnoi: Die glauben, daß sie gegen einen Opa spielen, der sofort umfällt. Und plötzlich kann Opa fünf Stunden spielen und diese Grünschnäbel an die Wand drücken. Peter Leko war dieser Meinung in Dortmund: Er spielt e4, ich c5, eine sizilianische Eröffnung. Er dachte, aha, sehr modern, der Alte, aber ich schlage ihn trotzdem. Es war umgekehrt. Jetzt hat er mehr Achtung, und nach vier, fünf Partien wird er noch mehr Achtung haben.

SPIEGEL: Aber Leko, der mit 14 Jahren der jüngste Großmeister aller Zeiten ist, gilt als Wunderkind.



Großmeister Kortschnoi: „Meine Angst vor den Wunderkindern hält sich in Grenzen“

Kortschnoi: Ja, ja. Er ist eins, wie es schon viele Wunderkinder vor ihm gab. Leko ist auf dem richtigen Weg. Aber er muß sich noch zum Fighter entwickeln. Judit Polgar, ein anderes großes Talent aus Ungarn, hat leider nur diesen brutalen, schnellen Stil gelernt, eine Art Kaffeehaus-Schach.

SPIEGEL: Was halten Sie davon, Kinder zu Schachprofis heranzuzüchten?

Kortschnoi: So wird die Kindheit zerstört. Die Mädchen durften nicht mit Puppen spielen, nur mit Schachfiguren. Das Experiment ist vielleicht erfolgreich, aber so wird die Kindheit zerstört. Diese Wunderkinder tun mir leid.

SPIEGEL: Spitzenspieler trainieren sechs Stunden am Tag. Wieviel üben Sie?

Kortschnoi: Ich bin nicht faul, aber in meinem Alter schaue ich lieber einen Krimi an, als mich auf Kasparow vorzu-

treiben. Aber in der Spitze ist Schach nicht besser geworden, eher schlechter.

SPIEGEL: Viele Profis glauben an die Macht von Rechner und Festplatte. Hat der Computer das Spiel verändert?

Kortschnoi: Vielleicht bin ich altmodisch, aber Computer sind mir nicht geheuer. Sie haben das Erlernen zwar vereinfacht, nehmen dem Schach aber seinen Zauber. In diesem Sommer kam die Nachricht, daß ein Rechner den Weltmeister bei einem Turnier geschlagen hat. Das ist der Anfang. In vier Jahren wird der Computer alles gewinnen.

SPIEGEL: Verteidigt Kasparow seinen Titel, ist für Anfang 1996 ein gigantisches Spektakel in Las Vegas geplant: der Kampf Mann gegen Maschine. Finden Sie solche Spiele spannend?

Kortschnoi: Der Gedanke, daß eine Diskette den Weltmeister bezwingt, ist unerträglich. Alle Leute können ins Kaufhaus rennen, sich das Rechenprogramm besorgen und zu Hause den Weltmeister schlagen. Niemand wird mehr Respekt für den besten schachspielenden Menschen aufbringen. Der Computer relativiert die menschliche Leistung auf eine perfide Weise.

SPIEGEL: Aus Ihnen spricht der Großvater, der von früheren Zeiten schwärmt, in denen alles besser war.

Kortschnoi: Früher wurde ein Spiel als Gesamtheit gesehen und mit einer Strategie gekämpft, die sich durch

die ganze Partie zog. Der Computer zerhackt das Spiel in einzelne Züge. Jeder überlegt, welcher Zug in welcher Stellung einen winzigen Vorteil bringt, ohne langfristig strategisch zu planen. Das ist Fast-food-Schach. Die Kunst stirbt langsam, aber sicher.

SPIEGEL: Jetzt klingen Sie wie der Kulturpessimist Neil Postman, der den vermeintlichen Verlust der Lesekultur mit dem Untergang des Abendlandes gleichsetzt.

Kortschnoi: Um Himmels willen, nein. Die Lehrbuchreihe „Praxis Schach“, Edition Olms, Zürich, die ich herausgebe, verkauft sich noch immer sehr gut. Demnächst werden wir vielleicht sogar eine Diskette beilegen.

SPIEGEL: Immerhin sponsert der Chip-Produzent Intel die Profi-Organisation PCA mit sechs Millionen Dollar.

Kortschnoi: Deshalb waren sie auch gezwungen, den Computer mitspielen zu lassen – und der hat sie dann lächerlich gemacht. Ich habe neulich zu Herrn



D. ROHMMEYER

WM-Finalist Anand: „Ihm fehlt die Aggression“

bereiten. Der Kopf eines Seniors funktioniert nicht schlechter als in jungen Jahren. Das größte Problem ist die Energie: Die fehlt mir manchmal.

SPIEGEL: Dennoch haben Sie in diesem Jahr Fide-Weltmeister Anatolij Karpow geschlagen und gegen PCA-Weltmeister Garri Kasparow remis gespielt.

Kortschnoi: Wenn ich spiele, will ich vor allem Spaß haben. Aber das Remis neulich nach 13 Zügen gegen Kasparow war ein langweiliges Spiel, weil er Angst hatte, wieder sein widerliches Königsindisch zu spielen. Das ist grausam für mich, für ihn, für die Zuschauer, für die Nachwelt.

SPIEGEL: Im Gegensatz zu den siebziger Jahren, als Sie um den Titel spielten, gibt es heute zwei Weltmeisterschaften, mehr Turniere, höhere Gewinnsummen, ausgefeilte Computerprogramme. Hat die Qualität zugenommen?

Kortschnoi: Früher gab es 20 Schachprofis, heute sind es 200; dazu viele tausend, die Schach fast professionell be-

Kasparow gesagt, daß er sich mit seiner PCA wie eine, Entschuldigung, Prostituierte verhält. Intel investiert zwar, hat aber eine andere Motivation als Liebe. Intel will nicht das Schach weiterentwickeln, sondern mit Hilfe der Spieler Computer verkaufen.

SPIEGEL: Derzeit gibt es eine Annäherung zwischen dem abtrünnigen Kasparow und dem diktatorischen Weltverbandspräsidenten Florencio Campomanes. Ist es überhaupt möglich, im Schach demokratische Strukturen einzuführen?

Kortschnoi: Schach und Demokratie sind ein Widerspruch, das lehrt die Geschichte. Es ist ein individuelles Spiel, bei dem man seinen Gegner vernichten will. Jeder Weltmeister wollte Macht, viel ausgeprägter als in jedem anderen Sport. Sie wollen auch Macht außerhalb des Schachs, immer mehr. Karpow will in die Politik, und Kasparow will eines Tages Präsident von Rußland werden. Das liegt in der Natur des Spiels.

SPIEGEL: Haben Sie jemals an eine politische Karriere gedacht?

Kortschnoi: Als ich in der Sowjetunion lebte, wollten die Behörden, daß ich mich benehme wie ein sowjetischer Mensch. Ich wollte immer nur ich sein. Weil sie mich nicht ließen, habe ich die Sowjetunion verlassen.

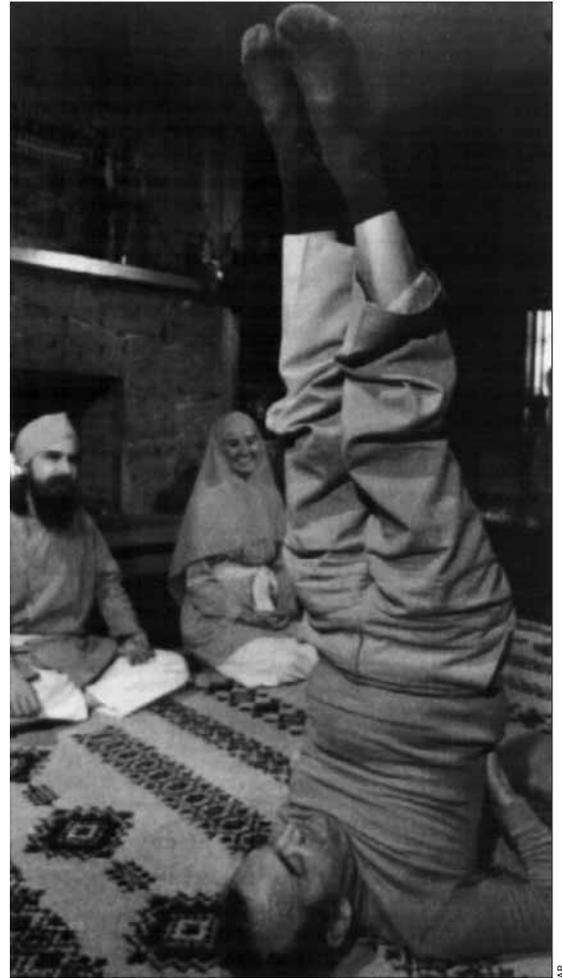
SPIEGEL: Waren Sie nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wieder in Rußland?

Kortschnoi: Vor zwei Jahren war ich in St. Petersburg. Kaum stieg ich aus dem Flugzeug, hatte ich eine Augenentzündung. In diesem April habe ich im Kreml gespielt. Nach dem Wettkampf wollte ich die Bühne verlassen, bin über eine Stufe gestolpert, gestürzt und habe mich am Ellbogen verletzt. Mein Arzt hat gesagt, daß mein Unterbewußtsein ein Signal ausgesendet hat: Dieses Land ist gefährlich, es wird für mich immer gefährlich bleiben.

SPIEGEL: 1990 stand Ihr Name auf einer Liste von 23 Intellektuellen, die rehabilitiert worden sind. Empfanden Sie Genugtuung?

Kortschnoi: Ja. Solschenizyn war auf Platz eins und ich irgendwo hinten, Nummer 18 glaube ich. Sie haben mir die Staatsbürgerschaft angeboten, aber ich habe höflich abgelehnt.

SPIEGEL: Immerhin sind Sie neulich beim Gespräch mit Ihrem Erzfeind,



WM-Herausforderer Kortschnoi*
„Eine Wunde in meiner Seele“

dem systemtreuen Karpow, gesehen worden. Haben Sie inzwischen Ihre Niederlagen gegen ihn in den WM-Kämpfen 1978 und 1981 verarbeitet?

Kortschnoi: Ich kann Feindseligkeit nicht ewig ertragen. Andererseits kann ich einfach nicht verwinden, daß er mich damals nur mit Hilfe seines Parapsychologen Suchar bezwungen hat. Außerdem bin ich überzeugt, daß Karpow in seinen Spielen gegen mich und später auch gegen Kasparow unerlaubte Medikamente bekommen hat. Das ist wie eine Wunde in meiner Seele.

SPIEGEL: Haben Sie ihn deshalb „Hossenscheißer“ und „Regenwurm“ genannt?

Kortschnoi: „Regenwurm“ habe ich nicht gesagt, das muß ein Übersetzungsfehler sein. Ich habe „Ungeziefer“ gesagt.

SPIEGEL: Aber den Triumph gegen Karpow kürzlich in Dortmund haben Sie genossen?

Kortschnoi: Karpow hatte wohl vergessen, wen er vor sich hat. Ja, der Sieg hat meine Seele ein wenig geheilt.

* Bei Yoga-Übungen während des Finales gegen Karpow 1978.



FRANSGLOBE

Phoenix, Mathis in „The Thing Called Love“

Film

Nachwuchs in Nashville

Wer seinen Lebenssinn darin sieht, Songs über untreue Cowboys zu verfertigen, der nimmt in Amerika den nächsten Bus nach Nashville, Tennessee. Dort versammeln sich die Nachwuchs-Songwriter der Branche. Davon, wie sich vier von ihnen durch die Niederungen der Country-Welt schlagen, erzählt Peter Bogdanovichs leiser Ensemblefilm „The Thing Called Love“, der jetzt in deutschen Kinos startet. Den jungen Schauspielern, darunter Samantha Mathis und River

Phoenix, gelingt es, ihre Figuren von allen Hillbilly-Klischees freizuhalten. Dennoch bleibt die Erkenntnis des Films, nur wer das Leben kenne, könne auch einen echten Country-Refrain dichten, so wenig originell wie ein Dolly-Parton-Song.

Musik

Schumann unter dem Hammer

246 Seiten voll Noten und Retuschen, mit Bleistift, Tinte und braunem Stift vor fast 150 Jahren auf dickes Papier gekritzelt, sorgen für Wirbel in der Musikwelt. Das Autograph der zweiten Sinfonie

von Robert Schumann ist wieder aufgetaucht. 49 Jahre lang galt das Wertpapier als verschollen; Forscher glaubten, das Manuskript sei 1943 beim Leipziger Verlag Breitkopf & Härtel verbrannt. Doch letzte Woche kündigte Sotheby's für den 1. Dezember und zwei Millionen Mark Schätzpreis die Versteigerung an. Über Details zum Comeback der Partitur schweigt sich das Londoner Auktionshaus aus. Fest steht, daß die Verleger Breitkopf & Härtel, die im geteilten Deutschland von Wiesbaden und Leipzig aus ihre Geschäfte betrieben, das Original 1950/51 über einen Mittelsmann an einen Sammler verkauften, aus dessen Familie es Sotheby's angeboten wurde. Dort schließt Experte Simon Maguire eine Fälschung aus. Warum der Besitzer das Schicksal der Sinfonie verheimlicht hat, ist unklar. Maguire: „Die Familie wußte, welch wertvolles Stück sie da besaß.“

Filmmusik

Kleine Ohrwürmer

Der amerikanische Musik-Minimalist Philip Glass, 57, brachte einen Medienba-

stard auf die Welt. Seine „Oper für Ensemble und Film“ tourt ab Sonntag durch Deutschland. Basis ist der 1946 von Jean Cocteau gedrehte Kultfilm „La Belle et la Bête“, zu dem der Komponist Georges Auric den Soundtrack geliefert hatte. Doch in der Glass-Version wird Cocteaus Meisterwerk nun aller O-Ton abgedreht. Glass läßt zu dem auf Großleinwand projizierten Stummfilm vier Solisten live



IPA

Cocteau-Film „La Belle et la Bête“

die von ihm vertonten Texte singen, sein Mini-Ensemble dudelt dazu, nach bewährtem Dreh, die vielen kleinen Ohrwürmer, die ab Frühjahr 1995 auch auf CD rotieren.

Kunst

„Ein herrlicher Kuchen“

Der Zürcher Galerist Max Bollag, 80, über den Diebstahl von sieben Picasso-Werken aus seiner Galerie

SPIEGEL: Der Einbruch in Ihre Galerie ist schon der zweite. Auch beim ersten Mal vor drei Jahren waren Picassos Frühwerke „Die Sitzende“ und „El Christo de Montmartre“ unter den gestohlenen Werken. Hängen bei Ihnen die Bilder so locker an der Wand?

Bollag: Ganz und gar nicht. Die Bilder befanden sich in einem privaten Raum, zu dem man nur vom Keller her Zutritt hat. Die Verbrecher haben diese untere Tür aufgebrochen, als niemand im Haus war.

SPIEGEL: Nach dem ersten Diebstahl . . .

Bollag: . . . wurden die Bilder noch einmal gestohlen – von einem Jugoslawen. Der kam mit zwei Frauen in die Galerie, hat mich umgeschmissen und konnte mit den Bildern fortspringen. Ich bin hinterhergelaufen und habe „Haltet den Dieb!“ gerufen. Da hat er sie weggeworfen.



NESTORNE

Bollag

SPIEGEL: Die Diebe von 1991 sind längst verurteilt. Haben Sie eine Idee, wer es diesmal gewesen sein könnte?

Bollag: Keine Ahnung. Es waren viele Unbekannte bei mir.

SPIEGEL: Allein die beiden frühen Picasso-Gemälde sind Ihrer Aussage nach über 63 Millionen Mark wert. Wie das?

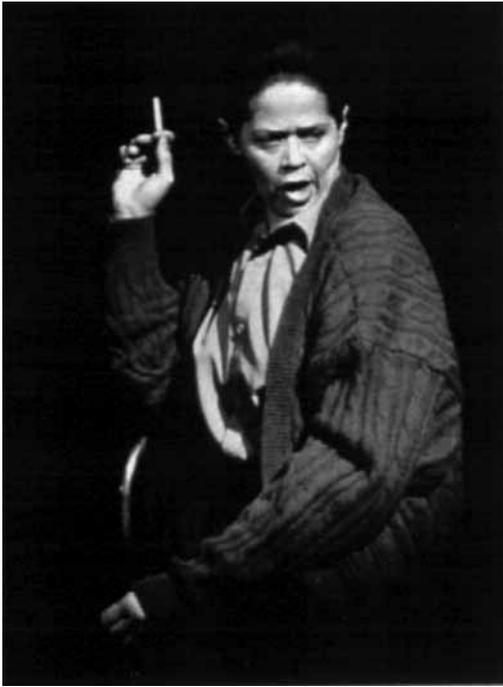
Bollag: Ich bin schließlich Kunstexperte und Kunsthändler. Die Summe mache ich. Ich habe mehr Picassos aus der Blauen und der Rosa Periode gehabt als irgendein Mensch auf der Welt.

SPIEGEL: Die Bilder waren nicht versichert?

Bollag: Nicht einen Franken. Ich habe Versichern nicht gern, emotionell. Das kostet ein Vermögen, und ich habe keine Lust, das zu bezahlen. Ich bin ein übertrieben sparsamer Mensch. Heute habe ich bloß einen Apfelkuchen zum Mittag gegessen, den mir meine Schwester mitgebracht hat. Ein herrlicher Kuchen.

SPIEGEL: Die gestohlenen Bilder sind wegen ihrer Bekanntheit schwer verkäuflich. Glauben Sie, daß Sie sie wiedersehen?

Bollag: Ich bin kein Prophet. Aber ich habe ein Lebensprinzip: Wenn etwas fort ist, denke ich nicht mehr daran.



W. GIBSON / MARTHA SWOPE ASSOCIATES



Theatermacherin Smith, Ghetto-Aufstand in Los Angeles 1992: Wie soll es weitergehen mit einem Land, in dem jede Rasse

US-Trend

EIN KRIEG DER BILDER

Schwarze haben sich in der amerikanischen Kulturszene ganz nach oben gekämpft. Als Schriftsteller, Sänger, Schauspielstars und Filmemacher nutzen sie ihre neue Macht dazu, das Selbstbild Amerikas einzuschwärzen. Mit dem Erfolg taucht aber auch die Frage auf: Was ist eigentlich „schwarz“ an schwarzer Kultur?

Anna Deavere Smith spielt Amerika. Sie steht an der Theaterrampe, eine charismatische schwarze Power-Frau, und sie spielt die Angst ihres Landes, die Verblendung und den Haß, die in ihm stecken, seine Dummheit und unerwartete Weisheit. Sie spielt Amerikas Seele.

Monatelang hat sie fast jeden Abend hier oben verbracht, auf Bühnen in Los Angeles und New York, ganz allein mit ihrer Zwei-Stunden-Performance „Twilight: Los Angeles, 1992“. Sie plaudert, lispelt, lacht, stottert, leiht vielen die Stimme: Mehr als 200 Menschen hat sie nach ihren Erinnerungen an jenen Aufstand gefragt, der vor zweieinhalb Jahren in den Ghettos von L. A. losbrach. Ein weißes Geschworenengericht hatte in einem Vorort vier Polizisten freigesprochen, die den harmlosen schwarzen Autofahrer Rodney King halbtot geknüppelt hatten.

Die Antworten, die sie bekam, hat die Theatermacherin zusammengeschnipselt zu einer Collage privater Geschichten aus dem Aufstand – zu Zeitschichten. Wie bei einem Billardspiel läßt

sie die Zitate gegeneinanderprallen: Jede neue Erinnerung verschafft sich ihren Platz und verändert dabei die Stellung aller anderen Geschichten.

Nur ein paar Gesten, eine neue Haltung, dazu ein exakt auswendig gelernter Akzent, mehr liegt in Anna Deavere Smiths Theater nicht zwischen dem Schläger und der harmlosen Passantin. Sie spielt Elvira, jene naive Arbeiterin aus Panama, die hochschwanger einen Schuß in den Bauch abbekam, „der fühlte sich an wie ein Kribbeln“. Die Ärzte machten einen Kaiserschnitt und fanden die Kugel im Ellenbogen ihres Neugeborenen.

Sie spielt auch den Zeitungsboß Shelby, der locker sagt: „Du merkst, daß deine Stadt Probleme hat, wenn dein Beiruter Korrespondent anruft, um zu fragen, ob bei dir alles okay ist.“ Und sie spielt Paul, jenen schwarzen Aktivist, der sich freut, daß „wir all diese koreanischen Läden losgeworden“ sind.

Eine verbindliche Wahrheit findet sich in „Twilight“ nicht, keine Antwort darauf, wie der Aufstand wirklich war. Nur Fragen an die Zukunft Amerikas:

Wie soll es weitergehen mit einem Land, in dem die individuellen Erfahrungen so weit auseinanderklaffen? In dem jede Rasse, jede Klasse ihre eigene Wahrheit pflegt?

Schon seit mehr als einem Jahrzehnt spielt die schwarze Akteurin ihre zeitkritischen Interview-Dramen. Erst jetzt aber traut sich das etablierte Theater zaghaft an die Außenseiterin heran. „Wir haben endlich die Chance“, glaubt Anna Deavere Smith, „an der Entdeckung eines größeren, aufregenderen Bildes von Amerika teilzunehmen.“

Zu dieser Neuentdeckung Amerikas brechen schwarze Künstler aller Sparten auf. Sie finden andere Helden und andere Schurken, decken lange vergessene Geschichten auf, brüllen den Frust einer Unterklasse heraus, die in Drogen und Gewalt versinkt, oder erzählen vom Alltag als schwarze Aufsteiger. Sie wehren sich dagegen, nur als feststehende Metaphern im Bewußtsein Amerikas vorzukommen. Und sie haben Erfolg.

Nie zuvor waren Schwarze in der amerikanischen Kultur so allgegenwärtig. Nie zuvor haben sie den tragen



D. BUTOW / BLACK STAR

und Klasse ihre eigene Wahrheit pflegt?

Mainstream der Mittelstandsgesellschaft so unmittelbar beeinflusst. Und nie zuvor haben sie aus ihrem ästhetischen Input eine ähnlich große Macht gezogen.

Der Regisseur Spike Lee hat vorge-macht, wie sich ein Schwarzer im Film-geschäft etablieren kann, ohne sein be-trächtliches Ego aufzugeben. Unterhal-ter wie die Hollywood-Akteure Eddie Murphy und Whoopi Goldberg, aber auch die Fernseh-Idole Bill Cosby und Oprah Winfrey scheffeln Höchstgehäl-ter.

Die Popkultur wird seit einem Jahr-zehnt fast komplett vom hippen, harten Rap-Nachwuchs und von Gesangsstars wie Michael Jackson beherrscht. Im Li-teraturbetrieb haben sich Toni Morris-son, Alice Walker und Ishmael Reed lange Karrieren aufgebaut – und das nur eine Generation nachdem viele schwar-ze Schriftsteller irgend-wann im Exil oder im Suff endeten.

Sie sind die „Nigge-rati of the Nineties“, wie der schwarze Filmemacher Marlon Riggs die neue farbige Ästhetik-Elite in An-spielung auf die „Lite-rati“, die traditionell weißen Intellektuellen, ketzerisch titulierte hat, und sie haben sich eine Bedeutung erkämpft, die weit über die Kultur hinausragt.

Denn Amerika defi-niert sich in erster Linie durch die Bilderwelten, die das Land perma-

nent von sich selbst entwirft. Deshalb muß jeder Versuch, die amerikanische Realität zu beeinflussen, in das Abbild dieser Wirklichkeit eingreifen: ein Guerillakrieg der Images. Die Bilderma-cher, auch die schwarzen, sitzen an einer Schaltstelle des kollektiven Selbst-gefühls.

Daß sich eine New Yorker Großaus-stellung ausschließlich den Abbildern des schwarzen Mannes in der zeitgenös-sischen amerikanischen Kunst widmet, wie dies von der kommenden Woche an die Schau „Black Male“ im Whitney Museum tun wird, ist Beleg dafür, wie tief die neuen schwarzen Trendsetter schon in die Trutzburgen der Hochkul-tur eingedrungen sind – und wie ernst sie die Macht der Bilder nehmen.

Manche der Kulturschaffenden stel-len diesen Einfluß in den Dienst einer klaren politischen Agenda. Spike Lee hat sich gleich am Anfang seiner Lauf-bahn als „schwarzer Nationalist mit einer Filmkamera“ beschrieben und hoff-nungsvoll nachgeschoben, das sei „eine gefährliche Kombination“. So mancher Rapper wirft sich im Namen der mili-tant separatistischen „Nation of Islam“ des Demagogen Louis Farrakhan in die

Pose des unbesiegbaren Ghettokämp-fers.

Aber auch diejenigen, die sich mitten im Establishment einquartiert haben, arbeiten daran, ihre eigene Fassung von Amerika in den Bilder-Mainstream ein-zuschmuggeln. Die Talkmasterin Oprah Winfrey besitzt eine Firma, die Fernseh-mehrteiler und Filme mit schwarzen Stoffen produziert. Sie hat unter ande-rem die Rechte an Morrisons großem Sklaverei-Roman „Menschenkind“ ge-kauft und schickte, wie viele andere schwarze Stars, klaglos einen Scheck, als Spike Lee die letzten Millionen fehl-ten, um sein Epos über den Schwarzen-führer Malcolm X zu Ende zu drehen.

Der Weg zur Mitherrschaft über Amerikas Image-Maschinerie ist aller-dings immer noch weit, denn Schwarze werden zwar mehr und mehr als Kreati-ve akzeptiert, nicht aber als Manager. Seit 1990 drehen afroamerikanische Re-gisseure jährlich im Schnitt 13 Spielfil-me, die zusammen etwa 40 Millionen Zuschauer pro Jahr erreichen. Schwarze Produzenten mit Entscheidungskompe-tenz gibt es im Hollywood-System nicht. In der Popmusik sind 60 Prozent der Performer schwarz – aber nur 3 Prozent



R. FARBALL / PHOTOREPORTERS

Oprah Winfrey



INTERTOPICS

Bill Cosby



L. STOLL / RETNA

Eddie Murphy



EVERETT COLLECTION

Whoopi Goldberg

Afroamerikanische Unterhaltungsstars: Wer zuerst zusammenzuckte, hatte verloren

der Top-Angestellten in der Plattenbranche.

Darum ist es vor allem der Stolz auf Medienstars aus Unterhaltung, Kultur und Sport, der das Selbstwertgefühl der schwarzen Bevölkerung stärkt. „Wenn eine Frau eine Nichte und einen Neffen hat“, lästert der schwarze Schriftsteller Leon Forrest, „schenkt sie der Nichte ein Buch von Toni Morrison und nimmt den Neffen zu einem Spiel der Bulls mit.“ Eine Umfrage unter 700 afroamerikanischen Teenagern zeigte, daß Rapper die einzigen Figuren des öffentlichen Lebens sind, die sie als Rollenvorbilder respektieren.

„Die Entscheidung, als Schwarzer eine intellektuelle Laufbahn einzuschlagen“, beklagt der Philosoph und Theologe Cornel West, der in Harvard lehrt, garantiere dagegen „eine Randstellung gegenüber der schwarzen Gemeinschaft“. Das sieht der Professor allzu pessimistisch, denn der Boom der schwarzen Kultur hat prompt einen Boom ihrer akademischen Verwertung nach sich gezogen. Die Afroamerikanistik ist zum anerkannten Fach an den Universitäten avanciert, mit Stars wie dem Literaturprofessor Henry Louis Gates Jr., mit einem esoterischen Voka-

Schwarzsein ist nicht nur ein Schicksal der Pigmente

bular und dem gängigen Ausstoß an fußnotenlastiger Fachliteratur.

Die akademischen Zirkel tragen immerhin dazu bei, daß der kulturelle Erfolgsschub historisch ausgelotet wird. Das verbale Geprotze der Rapper, fanden Literaturwissenschaftler heraus, steht in der Tradition von rhetorischen Spielchen, „playing the dozens“ genannt, bei denen sich Jungrecken in der Bar oder beim Friseur mit Beleidigungen übertrumpfen mußten: Wer zuerst zusammenzuckte, hatte verloren.

Heftig debattiert wird in Aufsätzen und Anthologien auch die harmlos wirkende, aber nahezu unlösbare Frage: Was ist eigentlich „schwarz“ an schwarzer Kultur? Auf die gängige Traditionsliste aus Jazz, Blues, Gospel, aus Black English, Sklavenfolklore und afrikanischen Einsprengeln in Kirche und Küche können sich zwar fast alle einigen. Aber daneben ist nicht zu übersehen, daß Schwarze längst alle denkbaren ästhetischen und politischen Positionen einnehmen, statt sich zur harmonischen Black-Power-Party bitten zu lassen.

Das „Neue Schwarze Kino“, das vor wenigen Jahren nach den ersten Erfolgen von Spike Lee, John Singleton, Mario Van Peebles und anderen Nachwuchsfilmern triumphierend ausgerufen



R. FRIEDMAN / BLACK STAR

Literaturwissenschaftler Gates „Straße ist sexy, Anzug nicht“

wurde, läßt sich kaum auf einen gemeinsamen Nenner bringen: kein Genre, kein Stil, schon gar keine Bewegung mit gemeinsamem Programm. Statt dessen lästern die Kino-Kids übereinander, wo sie nur können.

Warum auch nicht? „Black bezeichnet ja eine Fülle von Identitäten“, betont die schwarze Installationskünstlerin Renée Green, die eine Zeitlang in Berlin gelebt und an einer umfangreichen deutschsprachigen Afrokultur-Anthologie mitgearbeitet hat*. „Ohne ein Verständnis von dieser Vielfalt“, warnt sie, könne nur ein eindimensionales Bild von „Blackness“ entstehen, das die Breite der schwarzen Geschichte und die heutigen Verzweigungen schwarzen Lebens außer acht läßt.

„Ich glaube nicht, daß es so etwas wie die ‚schwarze Erfahrung‘ gibt“, sagt auch der Romancier Darryl Pinckney, der in einer Familie der oberen Mittelschicht im biederem Indiana aufwuchs. Für Vielfalt sorgt schon der Klassenriß, der sich durch die schwarze Community zieht. Knapp 30 Prozent der Afroamerikaner haben den Sprung in den Mittelstand geschafft, und längst nicht alle von ihnen fühlen sich dem alten schwarzen Motto „Lifting As We Climb“, also: beim eigenen Aufstieg andere hochziehen, verpflichtet.

Seine Familie habe eine Figur namens Sam erfunden, eine Karikatur all dessen, „was wir nicht sein sollten“, erinnert sich der kalifornische Intellektuelle Shelby Steele. Sam war faul, Sam

schmiß sein Geld aus dem Fenster, Sam trug schrille Klamotten, Sam hatte gern mehrere Freundinnen und setzte Kinder in die Welt, die er nicht versorgte.

„Wir wären nie auf den Gedanken gekommen“, sagt Steele, „daß Sam dem rassistischen weißen Stereotyp des Schwarzen sehr ähnlich sah.“ Auch als Ausdruck von schwarzem Selbsthaß will er Sam nicht verstanden wissen: „Er war einfach ein Gegenpol, von dem wir uns abgrenzten, um dadurch unsere eigenen Ziele definieren zu können.“

Klasse bindet stärker als Rasse, glaubt Steele. Verständlich daher, daß arrivierte Schwarze erbittert gegen die aggressiven Rapper giften, die sich nicht in ihrem Wunschbild des netten, arbeitssamen Negers von nebenan unterbringen lassen. Umgekehrt propagieren Rapper wie Ice-T ihr knallhartes Proleten-Image als das einzig erstrebenswerte. „Die Straße ist sexy“, erklärt der Harvard-Professor Henry Louis Gates, „der Anzug nicht.“

Ein schwarz-schwarzes Kulturgefecht bahnt sich auch zwischen den Geschlechtern an. Macho-Rapper wie die Niggaz with Attitude, die in ihren Songs damit angeben, wie sie es den „Schlampen“ und „Huren“ besorgen, müssen mit frechen musikalischen Konten durch Kolleginnen rechnen. Schwarze Filmkritikerinnen haben den kleingeratenen Chauvinisten Spike Lee wegen der frauenfeindlichen Grundierung seiner Spielfilme schon schärfer verrissen als je die weiße Feministin.

„Im großen und ganzen ist der Feminismus immer noch ein Feld

der privilegierten Klassen“, glaubt die New Yorker Kulturkritikerin Bell Hooks, „aber immer mehr schwarze Frauen sind bereit, sich gegen Sexismus zu wehren.“ Den Weg dazu hat ausgerechnet die konservative schwarze Karriere-Juristin Anita Hill bereitet, die 1991 einen Kandidaten für den Obersten Gerichtshof, den ebenfalls schwarzen Richter Clarence Thomas, der sexuellen Belästigung beschuldigte. Die Hexenjagd, die daraufhin auf Hill stattfand, hat viele Afroamerikanerinnen geschockt.

Was also hält „Black Culture“ trotz aller krassen Auseinandersetzungen noch zusammen? Die Hautfarbe? Eine Art genetische schwarze Essenz?

Wer daran glaubt, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er genau in die Falle tappt, die seit Sklavenhalterzeiten für ihn bereitsteht: Schwarzsein aus-



M. SELIGER / OUTLINE

Rap-Star Ice-T Knallhartes Proleten-Image



H. TYLER / RETNA

Rap-Gruppe Public Enemy: Kulturgefecht zwischen Machos und Schlampen

* Diedrich Diederichsen (Hrsg.): „Yo! Hermeneutics! Schwarze Kulturkritik – Pop, Medien, Feminismus“. Edition ID-Archiv, Berlin; 236 Seiten; 36 Mark.

schließlich als Schicksal der Pigmente aufzufassen, das alle Afroamerikaner einander gleichmacht. Dieser Glaube an die Essenz „verwechselt das, was kulturell geformt ist“, sagt der schwarze Professor Stuart Hall, „mit dem, was natürlich, biologisch und genetisch ist“.

Wer „black“ im Gegenzug politisch definiert, wer eine authentische schwarze Kultur von einer falschen zu trennen versucht, kann nach fast beliebigen Kriterien die Querdenker zur Linken oder zur Rechten ausgrenzen. Radikale Separatisten wie der „Nation of Islam“-Chef Farrakhan versuchen, der Vielfalt schwarzer Erfahrungen eine einheitliche Doktrin entgegenzusetzen, um nicht die Kontrolle über ihre Anhängerschaft zu verlieren.

Ihr Tenor: Nur ein armer Neger ist ein guter Neger. Alle Anstrengungen, im Mainstream gesellschaftlich aufzusteigen, werden als „acting white“, also als weißes Benehmen, verunglimpft.

Tatsächlich muß Rasse als ein Konstrukt gesehen werden, das gesellschaftliche Ausgrenzungen rechtfertigen soll. „Man muß lernen, in dieser Gesellschaft ‚schwarz‘ zu sein“, sagt Henry Louis Gates. Erst wenn der Glaube an feste kulturelle Grenzen erschüttert ist, werde es denkbar, Kultur nicht länger „als festes Eigentum einer bestimmten ethnischen Gruppe zu verstehen“, glaubt er. Schwarze und weiße Kultur entwickeln sich nicht in streng getrennten Bahnen, sondern im ständigen Kontakt miteinander: Jeder klaut Ideen von jedem. Am Ende stehen hybride, von den verschiedensten Einflüssen inspirierte Werke. „Ich sage den Leuten immer“, plädiert Gates, „sie sollen nicht versuchen, irgend etwas rein zu halten.“

Vor allem die Popkultur, ergänzt die New Yorker Autorin Michele Wallace, sei „ihrem innersten Wesen nach unrein, mit Widersprüchen beladen“ und könne darum „gar nicht als Beleg für eine pure schwarze Essenz herhalten“. Schwarz bedeute „immer eine Frage, einen Prozeß, immer etwas Vorläufiges“.

Die schwarzen Jungfilmer Allen und Albert Hughes wurden für die realistische Atmosphäre ihrer rauen Ghetto-Ballade „Menace II Society“ gepriesen,



Kulturkritikerin Hooks: Feminismus als Privileg



Juristin Hill*: Schockierende Hexenjagd

gaben aber vollkommen unbefangen zu Protokoll, daß die Inspiration zu ihren Gewaltszenen aus Filmen Martin Scorseses stamme. Die vermeintlich lebensnahe Darstellung der Schießereien war nach Genre-Spielregeln inszeniert. Jugendliche wiederum, die sich am coolen Gehabe der „Menace“-Helden ausrichten, spielen letztlich einen italoamerikanischen Kinoalptraum nach.

Umgekehrt läßt das weiße Hollywood vorsichtig den Einsatz schwarzer Hauptdarsteller zu, selbst in großen, kostspieligen Erfolgsfilmen. Als schneidiger Single-Journalist durfte Denzel Washington im Erfolgsthiller „Die Akte“ seiner Partnerin Julia Roberts zwar noch nicht allzu nahetreten, aber auch diese Furcht vor der Rassenschande wird verschwinden. Schwarzen Frauen jedenfalls ist es schon gestattet, sich in die Arme eines

* 1991 bei einer Senatsanhörung zum Clarence-Thomas-Verfahren in Washington.

** Bell Hooks: „Black Looks. Popkultur – Medien – Rassismus“. Aus dem amerikanischen Englisch von Karin Meissenburg. Orlanda Frauenverlag, Berlin; 256 Seiten; 36 Mark.

weißen Helden zu werfen, wie Whitney Houston als glamouröse Leading Lady in „Bodyguard“ bewiesen hat.

„Schwarze sind in Scharen in diesen Film gerannt“, erzählt die Kulturkritikerin Bell Hooks, „weil uns klar war, daß wir dort etwas zu sehen bekamen, was wir noch nie gesehen hatten: eine schwarze Frau, die den klassischen Ort der Hollywood-Heldin einnahm.“

Nur selten lassen sich die Kulturkonsumenten säuberlich nach Rassen auseinanderrechnen. Afroamerikaner kaufen überproportional viele Kinokarten für weiße Action-Filme und sind deren Helden in erstaunlicher Treue verbunden. Dafür hat die Literatur-Nobelpreisträgerin Toni Morrison überwiegend weiße Leser.

Und selbst Rap, laut Chuck D von der Gruppe Public Enemy der „CNN der Schwarzen“, funkt nicht nur für seine ursprüngliche Zielgruppe. Der Nachwuchs aller Hautfarben teilt sich den Spaß an den provokanten Songs und an den Posen der dazugehörigen Hip-Hop-Kultur. „Im Moment lernen die Kids eher durch Hip Hop, daß sie davon profitieren, kulturelle Grenzen zu überschreiten“, sagt Bell Hooks, „als durch irgendeine politische Bewegung.“

Allerdings lernen sie aus den brutalen Sprechgesängen mancher Gangsta-Rapper auch, daß es okay ist, gegen Schwule, Juden, Frauen oder Cops zu hetzen. Gerade solche Tabubrüche machen die schwarze Ghettokultur so reizvoll für Jugendliche aus den sicheren Vorstädten. Da dürfen sie mal „all das rauslassen“, glaubt Richard Goldstein von der New Yorker Stadtzeitung *Village Voice*, „was sie in ihrer bürgerlichen Gesellschaft runterschlucken müssen“.

Die schwarze Subkultur wird zur Stätte des aufregend Anderen stilisiert. Der Zutritt zu ihr ist das letzte Abenteuer in einer genormten, gelangweilten Zivilisation. Gegenwärtig lebe „das Interesse am ‚Primitiven‘ auf vielerlei Art wieder auf“, wengleich „ausgesprochen postmodern gefärbt“, schreibt Hooks in einem gerade auf deutsch herausgekommenen Essayband**. In den Medien wird dieses Interesse sofort umgesetzt. „Die Leute schlachten den coolen neuen Stil der Subkultur für sich aus“, ärgert sich die Kulturkritikerin, „ohne einen einzigen Gedanken daran zu verschwen-

D. OTTOWSKI

F. CORRIGAN / SYGMA



FOTOS: D. OTFINOWSKI



Museumschefin Conwill, Straßenszene vor dem Studio Museum: Selbst Elvis baute auf die Vorarbeit Farbiger

den, aus welchem sozialen Elend dieser Stil entsteht.“

Das Elend bleibt, der Rassismus auch. Was sozial unterdrückt wird, taucht in den symbolischen Sphären der schuldbewußten Gesellschaft um so deutlicher wieder auf: Mit dieser bizarren Kluft haben sich viele Schwarze achselzuckend abgefunden.

Schon zu Sklavereizeiten wurden manche Farbige aus der verachteten Masse herausgehoben, gehätschelt als Wunderwesen, die trotz aller Widrigkeiten lesen, schreiben, sogar dichten lernten. „Sie bekamen dann zu hören: Du bist nicht wie andere Schwarze“, erklärt die Autorin Michele Wallace. „Und genau das hören heute Stars wie Bill Cosby oder Cornel West.“

Daß sich eine farbige Spitzengruppe in der Kulturszene durchgesetzt hat, ist zudem noch kein Signal fairer Chancengleichheit: „Wenn die Diskriminierung nicht so stark wäre“, glaubt Kinshasha Holman Conwill, die Leiterin des auf schwarze Kultur spezialisierten Studio Museums in New York, „wären noch viel mehr Afroamerikaner bekannt.“

Weiterhin kommen Weiße in allen Sparten mit Ideen von schwarzen Kollegen zu Erfolg und Geld: eine Form des Abstaubens, die wenig mit einer friedlichen kulturellen Gemengelage zu tun hat. Diese Strategie haben Schwarze mit bitterem Spott das „Elvis-Syndrom“ getauft, denn der King des Rock'n'Roll profitierte entscheidend von der Vorarbeit farbiger Musiker. In der Malerei sind „schwarze Symbole und Bildsprä-

chen immer wieder von weißen Künstlern übernommen worden“, beschwert sich Kinshasha Holman Conwill und verweist auf Traditionen der Moderne, die von den deutschen Expressionisten bis zu den Neuen Wilden der achtziger Jahre reichen, „aber diejenigen, von denen diese Ausdrucksformen stammen, haben dadurch fast nichts gewonnen“.

Ihr kleines, piekfeines Museum stellt seit einem Vierteljahrhundert die Kunst

gänger. Hierher verirren sich nur selten Vernissagengänger aus der schnecken Avantgardeszene von Soho.

Die Kunstwelt hat sich als letzte aller kulturellen Sphären dazu bequemt, Schwarze zur Kenntnis zu nehmen. Lange gab es keinen Markt für afroamerikanische Maler und Bildhauer. Sie wurden kaum gesammelt, kaum ausgestellt und von den Großkritikern geschnitten. Noch in den Achtzigern fand sich unter den zahlreichen Instant-Helden der überhitzten US-Kunstwelt nur ein einziger Alibi-Schwarzer, Jean-Michel Basquiat, der 27jährig an seiner Drogensucht starb.

Die große Retrospektive, die ihm 1992, vier Jahre nach seinem Tod, das New Yorker Whitney Museum widmete, wurde mancherorts mit Totalverrisen quittiert – ganz so, als solle Basquiat postum gleich wieder aus der Kunstgeschichte gestrichen werden. Das Whitney ließ sich nicht beirren und zeigt, als einziges der vier großen Kunstmuseen New Yorks, weiter ein multikulturelles Programm.

Jetzt steht neuer Ärger an. Die Whitney-Ausstellung „Black Male“ wird sich die heikelste Figur im amerikanischen Rassen-drama vornehmen: den schwarzen Mann (vom 10. November bis 5. März). Wer hat Angst vor ihm? Wann wird er gehaßt, wann geliebt? Wie tritt er auf in Kunst, Rap, Sport und Film?

„Es gibt zwar verschiedene Vorstellungen vom schwarzen Mann“, sagt die junge afroamerikanische Ausstellungsmacherin Thelma Golden, die „Black Male“ konzipiert hat, „aber jede von ihnen



COLLECTION ORCHARD

„Black Male“-Gemälde*: Furcht vorm Brutalo

von Schwarzen aus Amerika, der Karibik und Afrika aus. Vor dem Eingang an der 125. Straße in Harlem herrscht Basartreiben; Straßenhändler mit bunten Käppis halten afrikanische Stoffe, Rap-Kassetten und Kupferschmuck feil. „Nation of Islam“-Werber mustern an ihrem Stand neben der U-Bahn-Treppe mißtrauisch jeden fremden weißen Fuß-

* Von Robert Colescott, 1975.

deckt einen Extremwert ab.“ Im gesellschaftlichen Gefühlshaushalt Mainstream-Amerikas herrscht eine klare Trennung – Furcht vor dem schwarzen Brutalo, Verehrung für den schwarzen Helden aus Sport und Show.

Der Schock darüber, daß der Footballstar und Schauspieler O. J. Simpson zwei Morde begangen haben soll, war vor allem deshalb so groß, weil sich das weiße Amerika nach Simpsons abruptem Rollenwechsel vom Helden zum Killer gezwungen sah, seine Stereotypen neu zu sortieren: Verehrung und Furcht fielen in einer Figur zusammen.

Zwischen diesen Extremen geht jeder Mittelwert verloren. „Den durchschnittlichen schwarzen Mann, den Busfahrer, den Verkäufer, gibt es im amerikanischen Bewußtsein nicht“, sagt Thelma Golden. Erst wenn es ihn gibt, kann die Haßliebe des weißen Amerika zum Phantasma des schwarzen Supermanns abklingen, kann ein Schwarzer darauf hoffen, auf der Straße als Individuum wahrgenommen zu werden und nicht nur als reizbefrachtetes Symbol.



Regisseur Lee
„Schwarzer Nationalist mit Kamera“

war kämpferisch auf schwarze Power ausgerichtet. Es verstarb an dogmatischer Linientreue und der Unwilligkeit des Kulturbetriebs, den schwarzen Nachwuchs zu fördern.

„Das Interesse des Mainstream“, sagt die Kustodin Thelma Golden, „ist unberechenbar.“ Ihre Hoffnung: Politisch versierte, einflußreiche schwarze Literaten, Museumsleute, Filmemacher und Akademiker könnten sich mittlerweile so tief in ihren Stellungen im Kulturleben eingegraben haben, daß sie nicht mehr leicht daraus zu vertreiben sein werden. „Die Zukunft liegt auch in unserer Hand“, glaubt Michele Wallace. Schwarze verfügen heute über eine Chancenvielfalt, die vor der Bürgerrechtsbewegung undenkbar war, aber sie haben sich, fürchtet die Autorin, „innerlich immer noch nicht darauf eingestellt“. Das schwarze Amerika müsse schleunigst aufhören, „die Welt nur in Schwarz und Weiß zu sehen“.

Zu dieser Erkenntnis hat der Aufstand von Los Angeles viele Intellektuelle getrieben. Anders als in den sechziger Jahren ließen sich bei diesem Aufbegehren der Entrechteten keine klaren Rassengrenzen ziehen.

Es war ein multikultureller Mob, der nach dem Rodney-King-Urteil tagelang in selbstzerstörerischer Wut plündernd und brandschatzend durch die eigenen Wohngegenden zog. Schwarzen Laden-

„Aufhören, die Welt nur in Schwarz und Weiß zu sehen“

besitzern nützte es nichts, ein „Black-owned Business“-Schild in ihr Schaufenster zu kleben. Knapp ein Viertel der rund 13 500 Festgenommenen waren Latinos, zu den 55 Todesopfern zählten Schwarze ebenso wie Latinos, Weiße und Asiaten.

Anna Deavere Smith hat diese Veränderung eher begriffen als alle anderen. „Twilight: Los Angeles 1992“ erzählt vom neuen, vielfach verfeindeten Amerika und läßt alle zu Wort kommen, die sonst niemals miteinander reden.

„Ich sehe das Stück als Aufruf“, sagt die Schauspielerin, als Plädoyer dafür, an einem Menschen mehr als nur seine Rasse wahrzunehmen. Darum beweist sie, die schwarze Frau, auch das Leid der anderen. Kein Moment in „Twilight“ ist furchtbarer als der stockende Monolog der Koreanerin June Park, deren Mann Walter mit einem gezielten Schuß in die Schläfe zum gehirngeschädigten Pflegefall gemacht wurde. Jetzt bleibt der alten Frau nur der Schmerz und die ewige Frage: „Warum gerade er?“ Der Schütze war ein Schwarzer.



Lee-Film „Crooklyn“: Krach und tapsiger Charme

Ausgerechnet Spike Lee, der bewährte Bad Boy des Kinos, wagt sich nun in das unscheinbare Neuland der Normalität. Sein neuer Film „Crooklyn“, den er mit seinen Geschwistern Joie und Cinqué geschrieben hat, erzählt eine nostalgische Familiengeschichte aus den siebziger Jahren. Der Vater ist ein freundlicher Jazzpianist mit tapsigem Charme, die Mutter ist Lehrerin, bringt das Geld nach Hause und schlägt Krach, wenn ihr Mann wieder das Konto überzogen hat.

Die fünf Kinder raufen und palavern und hocken stundenlang auf den Stufen vor ihrem Backsteinhaus in Brooklyn. Für sie könnte alles immer so weitergehen, Ferien, geklaute Eiscreme, die „Partridge Family“ im Fernsehen und manchmal Zoff mit den Klebstoffschnüfflern an der Ecke. Spike Lee

schildert das so, wie Kinder die Welt erleben, anekdotisch, spontan, von einem Tag zum nächsten, und darum bereitet nichts das Publikum darauf vor, daß auf einmal die Mutter stirbt.

Ein ganz alltägliches, privates Drama: keine Rassenkonflikte, keine Gewalt, kein Ghetto, keine Gangs. Aber diese schwarze Normalität will niemand sehen. Der Film hat in den USA mäßige Ergebnisse eingespielt; in Deutschland sollte er erst gar nicht anlaufen. Nun startet er doch, Anfang Dezember.

Spike Lees Karriere wird diese Schlappe überstehen; er hat sieben Spielfilme ge-

dreht, darunter einige Mißerfolge, und behauptet sich noch immer ganz oben. Wie aber steht es mit seinen Kollegen: Werden sie an ihrem ersten Flop, ihrem ersten schwachen Film, Buch oder Drama scheitern? Wird das Hoch der schwarzen Kultur bald wieder abflauen?

Es wäre nicht das erstemal. In den zwanziger Jahren versammelten sich Romanciers, Dramatiker, Musiker und Maler zur kurzen Ära der „Harlem Renaissance“. Sie erfanden eine neue schwarze Hochkultur, drifteten aber bald wieder auseinander. Danach waren es lange nur einzelne, die Schriftsteller Richard Wright, Ralph Ellison und James Baldwin etwa, die schwarzer Kultur zu Ansehen verhalfen.

Erst mit der Bürgerrechtsbewegung erwachte wieder ein Gruppengefühl der Ästhetiker: Das „Black Arts Movement“

„Fünf Zentner Fleisch“

Gerhard Henschel über den Pornographen und PDS-Parlamentarier Gerhard Zwerenz



TEUTOPRESS

Schriftsteller Zwerenz: „Unermüdlicher Propeller auf den Hosenschlitzen“

Henschel, 32, lebt als Autor in Frankfurt und veröffentlichte zuletzt „Das Blöken der Lämmer. Die Linke und der Kitsch“ (1994).

Bei Müllers im Gasthof ist heute was los: „Bei Müllers im Gasthof ist heute was los./ Bei den Männern in der Hos./ Bei den Weibern in die Köpf./ Die Händ', die machen knöpf-knöpf.“ Gegen Ende der achtziger Jahre hatten auch die begriffsstutzigeren Feuilletonredakteure eingesehen, daß der Dichter dieser delikatsten Zeilen, Gerhard Zwerenz, 69, nach eigenen Worten ein „Urgott der zuckenden Begattung“ war.

Dann kam die Wiedervereinigung. Was die *Frankfurter Rundschau* nicht mehr drucken mochte – lyrische Appelle an die Völker dieser Welt und rasch zwischen zwei Kurzromanen hingeschnulzte Leitartikel –, publizierte nun das *Neue Deutschland*. Zwischen linientreuen Karikatur- und Ratschlägen für Schrebergärtner konnte Zwerenz dort nun seine neue, unverhofft eingebürgerte Klientel mit holperigen

Versen gegen „sporenbewehrte Generale“ erbauen. Von diesem jüngsten Streich wird sich der Wilhelminismus sicherlich nicht mehr erholen.

Erstaunlicherweise hat Zwerenz nicht nur die naiveren Leser des *Neuen Deutschland*, sondern auch die PDS auf seine Seite gebracht. Eine linke, weder auf den Kapitalismus noch auf weltweite Bundeswehreinräte eingeschworene Partei wäre etwas Neues im Bundestag. Die PDS scheint sich aber als Auffangbecken für Sonntagskünstler zu verstehen. Und die peinlichste Erscheinung in ihren Reihen ist Gerhard Zwerenz.

Dessen im Buchhandel überwiegend vergriffene Prosa-Ergüsse sollte die Parteispitze bei der Überprüfung der Lebensläufe ihrer Abgeordneten nicht unbeachtet lassen. „Frauen gehören dem Orgasmus“, dekretierte Zwerenz 1966 in seinem bahnbrechenden Roman „Casanova“, der nebenbei Erhellendes zur dynamischen Rentenreform enthält: „Eine alte Möse, in die ein Mann sein Glied steckt, verwandelt sich unversehens zum Jungbrunnen.“

Wer „aufgefältelt“ sich spreizende Nymphaninnen „knöpf-knöpf“ machen läßt und vor lauter Manneskraft kaum noch laufen zu können meint („Mir hingen die Eier dran wie zwei dicke Romane“), hat sich nicht sittlich-moralisch disqualifiziert, sondern intellektuell – entsprechend dem tapfer tautologischen Motto des Tucholsky-Biographen Zwerenz: „Heine war Heine, Lenin war Lenin, und Tucholsky war eben Tucholsky.“

Recht frivol geht es zu in seinen „Geschichten von Liebe und Tod“, denn wenn Zwerenz es mit etwas aufnimmt, muß es schon Liebe plus Tod im Doppelpack sein und „die geilste Hure von ganz Rio“ oder doch wenigstens „Venus auf dem Vulkan“ und Rasputin interkontin-

ental dimensioniertes Geschlechtswerkzeug, „der genialste Schwanz des ganzen weiten Rußland“, versteht sich. „Wir vereinten uns zu fünf Zentnern Fleisch, in dem unsere drei armen Seelen fröhlich tanzten.“

Um brüllende Superlative war Zwerenz noch nie verlegen; schließlich muß er sich simultan und parallel an seinen Vorbildern Tucholsky, Hemingway, Heine, Henry Miller, Büchner, Brecht, Bloch, Josefine Mutzenbacher und neuerdings auch noch Karl Liebknecht oder vielleicht sogar schon Lenin messen lassen. Und dabei, wie sein Romanheld Rasputin, noch etwas Atem schöpfen „zwischen den Stößen in die saugende schmatzende Scheide Kim-Anastasias“.

Keineswegs in Jugendwerken, sondern in Texten des reifen bis überreifen Zwerenz – etwa dem Roman „Der Mann und die Wilde“ (1982) – finden sich diese verzweifelt auf schlüpfrig gequälten Stellen. Doch der Tanz in fünf Zentnern Fleisch hat Zwerenz nicht geschwächt. Auch als rüstiger Senior robbt er noch „dicht vor die schleimende Fot-

ze der Generalin und treibt ihr seinen Schwengel hinein“ in die gute Stube.

„Er hatte vor lauter Schleim schon daran gedacht, sich in Tanger enteiern zu lassen“, heißt es in dem Prachtband „Ineinander – auseinander. Liebesfreunden in Deutschland“ (1984) über einen desorientierten Mösenpflücker. Unenteeiert schreitet hingegen Zwerenz weiterhin als radikaler Aufklärer einher, ob-

wohl er nicht einmal befähigt wäre, Sexualkunde-Unterricht an Grundschulen zu erteilen. „Ihr Ehegatte und Besitzer ahnte nicht, daß seine Frau, wenn er sie nahm, seinen herrlichen Schwanz mit Tränen näßte . . .“ Derlei „Berührungen“ (1983) sind anatomisch kaum zu vermitteln.

Es kommt noch drastischer: „Er warf sich zwischen ihre Beine, rammte ihr

BESTSELLER

BELLETRISTIK		SACHBÜCHER	
1	Gaarder: Sofies Welt (1) Hanser; 39,80 Mark	1	N. E. Thing Enterprises: Das magische Auge (2) Ars Edition; 29,80 Mark
2	Grisham: Der Klient (2) Hoffmann und Campe; 44 Mark	2	N. E. Thing Enterprises: Das magische Auge II (1) Ars Edition; 29,80 Mark
3	Pilcher: Das blaue Zimmer (3) Wunderlich; 42 Mark	3	N. E. Thing Enterprises: Das magische Auge III (3) Ars Edition; 29,80 Mark
4	Høeg: Fräulein Smillas Gespür für Schnee (4) Hanser; 45 Mark	4	Wickert: Der Ehrliche ist der Dumme (4) Hoffmann und Campe; 38 Mark
5	Follett: Die Pfeiler der Macht (6) Lübbe; 46 Mark	5	Ogger: Das Kartell der Kassierer (6) Droemer; 38 Mark
6	García Márquez: Von der Liebe und anderen Dämonen (7) Kiepenheuer & Witsch; 38 Mark	6	Carnegie: Sorge dich nicht, lebe! (5) Scherz; 44 Mark
7	Crichton: Enthüllung (5) Droemer; 44 Mark	7	21st Century Publishing: 3D – Die Dritte Dimension (7) Ars Edition; 19,80 Mark
8	Begley: Lügen in Zeiten des Krieges (8) Suhrkamp; 36 Mark	8	Ditzinger/Kuhn: Phantastische Bilder (8) Südwest; 14,90 Mark
9	Forsyth: Die Faust Gottes (9) C. Bertelsmann; 48 Mark	9	Ogger: Nieten in Nadelstreifen (9) Droemer; 38 Mark
10	George: Denn keiner ist ohne Schuld (10) Blanvalet; 44 Mark	10	Fest: Staatsstreich (10) Siedler; 44 Mark
11	King: Schlaflos (11) Heyne; 48 Mark	11	Hartwig: Scientology – Ich klage an (13) Pattloch; 34 Mark
12	Noll: Die Apothekerin (12) Diogenes; 36 Mark	12	Paungger/Poppe: Vom richtigen Zeitpunkt (12) Hugendubel; 29,80 Mark
13	Nadolny: Ein Gott der Frechheit (15) Piper; 39,80 Mark	13	Kelder: Die Fünf „Tibeter“ (11) Integral; 19 Mark
14	de Moor: Der Virtuose Hanser; 34 Mark	14	Scholl-Latour: Im Fadenkreuz der Mächte C. Bertelsmann; 44 Mark
15	Kishon: Ein Apfel ist an allem schuld (13) Langen Müller; 36 Mark	15	Gallmann: Afrikanische Nächte (14) Droemer; 32 Mark

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin Buchreport

sein Faunshorn in die vor Erregung schnappende Möse“ – an anderer Stelle ist auch „ihr schnappender fester Arsch“ im Gespräch. Den definitiven Schnappschuß hatte Zwerenz freilich Rasputin vorbehalten: „Er setzt sich nach einem kurzen Moment der Verblüffung zur Wehr und rutscht in ihrem geilen Schleim herum. Die Augen auf die schnappende Fotze gerichtet.“

Einer seiner verunstalteten Kunstfiguren gab Zwerenz nahezu olympiareife Turnübungen auf („Die fremde Fotze rutscht ihr ins Genick“), und daß er auch von Physik nur Bahnhofsviertel versteht, zeigt seine abenteuerliche Schilderung einer Ejakulation. Der arme, von Zwerenz verewigte Held verschleudert dabei „eine Ladung Spermien, daß es gereicht hätte, auf den Mond zu gelangen bei soviel Rückstoß“ – wenn das die Nasa wüßte!

So rauschen die faulen Äpfel vom Baum der astrophysikalischen Erkenntnis, „und die Männer schlendern ihre langen, mageren Schwänze im Kreise, als wären ihren Hosenschlitzen surrende, unermüdete Propeller aufgenäht“, während MdB Zwerenz bereits den Arbeitern und Bauern auf die Sprünge zu helfen versucht. „Nur glückliche Seufzer wollen wir hören, unter der Befriedigungsbrücke Schenkelschlag, wo das Beinfleisch brät, bis es gar ist.“

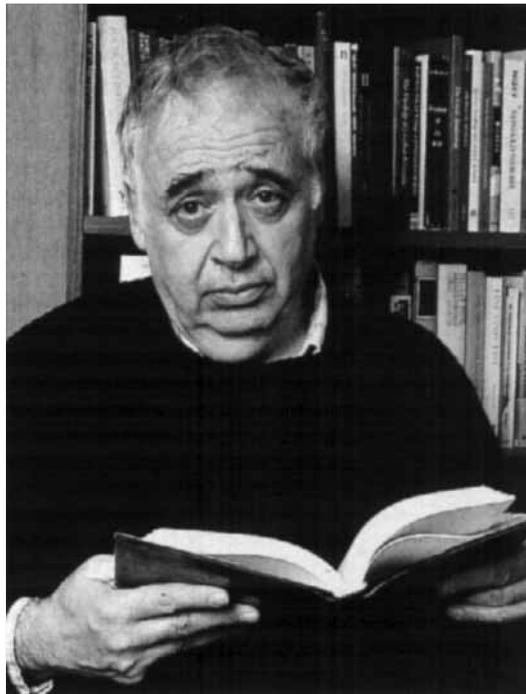
Wieviel Sitzfleisch der Hinterbänkler Zwerenz aufweisen wird, steht noch dahin. Es ist anzunehmen, daß er sich spätestens nach der Hälfte der Legislaturperiode frustriert wieder unter die schenkelschlagende Befriedigungsbrücke zurückziehen wird. „Ein hinreißender Geruch von Geilheit und Fotzensaft“, an welchem er Rasputin riechen ließ, wird schwerlich zu erschnuppern sein in Bonn. Außerdem interviewt Ernst Dieter Lueg keine Abgeordneten, die sich, wie Rasputin „mit jeder Hand in einer feuchten Fotze wühlend“, in geilem Schleim zu wälzen pflegen.

Der Partei, die den Silbenstecher freiwillig aufgestellt hat („Sie war die große Meisterin./ Ich schob ihr meinen Kleister rin“), scheint diese Liaison dangereuse momentan noch so gut zu behagen wie der von Zwerenz besungene „Venus wild und gesetzlos“ ihr poetischer Koalitionspartner: „So werd' ich Tag für Tag von ihr im Ritt einhergenommen./ Und sie pausiert nur kurz, wenn sie gekommen./ Sie spitzt viel tausend Lippen steil zum Kuß./ Und wir vereinen uns zum großen Or-Gass-Muss.“

Walhall der Autoren

Wer ist wichtiger, Shakespeare oder Proust? Ein US-Professor sagt, welche Autoren ins literarische Notgepäck gehören.

Über zwei der drei Bücher, die er auf die einsame Insel mitnähme, braucht Harold Bloom nicht lange nachzudenken: Shakespeares Werke und die Bibel, in dieser Reihenfolge. Erst beim dritten zögert er. Soll es Dante sein, der Jenseitsvisionär, oder



Kritiker Bloom: „Shakespeare hat uns erfunden“

Proust, der erbarmungslose Psychologe, oder gar Kafka? Und wo bleiben dann Cervantes, Tolstoi und Goethe?

Spaßig jedenfalls findet Bloom, 64, die alte Partyfrage keineswegs. „Zerfall greift um sich, das Zentrum hat nicht standgehalten“, schreibt der streitbare Literaturwissenschaftler, der in Yale und New York lehrt, in seinem jüngsten Buch elegisch. „Pure Anarchie wird demnächst über das hereinbrechen, was einmal ‚Gelehrsamkeit‘ hieß.“

Heraufbeschwohren hätten die drohende Apokalypse des Bildungssystems seine Fachkollegen, die sich mit vielem anderen wie Emanzipation und Klassengegensätzen befaßten, nur nicht mehr mit

den großen Werken der Weltliteratur. Dagegen setzt Bloom, der beängstigt belesene Enthusiast, nun sein höchst persönliches Testament: „The Western Canon“, eine Galerie literarischer Großmeister seit Dante.

Allerdings: Mit nur drei Gestalten mochte sich der für flackernden Witz, gewagte Thesen und konservative Gesinnung berüchtigte Gelehrte nicht begnügen. 26 Autoren immerhin, so viele wie das Alphabet Buchstaben hat, nimmt er auf in seine „Liste der Überlebenden“, die eiserne Ration für jene nicht fernen Tage, wenn „die zeitgenössischen ‚politisch‘ und ‚kulturell‘ orientierten Kritiker“ gesiegt haben, „die unser Bildungswesen zugrunde richten“.

Shakespeare allein, so Bloom sarkastisch, könne es zwar schon locker aufnehmen mit dieser politisch korrekten „Schule des Ressentiments“, die sich gegen jeden Lektürekanon sträube – zum Beispiel jene, die aus alten Dichtungen bloß Indizien für das soziale Kräftefeld eines Zeitalters herausläse.

Für ebenso immun gegen das Vergessen aber hält er auch Cervantes und Milton, Joyce und Beckett, Neruda und Borges. Deutschsprachig sind in seinem literarischen Walhall nur Goethe, Kafka und – erstaunlich genug – Sigmund Freud, der laut Bloom als „großer Essayist“ überleben wird. Die übrigen Klassiker, ob Ariost oder Sterne, Hölderlin oder Musil, können froh sein, daß sie in einen erweiterten Katalog aufgenommen wurden, nachgereicht am Ende des dicklichen Manifests.

Doch der Streit darum, wer genau die Helden sein sollen, ist für den Polterer gar nicht so entscheidend. Leselisten gibt es viele. Bloom hingegen ist ästhetischer Darwinist: Alle Kunstwerke kämpfen für ihn im Strudel der Tradition gegeneinander ums Überleben. Indem er sagt, welche er für die stärksten hält, möchte er eine Grundsatzdiskussion in Gang bringen.

Denn seine Auswahl, grob sortiert in ein „aristokratisches“, ein „demokratisches“ und das heutige, das „chaotische“ Zeitalter, ist eine Anklage. Über dem Theoriegeplänkel der vergangenen Jahre, im Wechselbad von Dekonstruktion, Feminismus oder Neuem Historismus, sei die Hauptsache sträflich vergessen worden: der künstlerische Wert an sich. „Originalität“, so Bloom, „ist der große Skandal, mit dem sich das Ressentiment nicht abfinden mag.“

Worin sie besteht, verrät der wortgewaltige Bücherwurm freilich auch nur in ein paar ketzerischen Andeutungen. „Die dümmste Art, den Westlichen Kanon zu verteidigen“, schreibt Bloom etwa, sei die Behauptung, in der Dichtung verberge sich Ethik oder gar ein „Fundus verbindlicher Werte und demokratischer Prinzipien“.

In Wahrheit hätten literarische Werke doch gerade um ihrer subversiven „Seltbarkeit“ willen Bestand. „Die größten Schriftsteller des Westens unterlaufen stets alle Werte, unsere und ihre eigenen.“ Wer von ihnen Moral lernen wolle, werde sich rasch in ein „Ungeheuer an Egoismus und Ausbeutertum“ verwandeln. Lernen könne man aus der Lektüre der Klassiker einzig und allein „die sinnvolle Verwendung der eigenen Einsamkeit“.

Solche Thesen, das weiß Bloom, sind bei vielen Zunftgenossen als elitär verpönt. Sie verteidigen weiter die erzieherische „Relevanz“ der Dichtung und plädieren für eine „Öffnung des Kanons“, um endlich auch den bisher ignorierten, von „toten weißen europäischen Männern“ verdrängten Autoren – aus Afrika oder Indien beispielsweise – zu ihrem Recht zu verhelfen. Bloom findet das schlimm. Auch jeder Gegen-Kanon bleibe ein Elite-Phänomen. Und überhaupt: Nationen-Proporz statt ästhetischem Rang, das sei doch „sozialer Faschismus, ungeheuerlich“.

Starke Worte. Aber der alte Traditionalist ist Widerspruch gewohnt und gibt mit ingrimmigter Lust Contra. Der „Tod des Autors“ etwa, den manche Kollegen noch immer zelebrieren, beeindruckt ihn nicht im mindesten. „Shakespeare hat 38 Stücke verfaßt, davon 24 Meisterwerke. Soziale Energie hat niemals auch nur eine Szene geschrieben.“

Wenn ihm die hochtrabenden Weisheiten seiner Widersacher zu bunt werden, dreht Bloom spaßeshalber einfach mal die Blickrichtung um: „Shakespeare, das vergessen wir gern, hat uns zum großen Teil erfunden. Ohne Shakespeare wären wir nicht wir selbst“ – sogar jene, die noch nie eine Zeile von ihm gelesen oder gehört hätten.

Daß Kunstwerke nichts sozial Nützliches seien, falle doch schließlich nicht unter seine Verantwortung. Ein rechter Moralapostel jedenfalls sei er bestimmt nicht, beteuert Bloom. Gegen multikulturelle Lebensformen habe er überhaupt nichts. Und listig fährt er fort: „Wenn Multikulturalismus auch Cervantes bedeuten kann, wer hätte da noch Einwände?“

Film

Der Killer als Plauderer

„Pulp Fiction“. Spielfilm von Quentin Tarantino. USA 1994.

Was soll ein Boxer wie Butch, nicht mehr ganz jung, nie ganz nach oben gekommen, schon tun, wenn ihn ein Gangsterboß in seinen Nachtclub bestellt? Wenn der ihm einflüstert, seine Laufbahn sei fast zu Ende. Und wenn er ihm dann einen fetten Umschlag hinhält. Nur im nächsten Kampf umfallen, in der fünften Runde. Der kleine Stich im Kopf, den er dann spüren werde, sagt der Gangsterboß, das sei der Schmerz über seine verlorene Ehre. Aber dieser Schmerz werde vergehen.

Es ist eine alte Story, die vom bestechlichen Boxer, der sich den Umschlag greift und seine Ehre verliert. Die Story endet immer traurig. Warum sie noch einmal neu auflegen?

Vielleicht, weil die Welt trotz allem zu wenig weiß von jenem Boxer. Er ist ein



Travolta in „Pulp Fiction“: Wunder, Fußmassagen und Pommes frites

Normcharakter im Hollywood-Gangsterfilm, nichts als eine Symbolfigur der verkauften Ideale. Aber hat er ein Privatleben? Kann er zärtlich sein? Ist er wirklich so dumm, wie Boxer im Kino immer aufzutreten haben? Und warum sollte er nicht ein einziges Mal als Sieger aus der Sache hervorgehen?

Wenn einer so viele Hollywood-Filme gesehen hat wie Quentin Tarantino, 31, dann fängt er vielleicht an, solche ketzerischen Fragen zu stellen – Tarantino ist ein Ex-Videothekar aus Los Angeles, ein Regie-Autodidakt und seit seinem Debüt „Reservoir Dogs“ (1992) der neue Wilde der amerikanischen Filmstadt. So einer will mehr wissen, als das Genre beantworten kann. Und schon fängt er an, im Kopf sein eigenes Drehbuch zu entwickeln.

Sicher, er kann den Gangsterfilm weiter verehren, auch den Film noir, all die klassischen Geschichten aus dem Schat-

Aber Humphrey Bogart ist eben schon lange tot, Lauren Bacall tritt demnächst in einem Robert-Altman-Werk auf, Hollywoods Filme werden in Farbe gedreht, und die Postmoderne hat den Stil der alten Chandler-Helden hemmungslos für ihre Secondhandattitüden ausgebeutet. Was also tun mit der nachgetragenen Verehrung? Und mit den bohrenden Fragen?

Tarantino tut in „Pulp Fiction“ das, wozu er als Filmfreak mit enzyklopädischem Cineastenwissen wohl geboren ist: Er verbindet Verehrung und Ketzerei. Er nimmt die alten Geschichten und erfindet sie neu, dreht und verfremdet sie, bis sie die denkbar absurdeste Wendung genommen haben.

„Pulp Fiction“ ist ein Konglomerat mehrerer leichthändig ineinander verhakter Kurzerzählungen, die alle innerhalb von 24 Stunden in Los Angeles spielen. Sie variieren nichts anderes als



PHOTO SELECTION

Tarantino-Film „Pulp Fiction“: Ein Boxer muß nicht dumm sein

tenreich der Unterwelt, die Aufstieg- und-Fall-Legenden von gedungenen Ganoven, Unterweltbossen, Schwarzbrennern, Boxern und ihren reizvoll-gefährlichen Femmes fatales.

Und er kann auch weiterhin jene Schundkrimis der dreißiger und vierziger Jahre verschlingen, aus deren Autorenreihen solche coolen amerikanischen Exegeten wie Dashiell Hammett und Raymond Chandler hervorgegangen waren. Nach ihren nihilistischen Werken, „Pulp“ genannt nach dem rauhen Billigpapier, auf dem sie gedruckt wurden, ist immerhin Tarantinos neuer, im Mai in Cannes mit der Goldenen Palme ausgezeichnete Film „Pulp Fiction“ benannt, der jetzt in deutsche Kinos kommt.

* Mit Bruce Willis, Maria de Medeiros.

bekannte Themen der Trivialkultur, sind aber so sarkastisch und unberechenbar weitergedacht und in die Gegenwart gewuchtet, daß ihnen der Film tatsächlich so etwas wie Tiefe abpreßt – und einen ganz unerwarteten Witz.

Natürlich kommt der Boxer Butch (Bruce Willis), der das Geld nahm und den Kampf trotzdem gewann, bei Tarantino endlich zu seinem Recht auf eine eigene Geschichte – und auf eine Zukunft. Und auch andere alte Charaktere erweckt der Film zu ungewohntem Leben. Auch die danken es ihm.

Noch nie hat es ein Killerduo wie Vincent (John Travolta) und Jules (Samuel L. Jackson) gegeben, zwei philosophisch-kriminelle Marx Brothers, die vor und nach ihren Todeskommandos lange, geradezu talmudische Debatten über Wunder, Fußmassagen und den

korrekten Verzehr von Pommes frites führen. Welcher anständige Gangsterfilm würde sich darüber Gedanken machen? Und seine Killer endlos reden lassen? Tarantino aber – und da bricht er mit dem Image des halb analphabetischen, allein mit Cartoons, Fernsehen und Kino aufgewachsenen California-Kids – liebt eine literarisch ausgefeilte Sprache. Das hat er schon in seiner gnadenlosen Räubergang-Fabel „Reservoir Dogs“ bewiesen.

Diesmal hat er als Drehbuchautor seinen Akteuren herrlich bizarre, minutenlang ausufernde Tiraden geliefert, die Klatsch, biblische Weisheit und Nachrichtenfetzen ineinander verweben. Tarantino muß einer jener Menschen sein, die wahllos alles behalten, was sie irgendwo aufschnappen, ein wandelnder Speicher für Info-Junk. Einer derjenigen, die alles bestaunen – und es dann irgendwann in ihre Kunst hineinpacken.

Den Bibelspruch, den der Killer Jules vor Ausübung seines Berufs stets den zitternden Opfern vorsagt, hat der Regisseur nicht etwa im Alten Testament gefunden, sondern in einem Kung-Fu-Film. Eine große, von Insiderwissen sprudelnde Hommage ist sein Film: Kino aus Kino geboren.

Verzweiflungstat und wahnwitzig überdrehte Attacke

Nur einer wie Tarantino kann auf die Idee kommen, sich ausgerechnet den abgehalfterten Disco-Helden John Travolta als Killer zu holen. Warum er? Weil er ihn stets angehimmelt habe, sagt Tarantino. Und außerdem: „Man hat Travolta noch nie töten sehen.“ Der Schauspieler, bleich, verfettet und mit strähnigem schwarzen Pferdeschwanz, macht seine Sache großartig.

Und schließlich darf Travolta, als Begleiter der Gangsterboß-Gattin Mia (Uma Thurman) abgestellt, am Anfang eines langen Abends mit der Lady den Twist tanzen. Da zapft Tarantino das Unterbewußte seiner Generation an, eine lange gehegte Sehnsucht: einmal noch Travolta tanzen sehen. Daß das Kino eine Traum-Maschine ist, die jeden Wunsch wahr machen kann, daran hat seit langem kein Filmemacher mehr so ekstatisch erinnert.

Quentin Tarantino, das hat er nun mit seinen beiden ersten Filmen bewiesen, ist ein spielerischer Pop-Romantiker mit blutrotem Humor und starken Macho-Instinkten. Wenn ihn nicht ein paar Flops in naher Zukunft bremsen sollten, dann wird er ein Megalomaniker à la Francis Coppola („Apocalypse Now“) werden, fanatisch, genialisch und ohne Sinn für die Wirklichkeit.

Angesichts von Tarantinos Naturell erscheint es sonderbar, daß ausgerechnet der geradlinige Moralist Oliver Stone, 48, an einem seiner Skripts Gefallen fand. Aber Stone hat, im gerade angelaufenen „Natural Born Killers“ (SPIEGEL 38/1994), seine eigene Vision aus Tarantinos Phantasien herausgefiltert – so konsequent, daß Tarantino schließlich mit dem Film nicht mehr in Verbindung gebracht werden wollte.

Noch sonderbarer aber ist es, daß die Werke der beiden Filmemacher nun dazu erhalten sollen, die Debatte über Gewaltverherrlichung auf der Leinwand neu anzufachen. Warum gerade sie? Und wird die Gewaltfrage anhand einzelner Filme nicht längst viel zu eng gestellt? Wer sich jetzt wieder erregt, daß die Schmerzgrenze weiter hinausgeschoben, daß weitere Tabus gebrochen würden, der übersieht die viel kältere Gewalt des Medienalltags.

Die große Gleichgültigkeit gegenüber Leid und Tod steigt vor allem aus dem betäubend gleichbleibenden weißen Rauschen einer Wirklichkeit, die nur noch als virtuelle wahrgenommen wird, in die Köpfe. Und nicht aus zwei Filmen, die Gewalt reflektieren und keineswegs zur Normalität einebnen.

Das tun andere, jene glattgeschliffenen, auf die 100-Millionen-Dollar-Grenze gepolten Action-Thriller, in denen hundertfach blutig gestorben wird, ohne daß dabei ein Quentchen Schmerz spürbar wird. Die werden bald im weißen Rauschen abtauchen.

An einem frühen Morgen läuft in „Pulp Fiction“ der Fernseher in einem Motelzimmer. Zu sehen ist ein alter Motorradfilm. Während sich der Boxer Butch im Bett wälzt, jagt ein Biker nach dem anderen mit penetrant heulendem Motor in den Tod – lauter kleine Feuerkugeln. That's entertainment. Einen direkteren Kommentar würde sich Tarantino nie erlauben.

Stones „Natural Born Killers“ dagegen, eine Variante der alten Geschichte vom verliebten Killerpärchen auf der Flucht, ist eine Verzweiflungstat, eine wahnwitzig überdrehte Attacke gegen die Gleichgültigkeit der Bilder – und wie die meisten Verzweiflungstaten packt der Film seine Zuschauer mit unmittelbarer dramatischer Wirkung, stellt sich dann aber als erstaunlich einfältig heraus.

Jenseits aller Erfahrung der Medienwelt und mitten im Triumph des Uneigentlichen, der Wiederholungen, Zitate, Effekte, glaubt Stone doch noch an eine Kraft des Wahren, an ein authentisches Erleben. Am Ende des Films sucht sein Killerpaar ausgerechnet das Heil in der Natur.

So naiv wäre Tarantino nie.

Susanne Weingarten

„Wir rühren in den Köpfen“

Interview mit Yoko Ono über Plakate, Fluxus, die Beatles und das Erbe der sechziger Jahre



Popstar Ono, SPIEGEL-Redakteure*: „Ich halte nichts von scheinliberalen Friedensaposteln, die Geld verteuflern“

SPIEGEL: Frau Ono, warum zeigen Sie Ihre nackten Hintern ausgerechnet in einem Nest wie Langenhagen?

Ono: Man hat mich darum gebeten – und überhaupt, jede Stadt ist schön, nicht nur die Metropolen. Außerdem kann in einer Kleinstadt niemand an meinen nackten Hintern vorbeisehen.

SPIEGEL: Was ist so faszinierend an einem Hinterteil?

Ono: Gesichter können lügen, Hintern nicht. Gesichter von Menschen täuschen mit Make-up, mit Mimik, mit falschem Lächeln.

SPIEGEL: Die Fitneßstudios und die Werbung haben den Hintern längst entdeckt, Calvin Klein verkauft mit ähnlichen Motiven seine Unterhosen.

Nackte Hintern

zieren seit vergangener Woche auf Hunderten von Plakaten die Kleinstadt Langenhagen bei Hannover – ein Werk der New Yorker Künstlerin Yoko Ono. Die Ansicht des weiblichen Hinterteils nennt Ono, 61, „A Celebration of Being Human“. Ono gehörte in den frühen sechziger Jahren zu den Gründern der Fluxusbewegung, einer Kunstströmung, die mit wilden Happenings den Kunstbetrieb störte. Weltberühmt wurde sie durch die Ehe mit Beatle John Lennon. Aktionen und Songs („Give Peace a Chance“) machten Ono und Lennon zu Wegbereitern der internationalen Friedensbewegung.

Ono: Ja, aber das sind kleine, gestylte Knackärsche – ich plakatiere einen richtig schönen Durchschnittshintern.

SPIEGEL: Ihre Poster kleben nun über Wahlplakaten deutscher Politiker. Freut es Sie, wenn ein Politikergesicht durch einen Kunst-Hintern ersetzt wird?

Ono: Das ist ein toller Zufall, so was hätte ich nicht planen können. Das Ganze ist ein Riesenspaß. Außerdem ist ein Hintern etwas Schönes. Ich zeige doch nur, wie die Menschen sind: einfach schön.

SPIEGEL: Früher haben Sie noch zu Aktionen aufgefordert, gegen den Vietnamkrieg zum Beispiel. Warum beschränken Sie sich heute auf die Botschaft: Alles ist schön?

Ono: Über meine Bilder wird geredet. Die Leute unterhalten sich über diese Hintern, rätseln, ob es ein Männer- oder

* Thomas Huetlin und Ansbert Kneip vor einem Ono-Plakat in Langenhagen.

Frauenhintern ist oder warum ich keinen Babyhintern genommen habe. Solange sie über die Hintern sprechen, werden sie sich nicht umbringen. Die Leute haben was zum Lachen. Das berühmte Bed-in mit John Lennon, als wir 1969 in Amsterdam eine Woche für den Frieden im Bett blieben, war doch auch vor allem ein großer Spaß. Ein Clown erreicht mehr als ein Prediger.

SPIEGEL: Sie kommen aus der Fluxusbewegung, einer Kunstrichtung, welche die Werbung inspiriert hat. Anfang der sechziger Jahre filmten Sie ein brennendes Streichholz in extremer Zeitlupe, heute taucht das Motiv in fast jeder Zigarettenreklame auf. Stört Sie das?

Ono: Überhaupt nicht. Ich halte nichts von diesen scheinliberalen Friedensaposteln, die hochmoralisch daherreden und Geld verteuflern. Natürlich muß das Geld auf der richtigen Seite stehen. Wir brauchen eine starke Friedensindustrie, um der Kriegsindustrie etwas entgegenzuhalten.

SPIEGEL: Wenn Geld so wichtig ist für Sie, warum haben Sie dann für Ihre Aktion in Langenhagen nur 3000 Mark genommen?

Ono: Selbst die habe ich den Veranstaltern geschenkt. Geld ist wichtig, was aber nicht heißt, daß man immer nur nehmen, nehmen, nehmen muß.

SPIEGEL: Als Künstlerin sind Sie oft auf Unverständnis gestoßen. Viele Leute können nichts damit anfangen, daß Sie sich auf der Bühne die Kleider zerschneiden lassen oder ein Bild auf den Boden legen mit der Aufforderung, darauf herumzutreten.

Ono: Jede Reaktion ist eine gute Reaktion. Wir schrecken die Leute auf, wir

rühren in ihren Köpfen und retten sie aus ihrem ewigen Schlaf.

SPIEGEL: Wer sind Ihre künstlerischen Vorbilder?

Ono: Alles, was geschieht, beeinflusst mich, sogar Dinge, die vor meiner Geburt geschehen sind.

SPIEGEL: Klingt ziemlich esoterisch.

Ono: Nein, das ist einfach eine Frage der Generationen. Wenn ich zum Beispiel mit meinem 18jährigen Sohn Sean rede, stelle ich fest, daß er weiser ist als die Revolutionäre aus den Sechzigern.

„Wir haben Sex und Drogen nicht verstanden“

SPIEGEL: Ein junges Genie?

Ono: Jede Generation lernt von ihren Vorgängern. Sean weiß, daß wir Fehler gemacht haben, und kann sie sich sparen. Er muß nicht mehr wild herumvögeln, um sich frei zu fühlen. Er weiß, was Drogen anrichten können, und muß unsere Exzesse nicht wiederholen. Die Revolte der Sechziger ist gescheitert, weil wir das mit dem Sex und den Drogen nicht verstanden haben. So einfach ist das.

SPIEGEL: Eine Aussage der Fluxuskunst ist, daß alles vergänglich ist. Kürzlich aber haben Sie einige Objekte in Bronze gegossen. Wie paßt das zusammen?

Ono: Auch Bronze geht kaputt. In Hiroshima ist Bronze wie Butter geschmolzen. Nur auf den ersten Blick ist Bronze dauerhafter als Papier.

SPIEGEL: Aber bewahren wollen Sie doch etwas. Oder weshalb sonst haben



Lennon, Ono 1969 in Amsterdam: „Ein Clown erreicht mehr als ein Prediger“

H. DEUTSCH/TRANSLOBE

Sie John Lennons Hemd in Bronze gegossen?

Ono: Ich sag' Ihnen, wie es wirklich war. Das Hemd stammt von John – aber von John Hendrix, einem Mitarbeiter. Das Hemd hatte Einschußlöcher, weil ich Gewalt darstellen wollte. Auf der Ausstellung hab' ich dann zu jemandem gesagt: „Das ist Johns Hemd“ und auf meinen Mitarbeiter gezeigt. Irgendein Journalist hat das aufgeschnappt und gleich seine Sensation gehabt: „Prima, jetzt fleddert der alte Japanerdrachen schon John Lennons Kleiderschrank für seine Kunst.“

SPIEGEL: Alle Welt macht Sie bis heute dafür verantwortlich, daß John Lennon die Beatles verlassen hat. Leiden Sie eigentlich darunter, seine Witwe zu sein?

Ono: Nein. John hat der Welt soviel bedeutet, er war so ehrlich, so menschlich. Natürlich gab es da auch schreckliche Dinge wie seinen Drogenkonsum. Aber er hat sein Leben mit der Öffentlichkeit geteilt. Ich muß dafür sorgen, daß seine Werke weiterleben.

SPIEGEL: Waren Sie in den sechziger Jahren ein Beatles-Fan?

Ono: Nein, ich mochte die Musik der Beatles nicht besonders und hab' mir auch nie eine Platte gekauft. Als ich John in einer Londoner Galerie traf, wußte ich gar nicht genau, was er eigentlich macht. Ich hatte ein Holz ausgestellt, in das die Besucher Nägel einschlagen sollten. John fragte: „Darf ich zuschlagen?“ Ich sagte nein. Dann kam

„John und ich sind eine Seele in zwei Körpern“

der Besitzer und flüsterte mir zu: „Lassen Sie ihn. Er ist Millionär. Vielleicht kauft er dann was.“ Ich sagte: „O.K. Für fünf Shilling können Sie einen Nagel einschlagen.“ Und John antwortete: „Gut, stellen wir uns vor, ich gebe Ihnen fünf Shilling, und dann stellen wir uns vor, ich schlage einen Nagel ein.“

SPIEGEL: Es heißt, Sie hätten zu Hause mit einem sehr leisen Piano komponieren müssen. Mochte John Ihre Kunst nicht?

Ono: Doch sehr. Und das ist bis heute so. Ich kann voller Zuversicht arbeiten, weil ich weiß: Was ich auch tue, es wird ihm gefallen. Wir waren so eng zusammen. Wir sind eine Seele in zwei Körpern.

SPIEGEL: Kommt nächstes Jahr eine neue Beatles-Platte heraus?

Ono: Wann das passiert – keine Ahnung. Ich habe ein Band zur Verfügung gestellt, das John nach der Trennung von den Beatles aufgenommen hat.

SPIEGEL: Sie gelten als sehr erfolgreiche Geschäftsfrau und haben aus den 3 Mil-



H. FLOSS

Ono mit Ono-T-Shirt

„Gesichter lügen, Hintern nicht“

lionen Dollar, die John Lennon Ihnen hinterlassen hat, mehr als 300 Millionen gemacht. Wann haben Sie angefangen, sich fürs Business zu interessieren?

Ono: Als unser Sohn Sean geboren wurde, wollte John sich ganz um ihn kümmern können. Also hab' ich das Geschäftliche übernommen. Ich kann mir aber sehr wohl eine Gesellschaft vorstellen, die ganz ohne Geldscheine und Münzen auskommt.

SPIEGEL: Wie bitte?

Ono: Mit Kreditkarten. Aber Spaß beiseite: Wir haben gesehen, daß die Grenzen in Europa und in Deutschland gefallen sind. Wenn wir es wollen, können wir noch viel mehr erreichen.

SPIEGEL: Was haben Sie als Aktivistin der Sechziger bis heute bewirkt?

Ono: Wir haben die Botschaft von Love und Peace in die Welt getragen, und die wirkt bis heute: von der Liebe zu den Tieren über den Umweltschutz bis zur political correctness – auch wenn es mir da manchmal zu moralisierend zugeht.

SPIEGEL: Welche Illusionen und Träume von damals sind geplatzt?

Ono: Zwischen Illusionen und Träumen besteht ein himmelweiter Unterschied: Illusionen platzen immer, da mag mancher enttäuscht sein. Aber Träume, daran glaube ich ganz fest, werden immer wahr. Es ist nur eine Frage der Zeit.

SPIEGEL: Das scheint uns Illusion.

Ono: Träume drücken Wünsche aus. Seien Sie deshalb vorsichtig, wenn Sie sich etwas wünschen: Es wird in Erfüllung gehen.

Nora im Schnee

Der Couturier Karl Lagerfeld versucht mit einem großen Bildband, den Fotoroman wieder zu beleben.

Mit sichtbarer, wenngleich nur schwer nachvollziehbarer Verzweiflung knabbert das schöne Fräulein auf seiner Unterlippe, stützt den müden Kopf auf die rechte Hand: Es hat sich verführen lassen, von Medi, dem türkischen Jungen, als es ohne Hans allein zu Hause weilte.

„Was ist passiert?“ begehrt darauf die junge Frau, die sehr blond ist und Greta



© ABOLATA / GAMMA

Fotograf Lagerfeld
Gefühlsstoffe geplündert

heißt, von der Welt wie auch von sich zu wissen. „Nix“, antwortet Karl Lagerfeld. Und so lautet denn auch der Titel, mit dem der Modemacher seine „einfache, naive und lehrreiche Geschichte über die Reise von Greta und Hans nach Berlin“ überschrieb.

Die Handlung bleibt kryptisch – aber da Lagerfeld fotografieren und Claudia Schiffer (Greta) nicht minder schön posieren kann, ist die Story zumindest optisch ein Genuß.

Mit Bildsequenzen wie denen von Greta und Hans versucht Lagerfeld, das längst dahingeschiedene Genre des Fotoromans zu exhumieren. Mit welchem Geschick er dabei klassische Gefühlsstoffe plündert, zeigt sein erster großer Fotoband, der soeben erschienen ist*.

Mal läßt Bildgestalter Lagerfeld das Star-Model Linda Evangelista schwer-

* Karl Lagerfeld: „Off the Record“. Steidl Verlag, Göttingen; 224 Seiten; 98 Mark.



Lagerfeld-Star Schiffer als Greta: Kreativität mit Kamera und Claudia

muttschwanger als Ibsens „Nora“ durch den Osloer Schnee stapfen. Mal jagt er ein Model minder bekannten Namens, die Brüste hochgeschnürt und die Peitsche vor Augen, durch seine Vision der „Gefährlichen Liebschaften“.

Dann wiederum stellt er, Bild um Bild, Wesen und Charakter der Herzogin von Windsor nach – ein fotografisches Psychogramm, das die seelische Eiskälte dieser Frau mit den „dürftigen, knabenhaften Hüften“ (Lagerfeld) einzigartig offenbart.

Die Idee, Romanhaftes mit der Kamera in Szene zu setzen, kam dem Couturier, nachdem er vor acht Jahren begonnen hatte, professionell zu fotografieren. Seitdem nimmt er die Motive für die Anzeigenkampagnen von Chanel und Chloé auf – jenen Modehäusern, deren Kollektionen er unter anderem entwirft. „Aber die Bilder, die ich von Karl am meisten liebe“, sagt der Fotograf Helmut Newton, „sind die ganz persönlichen, nicht zweckgebundenen.“

Die Bildgeschichte vom „Nix“ beispielsweise fotografierte Lagerfeld in einer Pause zwischen zwei Fotositzungen für die neueste Chanel-Kampagne. „Die Kamera war da, Claudia auch“, erinnert er sich. „Wir hatten nichts zu tun, und da dachte ich mir, daß man die Zeit auch kreativ nützen könnte.“

Um seinem neuen Faible für Fotogeschichten auch zu Hause nachgehen zu können, hat sich Lagerfeld die Stummfilmkulissen aus dem Frühzeit-Schocker „Das Kabinett des Dr. Caligari“ nachbauen und in die Wohnung stellen lassen. Die Gruselkulisse soll vielleicht in seinem nächsten Fotoroman als Hintergrund dienen. Titel: „Vom Winde verweht“.



FOTOS: K. LAGERFELD / STEIDL VERLAG

Lagerfeld-Bildsequenz „Gefährliche Liebschaften“: Kryptische Handlung, optischer Genuß

Holgis Tod

Auflagenmillionär Rötger Feldmann („Werner“) hat einen Freund verloren – und den Witz.

Das tödliche Unglück geschieht irgendwo auf der Autobahn zwischen Kiel und Hamburg. „Kreisch, schröll, verschleiß“, röhrt eben noch der legendäre rote Porsche 911 S, da – „bretter“ – donnert ein funkensprühendes Ungetüm namens „Metülisator“ über den Pkw hinweg und – „knilz“ – zerfetzt gleich hinterher ein Bentley den Schrotthaufen, daß Fahrer, Schrauben und Muttern nur so durch die Luft fliegen.

Der Chauffeur des flüchtigen Unfallwagens kommentiert das Geschehen ungerührt: „Ziemlich uneben die Bahn. Ab Neumünster wird's besser.“ Das Opfer scheidet ohne Worte.

Ende einer Freundschaft. Am Steuer des PS-Killers sitzt Werner, jener virtuelle Blödel-Prolet, der mit einem Riesenzenken im Gesicht, vier Haaren auf der Glatze und Schnacks („Darf ich Ihren Mantel aufhängen?“ – „Wieso, wwas hatter denn gemacht?“) zum „größten deutschen Comic-Helden“ (*FAZ*) aufstieg. Auf dem Asphalt zurück bleibt Holgi, Zechkumpel aus jener Zeit vor 13 Jahren, als Werners Siegeszug mit nichts begann außer „Bölkstoff“ (Flaschenbier) und seiner „Schüssel“ (Motorrad).

Der Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung ereignet sich auf Seite 82/83 des neuesten „Werner“-Cartoons, der im November unter dem programmatischen Titel: „Wer bremst, hat Angst“ im Achterbahn Verlag erscheint – Erstauflage: 220 000.

Das achte Werk aus der Scherzfabrik des Kieler Zeichners „Brösel“ alias Rötger Feldmann, 44, soll die Fans norddeutschen Flachsinnns wieder mal zum Totlachen bringen und die Umsatzzahlen des Auflagenmillionärs auf achtstellig treiben. Der zweite „Werner“-Film ist beim Berliner Produzenten Hanno Huth in Arbeit; den ersten haben fünf Millionen Werneraner gesehen.

Und auch ein echtes Wettrennen wird es wieder geben, ein Megaspektakel, das jenes „kulturelle Jahrhundertereignis“, so der Kieler SPD-Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel, übertrumpfen soll, bei dem Brösel Feldmann 1988 auf einem viermotorigen Kraftrad zur Enttäuschung von 250 000 angeeizten Werner-Freaks gegen Holgis frisiereten Renn-Porsche verlor. Doch die Re-

vanche, die der Sieger anbot und die laut Holgi-Fraktion „später mit dem üblichen Vertrag auf einem Kneipenblock“ in Holger Henzes real existierender Kieler Kneipe „Club 68“ besiegelt wurde, soll ohne den altachtundsechziger Wirt stattfinden. „Rötger Feldmann hält es nicht für lustig“, verlautbart dessen Manager Bernd Schröder, 36, „zweimal gegen denselben zu verlieren“ – „voll abgeledert“, hätte Werner dazu gesagt.

Vorbei die Zeiten, da der arbeitslose Lithograph Feldmann nach dem Aufstehen am Nachmittag im rot-weiß-grauen Bademantel in der Bökstoff-Tankstelle seines Freundes Holgi auftauchte. Nach einigen Flaschen Flens (heute läßt Brösel selber brauen) hielt der Bar-Hocker



Neuer „Werner“-Comic

„Man kannja nich immer lachen“

dann auf Bierdeckeln jene saukomische Dialektik fest, die er dort aufschnappte und die so platt nur in veritablen niederdeutschen Sauköppen entsteht: „Ssson Wweinbrand is ja auch ma ganz schön.“ „Ja, man kannja nich immer lachen.“

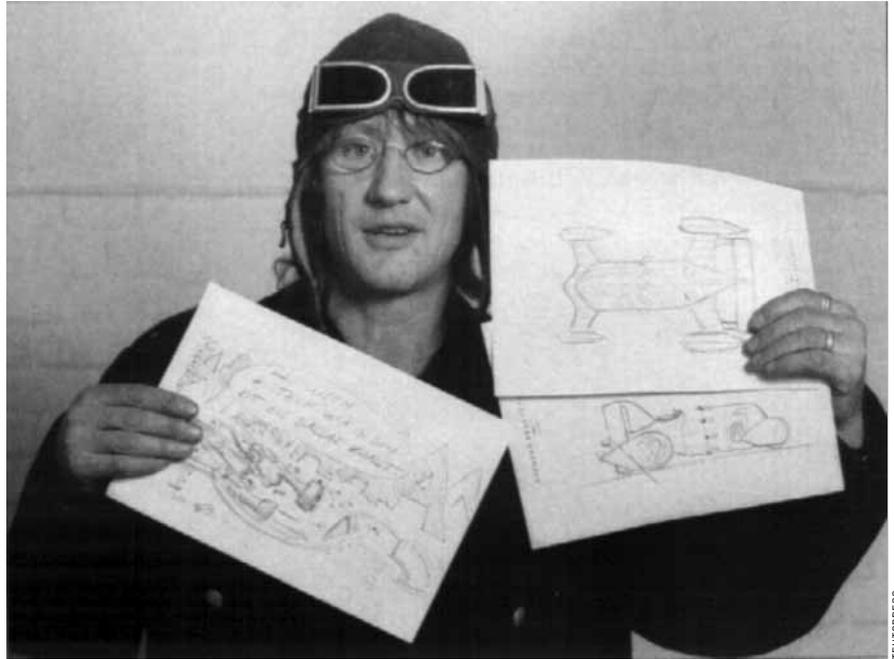
Künstlerfreund Holgi, mittlerweile im Kulturarbeitskreis der Stadt Kiel, vermittelte die Kalauerstrips damals an die Satire-Zeitschrift *Pardon*; *Titanic* zog nach. Der SPIEGEL jubelte: „Hurra, wir verblöden.“ Literaturkritiker entdeckten „nicht allein intelligente Bildfolgen, sondern auch witzige Onomatopöien“.

Trotzdem wurde Werner ein Erfolg. Immer mehr Väter und Mütter fanden sich. Leibhaftige Freunde und Freun-

dinnen nahmen sich der geldwerten Vorteile des Strichmännchens an. Lebensgefährtinnen machten sich und ihren Jungs Vermögensanteile streitig. Je lukrativer sich der Handel mit den Sprechblasen entwickelte, um so weiter entfernte sich das wahre Leben von der Scherzhaftigkeit der Cartoons: „Los, heb die Uhr auf“, sagt einmal der gestrichelte Holgi. „Hab’ ich das Urheber-

konstruiert, sondern bei feucht-fröhlichen Gelagen der Wirklichkeit abguckt“ – sagt Manager und Bentley-Fahrer Schröder. Auf den modernisierten, filmisch demnächst voll animierten Werner, sagt Verlagsprecher Stefan Becht, „fahren 10- bis 15jährige unheimlich ab“.

Da bahnt sich ein Generationskonflikt an. Werner-Oldies werden im neu-



TEUTOPRESS

„Werner“-Zeichner Feldmann: „Wilhelm Busch unserer Zeit“

recht oder du“, böllt Werner zurück.

Multimedia-Unternehmer Feldmann, der sein Rebellen-Image pflegt und sich gern als „Wilhelm Busch unserer Zeit“ sieht, unterhält heute eine Familien-Gesellschaft mbH aus Verlag, Filmproduktion und Rallye-Organisation. Geschäftlich versteht der Profi-Witzbold keinen Spaß. Mit Bernd Eichinger, dem Produzenten des ersten „Werner“-Films, streitet Feldmann vor Gericht; alte Freundschaften passen so wenig zu den kommerzialisierten Strukturen wie der frühe Werner. Für die Neu-Werneraner der Handy-Generation hat der Zeichner neue Helden erfunden. Holgi ist tot, es lebe „Nobel-Schröder“.

Der läßt per Autotelefon das „Turmzimmer im Blake-Hotel“ reservieren, während er mit links seinen Bentley steuert. Der Mythos, daß Comic strip und Leben zum Verwechseln ähnlich sind, wird PR-wirksam hochgehalten. Auch die „Starbesetzung“ um Werner und Nobel-Schröder sei selbstverständlich „nicht



BRÜSEL / ACHTERBAHN VERLAG

Nobel-Schröder im Elbtunnel
„Turmzimmer im Blake-Hotel“

en Buch kaum zu lachen haben; das neue Wettrennen, das den großen Reibach bringen soll, wenn Film und Live-Rallye nachziehen, schleppt sich unkomisch dahin. Nobel-Schröder: „Ich werde hier ganz offensichtlich herausgefordert.“ Werner: „Na Macker, dein Kompressor is wohl 'n büsch'n flach auf der Brust.“ Auf dem Höhepunkt der Story, als die Höllenmaschine mit „Gabroll“ den Elbtunnel durchbricht, schranzt und schratzt und gönkt es seitenweise ganz ohne Text – aber vierfarbig.

„Sag Bescheid, wenn ich Scheiß mach’“, hätte Werner früher gesagt.

Bescheid.

Flugzeuge

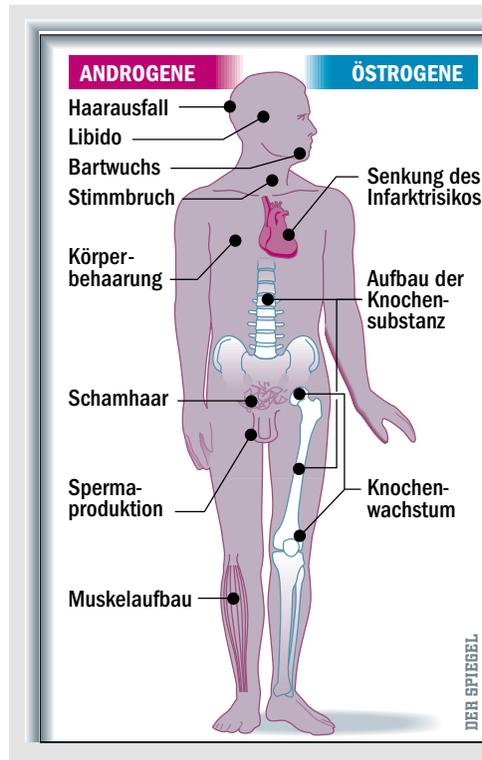
Risiko
am Ruder

Eine Konstruktionschwäche im Steuergerät für das Seitenleitwerk, die als Sicherheitsrisiko bei mehr als 2400 Passagier-Jets des Typs Boeing 737 ausgemacht wurde, führte zum Streit zwischen Amerikas Luftfahrtbehörde FAA und dem Berufspilotenverband Alpa. Die Behörde verlangt, daß die Apparatur, die Lenkbefehle überträgt, wegen möglicher Fehlfunktionen alle 750 Flugstunden überprüft wird. Piloten meldeten 96 Problemfälle mit dem Steuergerät, wobei es zu elf unplanmäßigen Landungen kam. Laut FAA-Report ist zu befürchten, daß das Seitenruder sogar entgegen der vom Piloten kommandierten Richtung ausschlägt. Daher sollen bis März 1999 alle Steuereinheiten älterer Generationen gegen neuentwickelte Geräte ausgetauscht werden. Der Pilotenverband fordert dagegen, die neuen Apparaturen (Preis: 1045 Dollar) sofort einzubauen.

Atomenergie

Superlaser
für Kernfusion

Für 2,7 Milliarden Mark will das kalifornische Lawrence Livermore Laboratory das größte Lasergerät der Welt errichten. In den letzten Jahrzehnten war Lawrence Livermore die bedeutendste Forschungsstätte für die Entwicklung und den Bau amerikanischer Atombomben. Mit dem neuen Projekt werden die 8500 Wissenschaftler und Techniker des Labors nun für friedliche Aufgaben eingesetzt. Der Superlaser soll der kontrollierten Verschmelzung („Fusion“) von Wasserstoff-Atomkernen dienen, einer Form der Energieerzeugung, wie sie auf der Sonne abläuft. Skeptiker fürchten, das Gerät, das eine Halle von der Größe zweier Fußballfelder füllt, könnte zur Entwicklung wirkungsvollerer Wasserstoffbomben mißbraucht werden.



Antibiotika

Resistenz
in Wandergenen

Züchten Antibiotika im Tierfutter resistente Bakterien, die am Ende auch den menschlichen Verdauungstrakt besiedeln? Amerikanische Forscher von der University of Illinois haben für diese langgehegte Vermutung erstmals schlüssige Beweise gefunden. Die Molekularbiologen verglichen, wie sie in der Zeitschrift *Applied and Environmental Microbiology* beschrieben, den Aufbau von Resistenzgenen aus dem Gedärm von Schweinen und Kühen mit den in der Mundhöhle oder

im Darm von Menschen gefundenen Resistenzgenen unterschiedlicher Bakterienarten. Die identische Struktur der Gene läßt nach Ansicht der Forscher nur den Schluß zu, daß im Stall entstandene Resistenzgene vom Menschen mit der Nahrung aufgenommen werden und ihre Resistenz-Eigenschaft an die Bakterien im menschlichen Verdauungstrakt weitergeben.

Energietechnik

Helles Licht von
Schwefelleuchten

Als ein „revolutionäres“ Beleuchtungssystem für das 21. Jahrhundert hat das

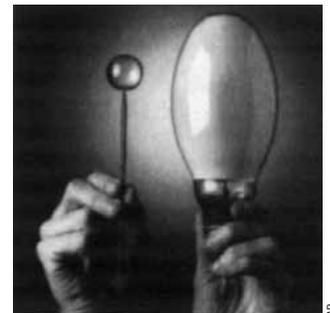


Schweinemast

Medizin

Gestörter Riese

Von einem „medizinischen Wunder“ berichtet der amerikanische Hormonspezialist Eric Smith in der jüngsten Ausgabe des *New England Journal of Medicine*. Smith betreut einen 28jährigen Mann, den es nach medizinischer Lehrmeinung eigentlich nicht geben dürfte: Zwar zirkulieren in seinem Blut ausreichende Mengen Östrogen, aber seinen Körperzellen fehlen die Empfangsanlagen für das Geschlechtshormon; dem Zusammenspiel von Androgen und Östrogen wird eine Schlüsselrolle auch im männlichen Organismus zugesprochen (siehe Grafik). Folge der erstmals bei einem Menschen beobachteten Mutation: Der sonst normal entwickelte Mann (Vollbart, tiefe Stimme, gesunder Sexualtrieb) hat auch nach seinem 18. Lebensjahr nicht aufgehört zu wachsen. Gleichzeitig schwindet der Kalziumgehalt seiner Knochen, sie werden brüchig. Derzeit mißt der ungewöhnliche Patient 2,03 Meter und trägt Schuhgröße 55.



Neue, herkömmliche Glühlampe

US-Energieministerium eine neue Glühlampenart angepriesen, die in seinem Auftrag entwickelt wurde. Die Glühlampe (Mindestlebensdauer: etwa 20 000 Stunden) besteht aus einer mit Edelgas und Spuren von Schwefel gefüllten Quarzkugel. Wird dieses Gasgemisch von einem Mikrowellengenerator bestrahlt (wie er ähnlich in modernen Küchen steht), kann eine Glühlampe von der Größe eines Golfballs eine Lichtmenge abgeben, die der von einigen hundert Quecksilberdampf lampen entspricht. Dem von der Firma Fusion Lighting Inc. entwickelten Prototyp sollen im nächsten Jahr die ersten Serienprodukte für den Einsatz in Fabrikhallen, Einkaufszentren und Flugzeughangars folgen.

SIEG DER REBELLEN

Ein paar flackernde Sonnen im Sternzeichen Jungfrau haben eine Botschaft zur Erde gesandt. Sie lautet: „Achtzig“. Das ist genug, das Gedankengebäude der Kosmologen erbeben zu lassen. Tragende Säulen, entweder die Theorie des Urknalls oder die der Sternentwicklung, sind vom Einsturz bedroht.

Fünzig oder achtzig? Wohl über keine Zahl haben Wissenschaftler mit mehr Erbitterung und Ausdauer gestritten als über diese beiden. Seit 20 Jahren münden die Diskussionen auf den Kongressen der Astronomen immer wieder in die eine Frage: Wie groß ist die Hubble-Konstante?

Auf einem Wert um 50 beharrt Allan Sandage, der große Senior der Zunft, bekannt auch als „Mister Cosmology“. Für den Wert 80 plädiert eine ständig wachsende Zahl junger Rebellen. Seit Donnerstag letzter Woche haben sie einen mächtigen Verbündeten: das 590 Kilometer über der Erdoberfläche schwebende Hubble-Weltraumteleskop.

Die Hubble-Konstante ist die Zahl, die Milchstraße und Urknall verbindet, den kosmischen Vorgarten der Erde mit der ganzen Welt. Sie gibt den Takt an für die kosmische Partitur, die nach Vorstellung der Kosmologen die Geschichte des Weltalls beschreibt: das „Standardmodell“.

Am Anfang war ein Knall. Alle Materie der Welt kochte auf unendlich kleinem Raum. Die Energie des brodelnden Urplasmas schleuderte sie in alle Richtungen auseinander. Wie Granatsplitter nach einer Detonation fliegen die Galaxien noch heute voneinander fort. Je weiter sie von der Erde entfernt sind, desto schneller bewegen sie sich von ihr weg. Diese Expansion des Universums mißt die Hubble-Konstante. Sie gibt damit zugleich an,

wie lange es her ist, daß alle Materie in einem Punkt vereinigt war: das Alter des Alls.

Zwar ist das Messen von Galaxien-Geschwindigkeiten nicht schwierig. Ähnlich wie eine Krankenwagensirene unterschiedlich klingt, je nachdem, ob sie sich auf einen Passanten zu- oder von ihm wegbewegt, so verändert sich bei hohen Geschwindigkeiten auch das Licht. Aus der Stärke dieser Verzerrung („Rotverschiebung“) läßt sich auf die Geschwindigkeit schließen.

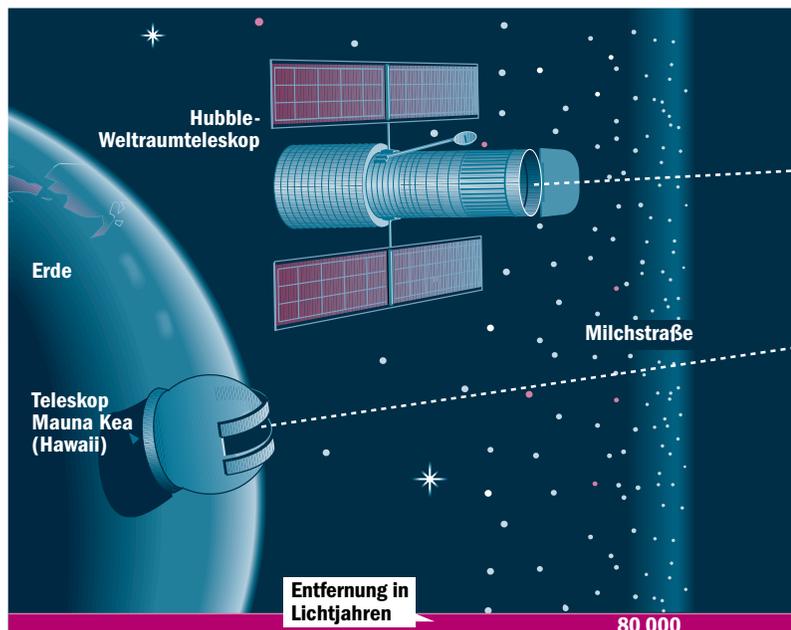
Zur Bestimmung der Hubble-Konstante ist es erforderlich, neben der Geschwindigkeit einer Galaxie auch ihre Entfernung von der Erde zu kennen. Genau das aber ist das Kardinalproblem der Astronomie: Woher soll ein Sternengucker wissen, wie lange die kosmische Reise der winzigen Lichtflecken am Himmel gedauert hat, ehe sie den Tupfer auf seine Fotoemulsion ätzen? Stammen sie von einer lichtscheudernden Riesengalaxie aus den Außenbezirken des Alls oder

* Am Schmidt-Teleskop von Mount Palomar in Südkalifornien.



UPI/BETMANN

Kosmologe Hubble (1949)*: Urknall oder Ewigkeit?



von einer blassen Minigalaxis in der Nachbarschaft der Milchstraße?

Schon Edwin Hubble, Urvater der Kosmologie und Entdecker der Universumsexpansion, war ein Meister darin, die Distanz zu fernen Welteninseln zu erraten. Seither haben die Astronomen die Kunst des Ratens verfeinert. Die Geschwindigkeit, mit der ferne Sterne um den Kern ihrer Galaxien wirbeln, winzige Veränderungen im Spektrum des Sternenlichts, das grelle Aufleuchten von Sternen im Todeskampf: alles verwerten sie als Indizien bei ihrer Vermessung des Kosmos.

Verlässlich an diesen Methoden ist nur eines: Wann immer die Gruppe von Allan Sandage mit einer Methode auf den Wert 50 für die Hubble-Konstante kommt, finden seine Gegner garantiert eine andere, die den Wert 80 liefert.

Nur die Cepheiden gelten allen Astronomen gleichermaßen als die Meilensteine des Weltalls. Wie große Leuchtfeuer senden diese Riesensterne rhythmisch flackerndes Licht. Je größer sie sind, desto langsamer pulsieren sie. Deshalb läßt sich ihre tatsächliche Leuchtkraft und damit auch ihre Entfernung von der Erde genau abschätzen.

Mit Hilfe dieser Flackersterne gelang es den Astronomen, die kosmische Nachbarschaft unseres Sonnensystems zu vermessen: die Spiralarms der Milchstraße, die rund 50 000 Lichtjahre weit ins All greifen; die Kugelsternhaufen, die sich um die Scheibe der Milchstraße tummeln wie Fliegen um eine Zuckerschnecke; die Andromeda-Galaxie, die galaktische Schwester der Milchstraße, und die rund 30 Babygala-

xien, die das galaktische Schwesternpaar begleiten.

Jenseits dieser sogenannten Lokalen Gruppe versagte bisher das Maß der Cepheiden. Zwar wußten die Astronomen, daß die Lokale Gruppe nicht mehr als eine Art Vorort eines viel gewaltigeren kosmischen Ballungszentrums ist: Im Sternbild Jungfrau (Virgo) haben sich einige tausend Galaxien zu einer regelrechten Galaxienwolke zusammengeschlossen. Doch zu blaß war das Flackern der Cepheiden, als daß es aus dem Licht der fernen Virgo-Galaxien hätte herausgefiltert werden können.

Jetzt haben zwei Gruppen gleichzeitig das Rennen gemacht. Und wie unter den zanksüchtigen Astronomen kaum anders zu erwarten, tobt jetzt ein Streit um die Trophäe des Erstentdeckers. „Jammervoll“, „absurd“ und „unverantwortlich“ wurde Michael Pierce von seinen Kollegen gescholten. Er gibt vor, mit dem Mauna-Kea-Teleskop auf Hawaii als erster drei Cepheiden in der Virgo-Galaxie NGC 4571 flackern gesehen zu haben. Daß das von der Erde überhaupt möglich ist, glauben ihm seine Konkurrenten nicht.

Die fühlen sich betrogen: Die Gruppe von Wendy Freedman sollte nun nur zweite sein, als sie am Donnerstag letz-

ter Woche ihre wesentlich besseren Bilder in der Zeitschrift *Nature* veröffentlichte. Mit dem Weltraumteleskop hatte sie 20 Cepheiden in der Galaxie M 100 aufgespürt und vermessen.

Allem Streit zum Trotz: Das Ergebnis beider Gruppen ist gleich, und es bestätigt die Fraktion der Rebellen – eine Hubble-Konstante von 80.

Die Konsequenzen erschüttern das Welt-Bild der Kosmologen. Denn damit berechnet sich das Alter des Alls auf acht Milliarden Jahre. Es wäre rund sechs Milliarden Jahre jünger als die ältesten Sterne – ein logisches Dilemma, dem die Kosmologen nur mit schmerzhaftem Verzicht enttrinnen könnten:



Spiralgalaxie M 100 im Virgo-Haufen
Meilensteine im Universum

SCIENCE PHOTO LIBRARY / FOCUS



Sie könnten die Theorie der Sternentwicklung opfern, einen der Pfeiler der Astronomie und Triumph der Kernphysik;

sie könnten das Fundament ihres Denkbauwerks, den Urknall, preisgeben;

oder sie müßten gigantische Kräfte unbekannter Herkunft annehmen, die an der Milchstraße zerrn und die Messungen verfälschen.

Die Evolution der Sterne schien den Forschern längst geklärt: Große Wolken von Wasserstoff stürzen unter ihrem eigenen Gewicht in sich zusammen, bis die Implosionshitze ausreicht, die Fusion zu zünden. Dann verschmilzt Wasserstoff zu Helium, bis der atomare Brennstoff erschöpft ist.

Diese Verbrennung dauert ihre Zeit: Schon 14 Milliarden Jahre glühen die ältesten Sterne, so folgt aus den Rechnungen der Kernphysiker. Eine Möglichkeit, die Verbrennung um die jetzt fehlenden sechs Milliarden Jahre zu beschleunigen, sehen die Theoretiker nicht.

Nicht geringer ist die Hemmung der Wissenschaftler, das Standardmodell der Kosmologie, den Urknall, in Frage zu stellen. Schon 1929 hatte Edwin Hubble entdeckt, daß alle Galaxien auseinanderstreben. Dennoch dauerte es noch drei Jahrzehnte, bis die Wissenschaftler bereit waren, sich von der Vorstellung der Ewigkeit zu lösen: Die Entdeckung der Hintergrundstrahlung, des Strahlenechos des Urknalls, überzeugte sie davon, daß sie sich mit einem Anfang aller Zeit abzufinden hätten.

So wird sich die Mehrheit der Interpreten jetzt wohl darauf stürzen, in der Struktur des Universums die Ursache für die rätselhafte „80“ zu suchen. Könnte es nicht sein, daß sich Gravitationskräfte gigantischer Masseansammlungen in der Nähe des Virgo-Haufens der Expansionsbewegung überlagern? Dann wäre es nötig, in kaum plausibler Weise die Masse im Universum umherzuschaukeln.

Schon wegen dieser Schwierigkeiten, eine „80“ zu erklären, ist die Fraktion von Allan Sandage zuversichtlich, daß am Ende doch ihre „50“ obsiegen wird. „Noch sehe ich keinen Grund zur Beunruhigung“, sagt der Schweizer Astronom Gustav Tammann, ein jahrzehntelanger Weggefährte von Sandage.

Er vermutet, daß sich die Hubble-Forscher eine besonders helle Vordergrundgalaxie im Virgo-Haufen ausgesucht haben. Auf diese Weise hätten sie die tatsächliche Entfernung erheblich unterschätzt.

Damit, so Tammann, bestätige sich einmal mehr eine alte Grundregel, gegen die er und Sandage seit 20 Jahren ankämpften: „Die Hubble-Konstante ist ein Maß für die Naivität, mit der sie gemessen wird.“

Schlauer als der Parasit

SPIEGEL-Reporter Jürgen Neffe über Manuel Elkin Patarroyo, Entdecker des Malaria-Impfstoffs SPf66

Wenn er von der „Schönheit der Chemie“ und der „Eleganz der Moleküle“ spricht, dann zeugen seine Worte von nichts anderem als dem leidenschaftlichen Verhältnis eines begeisterten Forschers zu seinen Labor-kreationen – submikroskopisch kleinen, künstlich erzeugten Eiweißpartikeln, Peptide genannt.

Eine geradezu sinnliche Beziehung verbindet den kolumbianischen Wissenschaftler Manuel Elkin Patarroyo mit seinen synthetischen Geschöpfen, die bloßen Auges selbst in millionenfacher Vergrößerung nicht zu erkennen sind: Er „sieht“ nicht nur deren atomare Strukturen räumlich vor sich, wenn er an sie denkt oder wenn er von ihnen träumt. Mit den Händen scheint er, wenn er sie beschreibt, die Konturen seiner Moleküle abzutasten, hier eine Rundung umfassend, dort einer Einbuchtung folgend, als forme er unsicht-



Malariakranker (in Indien): Jedes Jahr drei Millionen Opfer



Immunforscher Patarroyo
„Ich liebe Eiweiße“

bare Skulpturen – bis sie jene Gestalt annehmen, mit denen der forschende Arzt irgendwann „alle Infektionskrankheiten besiegen“ will.

Seit fast 20 Jahren verfolgt der Drittweltforscher als einziger eine Idee, die allen Lehrbuchweisheiten widerspricht: Impfstoffe nicht auf herkömmlichem Weg mittels abgeschwächter oder unschädlich gemachter Erreger oder aus deren Bestandteilen zu entwickeln, sie auch nicht mit Hilfe der modernsten Methode, der Gentechnik, herzustellen, sondern allein auf Basis klassischer chemischer Synthesen.

„Völlig unmöglich“, war das einhellige Urteil von Kollegen und Konkurrenten, wenn sie ihn überhaupt beachteten. Es sei noch nicht lange her, erzählt Patarroyo mit einer Mischung aus Trotz und Triumph, da hätten ihn die meisten „wie ein Nichts“ behandelt.

Das kann sich nun niemand mehr erlauben: Am

Montag dieser Woche, drei Tage vor seinem 48. Geburtstag, bekommt der Kolumbianer in Bonn den Robert-Koch-Preis überreicht, eine der höchsten wissenschaftlichen Auszeichnungen Deutschlands, der nicht selten später eine Einladung nach Stockholm folgt.

Den Preis erhält er für die erfolgreiche Entwicklung des ersten wirksamen Vakzins zum Schutz vor Malaria, der „Königin der Tropenkrankheiten“, und für sein völlig neuartiges Konzept der Herstellung.

Bereits seit den sechziger Jahren versuchen Wissenschaftler, Impfstoffe gegen das Wechselfieber zu entwickeln, an dem jährlich 300 bis 500 Millionen Menschen erkranken und bis zu 3 Millionen sterben, vor allem Kinder. Wie hilflos die Medizin, nicht zuletzt wegen der immer wieder auftretenden Resistenzen, der Seuche nach wie vor gegenübersteht, zeigt die derzeit in Indien grassierende Epidemie.

Im Prinzip wäre, wie bei Vakzinen gegen Viren und Bakterien, ein Impfschutz durch Injektion abgeschwächter Malariaerreger möglich. Doch die Parasiten, einzellige Lebewesen, lassen sich nicht in einer für Massenimpfungen genügenden Zahl herstellen. Außerdem gilt eine so erzeugte Immunität als unsicher, da die per Mückenstich in den Körper gelangten Sporoziten binnen

weniger Minuten in Leberzellen eindringen und sich dort vor einer möglichen Abwehr verstecken (siehe Grafik).

Einen Ausweg aus dem Dilemma schien die Gentechnik zu weisen. Mit deren Hilfe können Erbanlagen aus allen Erregerstadien nicht nur analysiert, sondern als Vorlagen für die gentechnische Herstellung unterschiedlicher Eiweißstoffe genutzt werden.

Proteine von der Oberfläche der Einzeller werden dann, so das Prinzip vieler Vakzine, dem Immunsystem des Geimpften wie eine Schimäre des Parasiten vorgeführt. Wird der Organismus später mit dem echten Keim konfrontiert, erkennt das Immunsystem die Proteine wieder und hält Antikörper und Immunzellen zur Abwehr bereit.

Seit etwa 15 Jahren versuchen Tausende von Wissenschaftlern weltweit, auf gentechnischem Weg verschiedene Malariaavakzinen herzustellen – bislang ohne Erfolg. Nur einer ging einen anderen Weg: der Kolumbianer Patarroyo, der inzwischen auch zu wissen meint, woran die anderen scheiterten.

Als „der Mann, der die Malaria besiegt“ (*Geo*), reist er nun durch das Land seines Idols Robert Koch, des Entdeckers von Tuberkulose- und Choleraerregern, schüttelt Bürgermeisterhände, trägt sich in Goldene Bücher ein, immer höflich und zugleich gehetzt, stets ernst, selbst im Lachen, das kindlich wirkt und mitunter sogar den leisen Wahn überdeckt, der in seinen unruhigen braunen Augen lauert.

An Deutschland hat er nicht nur gute Erinnerungen: Bei einem seiner Bittgänge um Geld sei er im Entwicklungshilfe-

ministerium „nicht einmal wie ein Bettler“ behandelt worden. Dankbarkeit verbindet ihn mit dem Deutschen Aussätzigen-Hilfswerk, das den Fortschritt seiner Forschungen sicherte, als er finanziell nicht mehr weiterwußte.

An das Laufen trotz Knüppeln zwischen den Beinen hat er sich gewöhnt. Selbst seit sich die Geschichte seiner Karriere wie die Chronik eines angekündigten Sieges liest, seit er vor gut fünf Jahren im Fachjournal *Nature* seinen ersten Durchbruch bekanntgab, ist er mit seiner Chemie das Schmutzkind unter den Impfstoff-Forschern geblieben.

Bereits 1972 hatte er in einem verfallenen Nebengebäude des Armenhospitals San Juan de Dios in Santafé de Bogotá das Instituto de Immunologia gegründet. Heute ist das Institut mit rund 100 Mitarbeitern die größte und in ihrer Art bedeutendste Forschungsstätte in Südamerika.

Herkunft und Heimat waren für den in den USA ausgebildeten Arzt und Immunologen ausschlaggebend bei der Wahl seiner Methoden: Teure Gen- und Biotechherstellung eignet sich ebenso für den Einsatz in Entwicklungs-



Malaria-Impfung in Kolumbien (1989)
Stirnrunzeln in der Fachwelt

ländern wie ein Impfstoff, der ununterbrochen gekühlt werden muß.

Wichtig für Patarroyos Entschluß, einsam gegen den wissenschaftlichen Mainstream anzuschwimmen und billige, lagerfähige, haltbare Peptide zu bauen, waren aber nicht zuletzt Gefühle: „Ich liebe Eiweiße“, gesteht er.

Anders als die immer gleichen Spinalketten der DNS, des Stoffes, aus dem die Gene sind, können Eiweiße alle denkbaren Formen haben, „wie Wolken am Himmel“. Sie seien es, die aktiv Leben ausmachten, und nicht die Gene, die eher passiven Plänen gleichen.

So wie man sich endlos mit dem Bauplan für ein Auto befassen könne, ohne dessen Funktionen zu verstehen, konzentrierte sich die Forschung allzusehr auf die DNS: „Was nützen immer mehr entschlüsselte Erbanlagen“, fragt er, „wenn man nicht weiß, wozu sie gut sind?“

So wie man andererseits nur mit dem fertigen Auto fahren, seine Stärken und Schwächen untersuchen kann, so interessiert sich Patarroyo insbesondere für die Funktion der Eiweiße, „mit denen uns der Erreger narrt“. Mit Hilfe von Intuition statt allein mit dem Intellekt versucht er, das „herrliche Versteckspiel der Parasiten“ auf molekularer Ebene zu entschlüsseln.

Sprengsatz in der Wirtszelle Entwicklungszyklus eines Malariaerregers

1

Mit dem Stich der Anopheles-Mücke gelangen die spindelförmigen Malariaerreger, sogenannte Sporoziten, in die Blutbahn.

2

Mit dem Blut werden sie in Leberzellen transportiert, wo sie sich durch Teilung vermehren, bis sie schließlich die Wirtszellen sprengen.

3

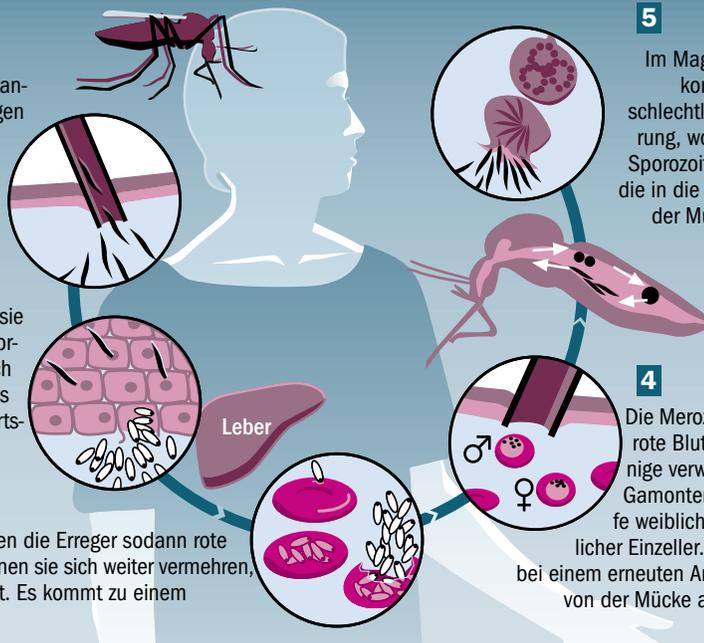
Als Merozoiten befallen die Erreger sodann rote Blutkörperchen, in denen sie sich weiter vermehren, bis die Blutzelle platzt. Es kommt zu einem Fieberschub.

5

Im Magen der Mücke kommt es zur geschlechtlichen Vermehrung, wobei wiederum Sporoziten entstehen, die in die Speicheldrüse der Mücke wandern.

4

Die Merozoiten befallen rote Blutzellen, und einige verwandeln sich in Gamonten, eine Vorstufe weiblicher oder männlicher Einzeller. Diese werden bei einem erneuten Anopheles-Stich von der Mücke aufgenommen.



DER SPIEGEL

larer Ebene zu durchschauen – und es ihnen zu verderben.

Patarroyo, der im kolumbianischen Amazonien mit einer unbegrenzten Zahl von Aotes-Nachtaffen experimentieren kann, konzentrierte sich von Anfang an auf die Merozoiten – auf jene Zwischenform der Malariaerreger, in der sie die Leber verlassen, rote Blutkörperchen befallen und später zerstören, was die berüchtigten Fieberschübe zur Folge hat.

Mit Hilfe einer bestimmten Sorte nach außen gerichteter Eiweißmoleküle, die Patarroyo mit „Händen“ vergleicht, „erkennt“ der Parasit die Blutzellen. Gelänge es, das Immunsystem so auf die „Hände“ anzusetzen, daß die Merozoiten „tastblind“ würden, ließe sich der Infektionszyklus unterbrechen.

Folgte der Kolumbianer bis hierher dem gleichen Gedankengang wie seine gentechnisch arbeitende Konkurrenz – an dieser Stelle trennen sich die einge-

Gibt es noch ein zweites Immunsystem?

schlagenen Wege. Die Erbgutexperten isolierten Gene des Parasiten und pflanzten sie Mikroorganismen ein, die sodann als lebendige Fabriken die entsprechenden Eiweiße herstellten. Aber die so gewonnenen Impfstoffe riefen keine ausreichende Immunantwort hervor, vermutlich weil sie zu groß und dem Parasiten allzu ähnlich sind.

Eine mögliche Erklärung: Mensch und Malariaerreger leben seit Äonen miteinander. Der Einzeller hatte genug evolutionäre Zeit, einen teuflischen Mechanismus zu entwickeln: Teile seiner Oberflächenproteine ähneln Teilen von menschlichen Eiweißen so sehr, daß die Abwehr sie nicht als „fremd“ erkennt und eine Immunantwort daher ausbleibt. Dieser Vorteil „schützt“ aber auch die ihrem Vorbild nachgebauten gentechnischen Impfstoffe.

„Wer die Mikroben besiegen will“, sagt Patarroyo, „muß schlauer sein als sie.“ Statt mit großen Proteinen versuchte er es deshalb mit vielen kleinen Fragmenten. Unter ihnen fahndete er nach jenen, die keine Ähnlichkeit zum Menscheneiweiß aufweisen, für das Entern der Blutzellen absolut notwendig sind und in seinen Äffchen die stärkste Immunantwort hervorriefen. Schließlich blieben drei Peptide übrig, die alle gewünschten Eigenschaften hatten.

Die kleinen Bruchteile der ursprünglichen Oberflächenproteine des Erregers baute er im Reagenzglas nach und verband sie – das war der entscheidende Schritt – unter Verwendung zweier weiterer Peptidstückchen fest miteinan-

der. Das Immunsystem erkennt offenbar dieses „zyklische Polypeptid“ als Fremdeiweiß – und entwickelt Immunität gegen Malaria.

Seit sich der SPf66 (für „Serum Plasmodium falciparum, Version 66“) genannte Impfstoff in großangelegten Feldstudien im Menschen als ungefährlich, frei von schädlichen Nebenwirkungen und – wenn auch nicht bei allen Probanden – als wirksam erwies, ist aus dem skeptischen Stirnrnzeln in der Fachwelt Erstaunen geworden.

„Endlich ein positives weißes Pulver aus Kolumbien“, flachst Patarroyo – ein Stoff zudem, der fast alles aushält („Den können Sie kochen“) und extrem billig ist: Zusammen gerade einmal 50 Pfennig kosten die nötigen drei Injektionen – „Kinder zahlen den halben Preis“.

Vertreter großer Pharmakonzerne boten dem Südamerikaner bis zu 70 Millionen Dollar plus Lizenzgebühren für das Patent. Doch der Mann aus Bogotá lehnte ab. Er hält es für unmoralisch, sich an Forschungen, die dem Wohle der Menschheit dienen, zu bereichern. Patarroyo schenkte das Patent, „im Namen des kolumbianischen Volkes“, der Weltgesundheitsorganisation. Spätestens dieser Akt, in seiner Radikalität einmalig in der Medizingeschichte, ließ Neider und Feinde verstummen. Ächtung weicht der Hochachtung.

Das Verfahren taugt offenbar nicht nur für Malaria. Mit derselben Strategie hat der Kolumbianer einen Impfstoff gegen Tuberkulose hergestellt, der sich in Mäusen bewährt hat und den er demnächst an Affen ausprobieren will. Außerdem arbeitet sein Team an einer Lepravakzine. Und für die Zukunft schließt der „Jefe“, wie ihn seine Mitarbeiter nennen, auch einen Schutz gegen Aids nicht aus.

Für seinen Malariimpfstoff hat er bereits ein weiteres Eiweißstückchen dingfest gemacht und synthetisiert, das die Wirksamkeit des SPf66 von jetzt 30 bis 60 Prozent auf 95 Prozent steigern soll. Er glaubt sogar, daß es sich zur Schluckimpfung weiterentwickeln läßt.

Ob all das für einen Nobelpreis reicht, für den er bereits einmal vorgeschlagen worden ist? „Ich kenne den Standard für Stockholm“, gibt der als Egomane bekannte Workaholic in scheinbarer Bescheidenheit zu bedenken, „den habe ich noch nicht erreicht.“

Vielleicht muß er noch jenes Rätsel lösen, das seinen Impfstoff nach wie vor umrankt: Die Schutzwirkung der kleinen Gebilde ist mit dem heutigen Wissen der Immunologie nicht zu erklären. Warum sind viele der Impflinge gegen Infektionen gefeit, obwohl sich in ihrem Serum keine entsprechenden Antikörper nachweisen lassen? Warum lassen sich klassische immunologische Parameter nicht mit der Immunität in Zusammenhang bringen?

Patarroyo hat die Lösung vielleicht schon in der Hand. Bis zu deren offizieller Veröffentlichung im nächsten Jahr, die eine wissenschaftliche Sensation werden könnte, verliert er sich über seine Ergebnisse jedoch nur in geheimnisvollen Andeutungen.

Anscheinend ist er einem neuen Mechanismus auf der Spur, einer bislang unbekannt Funktion des Immunsystems, die weder mit Antikörpern noch mit Freß- oder Killerzellen zu tun haben soll. Womöglich handelt es sich um eine chemische Abwehr, bei der Biokatalysatoren, spezielle Enzyme, die Parasiten regelrecht entwaffnen.

„Das“, sagt Manuel Elkin Patarroyo, „wäre wieder ein Beispiel für die Schönheit der Chemie.“

Medizin

Bläuliche Flamme

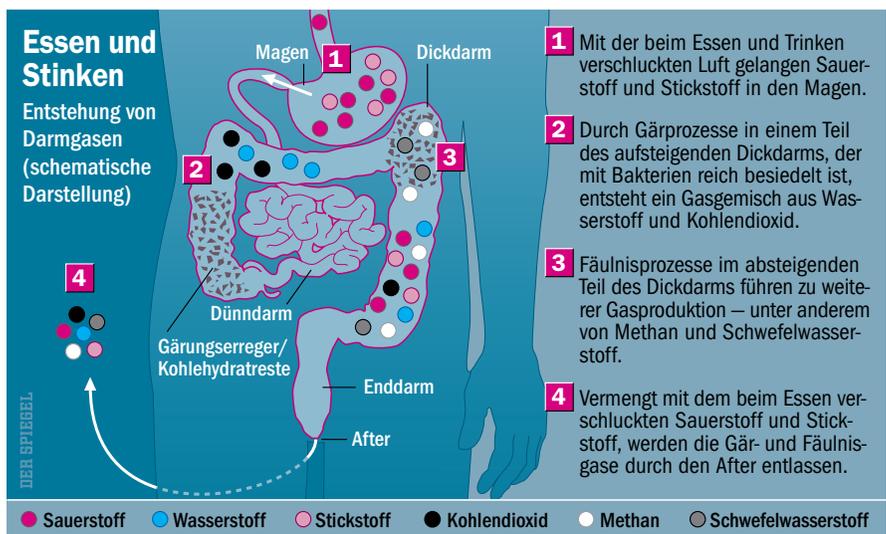
Die menschlichen Abwinde wurden genauer erforscht: Mit der Ballast-Nahrung nehmen die Flatulenzprobleme zu.

Nachdem im irischen County Offaly ein Kuhstall abgebrannt war, stellte die Polizei folgenden Sachverhalt fest: Der Bauer hatte seine eigenen Darmgase spaßeshalber mit einem Streichholz entzündet, wobei – Folge einer besonders heftigen Eruption – ein nahe gelegener Heuballen Feuer fing.

Natürlich lachte die Welt. Vor allem über den amerikanischen Flatologen Michael Levitt, der wissenschaftlich bestätigte, daß bei der Entzündung von perianalen Windabgängen schon Flamm-längen von 25 Zentimetern und mehr gemessen worden seien.

Aber nicht nur Laien, auch viele Mediziner lassen es an dem gebotenen Ernst fehlen, wenn von den Erkenntnissen der Flatologie die Rede ist – jener vergleichsweise jungen Wissenschaft vom Darmwind (lateinisch: Flatus), die letzts enorme Fortschritte gemacht hat. „Dieses neue Spezialgebiet der gastroenterologischen Forschung“, mahnte unlängst der amerikanische Medizin-Professor David Altman, „ist kein Gegenstand für billige Witze.“

Mit Hilfe modernster Techniken wie der Videofäkographie ist es den Flatologen mittlerweile gelungen, Pathogenese und Physiologie des Abwindes weitgehend zu enträtseln. So fanden sie unter anderem heraus,



Luther, Shakespeare: „Blast, Winde, und spaltet krachend die Backen“

wie und in welchen Regionen des Darmes die fünf Hauptgase entstehen, aus denen sich der Flatus zusammensetzt; weshalb immer mehr Patienten unter gesteigertem Windabgang („Flatulenz“) oder gar unter Blähsucht („Meteorismus“) leiden; warum 99 Prozent allen entweichenden Darmgases geruchsfrei („anaromatisch“) sind und nur ein Prozent „fötid“ (übelriechend); wie viele „Krepitationen“, wie die Flatologen die Abwinde ebenfalls nennen, der darmgesunde Mensch im statistischen Tagesmittel entläßt – Antwort: 15,1.

Das hierbei abgegebene Gasvolumen variiert, je nach Beschaffenheit der verdauungspflichtigen Nahrungsmasse, zwischen 0,2 und 2,1 Litern täglich. Es wird in Einzelportionen – in der Fachsprache „Forced Expelled Volume“ (FEV) genannt – von durchschnittlich 40 Millilitern entlassen. Meteoriker hingegen deflatieren bis zu 5,2 Liter Gas (bisheriges Maß-Maximum) pro Tag.

„Das Wissen auf dem Gebiet des intestinalen Gases ist förmlich explodiert“, würdigte Altman im *Western Journal of Medicine* den Forscherfleiß der Flatologen. Selten zuvor hätten Wissenschaftler in so kurzer Zeit einen

derartigen Fundus an Detailwissen zusammengetragen.

Die Experten ergründeten unter anderem die „Aerodynamik bei exzessiver Flatulenz“, die „Verhaltensweise des Analgases in der bemannten Raumfahrt“ sowie die Eigenheiten der „Flatus Flow Rate“ (FFR) – die Fließgeschwindigkeit von Abwinden, die mit Hilfe eines überaus diffizilen Meßverfahrens bestimmt wird.

Holländische Physiologen terminierten den Beginn der „Winderigheid“ bei Neugeborenen auf 30 Minuten nach der Geburt, während ihre deutschen Kollegen die Vor- und Nachteile der „Windschrauben-Technik als Therapie bei Meteorismus“ begutachteten.

„Die Flatologie könnte noch so viel mehr erforschen“, klagte der englische Gastroenterologe John Phelps. „Aber wenn wir Menschen daraufhin ansprechen, müssen wir leider feststellen, daß sie sich der Flatologie als Testkandidaten nicht zur Verfügung stellen wollen“ – die Scham hindert sie, wie er vermutet.

Dabei müssen die Probanden oft nur Zahl und Zeitpunkt ihrer Abgänge in Flatulogrammen festhalten (siehe unten) oder die Laut- und Geruchsstärke ihrer Krepitationen auf einer Art Richter-Skala einordnen (Höchstwert: 5).

Bisweilen werden sie allerdings auch in Zentrifugen geschallt, um den Prozeß des Windabgangs zu beschleunigen. Oder sie müssen sich, oft über Tage hinweg, rektal intubieren lassen – etwa wenn es darum geht, Druck und Abgangsgeschwindigkeit von Krepitationen zu messen oder deren Gaszusammensetzung zu bestimmen.

Ergebnis: Der Flatus entweicht mit Geschwindigkeiten zwischen 0,1 und 1,1 Meter pro Sekunde. Er besteht aus 60 Prozent Stickstoff, 5 Prozent Sauerstoff, 15 Prozent Kohlendioxid und 20 Prozent Wasserstoff – rein statistische Werte freilich, wie Levitt konstatiert, „denn in der Darmwirklichkeit gleicht kein Flatus dem anderen“.

* Aus The Journal of Emergency Medicine; nach oben gerichtete Striche stellen Rülpsen dar, nach unten gerichtete Striche jeweils einen Flatus. B: Breakfast; S: Sleep; D: Dinner.

** epd = emissions per day.



Flatologe Levitt
„Kein Flatus gleicht dem anderen“

So stellten die Forscher fest, daß die Abwinde bei rund einem Drittel ihrer Probanden auch noch Methan enthielten – weshalb die *Schweizerische Medizinische Wochenschrift* ihre Leser in der Chirurgenschaft warnte: „Methan ist brennbar und kann daher bei Elektrokoagulation durch das Rektoskop Explosionen verursachen.“

Den wissenschaftlichen Nachweis darüber, wo und wie sich die Gase im Darm bilden, verdankt die Forschung vor allem jenen elf Amerikanern, die sich als Freiwillige der Flatologie zur Verfügung stellten: 14 Tage harteten sie aus, jeder mit drei Meßsonden im Leib – eine im Magen, eine im Darm, die dritte im Rektum.

Die Abwinde entstehen, so ergab die Auswertung der Daten („Flatoanalyse“), durch Gärung des Verdauungsbrots in der rechten (aufsteigenden) Seite des Dickdarms und durch Fäulnis in

der linken (absteigenden) Seite (siehe Grafik Seite 271). Die sich dabei bildenden Gase Wasserstoff und Kohlendioxid treffen im Dickdarm auf Sauerstoff und Stickstoff, welche durch Luftschlucken beim Essen oder Trinken („Aerophagie“) über den Magen in den Verdauungstrakt gelangt sind.

Rund 15 Liter (geruchloser) Gase entstehen auf diese Weise beim Verdauen einer mittelschweren Mahlzeit. Daß nur wenige Prozent davon die Austrittspforte erreichen, liegt daran, daß der Großteil des produzierten Gases über die Darmwand ins Blut diffundiert und über die Lungen abgeatmet wird.

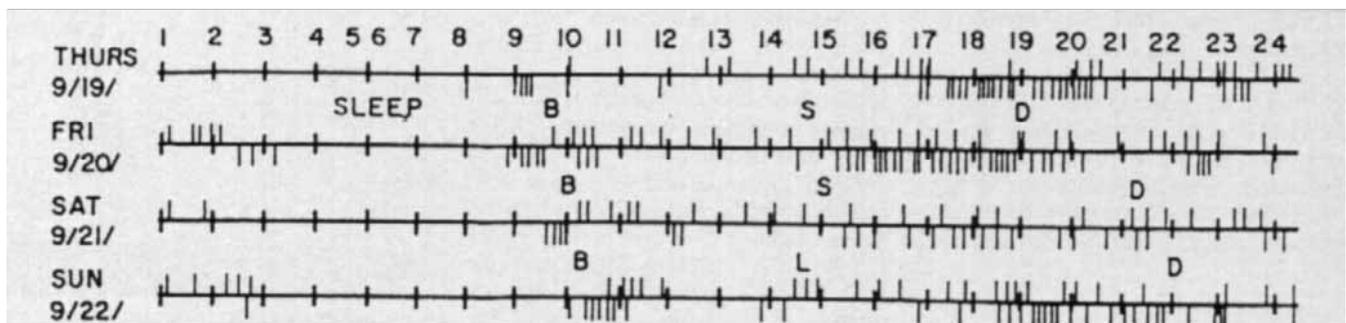
Funktioniert die Gasverteilung hinreichend, dann sind die Gasdrücke im Darm so niedrig, daß ein „sphinkterales Resonanzgeschehen“ (Phelps) nicht stattfinden kann – deshalb bleiben rund 70 Prozent der Abwinde stumm. Hingegen führen schon leichte Imbalancen im Verdauungstrakt (sie sind unvermeidlich und normal) zu Krepitationen, die

– je nach Kontraktionsstellung des Schließmuskels („Sphincter ani“) – hörbar werden können.

In größeren Höhen, so stellten die Forscher fest, verkehrt sich der Prozeß der intestinalen Diffusion ins Gegenteil: Infolge des geringeren Luftdrucks dehnen sich die Gase im Blut aus und treten in den Darm über – ab 3500 Höhenmetern kommt es zu dem, was die Wissenschaft „High Altitude Flatus Expulsion“ (HAFE) nennt.

Von 7000 Metern an emittiert der Bergsteiger, wie Tests ergaben, alle elf Minuten – eine durchschnittliche Flatus Flow Rate, die freilich immer noch weit unter den rund 300 epd liegt, die Spitzen-Meteoriker erreichen können**.

„Je höher der Kletterer gelangt, desto stärker ist sein autogener Jet-Antrieb, welcher ihn zum Gipfel treibt“, alberte der Amerikaner Munroe Scott – nur ein Beispiel von vielen, wie es sich selbst an-



Flatulogramm*: Zwischen Morgen und Mitternacht Zahl und Zeitpunkt der Abgänge festgehalten



Wind-Künstler Pujol*: Triumphe im „Moulin Rouge“

gesehene Experten nicht versagen können, den Flatus zum Gegenstand ihres Humors zu machen.

Sogar in ihren wissenschaftlichen Publikationen bemühen die Flatologen immer wieder einschlägige Zitatstifter wie Martin Luther („Warum rülpsst und forzet Ihr nicht?“) und William Shakespeare („Blast, Winde, und spaltet krachend die Backen“).

Auffallend häufig auch beschäftigen sie sich mit der Rektalphysiologie des Monsieur Pujol, der während der Belle Époque als Flatus-Künstler in Paris Triumphe feierte und im „Moulin Rouge“ die Marseillaise und den Radetzky-marsch post tergum blies.

Geradezu unverhohlen mutet die Freude an, mit der die Ärzte von „Flüstergleitern“, „Flattertrommlern“, „feuchten Rollern“ und „krepitalen Kanonaden“ sprechen, wenn sie sich in den Leserbriefspalten der medizinischen Fachpresse zum Thema äußern. Ein Arzt aus dem Bayerischen belustigte sich gar über die Diktion seiner Praxishelferinnen, die Flatulenz-Patienten als „Farzkacheln“ zu bezeichnen pflegen.

„Viele Ärzte“, rügte der amerikanische Internist Elgar Fox seine Kollegen, „nehmen die flatale Problematik ihrer Klientel nicht ernst genug.“ Dabei ist die Zahl der Patienten, die über Flatulenz oder gar Meteorismus klagen, in den letzten Jahren gestiegen – Folge des Trends zu ballaststoffreicher Nahrung und vegetarischen Kostformen.

* Zeitgenössische Karikatur.

** ppm = parts per million, Anteile pro einer Million Teile Gas.

Denn viele Obst- und Gemüsearten, vor allem aber Hülsenfrüchte wie Bohnen und Erbsen werden im Dünndarm nur ungenügend vorverdaut. So gelangen unter anderem Rhamnose und Stachyose, zwei Kohlehydrate aus dem Kreis der Mono- und Oligosaccharide, in den Dickdarm.

Dort verursachen sie Fermentationsprozesse erheblichen Ausmaßes, wobei große Mengen an Wasserstoff entstehen; diese zusätzliche Gaslast geht per rectum ab, unter vergleichsweise hohem Druck, weshalb eine diätbedingte Flatulenz in der Regel geräuschvoll („sonor“) verläuft. Irreguläre Verdauungsprozesse sind auch für die Bildung jener flüchtigen Eiweißabbauprodukte wie Indol, Skatol und vor allem Schwefelwasserstoff verantwortlich, die als einzige Bestandteile des Flatus fœtid sind.

Ihre olfaktorische Intensität ist so stark, daß schon minimale Beimengungen von weniger als einem Hundertstel ppm** genügen, um einen Flatus zu aromatisieren. „Diese Spurengase machen beim Darmgesunden nur ein Prozent der intestinalen Gasproduktion aus“, konstatierte Professor Altman. „Aber sie verursachen 99 Prozent aller Unannehmlichkeiten.“

Derzeit beschäftigt sich der Experte mit der Problematik des „Flammable Flatus“ – jener methanhaltigen Abwinde, die bei Entzündung als bläuliche Flamme entweichen; deshalb werden sie in der Fachsprache der Flatologen auch „Blue Angels“ genannt. Ursächlich für die Methanproduktion ist, wie die Wissenschaft inzwischen herausgefunden hat, das Bakterium *Methanobrevibacter smithii*. Doch weshalb es sich im Darm von nur 30 Prozent der Menschheit ansiedelt, ist den Experten noch nicht restlos klar.

„Wir haben Anlaß“, resümierte Flato-Papst Levitt, „einen genetischen Hintergrund zu vermuten.“ Er warne aber, fügte der Gelehrte verschmitzt hinzu, „vor einer praktischen Erforschung dieser Frage im Familienkreis“.

Denn im Unglücksfall kommt zum Schaden auch noch der Spott – wie bei jenem Bauersmann aus dem County Offaly, über dessen Stallbrand die *Irish Times* auf landesübliche Weise berichtete. Schlagzeile: „Gone with the Wind“.

Jagd

Feuriger Pfadfinder

Vorbeigeschossen – aber warum? Leuchtpurpatronen sollen dem Flintenschützen die quälende Ungewißheit nehmen.

Der Jagdschütze reißt die Flinte hoch und drückt zweimal ab. Im nächsten Augenblick schüttelt der Mann mit dem rauchenden Rohr in der Hand enttäuscht und irritiert den Kopf. Das fliegende Ziel, eine tellerähnliche Scheibe, „Tontauben“ genannt, segelt unversehrt in die Botanik.

Solche Szenen lassen sich von früh bis spät auf allen Flintenschießständen beobachten, wo alljährlich Millionen von Fehlschüssen für Millionen von Mark als einzigen Effekt das Köpfewackeln der Schützen bewirken.

„Wenn man nicht getroffen hat, stellt sich sofort die Frage: ‚Wo habe ich hingeschossen?‘“ erläuterte Ingenieur Helmut Kinsky, Geschäftsführer der „Deutschen Versuchs- und Prüf-Anstalt für



Tontaubenschütze, Ziel „Hinten zu kurz“

Jagd- und Sportwaffen“ in Altenbeken, was dann kommt. Die meisten, insbesondere die weniger geübten Schützen auf den Ständen läßt es schier verzweifeln: Da sie die Flugbahn der Schrotgarben in der Regel nicht erkennen können, unterbleibt die Korrektur ihrer Schießtechnik. Das soll nun besser werden, verspricht der Munitionshersteller „Euro-Ballistic Products“.

Die italienische Firma bietet den Schützen eine neuartige Schrotpatrone an, die außer der Pulverladung und den Schrotkugeln einen Leuchtsatz birgt. Laut Hersteller soll er als rotglühender Ball in der Garbe mitfliegen. Auf diese Weise könne „Tru-Tracer“, so die Bezeichnung der Patrone, bei Fehlschüssen die Abweichung vom Ziel markieren und mithin dem Schützen helfen, seine Schießfertigkeit zu verbessern.

Aufbau der Tru-Tracer-Patrone



Die Schwierigkeit des Flintenschießens liegt an seiner im Vergleich zum Büchenschuß völlig andersgearteten Technik. Während der Büchenschütze in aller Ruhe auf dem Schießstand die unbewegliche Zielscheibe über Kimme und Korn oder übers Zielfernrohr anvisieren kann (beim Ansitz auf der Jagd ist es ähnlich), muß der Flintenschütze in schwungvoller Bewegung ein Ziel treffen, das sich in forschem Tempo entfernt.

Zusätzlich wird es dem Schützen auf dem Tontaubenstand beispielsweise beim sogenannten Trap-Schießen dadurch schwermgemacht, daß er nicht weiß, in welcher Höhe und in welchem Winkel die verborgene Wurfmaschine das untertassengroße Gebilde aus sprödem Material wegschleudert, das er treffen soll. Dabei muß er nach Ansicht der Experten in blitzschnellem Entschluß gleichsam ins Leere schießen, dorthin vorschwingend, wo sich das Ziel beim Eintreffen der Schrotgarbe mutmaßlich befinden wird. Wie bei der Karnickel-

jagd: Wer genau auf das davonstiebende Wildkaninchen abdrückt, schießt vorbei; denn nach einer alten Jägerregel ist das Karnickel „vorn zu schnell und hinten zu kurz“.

Tontaubenschützen müssen daher, sagen sie, wenigstens einen halben Eisenbahnwaggon voll Patronen, jedenfalls Tausende von Mark verfeuern, um an die Oberklasse ihrer Zunft heranzukommen. Jagdverbände veranstalten Kurse, vielerorts haben sich private Schießschulen etabliert.

Manche Experten empfehlen in den Kursen eine vehemente Flintenbewegung „wie mit dem Malerquast“. Andere raten dringend, „zu 100 Prozent nur an die Taube und an nichts anderes zu denken“ – so der renommierte Schießlehrer Augustinus von Papen, der in seiner Schießschule in Leun bei Wetzlar predigt: „Sie müssen sich mit der Taube förmlich verheiraten.“

In seiner auch auf Videobändern verbreiteten Schießlehre verweist Olympiasieger Konrad Wirnhier aus München gar auf eine entscheidende Rolle des Opfers: „Die Taube überträgt die Geschwindigkeit und die Richtung auf die Flinte.“ Doch auch „das Greifen“ sei ungeheuer wichtig. Darunter ist die Bewegung jenes Armes zu verstehen, der den Flintenlauf nach rechts und links sowie rauf- und runterschwingt. Und das kann nach Anweisung des Goldmedaillengewinners von 1972 auch ohne Flinte als Greifaktion ständig geübt werden.

Die Fachtester untersuchten daher begierig, ob nun womöglich die Leuchtspur der „Tru-Tracer“-Patrone den unglücklichen Flintenmännern aus der Misere helfen könne. Nach ihrem Urteil läßt der feurige Zielfinder, an dessen Entwicklung die Munitionshersteller seit Jahren arbeiten, einstweilen noch Wünsche offen.

So wurde bekrittelt, daß der Leuchtsatz nur vor dunklem Hintergrund (Bäume und Büsche) gut zu erkennen sei.

Außerdem ermittelten die Tester, daß sich der rote Ball bei etlichen Testschüssen nicht zuverlässig inmitten der Schrotgarbe aufhielt. Statt dessen flog er mitunter sogar am Rand.

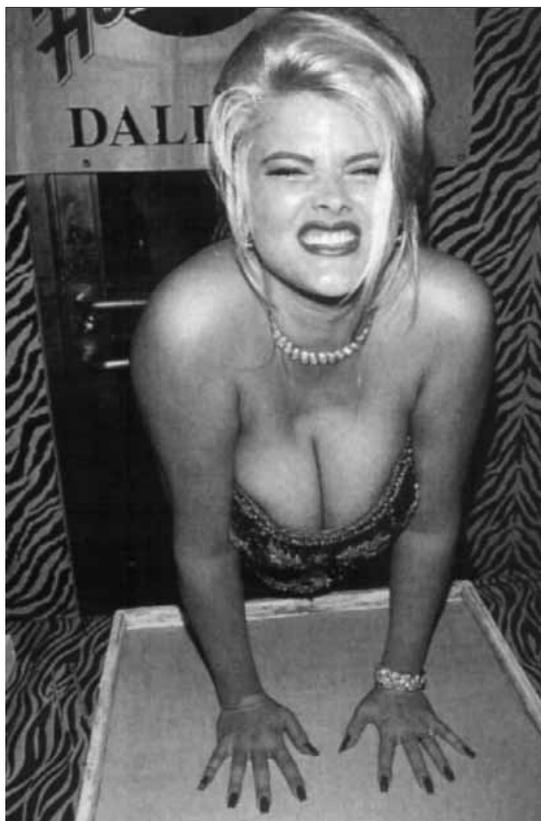
„Abweichungen von bis zu einem Meter“, wie die *Deutsche Jagd-Zeitung* ermittelte, seien für das Trap-Schießen (wegfliegende Tauben) zu viel. Beim Skeet-Schießen (meist querfliegende Tauben) dagegen sei die Leuchtspur „zur Trefferanzeige bedingt tauglich“.

Ingenieur Kinsky, Geschäftsführer der Altenbekener Prüfanstalt, ermunterte die Hersteller zur Weiterentwicklung: „Ein lobenswertes Unterfangen.“

Anna Nicole Smith, 26, durch Filme („Die nackte Kanone“) und kecke Dessous-Fotos bekannt gewordenes Model, mag sich nicht zu den Unterprivilegierten zählen lassen. Sie hatte einer Serie von Fotos zugestimmt, auf denen sie nicht immer vorteilhaft aussieht. Ein Bild, auf dem die Blondine, bekleidet mit einem Hemd und

Cowboy-Stiefeln, den Rock hochgeschoben, im Sitzen Chips mampft, schmückte Ende August gar die Titelseite des *New York*-Magazins. Darauf hatten die Blattmacher die Schlagzeile gesetzt „White Trash Nation“, etwa: „Die Nation der weißen Unterprivilegierten“. Nun

klagt Anna Nicole Smith auf fünf Millionen Dollar Schadensersatz. Sie sei unter falschen Voraussetzungen zu den Fotos überredet worden: Man habe ihr gesagt, sie solle „Die amerikanische Frau“ verkörpern. Mit dem Foto und der Überschrift fühle sie sich, so die Klageschrift, „gedemütigt und lächerlich gemacht“.



Smith, New York-Titel (l.)

Donnerstag hatte eine PDS-Abgeordnete den CDU-Fraktionschef Fritz Hähle mit Zwischenrufen aus dem Konzept gebracht. Das empörte Innenminister Heinz Eggert (CDU). Mehrfach ließ er sich von der Regierungsbank aus zu lautstarken Bemerkungen („Dann bauen Sie doch Ihre Mauer wieder“) hinreißen, bis der neben ihm sitzende Biedenkopf mit gerötetem Kopf den Minister zu schweigen bat: „Nun laß das doch mal!“ Eggert, sonst um freche Antworten selten verlegen, gehorchte.

Orenthal James Simpson, 47, wegen Mordes an seiner Frau und einem Mann angeklagte amerikanische Football-Legende, hat die Phantasie von Geschäftsmachern angeregt. Für das Hexen- und Gespensterfest Halloween, das in den USA am 31. Oktober mit Umzügen und Partys gefeiert wird, verkaufen pfiffige Kostümhersteller O.-J.-Simpson-Masken, blonde Frauenperücken und blutrot verschmierte Football-Trikots. Nachbildungen von durchschnittlichen Kehlen und übergroße Plastikmesser mit Sägezahnschliff, die dem nie gefundenen Mordwerkzeug gleichen sollen, runden das Angebot der Scheußlichkeiten ab. Die Schwester der Ermordeten hat in einem offenen Brief an alle Käufer appelliert, die „O. J.“- und „Nicole Simpson“-Halloween-Maskeraden an die Hersteller zurückzuschicken.

Mikhail Gorbatschow, 63, Ex-Staatspräsident der ehemaligen Sowjetunion, konnte einem von ihm einst geladenen Gast nicht die Ehre erweisen. Als die britische Königin Elizabeth II. von Boris Jelzin in Moskau empfangen wurde, weilte Gorba-

nicht einmal eine Einladung zur Audienz. Erst als die Königin Moskau in Richtung St. Petersburg verlassen hatte, kehrte Gorbatschow in sein Moskauer Heim zurück.

Robert Elmecker, 52, SPÖ-Sprecher für Innere Sicherheit im österreichischen Parlament, wirbt für einen Eltern-Führerschein. „Wenn man in Österreich ein Auto lenken will“, hatte der Sicherheitsexperte erkannt, müsse „man die Fahrschule absolvieren und eine Prüfung“ bestehen. „Setzt man jedoch ein Kind in die Welt“, entsetzte sich Elmecker grammatikalisch ungelent, „braucht man außer den biologischen Vorgängen nichts wissen und können.“ Grund für Elmeckers Vergleich ist eine blutige Familientragödie, in der ein Jugendlicher seine Eltern, eine Tante und den Bruder erschößt und anschließend Selbstmord beging. Solche „Verhaltensstörungen“, stellte der Politiker fest, hätten „ihre Wurzel in der frühen Kindheit“. Ab-

hilfe schaffen könnten staatliche „Erziehungsseminare“, die für alle Eltern von Kindern bis zu sechs Jahren Pflicht sind. Analog zum Führerschein soll es dann auch einen „Eltern-Kind-Paß“ geben.

Kurt Biedenkopf, 64, sächsischer Ministerpräsident, sorgt sich um die Würde der Staatsregierung. Während der Landtagsdebatte über Biedenkopfs Regierungserklärung am vergangenen



Gorbatschow

tschow zu Vorträgen in Los Angeles. Offenbar, so spekuliert das Nachrichtenmagazin *Newsweek*, floh Gorbatschow in einem Anfall von verletztem Stolz. Denn noch als sowjetischer Staatspräsident hatte er die Queen zu einem Besuch des Kreml geladen. Doch jetzt gab es für den Politiker, der die mächtige Sowjetunion auflöste,



Kostümverleiher, Simpson-Maske

Steife Schlitzohren



Voscherau-Spot

Henning Voscherau, 53, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, leistet einem Kollegen Amtshilfe zum guten Start. In einem sogenannten Trailer wirbt der Hamburger Regierungschef für den Schauspieler Walter Schultheiss, 70, der in der neuen 13teiligen Serie „Der König von Bärenbach“ (Start: 31. Oktober) des Süddeutschen Rundfunks (SDR) einen Bürgermeister spielt. In dem Spot erteilt Voscherau seiner Referentin Weisung („So Frau Petersen, jetzt keine Störung“) und zapft sich dann ins schwäbische Volksstück. Nach kurzen Kostproben versichert der Sozialdemokrat, bisher habe er immer geglaubt, „am stürmischsten“ gehe es bei ihm „in Hamburg zu, wenn an der Küste ein steifer Nordwest weht“. Doch bei seinem „Amtsbruder im Schwäbischen“ sei es genau so stürmisch, „allerdings aus völlig anderen“, wohl politischen „Gründen“. Bis zu welcher „Windstärke der seine Schlitzohren noch steifhält“, versucht der wie im wirklichen Leben steifleinen wirkende Hamburger das Publikum zu animieren, das „will ich sehen“. Die Redaktion des SDR war von der Leistung des Schauspielersohns Voscherau nach kaum zwei Stunden dauernden Dreharbeiten in seinem Amtszimmer angetan: „Auf Antrieb wunderbar, so was von professionell“ – und ganz ohne Honorar.

Alain Carignon, 43, wegen Verdachts der Korruption zurückgetretener französischer Minister für Kommunikation und Bürgermeister von Grenoble, mußte mit einer vagen, aber korrekten Begründung einer gesellschaftlichen Verpflichtung fernbleiben. An der Eröffnung der Ausstellung „Galerie der Freiheit“ im französischen Revolutionsmuseum in Vizille bei Grenoble könne er wegen „anderweitiger Verpflichtungen“ nicht teilnehmen, hatte der Bürgermeister die Veranstalter wissen lassen. Der Neo-Gaullist, im Juli von seinem Ministerposten zurückgetreten, sitzt seit dem 12. Oktober in Untersuchungshaft.

Alexander Lebed, 44, russischer Generalleutnant und Kommandeur der in Tiraspol stationierten 14. Armee, bewies Mut gegenüber einem mächtigen Kameraden. Der Troupier verbat



Burlakow

sich eine Inspektion seiner Einheiten durch Generaloberst **Matwej Burlakow**, 59, den letzten, öffentlich der Korruption verdächtigten Befehlshaber der bis August in Deutschland stationierten Armee-Westgruppe. Der für seine drastisch direkte Wortwahl bekannte Lebed hatte dem Moskauer Generalstab mitgeteilt, der angekündigte Inspekteur und Vizeverteidigungsminister möge „seine Reisekoffer wieder auspacken: In meiner Armee gibt es nichts, was er als Diebesgut mitnehmen könnte“. Der tapfere Soldat setzte noch einen drauf. „Für euch in Moskau mag Burlakow stellvertretender Minister sein“, so Lebed, „für mich ist er ein ganz gewöhnlicher Gauner.“

Gestorben

Alexander Schelepin, 76. Unter KP-Chef Leonid Breschnew in den sechziger Jahren Benjamin des Politbüros, erklimmte der Beamtensohn mit Literaturdiplom fast alle Sprossen der sowjetischen Nomenklatur-Leiter: zuerst Bewährung als Politikommissar im Finnland-Krieg, dann Komsomol-Vorsitzender, später Chef der KPdSU-Kontrollkommission. Für das harte Amt des obersten Revisors im Partei- und im Regierungsapparat hatte sich Schelepin bestens empfohlen: Während eines dreijährigen Zwischenspiels an der Spitze des Staatssicherheitsdienstes KGB ließ er in München den ukrainischen Emigrantenführer Bandera mittels Blausäure ermorden. Auch beim Sturz Nikita Chruschtschows mischte Schelepin mit. Breschnew holte ihn dafür in den engsten Führungszirkel der Partei, bevor er ihn als ärgsten Rivalen um die Macht wieder entließ. Auch auf seinem letzten Posten als sowjetischer Gewerkschaftschef hatte Schelepin kein Glück: Massenproteste während einer England-Reise 1975 führten zu sofortiger Pensionierung. Alexander Schelepin erlag vergangenen Montag im ehemaligen Kreml-Krankenhaus einem Herzinfarkt.



DARCHINGER

Jimmy Miller, 52. Er war ein flinker Bursche aus Brooklyn, der Anfang der sechziger Jahre versuchte, als Hotelbar-Sänger groß herauszukommen, es nicht schaffte, aber nur ein paar Jahre später als Produzent die Rolling Stones zur „größten Rock'n'Roll-Band der Welt“ machte. Vorher hatten die Stones immer wieder die Beatles imitiert und sich mit dem psychedelischen Album „Their Satanic Majesties Request“ verleugnet. Dann kam Miller und half ihnen endgültig, diesen Sound aus Schmutz, Gefahr und Sex zu finden, der zu ihrem Markenzeichen wurde. Keith Richards lobte: „Ihm verdanken wir, daß wir wie die Barbaren vor den Toren Roms klangen.“ Bei ihren besten Arbeiten, „Jumping Jack Flash“, „Beggars Banquet“, „Sticky Fingers“ und „Exile on Main Street“ saß Miller nächtelang im Kontrollraum, schlichtete Streit und sperrte das Heroin weg. Als er selbst Drogenprobleme bekam, wurde er gefeuert. Jimmy Miller, der neben seiner Arbeit mit den Stones außerdem noch für Bands wie die Spencer Davis Group oder Primal Scream an die 100 Schallplatten in Gold verwandelte, ist am vorvergangenen Samstag in Denver gestorben.

Raul Julia, 50. Eigentlich war er nur die zweite Hauptfigur in seinem größten Kinoerfolg „Der Kuß der Spinnenfrau“. Aber er spielte die Rolle des marxistischen Revolutionärs, der mit einem Homosexuellen eine Zelle in einem südamerikanischen Gefängnis teilt, mit so viel Energie, als sei gleich die ganze Guerilla dort eingesperrt. Diese explodierende Wildheit war typisch für Julia, der in Puerto Rico geboren wurde, das Land aber nach seinem Jurastudium verließ und nach New York ging, um dort als Schauspieler zu arbeiten. Er hielt sich mit kleinen Rollen und billigem Hühnerklein am Leben, bis ihn der Gründer des „New York Shakespeare Festival“, Josef Papp, entdeckte. Doch Julia war nicht nur ein herausragender Darsteller in verschiedensten Shakespeare-Rollen, er sang auch in Musicals oder spielte in Kino-Komödien wie „The Addams Family“ mit. Privat engagierte er sich seit 17 Jahren für das „Hunger Project“ und warb für Selbsthilfeprojekte in der Dritten Welt. Raul Julia starb am Montag vergangener Woche in New York an einem Schlaganfall.



A. GALLO / RETNA

Urteil

Rudolf Triftshäuser, 56, Hauptangeklagter in den sogenannten Flachsländen-Prozessen, wurde am Freitag vergangener Woche wegen Vergewaltigung und sexuellen Mißbrauchs von Minderjährigen zu 14 Jahren Haft verurteilt. Dies ist die bisher höchste Strafe, die das Landgericht im fränkischen Ansbach während der seit acht Monaten laufenden Verfahren verhängt hat (SPIEGEL 32/1994). Die Richter sahen es als erwiesen an, daß Triftshäuser seine beiden ältesten Töchter, eine Enkelin und seinen damals nicht einmal ein Jahr alten Sohn vergewaltigt oder sexuell mißbraucht hat. Seine Frau Angelika war wegen Tatbeteiligung bereits zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Die Prozeßserie gegen insgesamt 21 Angeklagte (zwölf Urteile sind bisher gesprochen) dauert vermutlich bis weit in das nächste Jahr an.

Ehrung

Bruno Schrep, 49, SPIEGEL-Redakteur, wurde beim Internationalen Publizistikwettbewerb der Stadt Klagenfurt für seine Reportage „Wir sind die Sündenböcke“ über Selbstmörder in Weimar (SPIEGEL 21/1994) mit dem Preis des Landes Kärnten ausgezeichnet.

MONTAG

21.40 – 22.30 Uhr ARD

Der König von Bärenbach

Heiligsblechle, des wär' ebbes gwä: Die wackren Ritter der ARD fochten sich mal wieder und hätten um ein Haar diese köstliche Serie aus dem Programm verbannt, weil der Schwabenstreich (Buch: unter anderen Felix Huby) für hochdeutsche Ohren angeblich zu unverständlich sei. Dabei führt der 13teiler spätzlefrisch mitten hinein ins „Sodele“ und „Etzedle“ der schwäbischen Provinz. Bärenbach, wo Bürgermeister Holzwarth (Walter Schultheiß) herrscht, ist ein rechtes Dal-lasle: Intrige, Geldgier, Schlitzohrigkeit, wohin man blickt. In der ersten Folge geht es um eine wiederentdeckte heiße Quelle, die dem Städtchen den lukrativen Rang eines Heilbades einbrächte. Doch leider liegt sie auf dem Gebiet des Nachbarortes. So wandern des Nachts Grenzsteine über den Waldboden... Die Handlung der Episoden spielt eigentlich eine untergeordnete Rolle. Viel amüsanter ist es, der Darsteller-schar um den König von Bärenbach zuzusehen: der lieb-hinterhältigen Haushälterin (Erika Wackernagel), der spitzzüngigen Bürgermeistersekretärin (Monika Hirsche), dem Holzwarth-Bruder Herbert (Robert Naegele) – einem verträumten Daniel Düsentrieb –, dem „rei'g'schmeckten“ (zugereisten) Lover (Hanns



Szenenfoto aus „König von Bärenbach“

Zischler) der Zeitungsverlegerin und Bürgermeister-tochter (Sabine Bräuning), schließlich dem Bärenbach-J. R., Bauunternehmer Lederle (Dieter Eppler).

23.10 – 23.55 Uhr RTL 2

Liebe, Lust und Leidenschaft: Singles '94

Der übliche Singlepiez mit und ohne Anfassen: Ein Kamerateam besuchte Kneipen, Tanzpaläste und Sadomaso-Feten, wo die sexuellen Einzelkämpfer letztlich doch den Partner fürs Leben suchen.

23.50 – 2.00 Uhr Sat 1

Vom Winde verweht

Denkste. Die Windmacher von Kirch und Berlusconi blasen den Südstaatenklassiker 55 Jahre nach seinem Erscheinen zu einem Riesen-Medien-Luftballon auf: Heute rekonstruiert Regisseur David Hinton anhand von Statements des Produzenten David O. Selznick die Entstehungsgeschichte des berühmten Films mit der eigensinnigen „Southern Belle“ Scarlett O'Hara (Vivien Leigh), die den schwachen Ashley (Leslie Howard) liebt und den starken Rhett Butler (Clark Gable) heiratet. Am **Mittwoch, 20.15 Uhr**, gibt es den Klassiker von 1939 zu sehen. Vom **13. November** an sind die Scarlettane am Zug: Simultan mit der Ausstrahlung auf Sat 1 laufen in 60 Ländern der Erde innerhalb einer Woche vier Fortsetzungsfolgen (Kosten: 40 Mil-

lionen Dollar) des Margaret-Mitchell-Opus, dem das prosaische Fernsehen den tragischen Zauber stiehlt. Arme Kunst im Zeitalter der frechlichen Addierbarkeit.

DIENSTAG

20.15 – 21.30 Uhr RTL

In einem Land vor unserer Zeit: Die Dinos kommen

Ein Schüler von Walt Disney ist Don Bluth gewesen, der Tiere noch niedlicher vermenschlicht als sein großer Lehrmeister. Dieser in Zusammenarbeit mit Steven



Littlefoot

Spielberg 1987 entstandene Zeichentrickfilm über Littlefoot, den letzten Sproß einer Saurierart, der mit drei verwaisten Dino-Kindern und einer überängstlichen Flugechse ins verheißungsvolle „Große Tal“ aufbricht, „trief mitunter derart schamlos von Rührseligkeit, daß jede Wirklichkeitsnähe völlig verlorengeht“ (*Neue Zürcher Zeitung*).

20.15 – 21.15 Uhr Sat 1

Der König

Noch ein Saurier. Einer aus dem nicht enden wollenden Kambrium des deutschen Fernsehens: Günter Strack. Von einer Schwere, die selbst seine beträchtliche Schauspielkunst nach unten zieht.

20.15 – 21.55 Uhr Premiere

Und täglich grüßt das Murmeltier

Das US-Kaff heißt nicht nur Punxsutawney, es ist auch ge-

nauso hinterwäldlerisch und verschlafen. Hier muß Jahr für Jahr der müde TV-Wetteronkel Phil (Bill Murray) den gleichen Film drehen: wie ein Murmeltier aus seiner Höhle gezerzt und zum Frühlingsboten erklärt wird. Doch diesmal gerät der Moderator in eine Zeitfalle: Morgen für Morgen bricht für ihn immer der gleiche Murmeltiertag an. Harold Ramis' witzige und schräge Komödie (USA 1993) ist eine TV-Premiere, allerdings nicht schlüsselfrei.

21.00 – 22.30 Uhr Südwest III

Kleiner König Erich

Debüt im Dritten, die verdienstvolle Reihe für Produktionen von Nachwuchs-Regisseuren, stand früher für Experiment und Verstiegtheit. Heute bedienen Jungfilmer den Publikums-geschmack ohne Skrupel, mit erstaunlicher handwerklicher Perfektion. Thomas Bahmanns Film vom Unternehmersohn (Alexander Wagner), der mit aller Gewalt vom Spießler in behaglicher Idylle zum amoralischen Managertypen umgepolt werden soll, könnte ohne weiteres im Hauptabendprogramm der ARD laufen, so professionell ist er gemacht. Allerdings auch so glatt.

0.10 – 1.35 Uhr ZDF

Freiheit der Toten

Das in Starnberg ansässige ungarische Regisseur-Trio Katalin Pétenyi, Barna Kabay und Imre Gyöngyösy (der kürzlich verstarb) hat sich wiederholt mit den Minderheiten und Vertriebenen aus Rußland und Osteuropa befaßt. Dieser 1991 an Originalschauplätzen gedrehte Film schildert die Rückkehr eines Litauers, der die Gebeine seiner nach Sibirien verschleppten Eltern in der Heimat beerdigen will. Das Doku-Drama wurde mehrfach preisgekrönt.

2.25 – 3.30 Uhr Kabelkanal

Katzenmenschen

... beschreibt dieser Schauerfilm (USA 1942, Regie: Jacques Tourneur) nicht als

Bayern gegen Stoiber

Der Bayerische Rundfunk (BR) widersetzt sich dem christsozialen Landesherren. Ministerpräsident Edmund Stoiber, ein energischer Befürworter des Kommerzfunks, hat-



Stoiber

te die Abschaffung des Ersten Programms der ARD angeregt und damit sogar in seinem Hausender helle Empörung ausgelöst. Nun setzt sich der Rundfunkrat in einer Erklärung gegen Stoiber für den Erhalt des Ersten ein und verweist auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ zusprechen. Stoiber hatte im Juli 1992, damals war er noch BR-Rundfunkrat, die Privatisierung des ZDF gefordert. Inzwischen hat er sich, als Länderchef in den ZDF-Verwaltungsrat delegiert, gewendet. Zudem will Stoiber womöglich dem konservativen, um Eigenständigkeit bemühten BR-Intendanten Albert Scharf in die Parade fahren, der 1995 und 1996 als ARD-Vorsitzender fungiert. Scharf stuft Stoibers ARD-Pläne als „berauschende Zukunftsvisionen“ ein, die gelegentlich den Blick auf die Realitäten verstellen.

Freunde der schnurrenden Vierbeiner. Es geht hier vielmehr horrorhalber um Leute, die sich wegen der Gewalt eines alten Zaubers bei der Liebe in Miezzen verwandeln.

MITTWOCH

19.25 – 21.00 Uhr ZDF

Zwei Schlitzohren rechnen ab

TV-Western von 1984 mit Kirk Douglas und James Coburn.

21.00 – 21.45 Uhr ZDF

Gesundheitsmagazin Praxis

Noch mal Schlitzohren, die miteinander abrechnen: Horst Seehofer, der Bundesgesundheitsminister, im Gespräch über Ärzte und die Gesundheitsreform.

23.05 – 0.45 Uhr ARD

My Private Idaho – Das Ende der Unschuld



„Ragtime“-Darsteller James Cagney

Der eigenbrötlerische Regiemagier Gus van Sant gewann für seinen 1991 in Idaho gedrehten Film zwei Teenager-Liebhaber Hollywoods: River Phoenix und Keanu Reeves. Sie konnten sich in dieser Strichergeschichte fern aller Routine irrlichternd und voller Leidenschaften entfalten. Der eine sucht seine Mutter, der andere wälzt sich im Dreck, um seinem Vater zu trotzen. Eine arg literarische

Konstruktion scheint das zu sein, und sie paraphrasiert ganze Szenen aus Shakespeares „Henry IV“. Aber van Sant, mit einer somnambulen Sicherheit, vertraut der poetischen inneren Logik seiner Geschichte, die bis nach Italien ausschweift: eine Stricherpassion. Wenn die sich gerundet hat unter dem mächtigen Himmel von Idaho, reibt man sich verwundert die Augen, als hätte man noch nie so etwas geträumt.

0.15 – 2.45 Uhr ZDF

Ragtime

Der Film (USA 1981, Regie: Milos Forman) nach einem Bestseller von Edgar Lawrence Doctorow enthält eine US-Version des „Michael Kohlhaas“, die kurz vor dem Ersten Weltkrieg spielt. Dem schwarzen Ragtime-Pianisten Coalhouse Walker Jr. (Howard Rollins) wird von Rassisten sein Auto verkratzt. Er kämpft so lange um sein Recht, bis seine Existenz zerbricht.

tet die Geisha Ami, deren althergebrachter Beruf als unterwürfige Gesellschafterin mit dem Selbstbewusstsein moderner Frauen kollidiert.

0.35 – 2.15 Uhr ARD

Ertrinken verboten

Den hippeligen *taz*-Kritiker hielt es angesichts dieses französisch-italienischen Krimis (1987, Regie: Pierre Granier-Deferre) kaum auf dem Kinostuhl: „Der Atlantik plätschert, eine junge Frau im nassen Netzhemd – und sexbesessen, wie später zu erfahren ist – stürzt sich in die Fluten. Darin treibt auch der Zahnarzt als Wasserleiche. Das reicht schon, um schleunigst den Kinogang zu suchen, aber da werden die Stars aufgefahren, um mich im Saal zu halten: Stefania Sandrelli und in kleinen Nebenrollen Andrea Ferreol und Laura Betti.“ Auch der famose Philippe Noiret betritt wenig später als Detektiv die Szene, aber selbst er vermag den Film nicht mehr zu retten.

FREITAG

19.25 -20.15 Uhr ZDF

Forsthaus Falkenau

Eichenschwer und glatt wie Mahagoni sind die Sätze, die der Förster (Christian Wolff) so spricht. Dialog-Holz vom Feinsten, der Wurm der Wirklichkeit hat keine Chance.

20.15 – 21.49 Uhr ARD

Was ist mit Bob?

Mißbrauch auf der Couch, andersherum: Der Psychiater Dr. Leo Marvin (Richard Dreyfuss) nimmt kurz vor dem Urlaub einen neuen, hochneurotischen Mann namens Bob (Bill Murray) als Patienten an. Ein Fehler, denn Bob heftet sich wie eine Klette an den Seelendoktor und folgt ihm in den Urlaub. Da macht Bob Doc Marvin samt Familie verrückt. Am Ende ist der Patient geheilt und der Arzt anstaltsreif. Ei-

DONNERSTAG

19.30 – 20.15 Uhr Arte

Von Geishas und Gameboys

Der ZDF-Redakteur Peter Arens beschäftigt sich in seiner Reportage nicht mit traditionsbewußten Japanern, sondern mit jungen Tokio-tern, die gegen die starren Konventionen ihrer Eltern rebellieren. Im Spannungsfeld der Generationen arbei-

ne amüsante Seelenkunde (USA 1991, Regie: Frank Oz).

22.45 – 23.45 Uhr ZDF

Willemsens Woche

Als wäre der Talkmeister Roger Willemsen noch immer nicht angekommen, so wirkt seine Show: Die Dekoration sah zeitweise aus wie das kleine Teehaus, der Moderator wie ein Abgesandter aus dem Land des Lächelns, aus jenen fernsehfernen, seligen Gefilden, wo Schüchternheit, Takt und eine Prise Esprit für die Unterhaltung reichen.

1.20 – 2.55 Uhr ARD

Blondinen sterben früher

... nicht aus Gram über die haarigen Witze, sondern wenn sie – wie es dieser Film (USA 1987) des amerikanischen Regisseurs Wayne Wang will – als Callgirls arbeiten. Ein Comic-Zeichner (Tom Hulce) gerät unversehens in ein Mordkomplott. Aber Wang wollte mehr als nur einen Thriller zeigen: „Der Film ist eine Liebesgeschichte.“

SAMSTAG

16.40 – 18.05 Uhr RTL 2

Die Unverbesserlichen

Die Privaten als Wiederkäufer der Öffentlich-Rechtlichen: RTL 2 zeigt als Wiederholung die erfolgreiche siebenteilige Robert-Stromberger-Familienserie mit Inge Meysel und Joseph Offen-



„Unverbesserlichen“-Darsteller Meysel, Offenbach (r.)

bach, die in der ARD von 1965 bis 1971 lief. Obwohl die 68er Revolte spurlos an dem Spiel mit Familie Scholz vorbeigeht, decken die handwerklich glänzenden Stücke all die Erziehungsrepressionen, Ängste und Leiden auf, die den damals Jungen auf der Seele lagen.

17.55 – 18.50 Uhr ZDF

Die Schwarzwaldklinik

Guter, alter Professor Brinkmann, bist schon ein Paracelsus des Fernsehzeitalters geworden. Den Ton geben heute ganz andere TV-Kollegen an, wie die No-name-Doktoren-Darsteller, die in der neuen US-Erfolgsserie „E.R.“ (Emergency Room) von Michael Crichton herumhetzen. 47 Geschichten in zwei Stunden, eine rasende Szenenfolge mit kaum verstehbaren Dialogen, so als zappe man, ohne auf die Fernbedienung zu drücken, eine taumelnde Kamera, eine Mischung aus Action und wenigen soapsentimentalen Inseln im reißenden Fluß – 29 Millionen Zuschauer sehen zu. Und hierzulande rufen die Kuckucksuhren. Zum Kuckuck.

20.15 – 21.50 Uhr Premiere

Singles – gemeinsam einsam

Linda hat wirklich Pech. Ein routinierter Aufreißer spielt mit ihr das alte Spielchen von ewiger Liebe durch, läßt sie dann sitzen und nimmt gleich auch noch ihr zweitwichtigstes Spielzeug mit, die Garagator-Fernbedienung. In

Cameron Crowes Film (USA 1992) erfahren sechs Twens aus Seattle derlei böse Wahrheiten über die Ersetzbarkeit der Liebe – zum eigenen Leidwesen und zur Freude der Zuschauer.

SONNTAG

20.15 – 22.10 Uhr RTL

Das Wunderkind Tate

Oscar-Preisträgerin Jodie Foster führte in diesem Film (USA 1991) zum erstenmal Regie. Sie spielt eine Mutter, der ihr hochbegabtes Kind durch den Einfluß einer



Foster mit Adam Hann-Byrd

Kinderpsychologin (Dianne West) entfremdet wird. Der Kampf zwischen beiden Frauen ist gleichzeitig eine Auseinandersetzung zwischen zwei diametral getrennten sozialen Schichten.

22.10 – 23.05 Uhr ZDF

Top-Spione

Guido Knopp verspricht zum Start dieser neuen sechsteiligen Dokumentationsreihe: „Erstmals brechen die ‚Spione des Jahrhunderts‘ und ihre Hintermänner vor laufender Kamera ihr Schweigen.“ Heute spricht Knopp mit Günter Guillaume, der Willy Brandt 1974 als Kanzler zu Fall brachte. Weitere Beiträge: ein Porträt des Physikers Klaus Fuchs (**13. November**), der das Atombomben-Projekt der Amerikaner an Moskau verriet. Am **27. November** spricht Knopp mit dem DDR-Überläufer Werner Stiller, am **4. Dezember** mit dem russischen Maulwurf im britischen Secret Service, George Blake.

MONTAG
22.10 – 22.55 Uhr Sat 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Zweiteilige Dokumentation (**zweiter Teil Dienstag, 1. November, 23.10 Uhr**) über den Fall der Berliner Mauer, den Untergang und die letzten spannenden 100 Wochen einer real existierenden deutschen Republik.

MITTWOCH
22.00 – 22.45 Uhr Vox

SPIEGEL TV THEMA

Wie verführerisch ist Gewalt im Film? Von „Boyz n the Hood“ bis „Natural Born Killers“: Wenn Horror und Tod nachgespielt werden.

FREITAG
22.00 – 22.30 Uhr Vox

SPIEGEL TV INTERVIEW

An ihrem Feriensitz in Portugal äußert sich die Schauspielerin Iris Berben über ihr Image als erotische Traumfrau der deutschen Männer, über Erfahrungen mit Drogen und das nervende Serieneinerlei im deutschen Fernsehen.

SAMSTAG
22.00 – 23.40 Uhr Vox

SPIEGEL TV SPECIAL

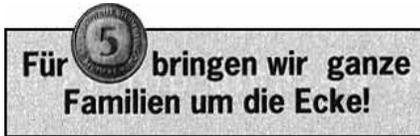
Zweiter Teil des Berichts zur „Lage der Nation“ – Dokumentation einer Woche Deutschland: Szenen aus den oberen und unteren Etagen einer Republik diesseits der Parteienlandschaft.

SONNTAG
22.00 – 22.40 Uhr RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Die SED-Fraktion – Stasi-Mitarbeiter und Blockflöten im neuen Bundestag / Kinder verkaufen ihre Kinder – der bulgarische Babyhandel / Anatomie eines Amoklaufes – das Massaker zweier Studenten.

VW-Chef Ferdinand Piëch zur neuen roten Instrumentenbeleuchtung seiner Fahrzeuge, zitiert in *Auto, Motor und Sport*: „Im Zweiten Weltkrieg hatten die deutschen Fliegerbesatzungen grüne Instrumentenbeleuchtung, die Briten rote – wer hat den Krieg gewonnen?“



Aus dem neuen Berliner Taxi-Tarif-Prospekt

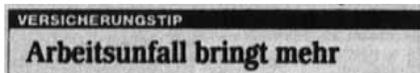
Aus *American Way*, einer Werbezeitschrift der Fluggesellschaft American Airlines: „Die Amerikaner kennen diesen Teil der Welt wegen seiner postkartenschönen Dörfer, seiner märchenhaften Schlösser und seiner Konzentrationslager, aber zum Wandern gibt es nun einmal kein besseres Land in Europa als Deutschland.“

CSU-Schadensersatz

(mg) – Alle CSU-Anhänger oder alle, die eine schnelle Mark verdienen möchten, können sich nun bei Herbert Frankenhauser, Tel.: 93 60 55 melden: Der CSU-Bundestagsabgeordnete hat nämlich für die Ergreifung von „politisch Andersdenkenden oder einfach Vandalen“ eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Stein des Anstoßes: Rund 20 Wahlplakate in Trudering, von denen Frankenhauser herunterblickte, wurden böswillig zerstört.

Aus dem *Münchner Wochenblatt*

Aus der *Saarbrücker Zeitung*: „Was würden sie sagen, wenn sie selbst nach einem schweren Unfall ihr Leben durch die Ratlosigkeit von Umstehenden verlor.“



Aus der *Rheinischen Post*

Aus *Auto-Bild*: „Wenn die Wende nicht gekommen wäre, hätte die kleine DDR ganz Mitteleuropa vergiftet. Schon deswegen sollen sie in ihren Gräbern keine Ruhe finden, die verdorbenen Geisse der Planwirtschaft.“

Der SPIEGEL berichtete . . .

. . . in Nr. 40/1994 SPIEGEL-Gespräch mit dem Historiker Ernst Nolte über Hitler, Auschwitz und die Deutschen.

Die Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen*, Günther Nonnenmacher und Johann Georg Reißmüller, unterrichteten Nolte nun, fortan keine Artikel von ihm mehr zu drucken. Nolte antwortete mit einem Leserbrief (Nolte: „Abschiedsbrief“), das SPIEGEL-Gespräch enthalte „weder skandalöse noch provokatorische Aussagen“.

. . . in Nr. 39/1994 FILMHANDEL – DER KLEINE SCHALCK über Geschäfte mit Filmlicenzen zwischen Leo Kirch und dem DDR-Fernsehen.

Diese Geschichte enthielt mehrere unzutreffende Behauptungen über Privatsphäre und berufliche Tätigkeit von Dr. Hans-Joachim Seidowsky, einen der Verhandlungspartner von Leo Kirch – was wir bedauern. –Red.

Zitat

Marion Gräfin Dönhoff in der Zeit über die Entwicklung der deutschen Medien:

Zur Zeit ist eine interessante Klage beim Bundesverfassungsgericht anhängig: Der SPIEGEL hatte 1993 eine Story über Oskar Lafontaine – die sogenannte Rotlicht-Affäre – gedruckt, die offenbar zum Teil auf Unterstellungen beruhte*. Die saarländische SPD hat daraufhin ein neues Pressegesetz durchgesetzt, welches das Gendarrillensrecht verschärft. Dagegen hat wiederum der Journalistenverband Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht . . . In Deutschland wären vermutlich ohne den SPIEGEL zahlreiche Skandale nie aufgedeckt worden. Die Kontrollfunktion der Presse ist eben unersetzbar – fraglich ist nur, wo die Grenze verläuft zwischen Kontrollfunktion und reiner Lust am Enthüllen und Denunzieren, um der Auflage oder der Einschaltquote willen. Was kann man tun, um diese Grenze zu markieren? Antwort: Wahrscheinlich gar nichts, denn jeder Fall ist anders . . . Mit Verboten ist zum Problem ohnehin nicht beizukommen, denn jede Form von Pressezensur wäre antidemokratisch und birgt überdies die Gefahr in sich, daß sie irgendwann mißbraucht wird; auch muß man bedenken, daß manch einer ohne Angst vor dem SPIEGEL es noch schlimmer treiben würde.

* Hier irrt Marion Gräfin Dönhoff.